

21000.6.

Jus.

<36608218900010

<36608218900010

Bayer. Staatsbibliothek

Ru

J. germ. 107

Teutsches
Privatrecht

von

Dr. Krüll,

Churpfalzbaierischem Hofrathe, und Professor der
Rechte zu Landshut.

*

Landshut,
bei Philipp Krüll, Universitätsbuchhändler,
1805.

Teuſches

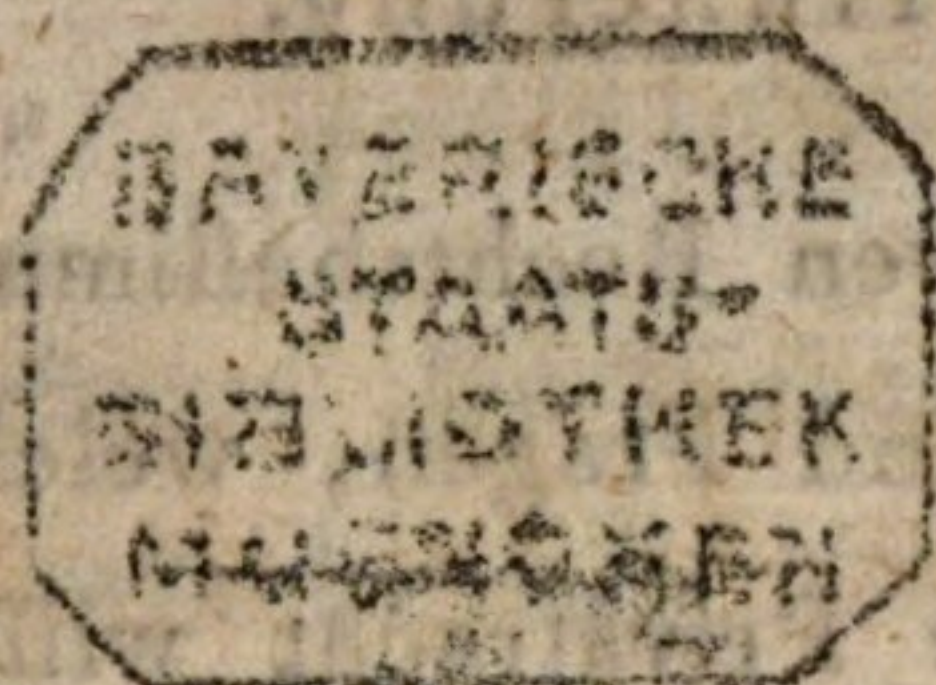
Privatrecht

Vorlesung



Das Schickſal der Privatrechte iſt in dieſer Vorlesung zu betrachten. Es iſt zu ſehen, ob es ſich um ein Privatrecht oder um ein öffentliches Recht handelt. Das Privatrecht iſt dasjenige, welches die Beziehungen zwifchen einzelnen Perſonen betrifft. Das öffentliche Recht iſt dasjenige, welches die Beziehungen zwifchen dem Staat und den Bürgern betrifft. Das Privatrecht iſt weiter unterteilt in das bürgerliche Recht und das Handelsrecht. Das bürgerliche Recht regelt die Beziehungen zwifchen Privatperſonen, das Handelsrecht regelt die Beziehungen zwifchen Kaufleuten. Das öffentliche Recht iſt weiter unterteilt in das Verfaſſungsrecht und das Verwaltungsrecht. Das Verfaſſungsrecht regelt die Beziehungen zwifchen den Gewalten des Staates, das Verwaltungsrecht regelt die Beziehungen zwifchen dem Staat und den Bürgern. Das Privatrecht iſt dasjenige, welches die Beziehungen zwifchen einzelnen Perſonen betrifft. Das öffentliche Recht iſt dasjenige, welches die Beziehungen zwifchen dem Staat und den Bürgern betrifft. Das Privatrecht iſt weiter unterteilt in das bürgerliche Recht und das Handelsrecht. Das bürgerliche Recht regelt die Beziehungen zwifchen Privatperſonen, das Handelsrecht regelt die Beziehungen zwifchen Kaufleuten. Das öffentliche Recht iſt weiter unterteilt in das Verfaſſungsrecht und das Verwaltungsrecht. Das Verfaſſungsrecht regelt die Beziehungen zwifchen den Gewalten des Staates, das Verwaltungsrecht regelt die Beziehungen zwifchen dem Staat und den Bürgern.

80



Vorerinnerung.

Das Schickfal keiner juridischen Disciplin ist bis jezt so unentschieden geblieben, als jenes des teutschen Privatrechts. Ob es eines gebe, -- ob ihm das Praedicat „gemeines Recht“ gebühre, -- ob es nur eine aus zusammenstimmenden Particularrechten und besondern Gewohnheiten abstrahirte Sammlung juridischer Sätze sei, -- ob es außer den wenigen Reichsgesetzen, welche sich auf privatrechtliche Verhältnisse teutscher Bürger beziehen, noch auf einem andern gemeinen Principe beruhe, -- ob man allgemeine teutsche Gewohnheitsrechte in juridischer Bedeutung, oder nur als zufällige Erfahrungen demselben zum Grunde legen könne, -- ob man das aus der Natur eines teutschen Rechtsinstitutes Abgeleitete für einen gemeingeltenden Satz annehmen, und an-

dem gemeinen positiven Rechtsbestimmungen zur Seite stellen dürfe, sind Fragen, welche, so lange man das teutsche Privatrecht wissenschaftlich zu behandeln bemüht war, immer bestritten wurden. Die verdienstvollsten Männer -- die HH. Tafinger (über die Bestimmung des Begriffs der Analogie des teutschen Privatrechts. I. Th. Ulm. 1787.), Runde (Grundsätze des gemeinen teutschen Privatrechts. III. Aufl. Göttingen. 1801), Danz (Handbuch über Runde's Grundsätze. Stuttgart. 1796.), Hufeland (Beiträge zur Berichtigung und Erweiterung der positiven Rechtswissenschaft. I. St. Jena. 1792.), Poffe (Abh. einiger vorzüglichen Gegenstände des teutschen Staats- und Privatrechts. I. H. Rostock und Leipzig. 1802.), Feuerbach (civilistische Versuche. Th. I. Gießen. 1803.), und Ulrich (Versuch einer Kritik der von Hufeland und Feuerbach behaupteten Deduktion der Principien des heutigen teutschen Privatrechts. Marburg. 1804.) stellten mit allem Scharfsinne darüber Prüfungen an. Allein so wie die von ihnen zum Grunde gelegten Begriffe, so weichen auch ihre daraus abgeleiteten Resultate sehr weit davon ab.

Vorerinnerung:

Mir scheint die Wahrheit im Mittel zu liegen; man erlaube mir, mein Bekenntniß, ohne indessen fremden Meinungen vorgreifen zu wollen, hier in der Vorerinnerung nach meiner lebhaften Ueberzeugung frei abzulegen.

I. Ein gewisser Rechtsfaz ist praktisch-geltend, in wie fern er auf einem ihn für geltend ausprechenden constitutiven Principe beruht.

II. Ein Rechtsfaz ist in einem gewissen Staate gemein-geltend, wenn dessen gesetzgebende Gewalt, als constitutives Princip, ihn für denselben zur allgemeinen Regel erhoben hat.

Subsumirt man das Objekt der oben aufgeworfenen Fragen unter diese zwei Hauptfäze, so ergiebt sich zur Folge: I. daß ein gewisser Rechtsfaz für Teutschland praktisch gelte, in wie fern er durch eine in Teutschland bestehende Gesetzgebung sanctionirt ist; daß er aber II. nur alsdann gemein-geltend sei, wenn die über ganz Teutschland sich erstreckende Reichsgesetzgebung ihn als allgemeine Rechtsnorme ausgesprochen hat.

Vorerinnerung.

Denkt man sich ein durch ganz Teutschland
gemein - geltendes Recht, so kann man sich
Teutschland nicht mehr in seinen individuellen
Staaten, -- man muß sich Teutschland, ohne
Rücksicht auf dessen Theile, als einen Staat
-- man muß sich also eine Gesetzgebung, -- ein
constitutives Princip denken.

Dieser unbestreitbaren Wahrheit zufolge
gibt es für Teutschland neben den particularen
noch zwei Arten der gemein - geltenden
Rechte: a) ein einheimisches durch Reichsgesetze
ursprünglich gegründetes, und b) ein von der
Reichsgesetzgebung für gemein - geltend aufge-
nommenes ursprünglich fremdes Recht.

Der gemeinen Gültigkeit des einen, so wie
des andern kann nicht das geringste entgegenge-
setzt werden, und in dieser Hinsicht unterliegt das
Dasein eines gemeinen ursprünglich - teutschen,
und eines gemeinen durch Aufnahme teutsch ge-
wordenen Rechts keinem Zweifel.

Die privatrechtliche Ausbeute aus den Reichs-
gesetzen fällt nun freilich viel zu karg aus, als
dals sie zu einem wissenschaftlichen Ganzen er-

wachsen könnte. Ihr Gebiet ist weder genau begrenzt, noch geschlossen, und so wird ihre Darstellung den Namen einer Wissenschaft nicht wohl erringen können. Aber das Prädicat „gemeines Recht im juridischen Sinne“ kann auch diesem Fragmente, nach seinen Quellen betrachtet, nicht abgeläugnet werden.

Als zweite Quelle stellt man den teutschen Reichsgesetzen allgemein-geltende teutsche Gewohnheitsrechte zur Seite, was auch ich in der Angabe der unmittelbar-gesetzlichen Quellen des teutschen Privatrechts, und nach meiner Ueberzeugung mit Recht, gethan habe. Ihre juridische und historische Existenz dürfte demjenigen, welcher mit der teutschen Gerichts- und Staedte-Verfassung, und mehreren andern teutschen Rechtsinstituten vertraut ist, wohl nicht unbekannt seyn.

Nun beruht freilich der grösste Theil der teutsch-privatrechtlichen Sätze auf Vergleichung und harmonischer Zusammenstellung der particularrechtlichen Bestimmungen. Einem Abstrakte der Art gebührt das Praedicat „gemeingeltend“ auf keine Weise. Denn es beruht nicht mehr auf einem allgemein durchgreifenden ober-

ten Principe, sondern auf so vielen einzelnen, als ihrer einzelne Particularrechtsnormen zusammengestellt, und verglichen sind. Mag auch ein solcher Satz in allen teutschen Territorien gelten, so gilt er doch nur als particularer Rechtsatz in jedem einzelnen Staate, dessen Gesetzgebung ihm die Kraft der Gültigkeit zusprach.

Ein solches Aggregat, dessen logische Totalität immer problematisch ist, und bleiben wird, wird zwar niemals gemein - geltend praedicirt, aber, in wie fern seine einzelnen Sätze mit allen, oder doch den meisten particularrechtlichen Normen zusammenstimmen, für eine gemein - brauchbare Sammlung überall geltender Erfahrungsregeln ausgesprochen werden können.

Die Erkenntniß eines solchen Aggregats -- ob, und in wie weit die particularen Rechte in ihren Bestimmungen zusammentreffen, erleichtert nicht nur die Einsicht in das Studium der einzelnen Land - und Stadtrechte, sondern hat auch ihren entschiedenen praktischen Werth für den teutschen Rechtsgelehrten, wenn er über Rechtsinstitute zu entscheiden hat, welche den fremden Rechten ganz unbekannt sind. Ich stimme daher

einerseits H. Feuerbach (in dessen civilistischen Versuchen. Th. I. Abh. VII. S. 193.) aus vollkommener Ueberzeugung bei, wenn er dem teutschen Privatrechte die Eigenschaft einer vollendeten Wissenschaft abläugnet. Andererseits aber scheint er mir zu viel behauptet zu haben, wenn er sich äussert, daß man, wie es aus dem Gesichtspunkte einer angemessenen organischen Eintheilung des Rechtsgebiets geschehen muß, alle gemeine Gesetze, als Quellen von dem teutschen Privatrechte ausschliessen müsse. Welcher Rechtsdisciplin gehören denn die über privatrechtliche Verhältnisse z. B. Zunftwesen, u. s. w. bestimmenden Reichsgesetze näher an, als dem teutschen Privatrechte? Nach meiner Meinung sollen in dem Vortrage der Pandekten des römischen Rechts auch nur die Pandekten des römischen Rechts abgehandelt werden.

Was die Anlage meines Buches betrifft, so gieng mein Bestreben hauptsächlich dahin, das Staatsrechtliche vom Privatrechtlichen so viel möglich zu trennen; auch teutsches Privatrecht von der historischen Darstellung teutscher Rechtsinstitute abzuföndern. Da ich bei den Zuhörern, welche den Vorlesungen über teutsches Privatrecht

mit Nuzen beiwohnen wollen, die allgemeinen Grundfäze des Privatrechts aus den Vorlesungen über das römische Civilrecht, und die teutsche Rechtsgeschichte mit allem Rechte voraussetzen darf, so konnte ich manche Begriffe, Eintheilungen u. s. w. hier umgehen, und die Uebersicht des Ganzen auf die einfache Abtheilung in Personen- und Sachenrecht zurückführen.

Ich setze dem Sachen .. das Personenrecht voraus, weil viele einzelne Sachenrechte nur durch die Vorkenntnisse von den verschiedenen Zustandsverhältnissen vollkommen klar, und näher bestimmt werden können. Mancher Gegenstand kommt nun freilich zweimal zur Sprache. Allein ich glaubte dieses sowohl dem Systeme des Ganzen, als auch der richtigen Bezeichnung des Einzelnen schuldig zu seyn. So ist z. B. der Bauer in seiner Art zu frohnen verpflichtet; aber auf der andern Seite ist sein Gutsherr zur Frohnforderung berechtigt. Jene Pflicht, so wie dieses Recht, haben ihre Eigenthümlichkeiten, die man nur dann vollkommen aufzufassen im Stande ist, wenn man eines von dem andern sorgfältig trennt.

Die Grenzen des teutschen Privatrechts in das Gebiet des teutschen Staatsrechts nicht zu überschreiten, war ein Gegenstand, welchem ich besondere Aufmerksamkeit widmete. Aus dieser Ursache berührte ich blos die Rechtsverhältnisse des mittelbaren Adels, verwies die Lehre vom unmittelbaren hohen und niedern Adel in das teutsche Staats- und Privatfürstenrecht, setzte bei den sogenannten nuzbaren Regalien, dem Forst - Jagd - Berg - Salz - Strassen - Postrechte u. s. w. das Staatsrechtliche voraus, und beschäftigte mich mit ihnen nur, in wie fern sie in dem Gebiete des Privatrechts wirklich einen Plaz einnehmen.

Was teutsche Reichsgesetze über einzelne Zweige des römischen Civilrechts, oder über ursprünglich - einheimische Rechtsinstitute verordnen, gehört dem teutschen Privatrechte an.

In Anführung der Litteratur beschränkte ich mich absichtlich, indem eine ganz ausführliche Litteratur bei Gelegenheit des mündlichen Vortrages sich nicht unzweckmässig ergänzen läßt. Nach von Selchows Methode alle, oder doch die meisten zusammentreffenden Land- und Stadtrechte anzuführen, und den aus ihnen abgeleite-

ten Satz damit zu begründen, hielt ich der Bestimmung dieses Buches nicht für angemessen.

Die jedem Germanisten bekannten Schwierigkeiten der systematischen Anordnung an sich so verschiedener, noch im Dunkeln der Geschichte verborgener und problematischer Gegenstände dürften manche Lücke entschuldigen, welche sich dem schärfern Auge entblößet.

Landshut,

den 21. Jänner, 1805.

der Verfasser.

Inhalt.

Einleitung.

I.

Begrif des gemeinen teutschen Privatrechts.

- §. 1. Teutsches Recht. S. 1.
§. 2. Gemeines teutsches Recht;
a) im weitern Sinne, S. 2.
§. 3. b) im engern, oder eigentlichen Sinne. S. 4.
§. 4. Giebt es ein gemeines teutsches Privatrecht im engern Sinne? S. 4.

II.

Eintheilung des gemeinen teutschen Privatrechts;

- §. 5. a) seinen Subjekten nach, S. 5.
§. 6. b) seinen Objekten nach, S. 6.
§. 7. c) seinem Ursprunge nach, S. 6.
§. 8. d) dem Zeitalter nach. S. 7.

III.

Quellen des gemeinen teutschen Privatrechts.

- §. 9. Quellen.
Deren Begrif, und
Eintheilung. S. 8.

§. 10. a) unmittelbar gesetzliche;

1) Reichsgesetze. S. 8 - 9.

§. 11. 2) Kreisordnungen. S. 9.

§. 12. 3) Landesordnungen. S. 9 - 10.

§. 13. 4) Stadtrechte. S. 10 - 11.

§. 14. 5) Allgemeine teutsche Gewohnheitsrechte.

S. 11 - 12.

§. 15. b) mittelbar gesetzliche. S. 12.

IV.

Hülfsmittel zur Erlernung des gemeinen teutschen Privatrechts.

§. 16. Hülfsmittel.

Deren Begriff, und

Eintheilung. S. 13.

§. 17. a) philologische, S. 13 - 14.

§. 18. b) philosophische, S. 14 - 15.

§. 19. c) historische. S. 15 - 16.

V.

Nutzen des gemeinen teutschen Privatrechts.

§. 20. Nutzen. S. 17 - 18.

VI.

Vorsichtsregeln bei Erlernung des teutschen Privatrechts.

§. 21. Regeln. S. 18 - 19.

VII.

*Wissenschaftliche Kultur des gemeinen teutschen
Privatrechts.*

- §. 22. Wissenschaftliche Schicksale des teutschen Privatrechts.
S. 19 - 20.

VIII.

Litteratur des gemeinen teutschen Privatrechts.

- §. 23. Litteratur. S. 21 - 24.

G r u n d f ä z e

des gemeinen teutschen Privatrechts.

Erste Abtheilung.

Von dem Personenrechte.

- §. 24. Einleitung. S. 25 - 26.

I. Unterabtheilung.

*Allgemeines, oder Personenrecht in Rücksicht auf
allgemeine bürgerliche Verhältnisse.*

- §. 25. Ueberlicht. S. 26.

I. A b s c h n i t t.

**Von dem rechtlichen Unterschiede zwischen Einheimi-
schen und Fremden.**

I. Staatsbürgerrecht.

- §. 26. a) Ueberhaupt. S. 26 - 27.
§. 27. b) Eintheilung des teutschen Indigenats. S. 27.
§. 28. c) Rechtsumfang des teutschen Bürgerrechts.
S. 27 - 28.

- §. 29. d) Erwerbung und Verlust des Staatsbürgerrechts.
S. 29.

II. *Fremdlingsrecht.*

- §. 30. a) Ueberhaupt. S. 29 - 30.
§. 31. b) Retorsion, oder Wiedervergeltung. S. 30 - 31.
c) Recht der Nachsteuer.
§. 32. 1) Allgemeine Eigenschaften. S. 31 - 32.
§. 33. 2) Von welchem Vermögen Nachsteuer - und
Abzugsgeld gefodert werde. S. 33 - 34.
§. 34. 3) Nachsteuer - und Abzugsbefreiung. S. 34 - 35.

II. A b s c h n i t t.

Von dem rechtlichen Unterschiede zwischen Freien
und Unfreien.

I. *Frei.*

- §. 35. a) Ueberhaupt. S. 35 - 36.
§. 36. b) Freigebohrne. Freigelassene. S. 36.
§. 37. c) Vorzüge der Freigebohrnheit. S. 37.

II. *Leibeigene.*

- §. 38. a) Begriff. S. 37 - 38.
§. 39. b) Besondere Rechte über die Leibeigenen.
1) Bedemundsrecht. S. 39.
§. 40. 2) Belazungsrecht. S. 39 - 40.
§. 41. 3) Dienstzwangsrecht. S. 40 - 41.
§. 42. 4) Baulebungsrecht. S. 41 - 42.
§. 43. c) Entstehung der Leibeigenschaft. S. 42.
§. 44. d) Aufhebung derselben. S. 43.

III. Ab-

III. A b s c h n i t t.

Von dem rechtlichen Unterschiede der Bürger in
Rücksicht auf Ehre und Ehrlosigkeit.

I. *Ehre.*

- §. 45. a) Begriff. S. 44 - 45.
- §. 46. b) Eintheilung der bürgerlichen Ehre, S. 45.
- §. 47. c) Gemeine bürgerliche Ehre, S. 46.
- §. 48. d) Besondere bürgerliche Ehre. S. 46.

§. 49. II. *Unehre.* S. 46 - 47.

- §. 50. a) Ehrlosigkeit. S. 47.
- §. 51. b) Infamie. S. 48.
- §. 52. c) Folgen der bürgerlichen Unehre. S. 49 - 50.
- §. 53. d) Bemerkungen über die ältere Theorie von der
bürgerlichen Unehre. S. 50 - 51.

IV. A b s c h n i t t.

Von dem rechtlichen Unterschiede der Bürger in
Rücksicht auf Religion.

- §. 54. 1) Vorbemerkung. S. 51 - 52.
- §. 55. 2) Allgemeine Grundsätze. S. 52 - 53.
- §. 56. 3) Juden. S. 53 - 55.

V. A b s c h n i t t.

Vom Familien - Zustande.

- §. 57. Einleitung. S. 56.

I. *Titel.*

V o n d e r E h e.

- §. 58. 1) Grundlage des deutschen Eherechts. S. 57.

§. 59. 2) Form der Eheverlobnisse. S. 58 - 59.

§. 60. 3) Form der Ehe. S. 60 - 61.

§. 61. 4) Wirkungen der Ehe,

a) überhaupt, S. 62.

§. 62. b) insbesondere.

A. Aus Ehe Stiftungen. S. 62 - 64.

§. 63. B. In Ansehung verschiedener Arten von ehelichen Gütern.

I. Heurathgut und Aussteuer. S. 64 - 65.

§. 64. II. Wiederlage. S. 66.

§. 65. III. Morgengabe. S. 67 - 68.

§. 66. IV. Spiel- und Trüffeltgelder. S. 68.

V. Wittum;

§. 67. a) überhaupt, S. 69.

b) insbesondere.

§. 68. aa) Leibgeding. S. 70 - 71.

§. 69. bb) Wittum. S. 71 - 72.

§. 70. c) Andere besondere Vortheile der Wittwen. S. 73.

VI. Gütergemeinschaft unter Ehegatten vorzüglich bürgerlichen Standes.

§. 71. a) Begriff und Eintheilung. S. 74 - 75.

§. 72. b) Ihre rechtliche Beschaffenheit.

aa) Allgemeine eheliche Gütergemeinschaft.

1) Ihre Natur. S. 75 - 76.

§. 73. 2) Ihre rechtliche Wirkungen.

a) Während der Ehe. S. 77 - 78.

§. 74. b) Nach erfolgter Trennung der Ehe.

1) Wenn sie kinderlos war. S. 79 - 80.

- §. 75. 2) Wenn Kinder vorhanden sind. S. 80 - 82.
§. 76. 3) Endigung derselben. S. 82 - 83.
§. 77. bb) Besondere eheliche Gütergemeinschaft.
S. 84 - 85.
§. 78. cc) Gemeinschaft der ehelichen Errungenschaft.
1) Begriff. S. 85 - 86.
§. 79. 2) Die ihr entgegengesetzte eheliche Ein-
busse. S. 86 - 87.
§. 80. 3) Rechtliche Natur der Errungenschaft.
S. 87 - 88.
§. 81. 5) Zweite Heurath. S. 89.

II. T i t e l.**Von der Gewalt der Aeltern.**

- §. 82. 1) Vorbemerkung. S. 90.
§. 83. 2) Rechte der älterlichen und väterlichen Gewalt.
S. 90 - 91.
§. 84. 3) Erwerbung der väterlichen Gewalt. S. 92.
§. 85. 4) Endigung der väterlichen Gewalt. S. 93.
§. 86. 5) Absonderung der Kinder in Ansehung des gemein-
schaftlichen Vermögens. S. 94.

III. T i t e l.**Von der Vormundschaft.**

- §. 87. 1) Vorbemerkung. S. 94 - 95.
§. 88. 2) Obervormundschaft. S. 95 - 96.
§. 89. 3) Verschiedene Arten der Vormundschaft. S. 96 - 97.
§. 90. 4) Entschuldigung von der Vormundschaft. S. 97.
§. 91. 5) Rechnungsablage. S. 97 - 98.

§. 92. 6) Curatel des weiblichen Geschlechts. S. 98.

II. Unterabtheilung.

*Besonderes, oder Personenrecht in Rücksicht auf die
besondern Standesverhältnisse der Bürger.*

§. 93. Einleitung. S. 99.

I. Abschnitt.

Von dem Adelstande.

§. 94. I. *Adel überhaupt.*

a) Begriff. S. 99 - 100.

§. 95. b) Eintheilung des Adels. S. 100.

§. 96. c) Erwerbung des Adels. S. 101.

§. 97. d) Verlust desselben. S. 102.

§. 98. II. *Rechte des Adels.*

a) Allgemeine Uebersicht. S. 103.

§. 99. b) Besondere Abhandlung. S. 104.

A. Persönliche Rechte

aa) des Adels überhaupt, S. 104 - 106.

§. 100. bb) des alten Geschlechtsadels. S. 107.

Ahnenprobe. S. 108 - 109.

§. 102. cc) des landfässigen Adels, S. 109 - 110.

§. 103. dd) des sogenannten Personaladels. S. 111.

§. 104. B. Dingliche Rechte. S. 111 - 112.

II. Abschnitt.

Vom Bürgerstande.

§. 105. Einleitung. S. 112.

Inhalt.

XXI

I. Titel.

Stadtrecht.

§. 106. I. Stadt. S. 113.

§. 107. II. Stadtrecht. S. 113 - 114.

§. 108. III. Gegenwärtige Verfassung der mittelbaren Städte.

A. Regierungsverfassung,

a) überhaupt, S. 114 - 115.

§. 109. b) ihr Verhältniß zur Landeshoheit. S. 116.

§. 110. c) Deren Eintheilung in Rücksicht auf ihre Verfassung. S. 117.

§. 111. d) Stadtrath;

aa) überhaupt, S. 117 - 118.

§. 112. bb) innerer und äußerer Rath, S. 118 - 120.

§. 113. cc) insbesondere Patriciat, S. 120.

§. 114. B. Regierungsrechte. S. 121 - 122.

§. 115. C. Stadtvermögen;

a) überhaupt, S. 123 - 124.

§. 116. b) Einkünfte einer Stadt aus an sie verliehenen Regalien. S. 125.

II. Titel.

Stadtbürgerrecht.

§. 117. Begriff und Eintheilung des Stadtbürgerrechts. S. 126.

§. 118. I. Vollkommenes Stadtbürgerrecht.

a) Dessen Erwerbung. S. 126 - 127.

§. 119. b) Einzelne darunter begriffene Rechte. S. 127 - 128.

§. 120. c) Verbindlichkeiten der Stadtbürger. S. 128 - 129.

§. 121. d) Verlust des Bürgerrechts. S. 129 - 130.

§. 122. II. Unvollkommenes Stadtbürgerrecht.

a) Ueberhaupt. S. 130 - 131.

§. 123. b) Vorstädter. S. 131 - 132.

§. 124. c) Einwohner der Städte. S. 132 - 133.

III. Titel.

B ü r g e r l i c h e N a h r u n g.

§. 125. Vorbemerkung. S. 133.

A. Handlung.

§. 126. I. Handlung.

a) Handlungsrecht. S. 134.

§. 127. b) Verschiedene Arten des Handels und der Handelsleute. S. 135 - 136.

§. 128. c) Handelsgesellschaften. S. 136.

§. 129. d) Besondere Rechte der Kaufleute. S. 137 - 138.

§. 130. II. Besondere einer Stadt in Rücksicht auf den Handel zukommende Rechte. S. 138 - 140.

B. Handwerke.

§. 131. I. Handwerk und Zunft überhaupt. S. 140 - 141.

§. 132. II. Eintheilung der Zünfte. S. 141.

§. 133. III. Handwerksrecht. S. 141 - 142.

§. 134. IV. Collegialische Verfassung der Handwerke.

a) Ueberhaupt. S. 143 - 145.

§. 135. b) Lehrjungen. S. 145 - 146.

§. 136. c) Gefellen. S. 146 - 147.

§. 137. d) Meister. S. 148 - 149.

§. 138. e) Unzünftige Meister. S. 150 - 151.

§. 139. f) Zunftgerichtsbarkeit. S. 151. - 152.

- §. 140. g) Zunftzwang. S. 152 - 153.
 §. 141. h) Recht der Untergerichte und Stadtoberkeiten über die Zünfte. S. 153 - 154.

C. Bierbrauerei.

- §. 142. a) Bierbrauerei. S. 154 - 155.
 §. 143. b) Brantweinbrennerei, Schenkgerechtigkeit und Weinhandel. S. 156.

III. Abschnitt.

Vom Bauernstande.

I. Titel.

Bauernrecht überhaupt.

- §. 144. Bauer. Dorf. Bauern- und Dorfrecht. S. 157 - 158.
 §. 145. Bauern.
 a) in Gemeinschaft, S. 158 - 159.
 §. 146. b) einzeln.
 Deren verschiedene Arten. S. 159 - 161.

II. Titel.

Bauerngüter.

- §. 147. A. Erbrecht überhaupt. S. 161 - 162.
 §. 148. B. Bauerngüter mit Eigenthume. S. 163 - 164.
 §. 149. C. Bauerngüter mit Pacht- oder Grundrechte ohne Eigenthum. S. 164 - 165.

III. Titel.

Rechte und Pflichten der Bauern.

§. 150. A. Rechte.

- a) gemeine, S. 166 - 168.
 §. 151. b) besondere, S. 168 - 169.

§. 152. **B. Verbindlichkeiten.**

AA. Oeffentliche. S. 169 - 170.

§. 153. BB. Privatfolge oder Pflichten, welche die Bauern ihren Gutsherren leisten müssen.

I. Dienste, oder Frohnen.

1) Begriff und Arten. S. 171 - 172.

§. 154. 2) Grundlage der Frohnpflicht. S. 172.

§. 155. 3) Personen, welche frohn - oder dienstpflichtig sind. S. 173.

§. 156. 4) Art die Frohnen zu leisten. S. 174 - 175.

§. 157. 5) Insbesondere Gemeindefrohnen. S. 176.

§. 158. II. Abgaben.

a) Zinsen.

aa) Ueberhaupt. S. 177 - 178.

§. 159. bb) Grundzins.

1) Begriff und Arten. S. 178 - 179.

§. 160. 2) Natur des eigentlichen Grund - oder Bodenzinses. S. 179 - 181.

§. 161. cc) Zinsen bei Erbzins - Pacht - und Meiergütern. S. 181 - 182.

§. 162. dd) Laudemium oder Lehenwaare. S. 183 - 184.

§. 163. ee) Zehenten. S. 185.

Zweite Abtheilung.

Von den Sachenrechten.

§. 164. Einleitung. S. 185 - 186.

I. Unterabtheilung.

Von den dinglichen Sachenrechten.

I. A b s c h n i t t.

Vom Eigenthume und den dasselbe theils beschrän- kenden, theils beschwerenden dinglichen Sachenrechten.

I. T i t e l.

Vom Eigenthume überhaupt.

§. 165. Begriff und Natur des Eigenthums. S. 186 - 187.

§. 166. Eintheilung des Eigenthums. S. 187 - 188.

§. 167. A. Allein - und Miteigenthum. S. 188 - 189.

§. 168. insbesondere Allmenden. S. 189 - 190.

§. 169. B. Eingeschränktes und uneingeschränktes Eigen-
thum. S. 191 - 192.

II. T i t e l.

Vom freien Eigenthume.

§. 170. Freies Eigenthum.

§. 171. A. Freie Rittergüter.

a) Begriff. S. 193 - 194.

§. 172. b) Arten. S. 194 - 195.

§. 173. c) Freiheiten der Rittergüter.

1) Ueberhaupt; S. 196.

§. 174. 2) Insbesondere;

aa) gemeine dingliche Rittergutsrechte;

S. 197 - 198.

§. 175. bb) besondere oder adeliche Rittergutsrechte.

S. 199 - 200.

§. 176. B. Sattelfreie Güter. S. 200 - 201.

§. 177. C. Freie Bauerngüter. S. 201.

III. Titel.

Vom nicht-freien Eigenthume.

§. 178. Allgemeine Uebersicht. S. 202.

§. 179. I. Zinsgüter. S. 203.

§. 180. II. Erbzinsgüter. S. 204 - 206.

§. 181. III. Meierdingsgüter. S. 207.

§. 182. IV. Lehengüter. S. 208.

§. 183. V. Stamm- und Familienfideicommissgüter.

a) Ihre Bestimmung. S. 208 - 209.

§. 184. b) Ihre rechtliche Natur. S. 210 - 212.

§. 185. c) Beweis derselben. S. 213 - 214.

IV. Titel.

Von den das Eigenthum beschränkenden oder beschwerenden dinglichen Sachenrechten.

§. 186. Vorbemerkung. S. 214.

§. 187. I. Grundherrlichkeit. S. 214 - 216.

§. 188. II. Grundzins- und Erbzinsrecht. S. 216 - 218.

§. 189. III. Zehentrecht. S. 218 - 220.

§. 190. IV. Frohnrecht. S. 221 - 222.

§. 191. V. Rentenrecht. S. 223 - 224.

§. 192. VI. Pfandrecht. S. 225 - 226.

§. 193. VII. Grunddienstbarkeiten. S. 226 - 227.

§. 194. VIII. Bann- und Zwangrechte. S. 228.

§. 195. IX. Ausdings- oder Austragsrecht. S. 229 - 230.

§. 196. X. Näherrecht.

- a) Begriff. S. 230 - 232.
- §. 197. b) Besondere Arten des Nachrechts.
- 1) Erblofungsrecht. S. 233.
- §. 198. 2) Näherrecht aus der Mitbelehnenschaft. S. 234.
- §. 199. 3) Ganerbenrecht. S. 234 - 235.
- §. 200. 4) Guts - und lehenherrliches Näherrecht. S. 235.
- §. 201. 5) Näherrecht des landfässigen Adels. S. 236.
- §. 202. 6) Marklofung. S. 236 - 237.
- §. 203. 7) Nachbarrecht. S. 237.
- §. 204. 8) Gespielderecht. S. 237 - 238.
- §. 205. c) Collision der verschiedenen Arten des Retrakts.
S. 238.

II. Abschnitt.

Vom Erbrechte.

- §. 206. Teutsches Erbrecht überhaupt. S. 239.
- A. Intestaterbfolge.
- §. 207. a) Intestaterbfolge überhaupt. S. 239 - 240.
- §. 208. b) Besondere Eigenheiten der teutschen Intestaterb-
folge. S. 240 - 241.
- §. 209. c) Gerade. S. 242.
- §. 210. d) Heergeräthe. S. 243.
- §. 211. e) Statutarische Portion. S. 244.
- §. 212. f) Succession des Fiscus. S. 245.
- B. Testamentarische Erbfolge.
- §. 213. Ihre allgemeine Beschaffenheit. S. 246.
- C. Vertragsmässige Erbfolge.
- §. 214. 1) Erbvertrag. S. 246 - 247.
- §. 215. 2) Arten der Erbverträge. S. 247 - 248.

- §. 216. 3) Natur der teutschen Erbverträge,
 aa) Ueberhaupt. 248 - 249.
- §. 217. bb) Insbesondere.
 A. Affirmative.
 Erbverbrüderungen. S. 249 - 250.
- §. 218. B. Negative. S. 251.
- §. 219. a) Erbverzichte der Töchter. S. 251.
- §. 220. b) Erbverträge über die Untheilbarkeit der
 Güter.
 1) Die dadurch eingeführten Erbfolgearten.
 S. 252 - 253.
- §. 221. 2) Ihre Errichtung. S. 254 - 255.
- §. 222. cc) Erbverträge, welche vorzüglich unter Personen
 des dritten Standes eintreten. S. 255.
 a) Ehe Stiftungen.
- §. 223. b) Einkindschaft.
 aa) Begriff. S. 255 - 256.
- §. 224. bb) Wirkungen derselben. S. 256 - 257.

III. Abschnitt.

Von dinglichen Rechten, welche sich auf Sachen beziehen, die nicht bloß als Gegenstände des Privateigenthums angesehen werden können.

I. Titel.

Vom Forst- und Jagdrecht.

- §. 225. Privatforst- und Jagdrecht. S. 258.
- §. 226. a) Waldeigenthum. S. 259 - 260.
- §. 227. b) Jagdgerechtigkeit. S. 261 - 262.

II. Titel.

Vom Bergrechte.

- §. 228. I. Privatbergrecht. S. 263.
§. 229. II. Erwerbung des Bergrechts. S. 264.
§. 230. III. Bedingungen des Betriebs eines Bergbaues. S. 265.
§. 231. IV. Rechtsverhältniß zwischen Bergherrn und Lehen-
träger. S. 266 - 267.
§. 232. V. Gefellenbau und Gewerkschaft. S. 267 - 268.
§. 233. VI. Bergleute. S. 268 - 269.
§. 234. VII. Verlust der aus der Belehnung erhaltenen Berg-
rechte. S. 269 - 270.

III. Titel.

Vom Salzrechte.

- §. 235. Salzrecht. S. 270.

IV. Titel.

**Vom Privatrechte der Wege, des Post-Fracht-
und Fuhrwesens.**

- §. 236. I. Privatrecht der Wege. S. 271 - 272.
§. 237. II. Straffengerichtsbarkeit. S. 273.
§. 238. III. Post- und Bothenwesen. S. 273 - 274.
§. 239. IV. Fuhr- und Frachtrecht. S. 275.

V. Titel.

Vom Wasserrechte.

- §. 240. I. Wasserrecht überhaupt. S. 276.
§. 241. II. Darunter begriffene Rechte.
a) Fischerei. S. 277.
§. 242. b) Mühlenrecht. S. 277 - 278.

- §. 243. c) Brückenrecht. S. 278 - 279.
 §. 244. d) Schiff - und Floßrecht. S. 279.
 §. 245. e) Inseln, Werder und Anlagen. S. 280.
 §. 246. f) Strand - und Grundrechte. S. 280 - 281.

VI. Titel.

Vom Deich - und Siehlrechte.

- §. 247. I. Deich - und Siehlrecht überhaupt. S. 281 - 282.
 §. 248. II. Anlegung der Deiche. S. 282 - 283.
 §. 249. III. Unterhaltung derselben.
 a) ordentliche Deichlast. S. 283 - 284.
 b) außerordentliche. S. 285.
 §. 251. IV. Besondere Rechte des Deichwesens. S. 286.

II. Unterabtheilung.

Von den persönlichen Sachenrechten.

- §. 252. Einleitung. S. 287.

I. Abschnitt.

Von den Eigenheiten des teutschen Rechts bei Verträgen, die ihre gesetzliche Bestimmung aus dem römischen Rechte erhalten.

- §. 253. I. Hauptverträge. S. 287 - 288.
 §. 254. a) in Ansehung der Form der Verträge überhaupt.
 S. 288 - 289.
 §. 255. b) in Ansehung einzelner Verträge.
 1) Kauf. S. 290 - 291.
 §. 256. 2) Hinterlegung und Leihvertrag. S. 291 - 292.
 §. 257. 3) Pachtvertrag. S. 292 - 293.
 §. 258. 4) Darleihen. S. 294 - 295.

- §. 259. 5) Societätscontract, oder Mascopey. S. 295 - 296. 1
 §. 260. 6) Spiel und Lotterie. S. 296 - 297. 2
 §. 261. II. Nebenverträge. S. 297 - 298. 3

II. A b s c h n i t t.

Von den Verträgen, welche den teutschen Rechten
eigen sind.

I. Wechselvertrag.

- §. 262. Wechsel. S. 299. 1
 §. 263. Wechselrecht. S. 300. 2
 §. 264. Eintheilung der Wechsel. S. 301 - 302. 3
 §. 265. Form der Wechsel. S. 302 - 304. 4
 §. 266. Wechselfähigkeit. S. 305. 5
 §. 267. Indossation. S. 306. 6
 §. 268. Verstärkungsarten der Wechselverbindlichkeit. S. 307. 7
 §. 269. Wechselverbindlichkeit. S. 308. 8
 §. 270. Valuta. S. 309. 9
 §. 271. Wechselcours. Courtage. S. 309 - 310. 10
 §. 272. Wechselbericht. S. 310. 11
 §. 273. Präsentation der Wechsel. S. 311. 12
 §. 274. Acceptation der Wechsel. S. 312. 13
 §. 275. Discretions - oder Respittance. S. 313. 14
 §. 276. Zahlung zur Verfallzeit. S. 314. 15
 §. 277. Wechselprotestation. S. 315. 16
 §. 278. Aufhebung der Wechselverbindlichkeit. S. 316. 17
 §. 279. Wechsel im Concurse der Gläubiger. S. 317. 18
 §. 280. II. Rentenvertrag. S. 317 - 318. 19
 §. 281. III. Ausdingungsvertrag. S. 318. 20
 §. 282. IV. Verlagsvertrag. S. 319 - 320. 21

- §. 283. V. Affecuranz, oder Versicherung. S. 321 - 322.
 §. 284. VI. Bodmery. S. 322.
 §. 285. VII. Bergvertrag. S. 323.
 §. 286. VIII. Lehenvertrag. S. 324.
 §. 287. IX. Haus - Familien - und Stammverträge.
 S. 324 - 327.

Einleitung.

I.

Begriff des gemeinen teutschen Privatrechts.

§. I.

Teutsches Recht.

Teutsches Recht ist die möglichst systematische Darstellung, und Entwicklung der positiven Rechtsbestimmungen, welche in Rücksicht auf Teutschland nach allen darin vorkommenden Verhältnissen gültig sind.

Es läßt sich aus einem doppelten Gesichtspunkte betrachten, nämlich einmal in Rücksicht seines Ursprungs, und sodann in Rücksicht seines Gegenstandes. In der ersten Hinsicht zerfällt es in das eigenthümlich, oder ursprünglich teutsche Recht (*jus germanicum originarium*) und in das in Teutschland auf-

und angenommene fremde Recht (jus in foro receptum). In der zweiten Hinsicht unterscheidet man das teutsche Privat- oder bürgerliche Recht (jus privatum, s. civium, s. civile) und das teutsche öffentliche, oder Staatsrecht (jus publicum s. civitatis).

§. 2.

Gemeines teutsches Privatrecht;

a) im weitern Sinne,

Die positiven Rechtsbestimmungen, welche sich auf die persönlichen und dinglichen Verhältnisse der einzelnen teutschen Staatsbürger neben, und gegen einander beziehen, sind ihrem Ursprunge nach (§. 1.) theils fremde, aber an- und aufgenommene, theils einheimische, oder ursprünglich teutsche. Zu jenen gehören 1) das justinianeische Recht, 2) das canonische Recht, und 3) die den neuern Ausgaben des Corporis juris romani all- gemein angehängten sogenannten Libri feudorum. Diese drei aufgenommenen Gesetzsammlungen gelten im Ganzen, als gemeines Recht durch ganz Teutschland, in wie fern ihnen nicht einheimische Gesetze, oder Gewohnheitsrechte, und deren Analogie im Wege stehen, und ihr Objekt überhaupt noch existirt. a) Den Namen „teutsches Recht“ führen sie nur uneigentlich, nämlich als aufgenommenes Recht, und auf diese Weise ergibt sich durch die Zusammenstel-

lung dieser mit den einheimischen durch ganz Teutschland geltenden Rechtsbestimmungen, so weit sie privatrechtliche Verhältnisse der teutschen Bürger neben, und gegen einander betreffen, der Begriff des gemeinen teutschen Privatrechts im weitern Sinne.

- a) A. D. Weber Reflexionen zur Beförderung einer gründlichen Theorie vom heutigen Gebrauch des römischen Rechts: auch in dessen Versuchen über das Civilrecht. Abh. I. S. 1. folg.

§. 3.

- b) im engern, oder eigentlichen Sinne.

In dem gemeinen teutschen Privatrechte im engern, oder eigentlichen Sinne wird die Natur solcher bürgerlichen Verhältnisse, und Privatgeschäfte teutscher Bürger entwickelt, welche, den fremden in Teutschland aufgenommenen Rechten unbekannt auf teutschem Boden entstanden, durch einheimische Geseze und Gewohnheitsrechte ihre Bestimmung erhielten, und noch heut zu Tage durch ganz Teutschland gelten. Es wird als eigentlich teutsches dem justinianeischen, canonischen und longobardischen, so wie als gemeines den Rechten entgegengesetzt, welche nur in einzelnen teutschen Staaten, oder Provinzen eingeführt sind.

§. 4.

Giebt es ein gemeines teutsches Privatrecht im engeren Sinne?

Man kann zwar nicht sagen, daß ursprünglich in Teutschland durch eine oberste gemeinschaftliche Legislation ein bestimmtes Ganze allgemein geltender privatrechtlicher Grundsätze aufgestellt worden sei. Allein, da es 1) viele eigenthümlich teutsche privatrechtliche Grundsätze giebt, welche durch allgemeine Reichsgesetze, oder Gewohnheiten bestimmt sind, und folglich in so fern ihrer Natur nach allgemeine Gültigkeit haben; da sich ferner 2) in vielen Provinzialrechten eine gewisse Uebereinstimmung findet, die, wenn sie auch nur zufälligerweise entstanden seyn sollte, doch eine wirkliche allgemeine, wenigstens über den größern Theil sich erstreckende Gültigkeit begründet; da endlich 3) viele teutsche Rechtsinstitute, die in dem römischen Rechte gar nicht vorkommen, und doch durch ganz Teutschland üblich sind, auf ursprünglich teutschen Sitten und Gebräuchen beruhen, und lediglich aus der ihnen eigenen Natur entwickelt und bestimmt werden müssen, so löset sich die vorstehende Frage von selbst dahin auf, daß es wirklich ein gemeines teutsches Privatrecht (§. 3.) im juristischen Sinne gebe. a)

a) A. F. H. Poffe Abhandlungen einiger vorzüglichen Gegenstände des teutschen Staats - und Privatrechts.

I. Heft. Rostock u. Leipzig. 1802. S. 1 - 54. vergl. Gottl. Hufeland Beiträge zur Berichtigung, und Erweiterungen der positiven Rechtswissenschaften. I. Stück. Jena. 1792. Abh. III. S. 51. folg. Wilh. Gottl. Taffinger über die Bestimmung des Begriffs der Analogie des teutschen Privatrechts. I. Th. Ulm. 1787.

II.

Eintheilung des gemeinen teutschen Privatrechts.

§. 5.

a) seinen Subjekten nach;

Die einheimischen auf bürgerliche Verhältnisse und Privatgeschäfte sich beziehenden Rechtsbestimmungen gelten entweder für alle, und jede teutsche Unterthanen, in wie fern sie in keiner andern, als in der Eigenschaft eines Unterthans, oder Staatsbürgers erscheinen, oder nur für eine besondere Klasse von Unterthanen, oder auch für alle, aber nur in wie fern sie in einem nicht - allgemeinen bürgerlichen Verhältnisse zu betrachten sind. Der sistematische Inbegrif von jenen giebt das allgemeine, und der sistematische Inbegrif von diesen das besondere teutsche Privatrecht. Dahin gehört das Adels - Stadtbürger - Handwerks - Zunft - Dorf - und Bauernrecht, u. s. w.

§. 6.

b) seinen Objekten nach;

Die eigenthümlich teutschen privatrechtlichen Grundsätze sind entweder allgemein geltende Regeln für alle, und jede rechtliche Privatgeschäfte und Verhältnisse, oder sie gelten nur als Ausnahme für gewisse Arten von Sachen und Geschäften. Es theilt sich daher das gemeine teutsche Privatrecht in objektiver Rücksicht in gemeines und besonderes. Zu letztern werden das Wechsel- Deich- Salz- Berg- Wasser- Forstrecht, u. s. w. gerechnet.

§. 7.

c) seinem Ursprunge nach;

Die Gültigkeit alles positiven Rechts beruht auf dem Willen der Gesetzgebung; diese aber schreibt bald eine gewisse Norme ausdrücklich vor, bald erlaubt sie, daß aus gewissen Thathandlungen rechtliche Normen entspringen. Dieses ist auch in Teutschland wirklich der Fall, und daher wird das gemeine teutsche Privatrecht in geschriebenes und ungeschriebenes eingetheilet, ob schon die Benennung an sich sehr uneigentlich ist. a)

a) Joh. Nic. Corn. Guilleaume Abh. der Rechtslehre von der Gewohnheit. Osnabrück. 1801.

§. 8.

d) dem Zeitalter nach.

Dem Zeitalter nach wird das teutsche Privatrecht in altes, mittleres und neues eingetheilet. Zur Kenntniß des altteutschen Privatrechts, welches bis zum Anfang des zehnten Jahrhunderts reicht, dienen sowohl die Gesetze der ehemaligen Hauptvölker Teutschlands, und der mit ihnen durch Abstammung verwandten, als auch insonderheit die Capitularien der fränkischen Könige. Das mittlere beruht auf den im Mittelalter unter dem Namen des Sachsen-Spiegels, nebst dem dazu gehörigen Richtsteig, des sächsischen Weichbilds, des Kaiserrechts und des Schwabenspiegels, gefertigten Sammlungen. Das neue fällt auf den Anfang des sechzehnten Jahrhunderts, und geht bis auf unsere Zeiten. Das alte, und mittlere teutsche Privatrecht gehören eigentlich in den Vortrag der innern Geschichte des teutschen Rechts; das neue allein findet hier seinen eigenthümlichen Plaz.

III.

Quellen des gemeinen teutschen
Privatrechts.

§. 9.

Quellen. Deren Begriff, und Eintheilung.

Quelle einer Wissenschaft heist dasjenige, woraus die in ihr enthaltenen Erkenntnisse geschöpft werden müssen. Da hier von dem gemeinen teutschen Privatrechte als einem positiven Rechte die Rede ist, so kann seine Quelle im allgemeinen nur das Gesetz, oder der Wille der bestehenden Gesetzgebung seyn, welcher dasjenige, was als Recht gelten soll, unmittelbar oder mittelbar ausspricht. Insbesondere aber sind dessen Quellen entweder unmittelbar gesetzliche, d. h. die Gesetze selbst, aus welchen die Rechtsbestimmungen für gegebene bürgerliche Verhältnisse geradezu fließen, oder mittelbar gesetzliche, d. h. vom Gesetze für geltende Quellen anerkannte Normen.

§. 10.

a) Unmittelbar gesetzliche.

1) Reichsgesetze.

Zu den unmittelbar gesetzlichen Quellen des gemeinen teutschen Privatrechts gehören 1) die teutschen über verschiedene privat-bürgerliche

Gegenstände verfügenden Reichsgesetze. a) Die reichsgesetzlichen Vorschriften über die bürgerlichen Zustandsrechte, über die Sachenrechte, Verträge, den gemeinen Zinsfuß, über Testamente und Erbfolge, über Verjährung und viele andere Rechtsgegenstände sind sprechende Beweise.

a) Carl Fridr. Gerstlacher, Handbuch der teutschen Reichsgesetze nach dem möglichst ächten Text in systematischer Ordnung. Stuttgart. 1791. Th. X. teutsches Privatrecht. -- Vergl. Hufeland Beyträge zur Berichtigung der positiv. Rechtswissenschaft. St. I. Abh. III.

§. 11.

2) Kreisordnungen.

2) Auch auf Kreistagen wurden außer Kreis- und Staatslachen gar oft privat-bürgerliche Verhältnisse in Berathung gezogen, und wirklich manchmal sehr wohlthätige Rechtsbestimmungen sanctionirt. Kann man schon diesen Kreisordnungen keine objektiv - allgemeine Gültigkeit durch ganz Teutschland zuschreiben, so sind sie doch als aufklärende oder aushülfliche Quelle in den Fällen nicht zu verwerfen, wo sie ursprünglich - teutsche Rechtsinstitute zum Gegenstande haben, oder allgemeine teutsche Gewohnheiten näher bestimmen.

§. 12.

3) Landesordnungen.

3) In den Landesordnungen der einzelnen Reichslande findet man nicht selten eine auffal-

lende Uebereinstimmung der auf privat-bürgerliche Verhältnisse und Geschäfte sich beziehenden Normen. Allein da diese nur durch die Erfahrung mögliche Erkenntniß auf bloßer Induktion beruht, so kann sie nur relative Vollständigkeit gewähren, und wird demnach aus der Zusammenstellung selbst der meisten in ihren Rechtsbestimmungen übereinkommenden Landesgesetze niemals ein eigentlich gemeines teutsches Privatrecht in dem Sinne, wie dem justinianischen Rechte das Prädicat eines gemeinen Rechts zukommt, geschöpft werden können. Denn Landesordnungen sind ihrem constitutiven Principe nach allezeit nur geltende Normen für die bestimmte Provinz, für welche ihr Urheber sie geben durfte, und wollte. Landesordnungen können daher nur für ein analogisch-gemeines Privatrecht als Quelle angesehen werden. a)

- a) Wilh. Gottl. Tafinger über die Bestimmung des Begriffes der Analogie des teutschen Privatr. I. Th. §. 38. S. 127. folg. -- Vergl. Hufeland Beiträge. St. I. Abh. III. S. 82. -- Poffe Abh. einiger Gegenstände des teutsch. Staats- und Privatrechts I. Heft. S. 27.

§. 13.

4) Stadtrechte.

4) Von den Stadtrechten sowohl der Reichs- als Landstädte a), in wie fern sie als Quelle des teutschen Privatrechts aufgestellt werden wollen, kann das nämliche behauptet werden, was (§. 11.)

von den Landesordnungen gesagt worden ist. Die Kraft ihres geltenden Ansehens ist theils nach der Legalität ihrer Entstehung, theils darnach, ob sie Personen, oder Sachen betreffen, so wie ihre Dauer nach der Analogie der Dauer der Gesetze zu bestimmen. b)

a) v. Selchow Elementa jur. privat. german. hod. Götting. 1787. §. 51. p. 61. -- Aug. Frid. Schott Sammlung zu den teutsch. Land- und Stadtrechten. III. Th. Leipzig. 1772 - 1775.

b) Riccius zuverlässiger Entwurf von Stadtgesetzen. B. II. Hauptst. 6. 12. 13. 14. 15. folg. -- Glück ausführliche Erläuterung der Pandekten nach Hellfeld. B. I. §. 89. S. 482. folg. -- W. Aug. Frid. Danz Handbuch des gem. teutsch. Privatr. B. I. §. 51. S. 168. folg.

§. 14.

5) Allgemeine teutsche Gewohnheitsrechte.

Es giebt 5) in Teutschland gewisse Gewohnheiten, welche in allen einzelnen Reichslanden gelten, und nach welchen die sich darauf gründenden Rechtsfälle für solche angesehen werden müssen, welche in das Recht jeder einzelnen Provinz von Teutschland gehören. Man nennt sie allgemeine teutsche Gewohnheitsrechte, obwohl ihnen das Prädicat der Allgemeinheit nur im historischen Betrachte, nicht aber im streng juridischen Sinne zukommt. a) Tragen sie die gemeingesezlichen Eigenschaften an sich, so behaupten sie mit den Gesetzen eine gleiche Kraft, und gehören sodann in dieser Voraussetzung un-

ter die unmittelbar gesetzlichen Quellen des teutschen Privatrechts. b)

a) Gottl. Hufeland Beiträge. St. I. Abh. I. S. 3. folg. und Abh. III. S. 81. -- J. N. Corn. Guillaume Abh. der Rechtslehre von der Gewohnheit. §. 18. S. 19.

b) Ueber den Gerichtsgebrauch f. Ernst Aug. Haus über den rechtlichen Werth des Gerichtsgebrauchs. Erlangen. 1798.

§. 15.

b) Mittelbar gesetzliche.

Unter die mittelbar gesetzlichen Quellen des gemeinen teutschen Privatrechts gehören 1) die autonomischen Verordnungen der einzelnen Stände, Familien, u. s. w. 2) Die in Teutschland aufgenommenen Hülfsgesetze, nämlich die römisch-justinianeische, canonische und longobardische (Lehen-) Gesefzſammlung. 3) Die auf der hiſtoriſchen Unterſuchung des Urſprungs verſchiedener Rechtsinſtitute gegründete Entwicklung der Natur der Sache. Oft laſſen ſich aus dem Weſen und dem Zwecke mancher urſprünglich - teutſchen Rechtsinſtitute ſehr richtige Regeln ableiten, welchen die gemeine Anwendbarkeit um ſo weniger abgeſprochen werden kann, da man folgerichtig behaupten kann, daß die Geſetze mit der Aufnahme eines ſolchen Inſtitutes überhaupt auch die Gültigkeit der aus dem Begriffe der Zweckmäßigkeit deſſelben ableitharen Regeln mitanerkannt haben; endlich 4) das Naturrecht.

IV.

Hülfsmittel zur Erlernung des gemeinen teutschen Privatrechts.

§. 16.

Hülfsmittel. Deren Begriff und Eintheilung.

Unter Hülfsmitteln versteht man alles dasjenige, was die richtige Erkenntniß der Quellen einer Wissenschaft erleichtert, und befördert. In Beziehung auf das gemeine teutsche Privatrecht sind diese Hülfsmittel, womit ein nach gründlicher Rechtskenntniß strebender Theoretiker vertraut seyn soll, theils philologische, theils philosophische, theils historische.

§. 17.

a) Philologische.

Das Sprachstudium, vorzüglich der lateinischen Sprache des Mittelalters a), und der teutschen Sprache b), der altteutschen sowohl, als der heutigen c), setzt den forschenden teutschen Rechtsgelehrten in den Stand, sich mit den Rechtsalterthümern und dem Geiste älterer Geseze aus den Urschriften selbst inniger vertraut zu machen, und eine pragmatische Uebersicht der gesetzlichen Abstufungen der ursprünglich - teutschen Rechtsinstitute sich zu verschaffen. Durch richtige Sprachkenntniß wird man auch gegen den Fehler ge-

sichert, aus übel verstandener Namensbezeichnung einer Sache falsche und nachtheilige Eigenschaften anzudichten. d) Zu diesem Zweck kann man sich technologische), und juridischer Wörterbücher f) mit grossem Nutzen bedienen.

a) Rühmlich bekannt sind die Glossarien eines Carl du Fresne, du Cange, eines Carpentier, eines Adelung.

b) Man sehe die Glossarien eines Joh. Schilter, eines Georg Wachter, eines Gottlieb Haltaus, eines Jo. Georg Scherz.

c) J. C. Adelung Versuch eines vollständigen grammatisch-kritischen Wörterbuches der hochteutschen Mundart, mit beständiger Vergleichung der übrigen Mundarten, besonders aber der oberteutschen. Th. I - V. Leipzig. 1774 - 1787.

d) Wie oft ist dieser Fehler in der Lehre von den bürgerlichen Rechts - und Gutsverhältnissen begangen worden? --

e) Joh. Carl Gottfr. Jacobsons technologisches Wörterbuch, herausgegeben von Otto Ludwig Hartwig; mit einer Vorrede von Joh. Beckmann. Th. I - IV, Berlin und Stettin. 1781 - 1784.

f) G. Steph. Wiefand juristisches Handbuch. Hildburghausen. 1762. -- Frid. Gottl. Struv Sammlung und rechtliche Erklärung unterschiedener Wörter und Redensarten, welche in den gemeinen Rechten, Landesordnungen und Stadtrechten vorkommen. Hamburg, 1784.

§. 18.

b) Philosophische.

Welchen wohlthätigen Einfluß die Philosophie des Rechts auf die positive Gesetz - Wissenschaft habe, wird wohl keines ausführlichen Be-

weises bedürfen. a) Ein jeder Rechtsgelehrte wird die um die Kultur des Privatrechts erworbenen Verdienste Grolmans b), Webers c), Thibauts d), Hübners e), und vieler Andern mit mir anerkennen.

a) Paul. Joh. Anselm Feuerbach über Philosophie und Empirie in ihrem Verhältnisse zur positiven Rechtswissenschaft. Landshut. 1804.

b) Magazin für die Philosophie und Geschichte des Rechts und der Gesetzgebung. I. B. III. St. Gießen und Darmstadt. 1800. I. B. IV. St. 1801.

c) Systematische Entwicklung der Lehre von der natürlichen Verbindlichkeit, und deren gerichtlicher Wirkung. Schwerin und Wismar. 1800. -- Dessen Versuche über das Civilrecht, und dessen Anwendung. Schwerin und Wismar. 1801.

d) Versuche über einzelne Theile der Theorie des Rechts. II. B. Jena. 1798. 1802.

e) über Ehre, Ehrlosigkeit, Ehrenstrafen und Injurien, Leipzig. 1800.

§. 19.

c) Historische.

Unter die historischen Hilfsmittel rechne ich a) im allgemeinen: 1) Geschichte überhaupt a), 2) die teutsche Geschichte b), 3) alle historischen Hilfswissenschaften c), 4) Litterärsgeschichte. d) b) Insbesondere: 1) Kenntniß der teutschen Alterthümer e), 2) Geschichte des teutschen Rechts f), 3) Geschichte der Rechte benachbarter aus den teutschen Volks-

Stämmen ursprünglich entstandenen Staaten. g) Verbindet man mit diesen noch 4) die Geschichte der teutschen Gesetzgebung und der Ausbildung der einzelnen Rechtsinstitute, so wird man im Stande seyn, den ächten Geist derselben zu durchschauen, und manche Irrthümer aufzudecken, die nur allein Unkunde in der Geschichte erzeugen konnte.

- a) Vorzüglich verdienen die Werke Remers, Becks, Jenisch's u. s. w. bemerkt zu werden.
- b) Mit Achtung wird jeder teutsche Geschichtskundige sprechen von 1) Chr. Gottl. Heinrich Handbuch der teutschen Reichsgeschichte. Leipzig. 1800. und 2) dessen teutscher Reichsgeschichte. VIII. Th. Leipzig. 1787 - 1799.
- c) Joh. Christ. Gatterer Abriss der Diplomatie. Götting. 1798. und dessen praktische Diplomatie. Götting. 1799. Jo. Georg Felsmaier Grundriss der histor. Hülfswissenschaften, vorzüglich nach Gatterers Schriften. Landshut. 1802.
- d) Anleitungen zur juridischen Litterärgeschichte lieferten: Stolle, Eisenhart, Hommel, Nettelbladt, König.
- e) Bern. Fr. Hommel Bibliothek der teutschen Alterthümer systematisch geordnet, und mit Anmerkungen versehen. Nürnberg. 1787. und dessen Zusätze und Verbesserungen zur Bibliothek der Alterthümer. Nürnberg. 1791. -- Ph. Ludw. Haus Alterthumskunde von Germanien. Mainz. 1791. -- Carl Gottl. Röffig Alterthümer der Teutschen, Leipzig. 1797.
- f) Fr. Chr. Jon. Fischer Entwurf einer Geschichte des teutschen Rechts. Leipzig. 1781. -- C. G. Röffig Geschichte des teutschen Privatrechts von der Geschichte der

der übrigen in Teutschland geltenden Rechte abgefordert. Leipzig. 1801.

g) Die Litteratur darüber s. in R u n d e's Grundfäzen des teutsch. Privatrechts, §. 94.

V.

Nutzen des gemeinen teutschen Privatrechts.

§. 20.

Nutzen.

Der Nutzen des teutschen Privatrechts ist nicht bloß ein theoretischer, sondern auch ein wirklich praktischer. Er äuffert sich 1) in der rechtlichen Behandlung vieler noch jetzt in dem praktischen Leben vorkommenden altteutschen Einrichtungen und Gegenstände, 2) in richtiger Bestimmung der wahren Grenzen des Gebrauchs der fremden Rechte, 3) in Aufklärung vieler Theile des teutschen Staats - Privatfürsten - und Lehenrechts; es dient 4) als Einleitung in die particularen, sowohl Landes - als Stadt - und Dorfrechte; auch erleichtert es 5) den Uebergang der Rechtsbeflissenen aus den Hörfälen der Jurisprudenz in das praktische Leben, indem man in jenem die Ursache des Unterschieds findet, der oft zwischen der römischen Theorie und dem Gerichtsgebrauch, selbst bei römischen Rechtsfäzen oder Einrichtungen eintritt. a)

- a) Meine Abh. über die Nothwendigkeit des Studiums des teutschen Privatrechts. Ingolstadt. 1799.

VI.

Vorsichtsregeln bei Erlernung des teutschen Privatrechts.

§. 21.

Regeln.

So groß der Nutzen des gemeinen teutschen Privatrechts auch immer ist, so darf es doch nur mit strenger Vorsicht im juridisch - praktischen Leben angewendet werden. Man hüte sich

- 1) vor dem Gebrauch falscher, oder nicht sicherer Quellen, und erlaube sich aus der Uebereinstimmung vieler Statuten keinen gewagten Schluss auf einen praktisch allgemeinen Rechtsfaz.
- 2) Man verwechsle nicht teutsche Rechtsalterthümer mit wirklich geltenden teutschen Rechtssätzen, ohne deshalb den Werth der erstern bei der Entwicklung der letztern ganz zu verkennen.
- 3) Man unterscheide bei ursprünglich teutschen Gegenständen die reinen teutschen Grundsätze von den damit vermischten fremden, oder aus unrichtiger Sachkenntniß entstandenen, und handle erstere wegen einiger Aehnlichkeit mit den Römischen nicht gleich nach römischem Maasstab.
- a)
- 4) Man lege in den Gerichtsgebrauch auch bei

ursprünglich teutschen Gegenständen keinen zu hohen Werth. b)

a) Vergl. meine Prüfung einzelner Theile des bürgerlichen Rechts. IV. B. Landshut. 1804. Abh. II. S. 25.

b) E. A. Haus Versuch über den rechtlichen Werth des Gerichtsgebrauchs. Erlang. 1789. -- J. N. Guilleaume Abh. der Rechtslehre von der Gewohnheit. §. 132. S. 141.

VII.

Wissenschaftliche Kultur des gemeinen teutschen Privatrechts.

§. 22.

Wissenschaftliche Schicksale des teutschen Privatrechts.

Die erste wissenschaftliche Bearbeitung des teutschen Privatrechts fällt in das sechszehnte Jahrhundert zurück, und verdankt sich Schar-den a), und Herolden b). Im siebenzehnten Jahrhunderte zeichnete sich Lindenbrog c), und Goldast d), durch Sammlungen der alten teutschen Geseze vortheilhaft aus. Mehr trug aber Conring e), und Schilter f), durch besondere Auscheidung der einheimischen Geseze, Rechtsgewohnheiten und Statuten zur methodischen Zubereitung des teutschen Privatrechts bei. Bald darauf im Jahre 1665. wies die Universität zu

Kiel dem teutschen Rechte ein eigenes Katheder an, welches Georg Beyer zuerst bestiegen haben soll. Michael Griebner g) machte Beyers handschriftliche Grundrisse öffentlich bekannt. Seitdem wurde das teutsche Privatrecht, als eine besondere Doktrin fast auf allen teutschen Universitäten gelehrt. Die ehemaligen Fragmente suchte man unter eine regelmässige Form zu ordnen, und einem festern Systeme anzunähern, um dessen Vervollkommnung Heinecius, Engau, Pütter, Eisenhart, von Selchow, Schröter, Westphal, Runde, Rössig sich unverkennbare Verdienste erworben haben.

a) *Leges Ripuariorum, Boioariorum, et Alemannorum.* Basil. 1530.

b) *Originum, et german. antiquitatum Libri, leges videlicet Salicae, Alemannorum, Saxonum, Angliorum, Thuringorum, Burgundionum, Francorum, Ripuariorum, Boioariorum, Westphalorum, Werniorum, Frisonum, Longobardorum, Theutonum ex Bibl. Frid. Lindenbergii.* Basil. 1557.

c) *Codex Legum antiquarum, in quo continentur Leges Westgothorum, Edictum Theodorici Regis, Lex Baiuvariorum, Decretum Thassilonis ducis, Lex Ripuariorum, Lex Saxonum, Angliorum et Werniorum, Frisonum, Longobardorum, Constitutiones Siculae, seu Neapolitanae, Capitulare Caroli M, et Hludovici Imp. unacum Glossario.* Francofurt. 1613.

d) *Collect. consuetud. et legum imperialium h. e. generales, et receptae in imperio consuetudines, ac leges Capitulares.* Francofurt. 1613.

e) unter dem Namen: Conradus Sincerus, in Differt. epistol. de germanicarum legum veterum, ac romani juris in republica nostra origine, auctoritateque praesenti. Lipsi. 1682.

f) Praxis juris roman. in foro german. Jen. 1698,

g) Delineatio juris germanici. Halae. 1718.

VIII.

Litteratur des gemeinen teutschen Privatrechts.

§. 23.

Litteratur.

Schon im Jahre 1782. lieferte Fischer a) eine allgemeine Litteratur des teutschen Rechts, welche aber, ungeachtet ihres entschiedenen Werthes, nicht ganz und um so weniger befriedigend ist, als seit dieser Zeit die litterarischen Vorschritte in dem ausgebreiteten Felde der teutschen Rechtswissenschaft einen viel höhern Grad der Ausbildung erreicht haben. Da ich im Verfolge jedesmal an seinem Ort die vorzüglichern Schriften bemerken werde, so glaube ich, hier über eine kurzgefaßte Anzeige der Litteratur des teutschen Rechts auf die Entschuldigung meiner Leser rechnen zu dürfen. *)

*) a) Quellen - Sammlungen:

Auffer den (§. 21.) angeführten Sichard, Herold u. a. m. bemerke ich: Petr. Georgisch Corpus jur. germ. antiqui, quo continentur leges Francorum, Salicae et Ripuariorum, Allemannorum, Baiuvariorum, Burgundionum, Frisionum, Angliorum et Werinorum, Saxonum, Longobardorum, Wisigothorum, Ostgothorum, nec non Capitularia regum Francorum ab Ansegiso Abbate et Benedicto Levita collectis, cum praefatione Jo. Gottl. Heineccii, Halae. 1738.

Paul Canciani barbarorum leges antiquae cum notis, et glossariis. Tom. I - V. Venet. 1781 - 1792.

b) Sammlungen teutsch - privatrechtlicher Aufsätze:

G. Struben Nebenstunden. I - V. Hannover. 1765 - 1783.

J. Chr. von Selchow Electa juris publ. et privati. Lipsiae. 1777.

Deffen Magazin für das teutsche Recht und die Geschichte. Leipzig. 1779.

J. G. Estors auserlesene kleine Schriften. 12. Theile. Gießen. 1735 - 77.

von Cramer Wezlar. Nebenstunden. 128. Theile nebst Hauptregister. Ulm. 1755 - 1775.

J. H. Dreyer Nebenstunden zur Erläuterung der teutschen Rechte, Rechtsalterthümer und Geschichte angewendet. Büzow und Wismar. 1768.

Deffen Miscellaneen, oder kleine Schriften über einige Gegenstände des teutschen Rechts. Lübeck. 1784.

Ernst Chr. Westphal teutsches und reichsständisches
Privatrecht. II Theile, Leipzig. 1783 und 1789.

Chr. Conr. Schröter vermischte Abhandlungen zur Er-
läuterung des teutschen Privat- Kirchen- und peinlichen
Rechts. II Theile. Halle. 1785 und 1786.

J. Chr. Siebenkees vermischte Beiträge zu dem teut-
schen Recht. VI Th. in III B. Nürnberg und Altorf.
1786 - 1790.

Carl Frid. Walch vermischte Beiträge zum teutschen
Recht. VIII Theile. Jena. 1771 - 1793.

Frid. Ernst Carl Merau Miscellaneen zum teutschen
Staats- und Privatrechte. II Theile. Gotha. 1791 und
1792.

Gottl. Hufeland Beiträge zur Berichtigung und Erweite-
rung der positiven Rechtswissenschaften. IV Stücke.
Jena. 1792 - 1802.

c) Systeme neuerer Zeiten.

Joh. Christ. von Selchow Elementa juris german. pri-
vat. hod. 8. Edit. Götting. 1795.

Just. Frid. Runde Grundsätze des allg. teutsch. Privat-
rechts. 3. Auflage. Götting. 1801.

Christ. Danz Handbuch des teutschen Privatrechts nach
dem System, des H. Hofr. Runde. I - VII, B. Stuttgart.
1796 - 1801.

Gottl. Hufeland Einleitung in die Wissenschaft des heu-
tigen teutschen Privatrechts. Jena. 1796.

Carl Gottl. Rössig erste Grundsätze des teutschen Privat-
rechts. Leipzig. 1797.

d) Einzelne Materien bearbeiteten mit Vorzüglichkeit:
 Runde, Scherer, Poffe, Bodmann, Winkler,
 Schott, Tafinger, Walch, Eisenhart, von Zan-
 gen, Weber, Gabken, Weiffer, Hommel,
 Reitemeier, Münter, von Cancrin u. m. a.

Grundsätze des gemeinen teutschen Privatrechts.

ERSTE ABTHEILUNG.

Von dem Personenrechte.

§. 24.

Einleitung.

Da in dem gemeinen teutschen Privatrechte nur die Eigenheiten des ursprünglich - teutschen Rechts vorgetragen werden können, so übergehe ich hier alles dasjenige, was entweder seine gesetzliche Bestimmung ganz allein dem römischen Kodex verdankt, oder doch durch die Einführung desselben so wesentliche Veränderungen gelitten hat, daß es geltend zu seyn heut zu Tage ganz aufgehört hat. Jenes setze ich aus dem Vortrage des römischen Rechts für bekannt voraus; mit diesem durch das römische Recht zur Antiquität Gewordenen verweise ich in den Hörsaal der innern Geschichte des teutschen Rechts. Unter dieser Voraussetzung theile ich die Lehre vom teutschen Personenrechte in zwei Unterabtheilungen. In der ersten werden die allgemeinen

Rechtsverhältnisse der bürgerlichen Personen (das allgemeine Personenrecht) und in der zweiten die besondern Standesverhältnisse, und zwar des Adels - Bürgers - und Bauernstandes (das besondere Personenrecht) abgehandelt.

I. UNTERABTHEILUNG.

Allgemeines, oder Personenrecht in Rücksicht auf allgemeine bürgerliche Verhältnisse.

§. 25.

Uebersicht.

Die allgemeinen Eigenschaften, wovon der Genuss der bürgerlichen Rechte überhaupt abhängt, sind I. Eingebornheit, II. Freigebornheit, III. Besitz der bürgerlichen Ehre, IV. Beschaffenheit der Religion, wozu eine Person sich bekennt, und V. der Familienzustand.

I. ABSCHNITT.

Von dem rechtlichen Unterschiede zwischen Einheimischen und Fremden.

§. 26.

I. Staatsbürgerrecht.

a) Ueberhaupt.

Die Personen, welche im Staate sich befinden, sind entweder vom, oder nur im Staate, d. h.

einheimische, sie mögen eingeborn oder aufgenommen seyn, oder nicht-einheimische, fremde sich Aufhaltende, oder nur Durchreisende. Diese Verschiedenheit der Personen erzeugt eine grosse Verschiedenheit in dem Genuße bürgerlicher Rechte, und daher rührt der rechtliche Unterschied zwischen Staatsbürger- und Fremdlingsrecht. Teutsches Staatsbürgerrecht überhaupt ist der Innbegrif von Rechten, welche einheimischen Teutschen vor Fremden zukommen. a) Es wird bald im engern Sinne (Indigenat im eigentlichen Verstande), bald im weitern Sinne (Incolat) genommen. Unter beiden steht das Vorzugsverhältniß für das erste.

a) N. Th. G ö n n e r teutsches Staatsrecht. Landshut. 1804.
§. 54 und 65.

§. 27.

b) Eintheilung des teutschen Indigenats.

Teutschland läßt sich bald als ein Staat, bald in seinen integrireenden Theilen betrachten; daher gewinnt die Eintheilung des teutschen Staatsbürgerrechts in Reichs - Kreis - und Landes-Bürgerrecht ihre juridische Gültigkeit. Das Gemeinheits - Indigenat gehört unter die Privatrechte der Städte und anderer Gemeinheiten.

§. 28.

c) Rechts - Umfang des teutschen Bürgerrechts.

Das teutsche Bürgerrecht, und zwar I. das Incolat gewährt dem Incola bedeutende Vorzü-

ge vor dem bloß fremden; denn jener ist nicht nur Subjekt des Schuzes, sondern auch des Zweckes des Staates im weitern Sinne, und ist daher zu allen Rechten fähig, welche aus der Idee der Einheit des Staates für alle Unterthanen fließen; er ist erbfähig, genießet freien Durchgang durch alle Reichslande zur Betreibung des Handels, u. f. f. a) Hingegen II. giebt das Indigenat nicht nur die allgemeinen Incolatsrechte, sondern auch in der Regel die Fähigkeit zum eigenthümlichen Erwerb unbeweglicher Güter, Betreibung der Zünfte u. f. w.; nur ist jene durch das Landes- diese durch das Stadtbürgerrecht bedingt, so wie überhaupt das Reichsindigenat Freiheit der Person, und das Bekenntniß zu einer in dem westphälischen Frieden an- und aufgenommenen Religion voraussetzet. Insbesondere III. fließen aus der Eingebornheit einzelne Vorzüge bei wichtigen Reichsbedienungen, bei den höchsten Reichsgerichten u. dgl. b) Uebrigens beruhen das Incolat und die Eingebornheit im allgemeinen Sinne des Worts nicht nothwendig auf den zum Indigenate im engern Verstande erforderlichen Eigenschaften; es wird daher ihr Rechtsumfang durch die Leibeigenschaft und das Bekenntniß zu fremden Religionen nicht durchaus gehindert. Außer den Gesagten sind noch andere besondere Vorzüge des Indigenats vor dem bloßen Incolat in einzelnen Verfassungen gegründet. c)

a) N. Th. Gönnér teutsches Staatsrecht. §. 55.

b) Wahlcap. Art. XII. u. XXIII. §. 4. Art. XXIV. §. 2.
K. G. O. Th. I. tit. 3. §. 1. -- Danz Handbuch des
gem. teutsch. Privatrechts. B. III. §. 313. S. 106.

c) Wegen Laufiz f. Lünig von der landfässigen Ritterschaft.
I. 870. wegen Cleve. ibid. I. 1033. wegen Schleswig
und Hollnstein. ibid. II. 954. 969. 973. 976. wegen
Baiern. ibid. I. 481. wegen Pfalz. I. 731. wegen Wolfen-
büttel. ibid. II. 151. -- f. Riccii Spicilegium. p. 468-
650.

§. 29.

d) Erwerbung und Verlust des Staats-Bürgerrechts.

Das teutsche Bürgerrecht wird I. erworben
durch Geburt und Aufnahme a), und II. ver-
loren durch den Tod, die Reichsacht, wirkliche
Infamie, freiwillige Aufgebung, und durch Aus-
wanderung verbunden mit Aufgebung aller An-
fässigkeit.

a) Gönner teutsches Staatsrecht. §. 56.

§. 30.

II. *Fremdlingsrechte.*

a) Ueberhaupt.

Die Verschiedenheit der Rechte der Fremden
im Verhältnisse gegen die Einheimischen gründet
sich theils auf Reichs - theils Reichslandesgesetze,
theils auf Ortsstatuten, und erzeugt daher einen
rechtlichen Unterschied zwischen Reichs -
Reichslandes - und örtlichem Fremdlings-
recht. Bedeutend war ehemals diese Verschie-
denheit a); sie verlor sich aber in der Zeit, und

begreift außer dem Verlust der Indigenats- und Incolatsrechte (§. 28.), den Gastgerichten b), dem Heimfallsrecht, dem Wildfangiat c), welche jedoch in den wenigsten Ländern noch angetroffen werden, und daher nicht gemein-rechtlich sind, nur die Retorsion, und das Abschossrecht.

a) Danz Handbuch des gem. teutsch. Privatr. B. III, §. 314. S. 109.

b) Frid. v. Bülow und Theodor Hagemann praktische Erörterungen. B. II. Hannover. 1799. Erört. III. S. 65.

c) Pfaelz. L. O. T. V. p. 57 - 61.

§. 31.

b) Retorsion oder Wiedervergeltung.

Unter der Wiedervergeltung oder Retorsion versteht man eine Handlung, wo das verschiedene und beschwerliche Recht eines Landes oder Ortes gegen die Einwohner dieses Landes oder Ortes, in einem andern Lande oder Orte, unter dem Ansehen der höchsten Staatsgewalt in bürgerlichen Sachen angewendet wird. a) Der Zweck aller Retorsion geht auf Erhaltung der rechtlichen Gleichheit und gleichen Bürgern verschiedener Länder. b) Sie ist nach den teutschen Rechten erlaubt c); aber ihre Ausübung erfordert 1) die Auctorität der höchsten Gewalt, 2) eine bürgerliche Rechtsfache d), 3) die Existenz eines verschiedenen Rechts, das den Bür-

gern unsers Landes entweder wirklich nachtheilig ist, oder doch werden kann, ohne Rücksicht, ob darin zwischen Einheimischen und Fremden unterschieden ist oder nicht e), 4) vollkommene Gleichheit der Gegenwirkung. Retorsion zwischen Gerichten und Unterthanen des nämlichen Landes gehört unter die Unfuge. f)

a) Carl Frid. Elfässer D. de jurium statutariorum variantium retorsione etiam tunc fundata, si actus secundum illa exercitus non praecesserit. Erlang. 1775. §. 2.

b) Gottfr. Amand Weidner ausführliche Abb. vom Erwiderungs- oder Wiedervergeltungsrechte sowohl überhaupt, als insofern es besonders bei dem Abzugsgelde vorkommt. Gotting. 1794.

c) Gönner teutsches Staatsrecht. §. 302 und 476.

d) Chr. Jac. Schmidmer D. de retorsione juris. Altorf. 1787. §. 17. Vergl. Chr. Frid. Glück ausführliche Erläuter. der Pandecten. Th. III. Abth. I. §. 215. S. 277.

e) Elfässer l. c. §. 6 - 18. --- Wernher Observat. for. Tom. I. P. III. Obf. 32.

f) Glück a. a. O. §. 214. S. 276. --- Schmidmer D. alleg. §. 8. --- Kretschmann kleine Abhandl. aus dem Staats- und Privatrechte. Baireuth. 1793. N. IV.

§. 32.

c) Recht der Nachsteuer.

1) Allgemeine Eigenschaften.

Das Nachsteuer- und Abzugsrecht, dessen öffentliche Existenz, Grund und Zweck als ein

Postulat aus dem teutschen Staatsrechte a) vorausgesetzt wird, üben auſſer den Landesherren ſehr häufig auch mittelbare Städte, Stifter, Guts- und Gerichtsherrſchaften aus. b) Dieſe müſſen aber ſtreng inner den Grenzen bleiben, welche ihnen entweder die landesherrliche Verleihung, oder ihr zu beweiſender Beſitzſtand, oder die Geſetze des Landes vorzeichnen. c) Vor allem ſind die Bedingungen zu bemerken, unter welchen ein Unterthan Nachsteuer - oder Abzugspflichtig iſt. I. Die Nachsteuer - Foderung ſetzt voraus: 1) daß der Abzögling bisher ein wirklicher Unterthan der Herrſchaft, deren Gebieth er verläßt, geweſen ſei, und daſelbſt ein Domicil im rechtlichen Sinne gehabt habe, 2) daß er dieſes ganz aufgebe, und ſich ſowohl ſeiner Perſon, als Habe nach, aus allem Verbande mit ſeiner bisherigen Herrſchaft zu ziehen im Begriffe ſtehe. II. Die Abzugsfoderung wird 1) durch einen Erbsanfall an Fremde veranlaßt, welche 2) die Erbschaft wirklich angetreten haben, und zu exportiren entſchloſſen ſind. d)

a) Gönner teutſches Staatsrecht. §. 369.

b) Ueber die Unſchicklich- und Widerrechtlichkeit der Nachsteuer und des Abzuges bei dem Wechsel der Unterthanen in dem nämlichen Territorium. -- ſ. meine Prüfung einzelner Theile des bürgerlichen Rechts. B. II. Abh. I.

c) Joh. Frid. Reitemeier allgemeines Abſchoßrecht in Teutſchland. Frankfurt. a. d. O. 1800. S. 11.

d)

- d) Fr. Jos. Bodmann inneres Territorial-Verhältniß des Abzugs - Nachsteuerrechts in Teutschland. Mainz. 1791. S. 98. folg.

§. 33.

- 2) Von welchem Vermögen Nachsteuer und Abzugsgeld gefodert werde.

Die allgemeine Regel ist: „Güter, welche bisher einen integrirenden Theil des Landesvermögens ausmachten, und zur vereinten Staatskraft, als Mittel, entweder wirklich dienten, oder doch dienen konnten, sind dem Abzuge und der Nachsteuer unterworfen, wenn sie mit gänzlicher Entschlagung jenes Integrirungs- und Nuzbarkeitsbandes exportirt werden.“ a) Daraus folgt: 1) daß der Ausdruck „Gut“ hier im weitesten Sinne genommen werden müsse b); nur bei persönlich - Unmittelbaren muß zwischen ihrer beweglichen und unbeweglichen Habe unterschieden werden c); 2) daß nur einheimische Güter, welche zum mittelbaren Landes- oder Gebiethsfundus gehört haben, folglich den gemeinen Lasten entweder wirklich, oder doch im Nothfalle unterworfen waren, Nachsteuerpflichtig sind. Indessen läßt sich von der Steuerfreiheit auf Nachsteuerfreiheit mit Sicherheit nicht schließen; 3) daß erst alsdann, wenn sie wirklich, in Natur, oder dem Werthe nach, und zwar für immer exportirt werden, und ins-

besondere 4) bei Vererbungen eigentlich nur von dem wirklich außer Gebieth gehenden Erbe die Nachsteuer, oder der Abzug gefodert werden dürfe.

a) Fr. Jos. Bödmann inneres Territorial-Verhältniß des Abzugs- und Nachsteuerrechts. S. 132.

b) Joh. Frid. Reitemeier teutsches Abschloßrecht. S. 15.

c) Gönner teutsches Staatsrecht. §. 369. -- Dessen Rechtsfälle. B. II. N. 27. S. 403.

§. 34.

3) Nachsteuer- und Abzugsbefreiung.

Vor allem hat man dingliche und persönliche Nachsteuer- und Abzugsbefreiung a) zu unterscheiden; eine, so wie die andere ist theils auf Reichs- oder Landesgesetze, theils auf Reichs- oder Landes-Herkommen, theils auf besondere Privilegien gegründet. I. Persönlich - Nachsteuer- und Abzugs- befreiet sind: a) der unmittelbare freie Reichsadel b); der landsässige Adel kann dieses Vorrecht nur aus besondern Privilegien ansprechen. c) b) Die reichsgerichtlichen Personen. d) Außerdem geben Würde und Ansehen der Person, Verdienste, Convenienz- Gründe, Unvermögenheit u. dgl. zu häufigen Dispensfällen Anlaß. e) II. Die dingliche Nachsteuer- und Abzugs- Befreiung läßt sich im allgemeinen um so weniger bestimmen, als bei solchen Befreiungen gewöhnlich

mehr auf den Eigenthümer, als auf sein Eigenthum gesehen wird.

a) Verschieden von dinglicher und persönlicher Nachsteuer- und Abzugs - Freiheit.

b) Fr. Jos. Bodmann inneres Territorial - Verhältniß des Abzugs - und Nachsteuerrechts. §. 27. S. 73. -- Gönner teutsch. Staatsrecht. §. 369. -- Dessen Rechtsfaelle. B. II. N. 27. S. 432.

c) Bodmann a. a. O. §. 28. S. 75.

d) K. G. O. Th. I. tit. 63. §. 3. -- I. R. A. §. 141. -- Wahlkap. Art. XXV. §. 6. -- Gönner teutsch. Staatsrecht. §. 369. Vergl. Bodmann a. a. O. §. 29. S. 77.

e) Bodmann a. a. O. §. 36. S. 93.

II. ABSCHNITT.

Von dem rechtlichen Unterschiede zwischen Freien und Unfreien.

§. 35.

I. *Frei.*

a) Ueberhaupt.

Die persönliche Freiheit bezeichnet im teutschen Rechte bald die Leibes - bald die Dienstherrschaft. Wer beide Arten in sich vereinigt, ist vollkommen frei. Wer sich in dem entgegengesetzten Falle befindet, ist unfrei. Diese Unfreiheit gründet sich entweder auf die Leihherrschaft, Dienstherrschaft, oder insbesondere

auf die Lehenherrschaft. Von einer gilt kein Schluss auf die andere. Es kann jemand leibesfrei sein, ohne die Freiheit von Dienst- und Lehenherrschaften ansprechen zu dürfen. a)

a) Die historische Entwicklung der verschiedenen Arten der Freiheit kann nur in dem Vortrage der teutschen Rechtsgeschichte ihren eigenthümlichen Platz finden. f. D a n z Handbuch des gem. teutsch. Privatrechts. B. III. §. 327. S. 195 - 230.

§. 36.

b) Freigebohrne. Freigelassene.

Diejenigen Freien, welche den Leibeigenen entgegengesetzt sind, sind entweder Freigebohrne, oder Freigelassene. Freigebohrn (ingenuus) ist nach ursprünglich teutschen Rechten derjenige, welcher in einer rechtmässigen Ehe von solchen Aeltern und Grosältern abstammt, die in keiner Leibeigenschaft gestanden sind. a) Freigelassene hingegen sind diejenigen, welche entweder selbst aus der Leibeigenschaft entlassen worden, oder deren Aeltern oder Grosältern in diesem Zustande gewesen sind. Mit der dritten freien Generation werden demnach die Rechte der Ingenuität erworben. Diese Begriffe gelten jedoch heut zu Tage nicht mehr allgemein, sondern sind durch die Bestimmungen des römischen Rechts fast durchaus verdrängt.

a) D a n z Handbuch des gem. teutsch. Privatrechts. B. III. §. 328. S. 231.

§. 37.

c) Vorzüge der Freigebohrnheit.

Erhaben waren in frühern Zeiten die Vorzüge der Freigebohrnheit. a) Allein der Wechsel der Zeit, vorzüglich die geänderte Kriegsverfassung, hatte auf sie einen so wesentlichen Einfluß, daß heut zu Tage nur noch bei der Fähigkeit zum Lehens - Erwerb b), bei der Gelangung zu öffentlichen Aemtern und Würden c), und bei der Aufnahme in Gilden, oder Innungen, Spuren derselben angetroffen werden. d)

a) Danz Handbuch des gem. teutsch. Privatr. B. III. §. 331. S. 249 - 270.

b) Böhmer Principia jur. feudalis. §. 82. --- Meine Grundsaetze des heutigen in Teutschland üblichen gemeinen Lehenrechts. §. 80. --- Zepernick Analect. jur. feud. Tom. II. p. 176.

c) Ch. L. Scheidt histor. diplomat. Nachricht von dem hohen und niedern Adel in Teutschland. Hannover. 1754. S. 287.

d) de Selchow D. de juribus ex Statu ingenuorum penditibus. §. 45. 46. in Elect. jur. german. p. 132. sq.

§. 38.

II. Leibeigene.

a) Begriff.

Das wesentliche Merkmal der teutschen Leibeigenschaft liegt in einer strengen Verbindlichkeit zu Diensten und Zinsen, welche auf der Person

des Leibeigenen, und zwar entweder ohne alle Rücksicht auf einen Gutsbesitz, oder in Beziehung auf eine Bauerländerei, die er in eigenem Namen inne hat, in der Art haftet, daß derselbe ohne Willen seines Leibherrn sich davon nicht nur nicht los machen darf, sondern sie auch noch mit allen aus diesem Verhältnisse entspringenden Rechten auf seine Nachkommen vererbt. a) Der teutsche Leibeigene steht zwar in einer persönlichen Obnoxietät zu seinem Leibherrn, aber er ist Staatsbürger im weitem Sinne (§. 28.), und genießt alle bürgerlichen Rechte, welche nicht mit seiner Unfreiheit, und den daraus folgenden Rechten seines Leibherrn streiten; er ist eines Eigenthums fähig, kann Verträge schliessen, und sogar gegen seinen Herrn klagen. Ueberhaupt führt die ganze Natur der Leibeigenschaft hauptsächlich nur folgende besondere Rechte mit sich: a) das Bedemundsrecht, b) das Befazungsrecht, c) das Dienstzwangsrecht, und d) das Baulebungsrecht. b)

a) Danz Handbuch des gem. teutsch. Privatr. B. V. §. 536. S. 465. L. S. Zachariae Geist der teutschen Territorial - Verfassung. Leipzig. 1800. S. 228.

b) Ueber die Geschichte der Leibeigenschaft. f. historischer Versuch über die Leibeigenschaft. Hamburg. 1797.

§. 39.

b) Besondere Rechte über die Leibeigenen.

1) Bedemundsrecht.

Bedemund, Brautlauf, Frauenzins, Maritagium, Marcheta ist die gesetzlich oder herkömmlich bestimmte Abgabe an den Leibherrn für die Erlaubniß zu heurathen. Es ist eine Folge der persönlichen Obnoxietät, worin der Leibeigene zu seinem Leibherrn steht, daß er zur Eingehung einer rechtsbeständigen Ehe der Einwilligung des letztern bedarf, und dafür etwas Gewisses entrichten muß. Dagegen darf der Leibherr seinen Konsens ohne erhebliche Ursache nicht verweigern. a) Leere Erdichtungen sind die aus dem Namen vielleicht abgeleiteten Erzählungen eines ehemaligen Rechts der ersten Nacht. b)

a) C. U. Grupen de virginum praegustatoribus, jure deflorationis, jure primae noctis, Maidenrents, Marcheta; in seinem Tractat de uxore theotisca. Götting. 1748. Cap. I. S. 1 - 35. -- Struben rechtliche Bedenken. Th. IV. S. 499. Th. V. S. 79.

b) Danz Handbuch des gem. teutsch. Privatr. B. VI. §. 544. S. 47.

§. 40.

2) Befazungsrecht.

Es ist der Leibeigenschaft eigen, daß der Leibeigene ohne Bewilligung seines Leibherrn keine Verfügung über, und mit seiner Person

treffen darf, wodurch die auf ihr haftende Zins - oder Dienstpflicht geschmälert werden könnte. a) Im Gegensatze hat der Leihherr das Befazungs - oder Sazrecht, das sich durch gerichtliche Abforderung der Person des Leibeigenen äußert (*quasi - vindicatio hominis proprii*), und dessen Erfolg um so strenger ausfällt, wenn der Leibeigene seine Pflicht durch den Erbeid versicherte. b) Dem Sazrechte steht das Abäufferungsrecht entgegen, zufolge dessen der Leihherr den Leibeigenen von seiner Leibstätte, oder dem Hofe entsezen darf.

a) Mit dieser Verbindlichkeit verwechsle man nicht die Hörigkeit, oder Hofhörigkeit. s. von Buri Abh. von Bauerngütern. S. 392. Mindisch - Ravensberg. Eig. Ordn. C. 11.

b) Bachmann Gedanken vom Unterzuge und Befazung, in seinen Beiträgen zum Pfalz - zweibrückischen Staatsrecht. 1792. -- Vergl. Gerstlacher Handbuch der teutsch. Reichsgesetze. B. X. S. 1815 - 1831.

§. 41.

3) Dienstzwangsrecht.

Das Dienstzwangsrecht eines Leihherrn besteht, theils in dem Rechte, gewisse Dienste von dem Leibeigenen zu fodern, und durch mäßige Züchtigung den Ungehorsam im Dienste an den Leibeigenen zu strafen a), welches aber nur in wenigen Ländern noch üblich ist, theils in dem Rechte, die Leibeigenen willkürlich zu Knechten und Mägden zu nehmen, oder als solche an

die Bauern des Guts zu vertheilen. b) In manchen Gegenden unterliegen auch die freigelassenen Bauern diesem Dienstzwange: von ihm läßt sich daher auf wirkliche Leibeigenschaft nicht mit Sicherheit schließen. c)

- a) Struben rechtl. Bed. Th. II. Bed. 50. S. 168. Th. V. Bed. 135. S. 283. Untersuchung der Frage: ob wider ungehorsam ausbleibende Unterthanen in Frohndiensten mit der Auspfaendung verfahren werden dürfe: bei Günther und Otto im Magazin für Rechtsgelehrte. II. Jahrg. B. I. St. II. S. 97 - 109.
- b) Ueber die sogenannten Waifeljahre. f. Heller von Hellersperg über die Verhältnisse der Gerichtsbarkeit und Scharwerke in Baiern. Nürnberg. 1798. §. 10.
- c) Chr. Heinr. Breuning de Gasindis hodiernis necessariis ex jure des Dienstzwanges. Leipzig. 1757.

§. 42.

4) Baulebungsrecht.

Das Baulebungs - oder Trauerrecht besteht überhaupt in der Befugniss eines Leib - oder Gutsherrn auf den Todfall seines Leibeigenen, oder Gutsunterthanen, aus dessen Nachlasse dasjenige zu fodern, was ihm nach Verträgen, Gesetzen, oder Herkommen gebührt. Man nennt dieses den Todtenzoll (Mortuarium). Diese Abgabe ist nach Verschiedenheit ihres Grundes bald für eine persönliche, bald für eine dingliche Last anzusehen a); ihr sind weder alle, noch bloß Leibeigene, sondern gar oft auch nichtleibeigene Unterthanen unterworfen, und bleibt

demnach ein unbedingter Schluss von ihr auf wirkliche Leibeigenschaft allezeit fehlerhaft. b) Worin der Todtenzoll bestehe, wann, und in welcher Grösse er entrichtet werden müsse, kann mit zuverlässiger Allgemeinheit nicht angegeben werden. c)

a) Fr. Jos. Bodmann histor. Abh. von dem Besthaupte, Frankfurt. 1794. S. 153. -- Vergl. Struben de mortuario onere reali in observ. jur. et histor. germ. N. VIII. S. 262.

b) Bodmann a. a. O. S. 155.

c) Bodmann a. a. O. S. 158. f.

§. 43.

c) Entstehung der Leibeigenschaft.

Unter die heutigen Entstehungsarten der Leibeigenschaft gehören: 1) eheliche oder uneheliche Geburt von einer leibeigenen Mutter a), 2) wissentliche und wirkliche Verheurathung mit einer leibeigenen Person b), 3) Verjährung, wenn jemand die Pflichten eines Leibeigenen durch dreissig Jahre ohne Widerspruch erfüllt, 4) freiwillige Ergebung, welche entweder ausdrücklich mittels eines Ergebenbriefes, oder auch stillschweigend geschehen kann. Lezteres hat vorzüglich in solchen Gegenden statt, wo die Luft eigen macht c), wenn man sich in einem solchen Orte über ein Jahr aufhält, oder ein Gut, oder Erbe nach Eigenthumsrecht antritt, oder ein Gut erwirbt, dessen Besitz nothwendig mit Leibeigenschaft verbunden ist.

- a) Joh. Frid. Eifenhart teutsches Recht in Sprüchwörtern. Leipzig. 1792. S. 152.
- b) Eifenhart a. a. O. S. 75.
- c) Eifenhart a. a. O. S. 73.

§. 44.

d) Aufhebung der Leibeigenschaft.

Die Leibeigenschaft kann aufgehoben werden: 1) durch ein allgemeines Gesetz a), 2) durch Freilassung, welche entweder ausdrücklich durch einen Laß- oder Freibrief, unentgeltlich, oder gegen ein zu zahlendes Laßgeld b), oder stillschweigend geschieht. Letztere erfolgt durch die Entziehung der persönlichen Dienst- und Zinspflicht, und durch die Ergreifung einer mit der Leibeigenschaft unverträglichen Lebensart. c) Auch wird die Freiheit durch redlichen Besitz nach dem gewöhnlichen Zeitlauf verjährt. 3) Durch ein richterliches Erkenntniß, sowohl wenn der Herr gegen den Unterthan grausam verfährt, als auch wenn der Leibeigene anderswo, als freier Mann, ein sicheres Auskommen haben kann, und der Leibherr gleichwohl die Loslassung ihm verweigert. Ein solcher Freigewordener tritt von dem Augenblicke seiner Freilassung aus dem mittelbaren in ein unmittelbares Verhältniß gegen den Staat. In Rücksicht auf den bisherigen Leibherrn wird er bald vollkommen, bald eingeschränkt frei. d)

- a) Wie z. B. in Böhmen durch K. Josephs II. Patent vom 1. Nov. 1781. f. die Gesetze für das Königreich Böh-

men unter Joseph II. S. 78. -- Danz Handbuch B. VI. §. 553. S. 109.

b) Rechtliche Abhandlung über die Frage: Kann ein Lehensmann ohne Wissen und Willen seines Lehenherrs die Leibeigenschaft seiner lehenbaren Unterthanen aufheben. Wien. 1788.

c) Danz Handbuch des gem. teutsch. Privatr. B. VI. §. 555, S. 121.

d) Möfers patriotische Phantasien. Th. IV. S. 321.

III. ABSCHNITT.

Von dem rechtlichen Unterschiede der Bürger in Rücksicht auf Ehre und Ehrlosigkeit.

§. 45.

I. Ehre.

a) Begriff.

Der Bürger steht in einem doppelten Verhältnisse zu dem Staat; er ist Subjekt seines Schutzes, und Subjekt seiner Zwecke. In einem wie in dem andern Betrachte sind seine Eigenschaften und Handlungen für den Staat von Bedeutung; denn sie befördern oder hindern den gemeinen Zweck. Darüber urtheilt der Staat, und sein Urtheil ist entweder bürgerliche Ehre, oder Schande. a) Bürgerliche Ehre ist demnach eine vom Staate ausgesprochene Würdigung einer Person, weil sie gewisse dem allgemeinen Zwecke entsprechende politische Eigenschaften mit sich vereinigt hat; sie ist ein politisches Institut, welches vom Staate gegebene Vorrechte mit sich

führt. Bloß natürliche und sittliche Vollkommenheiten gehören nur zu den Bedingungen, unter welchen bürgerliche Ehre möglich ist.

- a) Christ. Gotth. H ü b n e r über Ehre, Ehrlosigkeit, Ehrenstrafen und Injurien. Leipzig. 1800. -- Karl Grolmann Magazin für die Philosophie und Geschichte des Rechts und der Gesetzgebung. I. B. I. und II. St. Abh. Grundzüge zu einer neuen Theorie über Verletzungen des guten Namens und der Ehre; von L. Harfcher von Allmendingen. S. 159.

§. 46.

b) Eintheilung der bürgerlichen Ehre.

Erkläret der Staat überhaupt, daß jemand fähig sei, nicht nur Subjekt seines Schutzes zu sein, sondern auch Subjekt seiner Zwecke zu werden, und nimmt ihn als Bürger und Unterthan auf, so gelangt dieser dadurch zum Besitz der gemeinen bürgerlichen Ehre, und aller damit verbundenen Rechte. a) Außerdem legt der Staat gewissen, theils einzelnen, theils ganzen Klassen von Bürgern angewiesenen Plätzen, oder Zuständen noch andere besondere politische Vorzüge vor andern Bürgern bei, deren Besitz eine besondere bürgerliche Ehre gewährt. Diese begründet nach den vom Staate festgesetzten Abstufungen das, was man den bürgerlichen Rang zu nennen pflegt.

- a) Karl Grolmann Magazin für die Philosophie. I. B. II. St. S. 166.

§. 47.

c) Gemeine bürgerliche Ehre.

Die gemeine bürgerliche Ehre, welche einem jeden Bürger und Unterthan, als solchem, zukömmt, biethet den rechtlichen Grund des Indigenats, oder des Vorzuges des Bürgers vor Fremden dar. (§. 28.) Durch ihre Verleihung wird jemand ein wirkliches Subjekt des Schuzes und Zweckes des Staats, und tritt nun in den vollen Genuß aller gemeinen Bürgerrechte. a) (§. 46.)

a) Grolman Magazin. B. I. St. II. S. 169.

§. 48.

d) Besondere bürgerliche Ehre.

Die besondere bürgerliche Ehre ist durch die gemeine bedingt, und begreift nach den vom Staate vorausgesetzten Eigenschaften, deren Verschiedenheit und Graden der Vollkommenheit manche Arten unter sich, wovon die Standes - Amts - und Rang - oder Titel - Ehre die vorzüglichsten sind, deren aber eine, wie die andere, wieder ihre eigenen Abstufungen hat. a)

a) Grolman Magazin. I. B. II. St. S. 160.

§. 49.

II. Unehre.

Das Gegentheil der bürgerlichen Ehre ist Unehre. Sie, als Verletzung der bürgerlichen

Ehre gedacht, ist, wie die bürgerliche Ehre selbst, nur politische Anstalt a), und kann entweder Ehrlosigkeit, oder Infamie seyn.

a) Chr. Gouth. Hübner Ueber Ehre und Ehrlosigkeit. S. 35. u. 84. -- Adolph. Dietr. Weber über Injurien und Schmaehschriften. Schwerin und Wismar. I. Abth. 1797. II. Abth. 1798. III. Abth. 1800.

§. 50.

a) Ehrlosigkeit.

Ehrlosigkeit ist gänzliche Wegnahme der bürgerlichen Ehre (*extinctio dignitatis civilis*). Sie bestehet entweder in der Entziehung der gemeinen, oder der besondern bürgerlichen Ehre. Jene ist nach den bestehenden Gesetzen bald Strafe, wie bei der Reichsacht, Vertilgung des Gedächtnisses, Verurtheilung in das Zuchthaus auf Lebenslang a), und kann alsdann nur von Staatswegen, und auf ein richterliches Erkenntniß erfolgen; bald aber ist sie Selbstentziehung, oder willkürliche Aufgebung, z. B. jemand verläßt den Staat, und erklärt, daß er nicht mehr in diesem Staate Bürger seyn wolle. Diese hingegen tritt bei einigen Ehrenstrafen ein; z. B. Degradationen, Amtsentsetzungen, u. dgl.

a) Hübner Ueber Ehre und Ehrlosigkeit, S. 113. folg.

§. 51.

b) Infamie.

Aus Misverstand werden Infamie und Ehrlosigkeit von vielen für identisch gehalten, wozu doch beide von einander sehr verschieden sind; denn diese erfolgt durch den gänzlichen Verlust der bürgerlichen Existenz, durch jene aber wird nur eine Verminderung der bürgerlichen Ehre bezeichnet. a) Sie ist entweder Verminderung der gemeinen, oder der besondern bürgerlichen Ehre. Die letztere tritt als Ehrenstrafe ein. (§. 50.) Die erste hingegen erfolgt entweder a) wegen schlechter der gemeinen bürgerlichen Ehre unwürdig machenden Handlungen, und diese ist Infamie im eigentlichen Sinne, oder Anrüchigkeit. Das Urtheil über sie ist, wenn schon viele in den Gesetzen b) für anrüchig gebrandmarkt sind, doch allezeit dem vernünftigen Ermessen des Richters überlassen, und darf nicht anders, als nach vorläufiger Untersuchung ausgesprochen werden. Sie ist demnach nur mittelbar c), und darum können diejenigen Handlungen, welche der Bürgerehre unwürdig machen, mit einer erschöpfenden Gewissheit nicht aufgezählt werden d), b) wegen des Mangels an gewissen politischen Eigenschaften, welche der Genuß der gemeinen bürgerlichen Ehre und der damit verbundenen Rechte voraussetzt. Man nennt sie Verächtlichkeit (*levis notae macula*). Damit sind heut zu Tage nur

mehr

mehr die unehelichen Kinder und die Henker oder Knechte der Scharfrichter bezeichnet. e)

- a) Hübner über Ehre und Ehrlosigkeit. S. 37. folg.
- b) Reuterbestallung v. 1570. §. 62. Pol. Ordn. v. 1548. Tit. 22. §. 1. u. v. 1577. Tit. 23. §. 2. RSchl. v. 1670. §. 3. (in der neuen Sammlung der Reichsabsch. Th. IV. S. 78. P. G. O. Art. 122.
- c) Danz Handbuch des gem. teutsch. Privatr. B. III. §. 301. S. 59. -- Hübner a. a. O. S. 96.
- d) Danz a. a. O. §. 305. S. 71. Vergl. die oben lit. b. angeführten Reichsgesetze.
- e) RPol. Ordn. v. 1548. Tit. 37. u. von 1577. Tit. 38. RSchl. v. 1731. 1772. (in der neuen Sammlung der Reichsabsch. Th. IV. S. 379.) -- Gerstlacher Handbuch der teutsch. Reichsges. Th. X. S. 2030. u. 2067. Danz a. a. O. §. 308. S. 77. folg.

§. 52.

c) Folgen der bürgerlichen Unehre.

I. Die Ehrlosigkeit, und zwar a) die Entziehung der gemeinen bürgerlichen Ehre, zieht überhaupt den Verlust der gemeinen Bürgerrechte im Staate nach sich, jedoch so, daß der freiwillig sich bürgerlichehrlos Setzende immer noch als Fremdling in demselben behandelt werden muß. b) Die Entziehung der besondern bürgerlichen Ehre ist in ihren Folgen auf den Verlust der damit verbunden gewesenen Rechte, und deren mittel- und unmittelbaren Accidenzien

eingeschränkt. Hingegen die gemeine bürgerliche Ehre bleibt in der Regel ungekränkt.

II. Die Infamie, und zwar a) die Anruchigkeit wirkt den Verlust aller Glaubwürdigkeit, aller Aemter, Würden und Ehrenvorzüge, eines ehrlichen Begräbnisses, und der passiven Testaments - Fähigkeit. a) b) Die Verächtlichkeit schließt von Amtsehre, Zünften und Orden aus, benimmt in mancher Rücksicht das Erbfolgerecht b), und macht den Glauben der damit Behafteten verdächtig. c) Sonst aber werden sie nach Art gemeiner Bürger behandelt. Die Aufhebung der Anruchigkeit sowohl, als der Verächtlichkeit ist ein Ausfluß der landesfürstlichen Gnade. d)

a) Notar. Ordn. v. 1512. §. erstlich. -- Danz Handbuch. B. III. §. 306. S. 73.

b) II. F. 26. §. 11. -- Meine Grundsätze des gem. in Teutschl. üblichen Lehenrechts. §. 149.

c) RSchl. v. 1731. §. 11. u. v. 1772. K. K. G. O. Th. I. Tit. 3. §. 1. R. H. O. Tit. I. §. 1. -- Wahlcap. Art. 24. §. 1. 2. -- Danz a. a. O. §. 308. S. 77.

d) Danz a. a. O. §. 304. S. 69. -- Gönner teutsch. Staatsrecht. §. 81. S. 85.

§. 53.

d) Bemerkungen über die ältere Theorie von der bürgerlichen Unehre.

Nach der ältern Theorie I. sah man Ehrlosigkeit, und Anruchigkeit (Infamie) für eine und

eben dieselbe Art von Unehre an, wo doch beide, sowohl ihrem Grunde, als ihren Wirkungen nach, wesentlich von einander verschieden sind (§. 50 u. 51.), II. sonderte man die gemeine von der besondern bürgerlichen Ehre nicht, III. legte man die Sittlichkeit des Geehrten, als ein bestimmendes Merkmal in den Begriff von bürgerlicher Ehre. IV. Der Rechtsinfamie setzte man eine Thatinfamie zur Seite; ein logischer Fehltritt gegen den eigentlichen Begriff von Ehre und Unehre (§. 45.)! Denn nicht die Meinung der Mitbürger, sondern das Gesetz und der Richter allein haben über den bürgerlichen Werth oder Unwerth eines Bürgers rechtlich abzusprechen. Ein ähnlicher Irrthum war es V. neben der mittelbaren auch eine unmittelbare Infamie anzunehmen, indem nach der teutschen Praxis, so wie nach der Natur der Sache, jede Infamie auf richterlicher Untersuchung und Erkenntniß beruht. (§. 51.)

IV. ABSCHNITT.

Vom rechtlichen Unterschiede der Bürger in Rücksicht auf Religion.

§. 54.

Vorbemerkung.

So ungereimt es an sich ist, den Genuß der bürgerlichen Privatrechte von einer gewissen Glaubensformel, als seiner Bedingung, abhängig zu er-

klären, so verlegt doch das Reichsrecht a) demjenigen, welcher sich nicht zu einer der drei in dem westphälischen Frieden aufgenommenen Religionen bekennt, das teutsche Bürgerrecht. Einzelne Landesordnungen sind noch viel strenger, und erfordern das Bekenntniß zur herrschenden Landesreligion, wo nicht bereits durch zweckmäßige Toleranz-Edicte jedem rechtlichen Manne, ohne Rücksicht auf eine Glaubensformel, das Bürgerrecht verheissen ist. b)

a) Osnabr. Fried. Art. VIII. §. 2. -- Goenner teutsch. Staatsrecht. §. 55. S. 59.

b) In dieser Hinsicht verdient die Churpfalzbaier. Verordn. vom 2. Aug. 1801. (im Churpfalzbaier. Regierungs- und Intelligenzblatte Jahrgang. 1801. St. 36. S. 559.) eine besondere Aufmerksamkeit.

§. 55.

Allgemeine Grundsätze.

Das rechtliche Verhältniß der Bürger in Rücksicht auf Religion ist durch folgende allgemeine Sätze bezeichnet: I. Eine sich zu einer andern als der herrschenden Religion bekennende, aber Landesverfassungsmässig aufgenommene Religionsparthie ist, wenn das Toleranz-Edict keine besondern Einschränkungen mit sich bringt, des vollen Genusses der Bürgerrechte fähig; sie darf jedoch vor Gericht nicht wider ihre Glaubensgrundsätze zu handeln gezwungen werden. II. Die Religion hat auf die Privatrechte der

Fremden, als solche, keinen besondern Einfluß; jede Verletzung dieser Regel gäbe einen gerechten Grund zur Wiedervergeltung. III. Wer sich zu einer der drei reichsgesetzlich anerkannten Religionen bekennt, ist des teutschen Bürgerrechts fähig. (§. 54.) Weder der Uebertritt von einer zur andern Religion, noch die Bedingung, die Religion nicht zu ändern, bei der nothwendigen Erbseinfetzung, erzeugt nachtheilige Wirkungen. In gewissen Orten, oder Ländern hat man auf das Entscheidungsjahr den vorzüglichen Bedacht zu nehmen. a)

a) I. P. O. Art. VII. §. 1. folg. — Gerstlacher Handbuch der teutschen Reichsgesetze. B. X. S. 1863 - 1921. Danz Handbuch. B. VII. §. 637. S. 188.

§. 56.

Juden.

Streng sind sowohl die Reichs- als Landesgesetze gegen die Juden: I. ohne Lösung eines Erlaubniß - Scheines, oder Schutzbriefes, werden sie der Regel nach nicht geduldet a); aber auch II. der Schutzbrief gewährt ihnen nur persönliche Rechte und persönlichen Schutz, giebt ihnen zwar das Incolat b), hingegen weder Indigenat, noch eigentliches Bürgerrecht, noch diejenigen Rechte, welche eine bestimmte Religion, oder Ansässigkeit, oder andere politische Verhältnisse erheischen; daher sind sie nicht zünftig, können keine Grundstücke besitzen, keine Aemter beglei-

ten, wohl aber Gnadenbezeugungen erhalten. c) Indessen hat man III. in einzelnen Ländern mildere Grundsätze für die Juden aufgestellt, und sie, wie alle andere Religions - Verwandte, das Bürgerrecht zu gewinnen, für fähig erklärt. d) Aber auch alsdann wird ihnen dasselbe nie in dem Umfange zu Theil, wie die zur herrschenden Religion sich Bekennenden es genießen. IV. Juden, welche vergleitet, und wirkliche Kaufleute sind, kommt das Privilegium der Handelsbücher zu, inwieferne diese alle gemeinrechtlichen Eigenschaften an sich tragen, und in deutscher Sprache abgefaßt sind, oder ihre Richtigkeit durch geschworne Dolmetscher oder Buchhaltungsverständige bewährt ist. e) V. Der Glaubwürdigkeit der Judeneide steht kein allgemeiner Grund entgegen; nur ist die Eidesformel nach jüdischen Grundsätzen einzurichten. f) VI. Die vergleiteten Juden haben auf die Justizverwaltung in dem Lande, wo sie vergleitet sind, ein vollkommenes Recht, so wie sie VII. in allen bürgerlichen Angelegenheiten unter den Landesgesetzen stehen; nur pflegt man in Sachen, wobei ihre Gewissensfreiheit auf eine Weise betheiligt seyn dürfte, von verpflichteten Sachverständigen und Rabbinern Gutachten zu erhalten. g) VIII. Der Schutz in einem Lande nützt dem Juden auch nur in demselben; durch die Entrichtung des Leibzollens, welcher jedoch in vielen Territorien abgeschafft ist h), werden sie den Vergleiteten im engern Verstande gleichgesetzt. IX. Haben die

Juden weder Schutz- noch Geleitschein, so werden sie als Vagabunden angesehen, und in vielen Ländern sind gegen sie sehr harte Gesetze vorhanden. i)

a) Gönner teutsch. Staatsrecht. §. 368. S. 613.

b) Danz Handbuch. B. VII. §. 642. S. 242. -- Karl Schröter Abh. zur Erläuterung des teutsch. Rechts. B. I. S. 106.

c) von Cramer rechtl. Ausführung, daß die Schutzjuden in Teutschland zwar in civitate, aber nicht de civitate sind; in seinen wezlar. Nebestund. Th. III. S. 94.

d) R. F. Terlinden Grundsätze des Judenrechts nach den Gesetzen für preussische Staaten. Halle. 1804.

e) R. A. v. 1551. §. 79. -- R. Pol. Ordn. v. 1577. Tit. 20. §. 4. -- J. A. L. Menken de judaeo jurisjurandi Suppletorii haut incapace. Vitemberg. 1782. §. 5. Vergl. Berger Elect. discept. for. Tit. XXII. Obl. I. n. 8. S. 721. -- Wernher Obl. For. P. I. Obl. 193. -- Struben rechtl. Bed. Th. III. Bed. 67 u. 136.

*) Einige Judenordnungen erfordern ausdrücklich den Gebrauch der teutschen Sprache, andere sprechen den jüdischen Handelsbüchern dieses Privilegium ganz ab.

f) K. G. O. Th. I. Tit. 86. §. 1 - 10. -- Concept. der K. G. O. Th. I. Tit. 98. §. 1 - 10. -- Gerstlacher Handbuch der teutsch. RGes. B. X. S. 1917. folg.

g) Ritualgesetze der Juden betr. Erbschaften, Vormundschaftsachen, Testamente, Ehesachen u. f. f. entworfen von dem Verfasser der philosophischen Schriften (Moses - Mendelssohn) auf Veranlassung und unter Aufsicht R. Hirschel Lewin, Oberrabbiner zu Berlin. 1778. 8.

h) z. B. in Salzburg durch die Verordnung vom 26, Sept. 1791.

i) Württemberg. Landesordn. Tit. 27. §. 25. 26. S. 65.
 Jac. Frid. Weishaar Handbuch des Württemberg. Privatrechts. I. Th. Stuttgart. 1804. §. 51. S. 38. — Baden-Durlach. Landesordn. v. 1715. Th. VII. Tit. 6.
 Nassau-Kazenellenbog. Pol. Ordn. Th. I. §. 103.
 f. Danz Handbuch. B. VII. §. 640. S. 236.

V. ABSCHNITT.

Vom Familien - Zustande.

§. 57.

Einleitung.

Das Wort „Familie“ wird hier im weitesten Sinne genommen, und die persönlichen Rechts- oder Zustandsverhältnisse sowohl der Eheleute unter sich, als auch der Aeltern zu ihren Kindern, und der Pflégbefohlenen zu ihren Vormündern darunter begriffen. Von einem jeden kann aber im teutschen Privatrechte nur dasjenige berührt werden, was, von den römischen und canonischen Rechten abgerechnet, auf ursprünglich-teutschen Rechtsbestimmungen gegründet ist, und in dieser Hinsicht kann eine den strengen Regeln eines vollendeten Ganzen entsprechende Darstellung der teutschen Ehestands - älterlichen - und Vormundschaftsrechte nicht erwartet werden.

I. T I T E L.

V o n d e r E h e.

§. 58.

Grundlage des teutschen Eherechts.

Mit Voraussetzung alles desjenigen, was von den in den teutschen Gerichten anwendbaren Eherechten schon durch das römische und canonische Recht seine vollkommene Bestimmung erhält, dürfen hier nur die ursprünglich - teutschen noch heut zu Tage anwendbaren Grundfäze des gemeinen Eherechts in Betrachtung gezogen werden. Es liegt zwar in diesen wenig, was für gemeines Recht gehalten werden darf. Indessen haben doch Reichsgesetze über das positive Verhältniß der Ehesachen in Ansehung der Religionsrechte den zu beobachtenden Grundfäz ausgesprochen; auch wegen der Standesmässigkeit der Ehen unter erlauchten Personen etwas obwohl nicht vollkommen Befriedigendes festgestellt. Uebrigens giebt es bei den Ehen der Teutschen manche besondere Beziehungen, welche bald in ihrer Form, bald in ihren rechtlichen Wirkungen, etwas Eigenes haben; aber wegen Ermangelung einer gemeinen Entscheidungsquelle nach besondern Rechten, nach Gewohnheiten, und Ehestiftungen, nach den verschiedenen Gesetzen einzelner Länder, und nicht selten aus ihrer eigenthümlichen Natur näher beurtheilet werden müssen. a)

- a) Unter die neuern Schriften über das Eherecht in seinem ganzen Umfange gehören: Frid. G. Aug. Lobethan Einleitung zur theoretischen Eherechtsgelehrtheit. II. Ausgabe. Halle. 1785. -- Aug. Lud. Schott Einleitung in das Eherecht zu academischem gemeinnützigem Gebrauch. Nürnberg. 1786. -- Jo. Andr. Hofmann Handbuch des teutschen Eherechts nach allgemeinen Grundsätzen des teutschen Rechts sowohl, als der besondern Landes - Stadt - und Ortsrechte. Jena. 1789. -- Christ. Chr. Dabelow Grundsätze des allgemeinen Eherechts der teutschen Christen. Halle. 1792.

§. 59.

Form der Eheverlobnisse.

Eheverlobnisse sind der Vorbereitungsvertrag zu einer künftig zu vollziehenden Ehe, deren Natur und Wirkungen aus den canonischen Rechten für bekannt vorausgesetzt werden. Als Form ihrer Errichtung war I. ehemals der Gebrauch des Ringewechsels eingeführt, und war der Finger beringt, so war die Jungfer bedingt. a) Nebstdem bediente man sich der Brautgeschenke, der Gastmähler, u. s. w. Heut zu Tage II. müssen die Verlobungen, wenn sie gültig seyn sollen, nach der in den besondern Landesgesetzen vorgeschriebenen Form eingegangen seyn, worunter insbesondere die Einwilligung der Aeltern und Vormünder zu den Verlobnissen ihrer Kinder und Pflegebefohlenen nach einer allgemeinen Uebereinstimmung der teutschen Particularrechte begriffen ist. b) Darauf beruht der Unterschied zwischen öffentlichen und Win-

kelverlobungen, wovon aber nur die erstern gesetzliche Wirksamkeit erhalten. Indessen haben III. selbst die öffentlichen, wenn nicht ein Beischlaf erfolgt ist, in welchem Falle die Geschwächte mit allem Rechte auf die Vollziehung der Ehe klagen kann, nur die Wirkung, daß bei hartnäckiger Weigerung der Zurücktretende dem Unschuldigen zur Genugthuung den Abstand bezahlen muß, welcher entweder von dem Richter nach der Lage der Umstände für schuldig erkannt, oder bereits zum Voraus unter den Contrahenten bedungen worden ist. c) IV. Nur aus gerechten Ursachen können gültige Verlobnisse wieder aufgelöst werden, und zwar so, daß auch dieser Abstand nicht geleistet werden muß. V. Die Aufserachtlassung des älterlichen und vormundschaftlichen Consensus (N. II.) zieht nach einigen Landesgesetzen bald die Nichtigkeit der Verlobung, bald die Enterbung, bald andere Nachtheile für Kinder und Pflégbefohlene nach sich. d) Dagegen VI. können die Gerichte eine aus bloßem Eigensinne, und ohne zureichende Ursache verweigerte Einwilligung von Amtswegen ergänzen. Uebrigens VII. ist man in katholischen Landen lange schon von dem Irrthume zurückgekehrt, die Eheverlobnisse für ein geistliches Geschäft zu halten. e)

a) EiseNHart deutsches Recht in Sprüchwörtern. S. 96, 99.

b) Em. J. F. Manzel D. de aequali utriusque parentum jure, qua consensu parentum in Sponsalia. Rost. 1760.

c) Danz Handbuch. B. VI. §. 565. S. 167.

d) Jo. Gottl. Hennig Ueber die Rechte und Befugnisse der Eltern bei Verheurathungen ihrer Kinder. Wittenberg und Zerbst. 1797. — Danz Handbuch. a. a. O. §. 564. S. 161.

e) Schott Einleit. in das Eherecht. §. 140. folg.

§. 60.

Form der Ehe.

Auch die Ehe erfordert ihrer Form nach I. die Einwilligung der Eltern und Vormünder bei Vermeidung verschiedener Nachtheile. II. Soldaten, Bauern und Hof- oder Staatsbediente dürfen nach den meisten Landesordnungen, bald bei Strafe der Nichtigkeit der Ehe, bald unter andern Strafen, ohne Einwilligung ihrer Vorgesetzten, ihrer Gutsherren, oder ihres Fürsten keine Ehe eingehen. III. Dem wirklichen Anfange der Ehe will das teutsche Recht eine öffentliche Bezeichnung geben, welche bei Protestanten in der Trauung von einem ordinirten Priester a), bei Katholiken in der gegenseitigen Erklärung der Ehe vor dem ordentlichen Pfarrer und zwei Zeugen besteht. b) Nächst dem erfordert die teutsche Ehe IV. um alle Wirkungen, in wie fern diese Folgen ursprünglich teutscher Rechtsbestimmungen sind, hervorzubringen, auch die wirkliche Vollziehung durch Beschreitung des Ehebettes, nach dem Sprüchwort: „ist das Bette beschritten, so ist das Recht erstritten, und tritt die Frau in des Mannes Bett, so tritt sie in sein Recht“ c); wovon aber diejenigen Wirkungen

der Ehe, welche in dem römischen und canonischen Rechte ihren Grund haben, keineswegs abhängen. V. Eine ohne jene Feierlichkeit eingegangene, oder Gewissensehe, ist dem durch Kirchen- und Reichsgesetze d) verbotenen Concubinate gleich zu halten. Auch erheischt VI. das teutsche Recht zur vollen bürgerlichen Wirksamkeit der Ehe noch Gleichheit des Standes unter den Eheleuten. Eine Mißsheurath entzöge der Frau vom geringern Stande und ihren Kindern den Namen und Stand des Ehemanns und Vaters, ferner das Erbrecht an dessen Gütern. Die nähere Entwicklung der Lehre von Mißsheurathen, vorzüglich unter Erlauchten, kann nur in das teutsche Staats- und Privatfürstenrecht gehören. e)

a) J. H. Boehmer in jus ecclesiast. Protestant. L. IV. Tit. 3. §. 39. seq. -- J. C. K. Schroeter Abh. zur Erläuterung des teutsch. Rechts, Th. II. S. 274 - 308.

b) Concil. Trident. Sess. 24. de reformat. matrim. Cap. I.

c) Eisenhart teutsch. Recht. S. 123 und 125. -- Hofmann Handbuch des teutsch. Eherechts. §. 65. S. 194. Schott Einl. in das teutsch. Eherecht. §. 167. S. 355. Danz Handbuch. B. VI. §. 583. S. 282.

d) C. 1. de concubinariis in L. VII. decretalium. L. V. Tit. 16. R. Pol. Ordn. v. 1530. Tit. 33., 1548. Tit. 25. und 1577. Tit. 36. -- Gerstlacher Handbuch der teutsch. Reichsgesetze. Th. X. S. 1833.

e) Pütter über Mißsheuraten teutsch. Fürsten und Grafen. Goettingen. 1796. -- Gönner teutsch. Staatsrecht. §. 74. S. 76.

§. 61.

Wirkungen der Ehe.

Ueberhaupt.

Die Wirkungen der Ehe, als Vertrag, erhalten in der Hauptsache ihre Bestimmung aus den römischen und canonischen Rechten. Es sind nur wenige Eigenheiten, welche jenen Rechten unbekannt sind. Ihre Gültigkeit beruht entweder auf rechtsförmlich - eingegangenen Ehestiftungen, oder auf einheimischen teutschen Gesetzen und Gewohnheitsrechten, und daher zerfallen die Wirkungen der Ehe in vertragsmäßige und gesetzliche. Unter letztern müssen jedoch nur die heut zu Tage noch wirklich geltenden verstanden, und von ihnen diejenigen ausgeschieden werden, welche bereits veraltet und ungewöhnlich sind.

§. 62.

Insbesondere.

A. Aus Ehestiftungen.

Um verschiedene die Ehe betreffende Gegenstände entweder ganz anders, oder doch näher, als es in den gemeinen Rechten verordnet ist, zu bestimmen, werden I. Eheverträge, Ehestiftungen, Eheberedungen von den Verlobten, oder wirklichen Ehegatten, von ihnen selbst, oder von andern in ihrem Namen, eingegangen, wodurch die Ehe eine verdingte, und, wenn es

schriftlich geschah, eine verbrieftete Ehe, im Gegenseite aber eine unverdingte, oder unverbrieftete ist. II. Bei den Ehestiftungen wird hauptsächlich darauf gesehen, ob Kinder in der Ehe erfolgen, oder nicht, oder ob die Ehe eine berennte, oder unberennte ist. Sind wirklich Kinder aus der Ehe vorhanden, und erleben sie den Zeitpunkt der von den Contrahenten bestimmten Erfüllung des Vertrags, so wird die Ehestiftung, inwiefern sie auf eine unberennte, oder kinderlose Ehe gerichtet ist, unwirksam. a) III. Die Gegenstände, welche in den Eheverträgen gewöhnlich verhandelt zu werden pflegen, sind das gegenseitige Einbringen, und die sich darauf beziehenden Rechte, die Bestimmung der Art der Religions - Erziehung, wenn die Aeltern sich zu verschiedenen Religionen bekennen b), die gegenseitige Erbfolge, und bei ungleichen Ehen die Festsetzung der verschiedenen Rechte, vorzüglich der Ehefrau. IV. Das teutsche Recht erlaubt, mit den Eheverträgen auch wahre, das ganze eheliche Vermögen umfassende Erbverträge in Verbindung zu setzen, folglich Eheverträge sowohl nach der Natur eines eigentlichen Vertrags, als auch nach Art einer letzten Willens - Verordnung einzugehen; daher entsteht die Eintheilung derselben in einfache und gemischte. c) Beide Arten sind der Form und Materie nach, und insbesondere in Rücksicht auf die Wirkungen, wesentlich von einander verschieden. d) V. Im Zweifel, ob ein in Frage stehender Ehevertrag von dieser, oder

von jener Art sey, streitet die Vermuthung für einfache, bis die entgegenstehende Absicht der Contrahenten hinlänglich nachgewiesen ist. e)

a) Eisenhart teutsch. Recht. S. 136. -- Dessen D. de pactis dotalibus ob supervenientiam liberorum haut tollendis. Helmstadt. 1764. in seinen Opuscul. N. 14.

b) von Steck Abh. von den zur Religions - Veränderung erforderlichen Unterscheidungs Jahren, vornehmlich der aus vermischten Ehen erzeugten Kinder: in seinen Abhandlungen aus dem teutschen Staats - und Lehenrechte. S. 1 - 16. -- Chr. Jac. von Zwielerlein Nebenstund. Abb. IX. und X. S. 169. folg. -- Danz Handbuch. B. IV. §. 569. S. 175.

c) A. L. Hombergk zu Vach de origine, atque indole distinct. pactor. dotal. in simplicia et mixta. Marburg. 1749.

d) Danz a. a. O. §. 570. S. 180.

e) Vergl. Ant. Frid. Just. Thibaut Sitem des Pandectenrechts. I. B. Jena. 1803. §. 445. S. 300. -- Hofacker principia jur. civil. rom. german. Tom. I. §. 533.

§. 63.

B. In Ansehung verschiedener Arten von ehelichen Gütern.

I. Heurathgut und Nachsteuer.

Das in frühern Zeiten unbekannte, jezt fast bei allen Eheleuten vorkommende Heurathgut verdankt I. sein Daseyn in Teutschland theils dem Wachsthume an Vermögen der Familien, theils der Aufnahme des römischen Rechts, und ist, insofern nicht particulare Rechte besondere Bestimmungen mit sich bringen, durchaus nach jenen

jenen zu beurtheilen. a) Von ihm unterscheide man II. die Aussteuer (*apparatus muliebris*), welche zwar gar oft einen integrirenden Theil des Heurathguts mit ausmacht, worauf aber die von diesem geltenden Rechtsgrundsätze keineswegs unbedingt angewendet werden dürfen. b) III. Seitdem römisches Recht in Deutschland zum gemeingeltenden Recht geworden ist, kann auch adelichen Töchtern die Foderung eines Heurathguts aus den väterlichen Erbgütern nicht abgesprochen werden. Inwiefern aber IV. aus Stamm- und Lehengütern eine Brautgabe gefodert werden dürfe, muß aus besondern Rechtsquellen, Familienverträgen, Herkommen, Landesgesetzen, und aus eintretenden auf besondern Grundsätzen beruhenden Verhältnissen entschieden werden. c) V. Zur Ausstattung, und als Beitrag zu einem Heurathgut, wird nach dem Beispiel, wie den Princeßinnen regierender Fürsten zuweilen auch den Töchtern der apanagierten Herren von den Landesunterthanen eine Mitgift gereicht zu werden pflegt, auch für die Töchter der Gutsherren von ihren Unterthanen eine Abgabe erlegt, welche man Fräulein- oder Familiensteuer nennt. Sie kann nur vermöge besonderer Verträge, Herkommen, oder Geleze gefodert werden, so wie auch ihre Gröfse zunächst aus diesen ihre Bestimmung erhält. d)

a) Thibaut System des Pandectenrechts. B. I. §. 410. S. 277.

Krüll's Privatrecht,

b) Vergl. J. G. Estor de apparatu, et instruct. muliebr.
(Marburg. 1744. -- Pufendorf Tom. I. Obf. 206.
Struben rechtl. Bed. B. I. Bed. 53.

c) A. L. Hombergk de obligatione patris ad constituen-
dam dotem non promissam. Marburg. 1770. -- G. L.
Böhmer Rechtsfaelle. B. I. Abth. I. Götting. 1799.
N. V. S. 29. N. 34. S. 264. -- Runde Grundsätze des
gem. teutsch. Privatr. §. 587. -- Danz Handbuch.
B. VI. §. 587. S. 308.

d) Th. Hagemann über die Fräuleinsteuer des Edel-
manns - Bauern: in dem von ihm, und C. A. Günter
herausgegebenen Archiv für die theoret. und praktische
Rechtsgelehrsamkeit. Th. V. N. VI. S. 152. f. -- J. J.
Moser Familienstaatsrecht. Th. II. S. 279.

§. 64.

II. Wiederlage.

Nachdem das römische Heurathgut der Wei-
ber in Teutschland gemein wurde, so verglich
man das bisher üblich gewesene Einbringen des
Ehemanns mit der römischen Donatione prop-
ter nuptias, welche ursprünglich nur die Si-
cherung des weiblichen Brautschazes, nachhin
aber auch eine Witwenverforgung zur Absicht
hatte, und so entstand durch diese Vermischung
römischer und teutscher Gegenstände die männ-
liche Wiederlage des Heurathguts. a) Man
muß sich daher wohl hüten, die heutige Wieder-
lage nach den römischen Grundsätzen von der
donatione propter nuptias unbedingt auszudeu-
ten, sondern vielmehr von dem Zwecke ausge-

hen, zu welchem die Paciscenten die in der Ehe-
stiftung bedungene Wiederlage bestimmten. b)

a) G. L. Grolman D. de donatione propter nuptias,
vidualitio, atque dotalitio, praecipue de eorum effectu,
et accurata a se invicem distinctione. Giefs, 1795.

b) Danz Handbuch. B. VI. §. 589. S. 322.

§. 65.

III. Morgengabe.

Nach teutschen Rechten erhält die neu ver-
ehelichte Frau gewöhnlich am ersten Morgen nach
dem Hochzeitstag zum Zeichen der vollzogenen
Ehe von ihrem Ehemanne ein Geschenk, welches
Morgengabe, Morganatica, donum matu-
tinum heisst. Sie ist I. unter dem Adel so, wie
unter dem Bürger- und Bauernstande üblich, er-
hält II. ihre Bestimmung theils in Haus- und
Eheverträgen, theils in Gesezen, oder Gewohn-
heitsrechten, und wird daher in die gesezli-
che und bedungene eingetheilt. a) In der
Regel III. gebührt sie nur einer sich verehelichen-
den Jungfrau, welcher auch IV. nach erfolgter Ue-
bergabe das volle Eigenthum darauf zukommt,
in wie fern sie etwa nicht bloß an den Nieß-
brauch einer gewissen Sache angewiesen wurde.
V. Ist die Morgengabe von dem Ehemanne selbst
versprochen worden, oder ist sie nach den Lan-
desgesezen eine legale Gebühr, so kann sie auch
nach dem Tod der Ehefrau von ihren Erben gefodert

werden. b) Aber VI. die Vorrechte des Heu-
rathgutes und der Wiederlage können bei einem
über das Vermögen des Mannes ausgebrochenen
Concurse in Ansehung ihrer nicht angesprochen
werden. c)

a) Einert Animadversiones de Morgengaba. Lipsi. 1783.
J. F. W. Schlegel Pr. de Morgengabae origine, et ju-
ribus secundum patrias leges, et antiquas, et hodiernas.
Hauniae. 1796. 4.

b) Danz Handbuch. B. VI. §. 591. S. 329.

c) von Bülow und Hagemann praktische Erörterungen.
B. II. N. 45. S. 318. -- Gmelin Ordnung der Gläubi-
ger im Gantprocess. Cap. III. §. 5. S. 176. Cap. IV.
§. 20. S. 321.

§. 66.

IV. Spiel- und Triffelgelder.

Gar oft werden einer Frau von ihrem Manne
während der Ehe zu ihrem Puz, und andern
kleinen Ausgaben Gelder angewiesen, welche man
Spiel- oder Trüffelgelder nennt. Ehemal
waren sie nur bei dem Adel, heut zu Tage aber
sind sie auch bei dem dritten Stande gebräuch-
lich. Ihre Bestimmung erhalten sie aus den Ehe-
stiftungen, oder dem Herkommen einzelner Fa-
milien und Häuser. Von ihnen sind die soge-
nannten Receptitien, als ein freieigenthümli-
ches Gut der Frau, wohl zu unterscheiden.

§. 67.

V. Wittum;

überhaupt,

Wittum (Vidualitium) begreift in sich alles dasjenige, was einer Frau von ihrem Manne, oder in seinem Namen von einem Dritten zum Unterhalt im künftigen Witwenstande nach Gesetzen, Herkommen, Hausverträgen oder Ehestiftungen ausgezahlt ist. a) Die rechtliche Natur des Wittums, insbesondere des Bedungenen, beruht hauptsächlich darauf, ob es in nothwendiger Beziehung auf eine in die Ehe eingebrachte Brautgabe oder Wiederlage, oder auf beide zugleich, oder ob es ohne diese Rücksicht verabredet worden ist. Im ersten Falle nennt man es ein Leibgeding (dotalitium), und im zweiten ein eigentliches Wittum (vidualitium in specie sic dictum). Jenes entsprang aus einer Vermischung römischer und ursprünglich deutscher Rechtsbegriffe von dem Wittume, und der ihr zu Seite gestellten Donatione propter nuptias. Dieses ist rein germanischen Ursprungs. Beide sind wesentlich von einander verschieden. Ferner theilt sich das Wittum nach dem Grund seines Entstehens in gesetzliche, oder nothwendige und bedungene, oder freiwillige Witwenversorgung. Endlich ist noch eine ganz eigene Art von Wittum zu bemerken, welche unter dem Namen Leibgedingslehen bekannt, und nach Lehenrecht zu beurtheilen ist. b)

a) C. L. W. Grolman de donatione propter nuptias, vidualitio, atque dotalitio, praecipue de eorum effectibus, et accurata a se invicem distinctione. Giesl. 1795.

b) Meine Grundsätze des gemeinen in Teutschland üblichen Lehenrechts. §. 268. S. 269.

§. 68.

insbesondere.

a) Leibgeding.

Dem eigentlichen Leibgedinge (dotalitium) liegt ein wahrer Leibrentenkauf mit allen seinen natürlichen und gesetzlichen Eigenschaften zum Grund; daher findet I. der ursprünglich teutsche Rechts - Grundsatz „Leibgut schwindet Hauptgut“ seine volle Anwendung auf dasselbe. a) Nur muß dabei II. vorausgesetzt werden, daß ein wirkliches Heurathgut, oder wohl gar noch neben demselben eine Wiederlage, auf gültige Weise bei Lebzeiten des Mannes errichtet, in die Ehe gebracht, und von der Frau nicht wieder zurückgefordert worden sei. b) Von ihm, als dem Surrogate des Heurathguts, gilt III. in der Regel alles, was die gemeinen Rechte von dem letztern aussprechen. c) IV. Seine GröÙe muß nach individuellen Verträgen, Familienstatuten, Hausobservanzen, particularen Gesetzen und Herkommen ausgemittelt werden. V. Der Genuß des Leibgedings ist auf den Witwenfall bedingt, nimmt damit seinen Anfang und dauert so lange fort, als die Renteniererin, oder die

Witwe lebt, ohne Rücksicht, ob sie im Witwenstande bleibt, oder sich wieder verheurathet. d) Außer einem Todfall verliert eine Witwe VI. das Leibgeding in allen den Fällen, wo sie sich nach den gemeinen Rechten des Heurathguts verlustig macht. VII. Ob, und in wie fern das Leibgeding auch von Familien- oder Lehenguts - Nachfolgern geleistet werden müsse, hängt von dem Beweise der Einbringung des deshalb vorauszusetzenden Heurathguts, und dessen Verwendung ab. e)

a) Eisenhart teutsches Recht. S. 143. -- G. L. Böhmmer auserlesene Rechtsfälle. B. I. Abth. II. Götting. 1799. N. 58. S. 45r.

b) Wernher Obl. for. P. I. Obl. 34r.

c) Carpzov Dec. for. P. I. Const. 28. def. 93. -- Ejusdem Decif. Tom. II. N. 168. -- G. Fr. Scharlach Observ. practicae de dotis privilegio. Hannover. 1798. Obl. 15.

d) Chr. Heinr. Breuning de dotalitio ob secundas nuptias non cessante. Lips. 1754. -- H. Chr. Senkenberg Meditat. de universo jure et historia. Obl. III. S. 42. sq. -- Cramer wezlar. Nebentund. Th. IX. S. 1. f. Struben rechtl. Bed. Th. I. Bed. 124.

e) Meine Grundsätze des gem. in Teutschland üblichen Lehenrechts. §. 268. S. 178. -- Danz Handbuch. B. VI. §. 596. S. 346.

§. 69.

b) Wittum.

Wesentlich verschieden von dem Leibgeding ist das eigentliche Wittum (vidualitium

in specie sic dictum). Es wird I. ohne alle Rücksicht auf ein eheliches Einbringen der Witwe auf ihren künftigen Witwenstand ausgesetzt, und erhält II. seine Bestimmung zunächst aus Gesetzen, Herkommen, Haus- und Familienstatuten, Ehestiftungen, oder andern Verträgen. Ist darin nichts bestimmt, so tritt das richterliche Ermessen ein. a) III. Man erholt es aus der Verlassenschaft des Mannes; Nachfolger in Lehen- und Stammgütern können nur aus ganz besondern Gründen zur Leistung desselben angehalten werden. b) Es fängt zwar IV. der Genuß desselben mit dem Witwenfalle an, aber durch seinen Zweck bedingt, hört es nicht nur mit dem Tode, sondern auch bei Veränderung des Witwenstandes auf c), so wie es ferner durch Verzicht, und zur Strafe mittels eines gerichtlichen Urtheiles verlohren gehen kann. Dagegen V. schließt der Genuß des gemeinen Wittums das Recht der Ehefrau nicht aus, ihr eingebrachtes Heurathgut, und alles übrige, was ihr zufolge der gemeinen Rechte nach des Mannes Tod gebührt, ordnungsmäfsig zurückzufordern. d)

a) von Cramer wezlar. Nebenst. Th. 48. S. 115.

b) Jo. Theoph. Seger D. de alimentis viduae indotatae ex feudo debitis. Lips. 1776. -- Böhm er princip. jur. feudal. §. 332. -- Meine Grundsätze des gem. in Teutschland üblichen Lehenrechts. §. 269.

c) J. G. Estor de dotalitio propter secundas nuptias cessante. Jen. 1742. -- J. A. Hieron. Thalwizer de vi-

ualitio ad statum viduitatis adstricto, Wittenberg.
1781.

d) Pufendorf. Tom. III. Obf. 120.

§. 70.

c) Andere besondere Vorthteile der Witwen.

Ausser dem Witwenfiz erhält die Witwe I. vorzüglich in Sachsen und in den Landen sächsischen Rechts, das Mustheil (Cibaria) d. h. die Hälfte dessen, was an essbaren, oder trinkbaren Sachen nach dem dreißigsten Tag, von dem Tode an gerechnet, noch vorhanden, und nicht aufgezehret ist, jedoch nur, in wie fern sie das Wittum oder Leibgeding wirklich bezieht. a) Davon ist zu unterscheiden II. das Eingefchneitel (supervita), worunter man die aus den Gütern des verstorbenen Ehemanns jährlich zu liefernden Naturalien versteht. Man trifft es häufig in bürgerlichen Ständen an, muß aber allezeit durch Verträge, oder leztwillige Verordnungen bestimmt seyn. b) Ausserhalb Sachsen III. genießen die adelichen Witwen noch manche besondere Vorthteile: dahin gehört die im Holnsteinischen übliche Haubenbandsgerechtigkeit (jus fasciae capillaris), worunter alles begriffen ist, was der adelichen Witwe an Wittum, Gnadenjahr, oder sonst nach dortigen Rechten gebührt. c)

a) C. R. K. Schroeter Abh. zur Erläuterung des teutschen Rechts. B. I. S. 379. -- C. F. Hommel Pertinenz- und Absonderungsregister, Einleit. §. 72. S. 78.

b) Hommel Rapfod. quaest. Obf. 479.

c) Schrader Handbuch der Rechte in den Herzogthümern von Hollstein und Schleswig. Th. I. S. 292.

§. 71.

VI. Gütergemeinschaft unter Ehegatten, vorzüglich bürgerlichen Standes.

a) Begriff und Eintheilung.

Die eheliche Gütergemeinschaft besteht in einem ungetheilten Rechte, welches beide Eheleute über ihr gegenseitig in die Ehe gebrachtes, oder während derselben erworbenes gesamtes Vermögen, oder einen Theil und dessen Genuß, in Hinsicht auf die Ehe haben. a) Sie wird verschieden eingetheilet, und zwar I. in Rücksicht auf den Gegenstand, welchen sie unter sich begreift, in allgemeine, besondere und in die Gemeinschaft der ehelichen Errungenschaft. Letztere erstreckt sich bloß auf den Besitz, und die Nuznielsung aller, oder gewisser Güter, desgleichen auf den durch den Fleiß der beiden Eheleute während der Ehe gemachten Erwerb, und kann wieder eine allgemeine oder besondere seyn. II. In Rücksicht auf den Grund, woraus sie ihre Bestimmung erhält, ist sie entweder eine bedungene, oder gesetzliche. b) Von dieser ist indessen wohl zu bemerken, daß alle Gesetze und Gewohnheiten, welche von der Gütergemeinschaft der Eheleute handeln, in der Regel nur für hy-

pothetische anzusehen sind, welche voraussetzen, daß die Eheleute keine besondere Verträge über den nämlichen Gegenstand abgeschlossen haben. c)

a) Ph. Karl Scherer verworrene Lehre der ehelichen Gütergemeinschaft. Th. I. Mannheim. 1799. §. 1. -- J. F. Gildemeister D. de communione bonorum inter conjuges, maxime ex legibus Bremanis. Goetting. 1775. §. 9. -- Heinr. Arn. Lange Rechtslehre von der Gemeinschaft der Güter unter Eheleuten. Bayreuth. 1766. Hauptst. II. §. 1. S. 49. -- Hofmann Handbuch des teutsch. Eherechts. §. 73. S. 237. -- Joh. Aegid. Klöntrup Lehre von der Gemeinschaft der Güter unter Eheleuten, sowohl überhaupt, als besonders nach Osnabrückischem Stadtrecht. Osnabrück. 1791. I. Abschn §. 1. folg.

b) Speidel D. de fundamento communione bonorum conjugalis germanicae. Tübing. 1799. §. 7. seq.

c) Danz Handbuch. B. VI. §. 603. S. 382.

§. 72.

b) Ihre rechtliche Beschaffenheit.

aa) *Allgemeine eheliche Gütergemeinschaft.*

1) Ihre Natur.

Die allgemeine eheliche Gütergemeinschaft I. setzt eine wahre und gesetzlich bestehende Ehe voraus, II. ihr Anfang beginnt mit der Beschreitung des Ehebettes. (§. 60.) An einigen Orten wird die wirkliche eheliche Beiwohnung, an andern der Verlauf von Jahr und Tag, oft wohl gar das

Das Sein eines ehelich erzeugten Kindes erfordert. a) Ihr wesentliches Merkmal liegt in der Ungetheiltheit des Rechts der beiden Eheleute auf alles, was sie entweder in der Ehe zusammengebracht, oder während derselben erworben haben. b) Indessen müssen IV. allezeit solche Güter vorausgesetzt werden, worüber jeder Theil auf seiner Seite so frei disponiren darf, daß er dem andern ein mit ihm ungetheiltes Recht daran mit rechtlicher Wirksamkeit einzuräumen befugt ist. c) Hingegen V. erfordert sie keine eigene Uebergabe, sondern das der Gemeinschaft unterworfenene Vermögen fällt mit dem Augenblicke der Erwerbung sogleich von selbst in das ungetheilte Recht der Eheleute, ohne darauf sehen zu müssen, wer von beiden der eigentliche Erwerber sey. d) VI. Die eheliche Gütergemeinschaft wird zwar am gewöhnlichsten bei bürgerlichen und bäuerlichen Eheleuten angetroffen, manchmal jedoch, obwohl sehr selten, findet man sie auch unter dem Adel. Uebrigens hat man VII. bei der großen Verschiedenheit der statutarischen Rechte über die eheliche Gütergemeinschaft vorzugsweise auf die Rechte des Wohnorts des Ehemanns zur Zeit der Eingehung der Ehe Rücksicht zu nehmen. e)

a) Scherer Lehre von der Gemeinschaft der Güter unter Eheleuten. Th. I. §. 21 - 36. S. 32. folg.

b) Scherer a. a. O. §. 46. S. 69. folg.

c) Scherer a. a. O. §. 52. S. 116.

d) Scherer a. a. O. §. 34. S. 119.

e) Scherer a. a. O. Th. II. §. 284. S. 303. und die hier

angeführten Schriften: Lange von der Gemeinschaft der Güter unter Eheleuten, Hauptst. III. §. 6. S. 68. -- Gebrüder Overbeck Meditationen über verschiedene Rechtsmaterien, Th. V, N. 298. -- Danz Handbuch, B. VI. §. 604. S. 389. -- Poffe Abhandl. über Gegenstände des teutsch. Staats- und Privatrechts, Abb. III. S. 7. folg.

§. 73.

2) Ihre rechtlichen Wirkungen;

a) während der Ehe,

Der Hauptgesichtspunkt, aus welchem die Wirkungen der allgemeinen ehelichen Gütergemeinschaft während der Ehe aufgefaßt werden müssen, beruht I. in der Ungetheiltheit des Rechts (§. 72.), welches beiden Ehegatten auf ihr gesamtes Eigenthum in der Maasse zukömmt, daß es für ein Gut, und beide Ehegatten in Ansehung dessen für eine Person sowohl activ, als passiv anzusehen sind. a) II. Der in den gemeinen römischen Rechten gegründete Unterschied der verschiedenen Arten der Güter der Ehefrau findet hier mit allen seinen Folgen durchaus keine Anwendung. b) III. Ein durch eine unerlaubte Handlung eines Ehegatten verursachter Schaden wird mit Rechte aus den gemeinschaftlichen Gütern erholt c), ausgenommen das Vermögen verfiel ganz, oder mehr, als die Hälfte, in die Strafe. d) IV. Bringt schon die Natur der allgemeinen ehelichen Gütergemeinschaft Gleichheit der Rechte mit sich, so hat doch der Mann Vor-

zugsweise, als Haupt der Familie, die Verwaltung e), welche jedoch auch unter eintretenden besondern Umständen oder Ausnahmsweise auf die Ehefrau gelangen kann. f) V. Einseitige bloß freiwillige Verfügungen unter Lebendigen sowohl, als von Todeswegen haben schlechterdings keine Wirkung. g) VI. Das Recht, Schulden auf die gemeinschaftlichen Güter verbindlich zu contractiren, richtet sich im Wesentlichen nach den aus dem Begriffe der allgemeinen ehelichen Gütergemeinschaft folgerichtigen Grundfäzen von dem Verwaltungs- und Verfügungsrechte h), welche aber durch viele statutarische Rechte von der Natur der Sache abweichende Modificationen erlitten haben.

- a) Scherer Lehre der ehelichen Gütergemeinschaft. Th. I. §. 46. S. 96. folg. -- Jo. Aegid. Kloentrup Lehre von der Gemeinschaft der Güter unter Eheleuten. Osnabrück. 1791. Abfch. IV. §. 1. S. 109. -- Lange Gemeinschaft der Güter unter Eheleuten. Hauptst. IV. §. 10. S. 102.
- b) Lange a. a. O. §. 8. S. 98. 99. -- Jo. Maur. Weyer Com. de communione bonorum inter conjuges. P. I. Th. IV. §. 2. S. 16.
- c) Benj. Fr. Pfizer Rechte und Verbindlichkeiten der Weiber bei einem Gantprocess ueber das Vermögen ihrer Maenner. Stuttgart 1794. Th. I. §. 55 - 58.
- d) Weyer l. c. P. I. Th. 24. §. 1. S. 190. -- Kloentrup a. a. O. §. 9. S. 141. -- Lange a. a. O. §. 14. S. 117.
- e) Scherer a. a. O. §. 60 - 62. Weyer l. c. Th. 19. 20. S. 144. seq.
- f) Lange a. a. O. Hauptst. VII. §. 13. S. 187. -- Weyer l. c. Th. 20. S. 165. seq. -- Kloentrup a. a. O. §. 6. S. 128.
- g) Lange a. a. O. S. 172. -- Gmelin und Elfaesser ge-

meinnützig jurid. Beobachtungen und Rechtsfaelle B. III.

N. 11. §. 89. S. 136. - Kloentrup a. a. O. S. 133.

h) Pfizer a. a. O. §. 73. folg. -- Scherer a. a. O. §. 63 - 66.

Gottf. Ludw. Winkler ueber das Rechtsmittel der Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gegen die eheliche Gütergemeinschaft. Leipzig. 1797.

§. 74.

β) nach erfolgter Trennung der Ehe;

1) wenn sie kinderlos war.

Sind nach einer durch den Tod eines Ehegatten erfolgten Trennung der Ehe keine Kinder vorhanden, so bleibt das ganze Vermögen bei dem Ueberlebenden in der Art, daß dieser von jetzt an als Alleinherr der sämtlichen bisher gemeinschaftlich gewesenen Habe frei nach Gefallen verfügen darf. a) Daraus folgt: 1) daß in dem gegebenen Falle weder von Antretung, noch Entlagung einer Erbschaft die Rede seyn könne, 2) daß der überlebende Ehegatte für die Schulden des Verstorbenen nicht als Erb hafte, und 3) alle von den Verwandten des Verstorbenen allenfalls gemachten Erbschafts - Ansprüche, oder die Forderung eines Pflichttheiles, völlig grundlos seyn. b), Diese einfache aus der Natur der Sache entwickelte Lehre ist in vielen statutarischen Rechten ganz unbedingt, und ausdrücklich sanctionirt; in vielen andern hingegen mit besondern Eigenheiten begleitet. c) Unter diesen verdient vor allen das Fallrecht, Rückfallrecht (*jus recadentiae*) bemerkt zu werden, Zufolge dessen, wenn ein

Ehegatte vor dem andern stirbt, das Eigenthum der liegenden Güter, welche dem Verstorbenen von seinen Aeltern oder Verwandten angefallen sind, auf die nächsten Intestaterben des letztern zurückfällt, und dem jezt lebenden Ehegatten nur lebenslänglich die Nuzniessung verbleibt. d)

a) Scherer Lehre der ehelichen Gütergemeinschaft, Th. I. §. 71 - 74. S. 175 - 187. -- Lange Gemeinschaft der Güter. Hauptst. IV. §. 11. S. 107.

b) Scherer a. a. O. §. 91. S. 226. Westphal teutsch. Privatrecht, Th. II. Abh. 47. S. 65. folg. -- Pufendorf Tom. I. Obs. 86. Tom. III. Obs. 117. -- von Cramer Wezlar, Nebenstund. Th. 39. S. 28. Th. 92. S. 128. -- Jo. G. Drekel de conjuge superstite ascendentes et collaterales conjugis defuncti a successione excludente. Altorf. 1794.

c) Scherer a. a. O. §. 70 - 106. S. 187 - 272.

d) Jo. Christ. Koch D. de jure revolutionis, live recadentiae. Giefs. 1772.

§. 75.

2) Wenn Kinder vorhanden sind.

Wenn ein Ehegatte mit Zurücklassung von Kindern stirbt, so treten diese der Regel nach in des Verstorbenen Stelle ein, und setzen mit ihm die bisherige Gütergemeinschaft fort. Man nennt sie daher die fortgesetzte (*communio bonorum prorogata s. irregularis*). Ihrer rechtlichen Natur gemäß bringt I. der Todfall eines der beiden Aeltern keine andere Aenderung mit sich, als daß die vorhandenen Kinder ver-

vermöge des Herauftrittsrechts sich anstatt des Verstorbenen mit dem Ueberlebenden der bisherigen Gemeinschaft anschließen. Daraus folgt 1) daß das in ihr begriffen gewesene Vermögen nach, wie vor, dem Gesamteigenthume unterworfen bleibe, 2) daß jene Güter, welche dem Ueberlebenden während dieser fortgesetzten Gemeinschaft anfallen, oder von ihm erworben werden, letzterer zuwachsen, hingegen 3) das von den Kindern erworbene Sondergut für keinen Theil derselben angesehen werden dürfe. a) II. Da die Familienrechte des Ueberlebenden in Rücksicht auf die Kinder durch das Vorabsterben eines Ehegatten nicht nur nichts verlieren können, sondern wohl noch fester in seiner Person begründet werden, so ergiebt sich, daß demselben sowohl der fortdauernde Besitz, als auch die alleinige Verwaltung verbleiben müssen, inwiefern nicht besondere Umstände eine Ausnahme nothwendig machen. Indessen so wenig einerseits von Erfüllung vormundschaftlicher Pflichten die Rede seyn kann, eben so wenig kann andererseits ein unbedingt freies Verfügungsrecht behauptet werden. b) III. Die Beziehung der Früchte aus den gemeinschaftlichen Gütern legt dem überlebenden Gatten die Verbindlichkeit auf, für die Erhaltung, Erziehung und Ausstattung der Kinder Sorge zu tragen. IV. Das Recht der in dieser fortgesetzten Gemeinschaft stehenden Individuen auf ihre Fort-

setzung kann Keinem wider seinen Willen einseitig entzogen werden. c)

a) Scherer Lehre der Gütergemeinschaft. Th. I. §. 141. 144.

b) Scherer a. a. O. Th. I. §. 131 - 175. -- G. F. Buchholz D. an, et quatenus parenti superstiti in communione bonorum universali cum liberis continuata, etiamsi nulla praecesserit earundem separatio, testari liceat. Giefs. 1772.

c) Scherer a. a. O. §. 135. -- Gebrüder Overbeck Meditationen über verschiedene Rechtsmaterien. B. VI. N. 315. S. 12. -- Frid. Wilhelm Cosmann Versuch einer Eroerterung der Frage: kann der leztlebende Gatte aus der mit seinen Kindern fortgesetzten Gütergemeinschaft willkürlich austreten? Lemgo. 1792.

§. 76.

3) Endigung der allgemeinen ehelichen Gütergemeinschaft.

Die allgemeine Gütergemeinschaft unter Eheleuten findet ihr Ende I. in allem, was eine gültige Ehe auflöst, sey es der Tod, oder eine von dem zuständigen Richter erkannte Ehescheidung. a) II. In wechselseitiger Einwilligung der beiden Eheleute, wenn nicht particulare Rechte diese Befugnis entziehen, oder beschränken. b) III. Im Verflusse der bestimmten Zeit, auf welche sie eingegangen worden. c) IV. Kann eine verschwenderische und unordentliche Lebensart eines Ehegatten den Richter bestimmen, sie auf Begehren des unschuldigen Theiles durch sein Rechtserkennt-

niss aufzuheben. d) Insbesondere kann V. die fortgesetzte Gütergemeinschaft (§. 75.) a) durch freiwillige Abtheilung zwischen den leztlebenden Gatten, und den Kindern geendigt werden e); auch berechtigen b) der Uebertritt zur zweiten Heurath, oder Verschwendung, und mehrere dergleichen Ursachen die Kinder zur Theilung. Imgleichen setzen c) viele particulare Rechte auf die Großjährigkeit der Kinder das Ende dieser Gemeinschaft. Eine solche Separation setzt aber allezeit die Aufnahme eines richtigen Inventariums voraus. f) Im übrigen VI. leidet die allgemeine Gütergemeinschaft der Eheleute durch die Veränderung ihres Wohnorts keinen Abbruch. g) (§. 72.)

a) Lange Gemeinschaft der Güter. Hauptst. 8 und 9.

b) Hofmann Handbuch des teutsch. Eherechts, §. 85. S. 276.

c) Speidel D. de fundamento communione bonorum conjugalis germanicae. §. 32.

d) Speidel l. c. §. 35.

e) Scherer Lehre der Gütergemeinschaft. Th. I. §. 145 - 151.

f) Scherer a. a. O. §. 152 - 175.

g) Siebenkees Beiträge zu den teutsch. Rechten. Th. IV. S. 58. f. -- J. F. Gildemeister de communione bonorum inter conjuges legitima mutatione domicilii non sublata. Duisb. 1777. -- Pöffe Abhandl. über Gegenstände des teutsch. Staats- und Privatrechts. I. Heft. Abh. III. S. 7.

§. 77.

bb) Besondere eheliche Gütergemeinschaft.

Von der besondern ehelichen Gütergemeinschaft giebt es zwei Arten: entweder werden einzelne Güter, welche sogleich in die Ehe mitgebracht werden, samteigenthümlich, oder nur in Rücksicht auf ihren Gebrauch, oder Genuß gemeinschaftlich. Jene nennt man die besondere eheliche Gütergemeinschaft im eigentlichen Sinne (*communio bonorum particularis proprietaria*); diese die beifiz- oder nuzniessliche Gütergemeinschaft (*communio bonorum particularis usufructuaria*). Die rechtliche Natur beider Arten I. beruht zunächst auf Verträgen, Landesgesetzen, Stadtrechten und Herkommen, welche jedoch II. in folgenden allgemeinen Grundsätzen zusammenstimmen; 1) sie beschränkt sich nur auf einen besondern ein für allemal bestimmten Theil des Vermögens der Eheleute, 2) mit, und neben ihr können die rechtlichen Eigenschaften und Vorzüge eines Heurathguts und anderer weiblicher Güter wohl bestehen; 3) jeder Ehegatte ist, und bleibt Eigenthümer jener Güter, welche in der Gemeinschaft nicht begriffen sind, es kann auch 4) der Ehefrau die Anrufung der weiblichen Freiheiten samt ihren Folgen im Falle obwaltender Gefahr nicht verlagst werden; a) aus gleichen Gründen kann 5) der Concurs über das Vermögen eines Ehegatten einen zweiten

Concurs über die Habe des andern nicht zur nothwendigen Folge haben. b)

a) Pfizer Rechte und Verbindlichkeiten der Weiber bei einem Concursproceß über das Vermögen der Männer. Th. II. §. 118.

b) Pfizer a. a. O. §. 253. -- Gmelin D. de obligatione uxoris ad solvenda debita a conjugibus contracta, modo imprimis super bonis mariti concursu creditorum. §. 40. p. 56.

§. 78.

cc) Gemeinschaft der ehelichen Errungenschaft:

1) Begriff.

Unter der ehelichen Errungenschaft versteht man überhaupt alles dasjenige, was während der Ehe aus einem nach Vollziehung derselben entstandenen Rechtsgrunde, entweder durch die Bemühungen der Eheleute, oder durch Hülfe ihres beiderseitigen sämlichen, oder partialen Vermögens erworben wird. a) Die darauf berechnete Gemeinschaft der Eheleute ist entweder eine allgemeine, oder eine besondere. (§. 71.) Was die eheliche Errungenschaft in sich begreife, muß zwar zunächst aus den verschiedenen Statutarrechten, die sehr von einander abweichen, ausgemittelt werden; indessen können nach der Natur der Sache doch folgende Arten angegeben werden: 1) alles, was der Mann, oder die Frau durch Kunst oder Fleiß erwerben; b); 2) was die Eheleute während der Ehe erkaufte

haben c); 3) was für eine zur Errungenschaft gehörige Sache während der Ehe eingetauscht wird, 4) die aus dem beiderseitigen Vermögen während der Ehe gezogenen Früchte und Nuzungen, sie mögen bürgerliche oder natürliche seyn. d) 5) Geschenke, welche die eheliche Gesellschaft wieder zu einem Erlaz verbindlich machen e); endlich 6) dasjenige, um was eine einem Theile ausschließlich zugehörige Sache durch Fleiß und Geschicklichkeit beider, oder eines der Eheleute während der Ehe, im Werthe erhöht wird. f) Von allen diesen Arten gelten analogisch die oben aufgestellten Grundfäze.

a) Scherer Lehre der Gütergemeinschaft. Th. II. §. 213. folg.

b) Lange Gemeinschaft der Güter. Hauptst. V. §. 7. S. 139.
Weyer de communione bonorum. P. I. Th. 9. §. 7.
pag. 58.

c) Lange a. a. O. Hauptst. IV. §. 4. S. 127. Hauptst. V. §. 7. S. 140. -- Lauterbach D. de societate bonorum conjugali (in der Sammlung seiner Dissert. Th. III. N. 128. S. 683.). Cap. IV. §. 5.

d) Lange a. a. O. Hauptst. V. §. 6. S. 136. -- Lauterbach, l. c. cap. IV. §. 5. -- Voetius in Commentar. ad Pand. Lib. 23. Tit. 4. §. 32. seq.

e) Pufendorf Tom. IV. obl. 164.

f) Weyer l. c. P. I. Th. 9. §. 5.

§. 79.

2) Die ihr entgegengesetzte eheliche Einbuße.

Die eheliche Einbuße begreift im Allgemeinen denjenigen Aufwand, welcher aus einem

nach Vollziehung der Ehe entstandenen Rechtsgrunde zum Besten der ehelichen Gesellschaft gemacht wird. Hieher gehört nicht nur alles, was während der Ehe zur Vermehrung der ehelichen Errungenschaft und mithin unmittelbar zum Wohlstand der ehelichen Gesellschaft verwendet wird, sondern auch dasjenige, was ein oder beide Ehegatten zur Bestreitung der ehelichen Lasten, zu eigenem und der Kinder Unterhalt, und überhaupt zur gemeinschaftlichen Haushaltung aufwenden. a)

a) Lauterbach D. de societate bonorum conjugali. Cap. IV. §. 31. -- Dessen D. de aere alieno in societate conjugali. Cap. V. §. 20. seq. -- Dessen D. de periculo rerum in societatem conjugalem illatarum. §. 55. n. 7, 8, 9. (in der Sammlung seiner Dissert. Tom. III. Diff. III.)

§. 80.

3) Rechtliche Natur der Gemeinschaft der ehelichen Errungenschaft.

Wenn schon die Natur der Gemeinschaft der ehelichen Errungenschaft I. in vielen Stücken mit der römischen Rechtslehre von dem Gesellschaftsvertrage zusammenstimmt, auch die Lehre des fremden Rechts von den verschiedenen Arten der Güter der Eheleute gar wohl im Allgemeinen mit und neben ihr bestehen kann, so würde man doch durch eine unbedingte Anwendung derselben auf sie gar leicht in eine grosse Verwirrung gerathen a), indem der errungenschaftlichen ehelichen Güter-

gemeinschaft, welche bloß teutschen Ursprungs ist, ein ungetheiltes Eigenthum zum Grunde liegt, hingegen jedem Gesellschafter aus dem Gesellschaftsvertrage nur ein verhältnißmäßiger Antheil, den seine Einlage bestimmt, zugehört.

II. Der Ehemann, als das Haupt der Familie, verwaltet die errungenen Güter b), hat aber die davon abgefallenen Nuzungen zu häuslichen Zwecken zu verwenden, und der allenfalls sich ergebende Ueberrest wird ein samteigenthümlicher Zuwachs der erstern. III. Die während der Ehe contrahirten Schulden müssen von den Eheleuten nach dem natürlichen Verhältniß des Antheils, welcher jedem an der Errungenschaft gebührt, entweder aus dieser, oder subsidiarisch aus dem übrigen eigenthümlichen Vermögen bezahlt werden. c) Dem ungeachtet kann IV. der Genuß der gemeinrechtlichen weiblichen Freiheiten, unter den erforderlichen Bedingungen, der Ehefrau nicht verlagert werden. d) V. Mit dem Tode eines Ehegatten hört der eigentliche Grund der Errungenschaft auf, wornach sich die aus der Natur der Sache hervorgehenden Folgen von selbst leicht berechnen lassen. e) Endlich haben VI. alle jene Gründe, wegen welchen die allgemeine eheliche Gütergemeinschaft aufgelöst wird, auch hier ihre vollkommene analogische Anwendung. f)

a) Scherer Lehre der ehelichen Gütergemeinschaft, Th. II. §. 221. folg. -- Hofacker princip. jur. civ. rom. germ. Tom. I. §. 465.

b) Lauterbach de societate bonorum conjugali. Cap. V. §. 1. — Weyer de communione bonorum. P. I. Th. 20. seq.

c) Scherer a. a. O. §. 237 - 249. -- Gmelin und Elfaeffer gemeinnützig jurid. Beobachtungen und Rechtsfaelle. B. III. N. 3. S. 40. folg. -- Hofacker l. c. §. 460. -- Lange Gemeinschaft der Güter. Hauptst. VII. §. 25. S. 216. -- Lauterbach de aere alieno in societate conjugali contracto solvendo. §. 63. seq. -- Pfizer Rechte und Verbindlichkeiten der Weiber bei dem Concursproceß. Th. I. §. 115 - 123.

d) Gmelin D. de obligatione uxoris ad solvend. debita a conjugibus contracta. Tübing. 1785. §. 27. seq. -- Vergl. Scherer a. a. O. §. 249 - 253.

e) Scherer a. a. O. §. 253 - 266.

f) Scherer a. a. O. §. 282 - 301.

§. 81.

Zweite Heurath.

In Ansehung der zweiten Verheurathung ist 1) die nach den römischen Rechten vorgeschriebene Trauerzeit fast überall durch teutsche Gesetze, der Wohlanständigkeit wegen, auch auf den Witwer ausgedehnt; die nähern Bestimmungen darüber müssen zunächst aus den individuellen Landesordnungen erholt werden. 2) Die in den römischen Rechten auf inner der Trauerzeit eingegangene Ehen gesetzten Strafen haben keine Anwendung, wohl hingegen 3) die übrigen auf wiederholte Vereheligung angeordneten Strafen.

II. TITEL.

Von der Gewalt der Aeltern.

§. 82.

Vorbemerkung.

Die älterliche Gewalt war im teutschen Rechte keine andere, als die des Naturrechts, und unterschied sich von ihr nur darin, daß sie über die Zeit der Erziehung so lange dauerte, als die Kinder von den Aeltern Unterhalt empfingen. Allein, seit der Einführung des römischen Rechts gelten dessen Grundsätze von der älterlichen und väterlichen Gewalt in ihrem ganzen Umfange, und es sind nur wenige Eigenheiten, worin die teutschen von den römischen Gesetzen heut zu Tage noch abweichen.

§. 83..

Rechte der älterlichen und väterlichen Gewalt.

Das Rechtsverhältniß der älterlichen und väterlichen Gewalt nach teutschen Rechten ist in folgenden allgemeinen Sätzen ausgedrückt: I. diejenigen Rechte der älterlichen Gewalt, die sich über die Person der Kinder erstrecken und insbesondere auf die Erziehung Bezug haben, kommen beiden Aeltern gemeinschaftlich zu. Sind die Meinungen der beiden Aeltern darüber getheilt, in welcher Religion die Kinder erzogen werden sollen, so gebührt dem Vater, nicht so fast vermöge

der väterlichen, als vielmehr zufolge der ehelichen Gewalt, in gemeinschaftlichen Familienangelegenheiten, vorzugsweise die Entscheidung, bis die Kinder nach erreichten Ueberlegungsjahren für eine, oder die andere Art Gottesverehrung aus eigener Ueberzeugung sich selbst bestimmen. a) II. Diejenigen Rechte der väterlichen Gewalt, welche dem Vater nach den römischen Gesetzen über das den Kindern gehörige Sondergut eingeräumt werden, sind auch noch heut zu Tage besondere und eigene Rechte des Vaters, an welchen die Mutter in der Regel keinen Antheil hat. Nur fällt III. dasjenige hinweg, was aus dem ehemaligen Eigenthume des Vaters über seine Kinder, und der häuslichen Gerichtsbarkeit desselben, auch selbst im neuern römischen Rechte, übrig geblieben ist. b) Eine den Römern unbekannte Eigenheit des teutschen Rechts ist IV. der Beisiz oder der statutarische Nießbrauch der Aeltern an den Gütern ihrer Kinder, welcher theils auf besondern Rechten, oder Herkommen, theils auf dem Verfangenschaftsrechte, theils auf der unter den Eheleuten eingeführten Gütergemeinschaft beruht. c)

a) Danz Handbuch. B. VI. §. 569.

b) Heineccius Elementa jur. german. §. 169. 170.

Vergl. Glück, Erläuterung der Pandekten. Th. II. §. 137. S. 221. — Danz a. a. O. B. VII. §. 614. S. 68.

- c) *Runde Grundsätze des gem. teutsch. Privatrechts.*
 §. 617. – *Scherer Lehre der Gütergemeinschaft. Th.*
 II. §. 253. S. 222. f. – *Danz a. a. O. §. 617. S. 85.*

§. 84.

Erwerbung der väterlichen Gewalt.

Die väterliche Gewalt wird erworben:
 I. durch die Ehe. II. Durch die *Anwünschung*. Adoptionen und Arrogationen kommen zwar in Teutschland selten vor, sind aber, wenn sie sich ereignen, durchaus nach römischen Rechten zu beurtheilen; nur bringt das teutsche Recht das Eigene mit sich, daß durch sie weder der Adel übergetragen, noch in Stamm- und Lehengütern ein Erbfolgerecht gewonnen wird.
 III. Durch Legitimation, welche entweder eine unvollkommene oder vollkommene ist. *Jene* wird bloß zur Reinigung von der Mackel der unehelichen Geburt von der höchsten Staatsgewalt, auch wider der Aeltern Einwilligung, ertheilt. Diese legt dem Legitimirten alle römische, nicht aber teutsche Familienrechte bei, und geschieht theils durch die nachfolgende Ehe, theils wird sie von den Landesherren, oder andern mit dem Legitimationsrechte Begabten verliehen. a)

- a) *Runde Grundsätze des gem. teutsch. Privatrechts.*
 §. 619. – *Danz Handbuch. B. VII. §. 619.*

§. 85.

Endigung der väterlichen Gewalt.

Neben den aus dem römischen Rechte für bekannt vorausgesetzten Endigungsarten der väterlichen Gewalt a) ist im teutschen Rechte der **Anlegung einer eigenen besondern Haushaltung** vorzüglich zu erwähnen. Diese erfordert 1) daß die Kinder die erforderliche Reife des Alters haben b), und 2) im Stande sind, durch Ergreifung eines besondern Gewerbes sich selbst ihren beständigen Unterhalt zu verschaffen, oder doch wenigstens von eigenem Vermögen zu leben, 3) daß sie sich von ihren noch lebenden Aeltern wirklich, und zwar 4) in der Absicht absondern, nicht wieder zur Familie der Aeltern zurückzutreten. Die Wirkungen der aufgehobenen väterlichen Gewalt sind im Allgemeinen nach den Grundsätzen des fremden Rechts zu berechnen. c)

a) Thibaut System des Pandectenrechts. Th. I. §. 463. S. 313. folg.

b) RPol. Ordn. v. 1548. Tit. 31. §. 1. u. 1577. Tit. 32. §. 1. — Glück Erlaeuter. der Pandecten. Th. II. §. 161. — H. Ernst. von Globig Preisschrift über die Gründe und Gränzen der väterlichen Gewalt. Dresden und Leipzig. 1789. S. 123.

c) Thibaut a. a. O. §. 465. S. 315.

§. 86.

Absonderung der Kinder in Ansehung des gemeinschaftlichen Vermögens.

Diese Absonderung, welche mit der Anlegung einer eigenen besondern Haushaltung nicht zu verwechseln ist, besteht darin, daß ein Kind aus dem älterlichen Vermögen entweder eine Beihülfe bekommt, oder auch mit seinem ganzen Antheile in der Mäasse abgefunden wird, daß ihm bei einer künftigen Erbaueinandersezung von dem Vermögen der Aeltern nichts weiter gebührt. Sie ist entweder eine unvollkommene, oder vollkommene. Diese, nicht aber jene, hebt das Erbrecht der Kinder in der Regel auf. a)

a) J. G. Baufsch de subsidio parentum collationi obnoxio. Goetting. 1773. -- Dreyer Sammlung vermischter Abh. Th. I. S. 91. folg. -- Runde Grundsätze des gem. teutsch. Privatr. §. 608. b. -- Danz Handbuch, B. VII. §. 621. S. 128. folg.

III. TITEL.

Von der Vormundschaft.

§. 87.

Vorbemerkung.

Obwohl die römische Lehre von der Vormundschaft und Curatell durch ganz Teutschland gemeingeltend geworden ist, so sind doch auch

mehrere dem teutschen Rechte eigenthümliche Grundsätze vorzüglich durch neue Reichs- und Landesgesetze eingeführt. a) Schon der Begriff von Vormundschaft ist dahin abgeändert, daß sie bei uns in einer von der Obrigkeit übertragenen, oder bestätigten Aufsicht über die Erziehung, und das Vermögen eines Minderjährigen besteht. Daher endigt sich die teutsche Vormundschaft nicht mit der Mannbarkeit, sondern erst mit der Volljährigkeit.

a) RPol. Ordn. v. 1548. Tit. 31. und 1577. Tit. 32. — Gerstlacher Handbuch der teutschen Reichsgesetze. Th. X. S. 1783. folg. Unter den Landesordnungen verdient eine besondere Erwähnung die Churf. sächsische allgemeine Vormundschaftsordnung. Ergangen am 10. Oct. 1782. gedruckt zu Dresden. 1782. 4.

§. 88.

Obervormundschaft.

Die Obervormundschaft ist nach teutschen Rechten von zweifacher Art. Ueber Minderjährige, welche dem Kaiser und Reiche unmittelbar unterworfen sind, kommt sie den höchsten Reichsgerichten zu a); über Mittelbare haben die reichsständischen Ober- und Untergeichte das vormundschaftliche Oberaufsichtsrecht. b) In einigen Landen sind zur nächsten Führung der Vormundschaft eigene Waifengerichte, Vormundschaftsämter, und zur Oberaufsicht über das gesamte Vormundschaftswesen

sogenannte Oberpupillencollegien angeordnet, deren wenigstens subsidiarische Haftung für die durch Vernachlässigung der vormundschaftlichen Pflichten einem Pupillen oder Curanden zugefügte Schäden keinem Zweifel unterliegt. c)

a) Goenner teutsches Staatsr. §. 336.

b) RPol. Ordn. v. 1548. Tit. 31. §. 1. 2. 3, und 1577 Tit. 32. §. 1. 2. 3.

c) RPol. Ordn. v. 1577, Tit. 32. §. 3.

§. 89.

Verschiedene Arten der Vormundschaft.

Es hat zwar das teutsche Recht die testamentarische und gesetzliche Vormundschaft der Römer anerkannt, und diesen beiden die vertragsmäßige noch in der Art hinzugefügt, daß sie kein Richter ohne Noth übergehen darf; demungeachtet werden doch alle diese Vormünder zuerst durch die auf die vorhergehende Untersuchung geschehene obrigkeitliche Bestätigung zur wirklichen Vormundschaftsführung berechtigt a), und sind daher in allen Rechten den dativen Vormündern der Römer gleich zu achten. Nächstdem ist die gesetzliche Vormundschaft der Mit- und Eventualbelehnten, des Lehenherrn, der Anwartschafter, der Ganerben, der Taufzeugen, der Verschwägerten u. s. w. zu

zu bemerken. b) Diese Arten sind aber nicht gemeingeltend, sondern nur durch die einzelne particularen Rechte gegründet.

a) R P o l. O r d n. v. 1577. Tit. 32. §. 2. 3. -- Gerstlacher Handbuch der teutschen Reichsgesetze. Th. X. S. 1788. -- Hofacker princip. jur. civil. rom. germ. T. I. §. 649.

b) C. F. Walch de tutela extraneorum legitima secundum praecepta juris germ. Jena. 1764. et in opusc. Tom. II. pag. 27. -- D a n z Handbuch. B. VII. §. 625. S. 148.

§. 90.

Entschuldigung von der Vormundschaft.

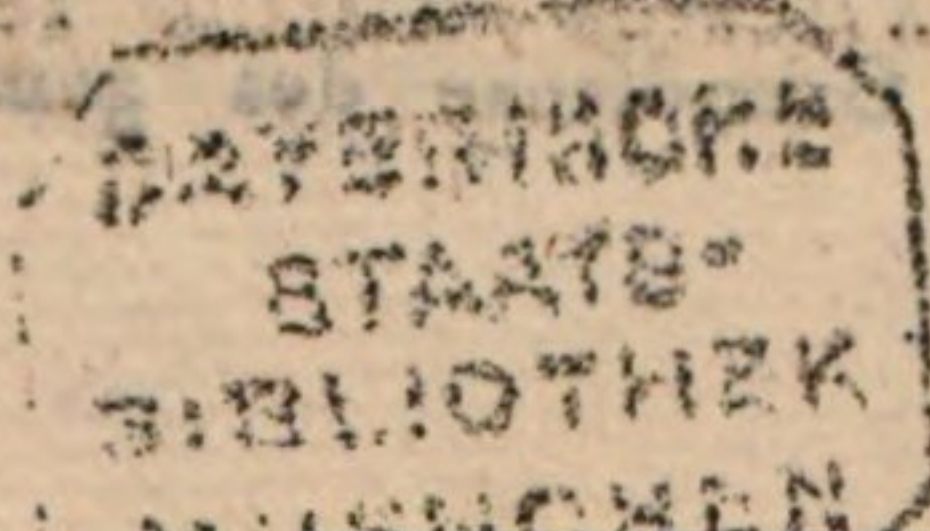
Die römische Theorie von den Entschuldigungsurfachen findet durch ganz Teutschland in der Regel ihre volle Anwendung: nur gehören zu den römisch - gesetzlichen nothwendigen Entschuldigungsurfachen nach den teutschen Rechten noch die Religionsverschiedenheit, und die Verwaltung öffentlicher Kassen. a)

a) D a n z Handbuch. B. VII. §. 626. S. 151.

§. 91.

Rechnungsablage.

Die bedeutendste Abweichung des teutschen von dem römischen Vormundschaftsrechte besteht darin, daß der Vormund jährlich der obervormundschaftlichen Obrigkeit Rechnung ab-



legen muß a): dafür hat letztere sogar von Amtswegen Sorge zu tragen. b) Es müssen aber auch diese Rechnungen seiner Zeit dem Pupillen oder Curanden zur eigenen Prüfung vorgelegt werden, wenn er die Volljährigkeit erlangt hat, und jetzt deren Einsicht fodert.

a) RPol. Ordn. v. 1577. Tit. 32. §. 3.

b) Gerstlacher Handbuch der teutschen Reichsgesetze, Th. X. S. 1790.

§. 92.

Curatell des weiblichen Geschlechts.

Ganz eigenthümlich ist dem sächsischen Rechte, und den Ländern, wo selbes gilt, die Curatell des weiblichen Geschlechts. Sie besteht aber nur in dem Rechte des Rathgebens, und bei schriftlichen Verträgen, oder gerichtlichen Verhandlungen in der Mitunterschrift, wodurch der Curator gleichsam öffentlich zu erkennen giebt, daß die Curandin nicht ohne Rath gewesen sei. Ihr aber ist es immer noch freigestellt, seinem Rathe zu folgen, oder nicht. Uebrigens hängt die Wahl des Curators von dem Frauenzimmer selbst ab, und nur, wenn ihre Rechte mit denen ihres Ehemanns in Widerstreit gerathen, muß sie einen fremden Curator wählen. Er wird von der Obrigkeit bestätigt; der Ehemann allein ist davon befreiet. a)

a) Schaumburg sächsisches Recht. Th. I. S. 51. folg.
Rund e Grundsaetze des gemeinen teutschen Privat-

rechts. §. 632. -- **Danz** Handbuch, B. VII. §. 632.
S. 165., und die dort angeführten Schriften.

II. UNTERABTHEILUNG.

Besonderes, oder Personenrecht in Rück-
sicht auf die besondern Standesver-
hältnisse der Bürger.

§. 93.

Einleitung.

Die persönlich - freien Bürger theilen sich nach der Verschiedenheit, unter welcher sie als Subjekte des Zwecks des gemeinen Wesens erscheinen, in drei Hauptklassen, nämlich: in den Adel - Bürger - (im eingeschränkten Begriffe des Worts) und Bauern - Stand. In dieser Ordnung wird das besondere Personenrecht am sichersten abgehandelt.

I. ABSCHNITT.

Von dem Adelstande.

§. 94.

I. *Adel überhaupt.*

a) Begriff.

Adel überhaupt ist der Innbegriff von besondern Vorzügen an Ehre und Rechten in der bürgerlichen Gesellschaft, welche durch Gesetz

und Herkommen bestimmt sind. Adel im strengern Sinne zeichnet sich durch das Merkmal der Erblichkeit aus. Der Personal- oder Amts- oder Dienstadel (Amtsehre. §. 48.) ist unter dem Adel im weitern Sinne, und nur darum begriffen, weil mit der Begleitung öffentlicher Staatsdienste die gemeinen persönlichen Adelsrechte verbunden sind. Unter Voraussetzung der allgemeinen Grundsätze des Adelsrechts aus dem teutschen Staatsrechte a) kann hier nur von dem niedern mittelbaren, und besonders dem landfässigen Adel, und dessen Privatrechten die Rede seyn.

a) Goenner teutsches Staatsrecht. §. 67 - 75.

§. 95.

b) Eintheilung des Adels.

In Rücksicht auf die besondern Privatrechte, womit der niedere mittelbare Adel vor andern Bürgern ausgezeichnet ist, theilt sich derselbe: I. in Erb- und persönlichen, oder eigentlichen Adel (Amts-Rang- und Titelehre. §. 48.) a); II. in alten und neuen; III. in landfässigen, und nicht-landfässigen, und IV. in Geburts- und Briefadel ein. b)

a) Meiners goetting. histor. Magazin. I. Th. S. 388. -

Schmidt fortgesetzte Beiträge zur Geschichte des Adels.

S. 36. folg.

b) Historische Aufklärung über den Adel findet man in:

Struben Nebenstunden. Th. III. Abb. 21. S. 395.

Th. IV. Abh. 29. S. 436. -- Ch. L. Scheidt histor. diplomatische Nachricht von dem hohen und niedern Adel in Teutschland. Hannover. 1754. -- Nachricht von einigen Häusern des Geschlechts derer von Schlieffen. Cassel. 1780. -- Das Ritterwesen des Mittelalters nach seiner politischen und militärischen Verfassung, aus dem französischen des Herrn de la Curne de Sainte Palaye mit Anmerkungen, Zusätzen und Vorrede von Joh. Ludw. Klüber. Nürnberg. III. B. 1786. 1788. 1791. -- L. Runde de vera nobilitatis ratione pro temporum ratione diversa. Goettingen. 1793. -- J. St. Pütter über den Unterschied der Stände, besonders des hohen und niedern Adels in Teutschland. 1795.

§. 96.

c) Erwerbung des Adels.

Der Adel wird erlangt, und zwar I. der Geschlechts- oder Geburts- Adel durch rechtmäßige Abstammung von einem adelichen Vater. Cession, Adoption und Legitimation, mit Ausnahme der durch die nachfolgende Ehe, welche jedoch allezeit die reine Ahnenprobe hindert, übertragen ihn nicht, so wie auch der sogenannte Kunkeladel aller Rechtsanalogie widerspricht. a) II. Der Briefadel durch die Standes- Erhöhung b), und III. der Personaladel, oder die Amts- Ehre durch die Verleihung auszeichnender Staatsämter.

a) J. L. Klüber de nobilitate codicillari, S. 11. -- Jo. Fr. Hesse de liberorum legitimatione, an, et quatenus nobilitatem conferat. Goetting. 1792. -- Jo. P. de Lu-

dewig in opusc. miscellan. Tom. I. Lib. III. N. 5,
S. 1147.

b) Goenner teutsches Staatsrecht. §. 70 u. 431.

§. 97.

d) Verlust des Adels.

Der Adel geht verlohren: I. zur Strafe wegen Anrüchigkeit (§. 52.) nach sich ziehender Verbrechen a), welche aber den schuldlosen Gatten, Verwandten und schon erzeugten Kindern nicht schadet. b) II. Durch ausdrückliche und stillschweigende Entfagung, zu welcher letzterer die Verehelichung eines adelichen Frauenzimmers mit einem Manne vom gemeinen bürgerlichen Stande, und die Betreibung einer gemeinen Handthierung oder Krämerey gerechnet werden. c) Durch bloßen Nichtgebrauch geht zwar der einmal gesetzlich erworbene Adel nicht verlohren; doch kann er die Erneuerung desselben nothwendig machen. d)

a) Just. Fridr. Runde Beitræge zur Erlæuterung rechtl. Gegenstaende. B. I. Abh. 19. S. 494. §. 9.

b) Ch. G. Riccius zuverlaeffiger Entwurf von dem Adel in Teutschland. Nürnberg. 1735. Hauptst. 16. §. 4. S. 526.

c) Goenner teutsches Staatsrecht. §. 75. S. 80. -- Paul von Stetten Geschichte der adelichen Geschlechter in der Reichsstadt Augsburg. S. 150. folg.

d) v. Selchow Elect. jur. germ. S. 249. -- von Steck von dem Geschlechtsadel und der Erneuerung des Adels. Berlin. 1778. S. 84.

§. 98.

II. Rechte des Adels.

a) Allgemeine Uebersicht.

Die Rechte, welche dem niedern mittelbaren Adel zufolge der Gesetze und Herkommen zustehen, sind zwar ihrem Ursprunge nach alle persönlich; selbst die adelichen Freiheiten, wodurch sich Rittergüter noch heut zu Tage auszeichnen, beruhen ursprünglich auf der Persönlichkeit der Adelsrechte, nämlich darauf, daß sie von Ritterbürtigen befaßen wurden. Allein seitdem man gegen die ältere Sitte anfieng auch Nichtritterbürtige zum Erwerb der adelichen Güter mit den Vorrechten zuzulassen, deren ehemals nur Ritterbürtige fähig waren, seitdem unterschied man persönliche und dingliche adeliche Rechte. a) Jene genießt der Adelige für sich allein, und wegen seiner Person, ohne weitere Rücksicht auf eine, oder keine Besizung. Diese sind durch den Besiz eines mit adelicher Freiheit begabten Guts bedingt. Die Erstern sind entweder allen Adelichen, als solchen (gemeine persönliche Adelsrechte), oder nur dem alten Geschlechtsadel, oder dem landfässigen Adel eigen (besondere persönliche Adelsrechte). Die Letztern begreift man heut zu Tage unter dem Namen der adelichen Gutsfreiheit. Im Zweifel, ob gewisse adeliche Rechte dinglich oder persönlich sind, steht, wenn man

die Sache aus ihren richtigen Quellen anschauet, die Vermuthung für die Persönlichkeit der adelichen Rechte, bis ihre Verwandlung in Dinglichkeit erwiesen ist. b)

a) Poffe über die Rechte des teutschen Adels in vorzüglicher Rücksicht auf die Eintheilung derselben in persönliche und dingliche. Rostock und Leipzig. 1802. (in seinen Abhandl. über Gegenstände des teutschen Staats- und Privatrechts. Abh. II. S. 53 - 61.

b) Poffe a. a. O. S. 68.

§. 99.

b) Besondere Abhandlung.

A) Persönliche Rechte

aa) des Adels überhaupt,

Zu den persönlichen gemeinen Vorrechten des Adels gehören: I. die Ehrenvorzüge im Namen, Titel und Rang, welche nach Art der Zeiten ihm vor dem bürgerlichen Stand beigelegt zu werden pflegen. a) II. Das Recht der Autonomie, oder die Befugniß, über Privatverhältnisse sowohl überhaupt, als über Familienangelegenheiten insbesondere, sich selbst, und seinen Nachkommen Gesetze vorzuschreiben, und seine eigene Verfassung unabhängig von eines andern Befehlen einzurichten. Ausführlich wird davon in der Folge unter dem Titel „Stamm- und Familienverträge“ gehandelt werden. III. Die persönliche Steuerfreiheit b); IV. das Recht, ein adeliches Wappen mit Schild und Helm, als

ein erbliches Familien - Unterscheidungszeichen mit öffentlicher Gültigkeit zu führen, und mit demselben seine private Willensäußerung feierlich zu beglaubigen; wobei zu bemerken ist: 1) daß die Erblichkeit desselben sich nur auf die in rechtmässiger Ehe erzeugten Kinder erstrecke, 2) weder erbliche Wappen, noch offene, noch geschlossene Helme jetzt mehr ein schlechthin ausschliessliches Vorrecht des Adels, indem auch Personen bürgerlichen Standes solche verliehen worden sind c), woraus die in manchen Landesordnungen eingeführte Sigelmässigkeit entstanden ist. Imgleichen 3) beweiset die Gleichheit des Wappens und Namens nicht gleiche Abstammung, am wenigsten für die Erbfolge in Familiengütern, welche auf bewiesene Abstammung von dem ersten Erwerber oder Stifter derselben bedingt ist d); 4) sind die heutigen Wappen, als die bildliche Abdrücke der Besizungen und Ansprüche der Familien vom grossen praktischen Nutzen. V. Das Recht, ausschliesslich adeliche Lehne erwerben zu können e), insofern nicht das Particularrecht einzelner Lehenhöfe von der Vorschrift des gemeinen teutschen Lehenrechts abweicht. VI. In Ansehung des Gerichtstandes hat der Adelige das Vorrecht, unter den Landes - Justiz - Collegien unmittelbar zu stehen, wenn er nicht amtsfällige Güter besitzt, und wegen diesen in Anspruch genommen wird. f) Diesen Vorzug haben Personen von bürgerlicher Abkunft mit den Adelichen insoweit gemein, als sie mit einer besondern bür-

gerlichen Ehre vom Staate ausgezeichnet sind, und öffentlichen Aemtern oder Würden vorstehen. g) VII. Das Vorrecht zu den vornehmern Hofstellen, welches man aber mit einem ausschließlichen Rechte auf die vorzüglichsten Militär - Civil - und Kirchenämter nicht für eines halten darf. h) Endlich VIII. bringen die Geseze einzelner Länder noch manche andere Vorrechte mit sich, die hier nicht angeführt werden können, z. B. die Wohlthat der Competenz u. s. w. i) Die ehemaligen Ehrengerichte sind zur Antiquität geworden, so wie die Glaubwürdigkeit der unbeschwornen Auslagen bei adelichen Wort und Ehren nur nach wenigen Landesordnungen noch gelten.

a) Ref. gut. Pol. v. 1530. Art. 14. und v. 1548. Art. 11. -- Riccius vom landtaeffigen Adel in Teutschland. S. 261, 478, 494. -- Klüber de nobilitate codicillari. §. 1. -- Poffe Abh. über Gegenstaende des teutsch. Staats- und Privatrechts. Abh. II. S. 101.

b) Poffe a. a. O. S. 74. f.

c) Estor kleine Schriften: vom Unterschiede der Adels- und Wappenbriefe. St. IV. S. 913. -- Siebenkees Beiträge zu den teutschen Rechten. Th. V. S. 70-88. -- Vergl. Poffe a. a. O. S. 104 - 109.

d) Jos. Mar. Scheidt de non-ente consuetudinis curiae feudalis Würceburgens. circa successionem collateralium gentilitiam feudalem auf gleichen Namen, Schild, Stamm, und Helm. Würceburg. 1794.

e) von Steck von dem Geschlechtsadel und der Erneuerung des Adels. S. 64. folg. -- Cramer de juribus et prerogativis nobil. avitae. C. V. §. 5. -- Poffe a. a. O. S. 110.

f) Vergl. Poffe a. a. O. S. 123 - 129.

g) J. G. Bauer de Schriftfaffiata personali: in opusc. Tom. I. S. 463. -- Struben Nebenfund, Th. III, Abb. 16, S. 116. folg.

h) Poffe a. a. O. S. 120.

i) Struben rechtliche Bed. Th. I. Bed. 5. S. 17.

§. 100.

bb) des alten Geschlechtsadels,

Die heutigen Vorrechte des alten Geschlechtsadels bestehen: I. in der Stiftsfähigkeit, deren Werth jedoch durch die jüngst eingetretene Säcularisation merklich herabgesunken ist. a) II. In der Ritterordens - Fähigkeit, wozu der Kandidat durch eine den jedesmaligen Ordensstatuten entsprechende Ahnenprobe sich legitimiren muß. b) III. Wird der alte Geschlechtsadel zu manchen Klassen von Staatsämtern, zu Hof - und Kriegsdiensten vorzüglich befördert. c) Dieser Vorzug hat aber nur in der individuellen Verfassung einzelner Territorien seinen Grund. Eben so wenig IV. kann der alte Geschlechtsadel ein anschliessendes Recht auf Ritterlehen behaupten d), indem die Fähigkeit zu Ritterlehen (§. 99.) ein gemeines Recht des Adels überhaupt, wo selbe nicht durch die besondern Lehenhofsrechte entweder eingeschränkt, oder erweitert ist.

a) Goenner teutsch. Staatsrecht. §. 72. S. 75.

b) Kurzer Abriss einer Geschichte des Ritterwesens, und des teutschen Adels, nebst einer Nachricht von den vorhandenen Ritterorden. Halle, 1793. S. 206. folg.

c) Moser Hofrecht, Th. I. S. 90.

d) Boehmer princip. jur. feud. §. 96. -- Meine Grundsätze des gem. in Teutschland üblichen Lehenrechts, §. 99. -- Danz Handbuch, B. IV. §. 404. S. 191.

§. 101.

Ahnenprobe.

Wer die Vorrechte des Geschlechtsadels überhaupt ansprechen will, muß I. sich der Adelsprobe unterziehen, d. h. entweder die ursprüngliche Adelung, oder die Abstammung von einem adelichen Vater darthun. II. Für die Vorzüge des alten Geschlechtsadels muß der Aspirant die Ahnenprobe machen, d. i. adeliche Vorfahren wenigstens einer Generation nach den verschiedenen Statuten der Korporation, deren Mitglied er werden will, beweisen. III. Die Grundlagen davon geben die Ahnen- und Stammtafeln, welche von jeder darin vorkommenden Person die vollständigen Tauf- und Geschlechtsnamen, und in ihrer obersten Reihe gerade so viele Ahnen enthalten müssen, als der Aspirant zu seinem Zweck bedarf. a) Die Ahnenprobe selbst IV. beruht auf einem zweifachen Beweise, nämlich a) auf der Filiationsprobe, d. h. darauf, daß alle in der Ahnentafel aufgeführten Ehegatten beiderlei Geschlechts wirklich in einer nach kirchlichen und bürgerlichen Rechten gültigen und standesmäßigen Ehe gelebt haben, und jedes Individuum von dem angegebenen Vater und Mutter wirklich ehelich erzeugt und gebohren

sey, so daß dabei weder Adoption, noch Legitimation (§. 60.) in Betrachtung kommen, b) auf dem Beweise der Ritterbürtigkeit. b) Dieser Beweis V. wird für die einzelnen Umstände der Ahnentafel durch Instrumente aller Art, und überhaupt durch die adeliche Kundschaft, oder durch den Eid von gewissen Zeugen geführt, welche ungezweifelt von ahnenerprobtem Adel sind, und die Richtigkeit der Ahnentafel beschwören. c) VI. Die Korporation, in welche der Kandidat aufgenommen werden will, ordnet sodann eine Commission an, welche alle Eigenschaften der Ahnentafel untersucht, und sie bescheiniget, wenn sie sich in ihren Forderungen befriediget sieht. d) VII. Fingirte Ahnen sind ohne Gewicht. e)

a) J. Chr. Gatterer Abriss der Genealogie. Goetting. 1788. §. 26.

b) Klüber de nobilitate codicillari. S. 11. -- R. Fr. Telgmann von der Ahnenzahl, Hannover. 1733. Cap. VIII. S. 254.

c) Jo. G. Estor pract. Anleit. zur Ahnenprobe. Marburg. 1750. S. 128. und in den kleinen Schriften. Th. I. St. IV. S. 799.

d) Gatterer a. a. O. S. 107. -- Estor a. a. O. S. 23.

e) Runde Beitræge zur Erlæuter. rechtl. Gegenstaende. B. I. Abh. 19. §. 3. -- Danz Handbuch. B. IV. §. 375-384. S. 87 - 113.

§. 102.

cc) *des landfässigen Adels,*

Die zur privilegirten Klasse der Landesunterthanen gehörigen Gutsbesitzer nennt man Land-

fassen. a) Diese, wenn sie auch nicht persönlich-adelich sind, haben I. sich doch meistens in Beziehung auf ihre Besitzungen, die in frühern Zeiten von Ritterbürtigen besessen wurden, der Schriftfalsigkeit zu erfreuen. II. Dafs sie aber, als forenses, neben der dinglichen, auch zugleich in persönlicher Landesunterthänigkeit stehen, gehört unter die Ausnahme einzelner Territorien. **b)** III. Müssen sie sich, wo nicht besondere Privilegien oder Landesverträge eine Befreiung mit sich bringen, nach den gemeinen Landesordnungen richten. Ein vorzügliches Recht des landsässigen Adels ist IV. die **Landständschaft**. Sie war ursprünglich ein persönliches Recht des Adels, und wurde erst mit der durch das Steuerwesen sich ausgebildeten landständischen Verfassung in der Regel ein dingliches adeliches Recht **c)**, welches aber in vielen Landen noch auf eine besondere **Ahnenprobe** bedingt ist. **d)**

a) C. H. Geisler de Landsassiatu. Marburg. 1781.

b) Gönner teutsch. Staatsrecht. §. 66.

c) Poffe Abh. über Gegenstände des teutsch. Staats- und Privatrechts. Abh. II. S. 85.

d) Lünig von der landsässigen Ritterschaft. P. I. -- Gönner a. a. O. §. 257. J. J. Moser von den teutschen Reichstaenden, Landen und Landstaenden. B. II. S. 313-895. -- D. Zachariae über das ausschliessende Sitz- und Stimmrecht des alten chursaechsischen Adels auf Landtaegen: in Weizens Musaeum für die saechsische Geschichte. B. II. St. I. S. 15. -- Struben Tr. de statu provincial. origine, et juribus praecipuis. 1744. dessen Comm. de origine nobilitatis germaniae, et prae-

cipuis quibusdam ejus juribus. Jen. 1745. -- Car. Gottl. Weber de vera ordinum provincialium tum in Germania generatim, tum speciatim in Bavariae ducatu Epocha recte constituenda. Lips. 1797.

§. 103.

dd) des sogenannten Personaladels.

Der sogenannte Personaladel ist nichts weiter als ein Rang (§. 48.), kraft dessen Bürgerliche, die in vornehmern militär- oder civil-Aemtern und Würden stehen, zwar nicht adelich, aber doch mit dem gemeinen Adel eine gleiche besondere bürgerliche Ehre genießen sollten, und besteht, wenn man die Ansprüche der Doctoren auf Präbenden ausnimmt a), in nichts als I. in der Schriftfälligkeit b), und II. in einigen Achtungsbezeugungen, wodurch sie, ihres Amts- oder Würde wegen, im gemeinen Leben den wirklichen Adelichen gleichgestellt werden.

a) I. P. O. Art. V. §. 17. -- Chr. Gottl. Buder de jure doctorum ad Canonicatus ad illustrationem. Art. V. P. O. §. 17.

b) Goenner teutsches Staatsrecht. §. 70. -- Die Ehre des Bürgerstandes nach den Reichsrechten. Wien. 1786. S. 26. 27.

§. 104.

B) Dingliche.

Gewisse Rechte des Adels haften auf Gütern, welche von denselben adeliche Güter, freie

Rittergüter genannt werden. Diese Rechte kleben entweder einem Gute schlechthin an, so daß sie jedem Besitzer desselben, schon als solchem, zukommen, oder sie erfordern zu dem Gutsbesitz auch noch Geschlechtsadel, öfters sogar eine gewisse Ahnenprobe. Da hier von dem Adelstande die Rede ist, die genannten Rechte aber in unmittelbarer Beziehung auf den Besitz eines Ritterguts stehen, so wird schicklicher davon unten in der Lehre von Sachenrechten gehandelt.

II. ABSCHNITT.

Vom Bürgerstande.

§. 105.

Einleitung.

Wenn man das rechtliche Verhältniß des Bürgerstandes, oder der Bürger im engern Sinne des Worts, als Bewohner der mittelbaren Städte gründlich darstellen will, so muß man die Stadt, in ihrer Gesamtheit, als moralische Person, und die Stadtmitglieder, als Individuen der erstern, wohl unterscheiden. Die Entwicklung ihrer Rechtsverhältnisse, mit Ausnahme der Reichsstädte, womit ich auf das teutsche Staatsrecht verweile, macht einen vorzüglichen Theil des teutschen Privatrechts aus; jedoch werden auch hier die staatsrechtlichen Gesichtspunkte, worauf diese ganze Lehre beruht, für bekannt aus dem Staatsrechte vorausgesetzt. a)

a) Goenner teutsches Staatsr. §. 261. folg.

I. TITEL.

S t a d t r e c h t.

§. 106.

I. Stadt.

Stadt, im juridischen Sinne, heißt jede
Gemeinheit im Staate, welche das volle Recht
hat, bürgerliche Nahrung unter der Aufsicht ei-
nes ordentlichen Stadtmagistrats zunftmäfsig zu
betreiben. a) Die bürgerliche Nahrung be-
greift 1) die Handwerke, 2) die Kaufmann-
schaft, und 3) die Bierbrauerei samt ihren
Zweigen unter sich. Bürger, im engern Sin-
ne des Worts, wird ein wirkliches Mitglied ei-
ner Stadtgemeinheit genannt, wornach sich der
Begrif vom Bürgerstande von selbst bildet. b)

a) L. F. Gabke Grundrifs eines Stadt- und Bürgerrechts
nebst einer kurzen Theorie vom Ursprunge der Städte.
Hamburg. 1782. §. 15. -- Godofr. Hesselii Comm. de
juribus civitatum mediat. in Germania. Altorf. 1788. §. 3.

b) G. Steph. Wieselnd juristisches Handbuch. Hildburg-
hausen. 1762. unter dem Worte „Bürger.“ §. 1.

§. 107.

II. Stadtrecht.

Einer jeden Stadt, im subjektiven Sinne
betrachtet, kommen nicht nur die mit der Natur
einer Gemeinheit gesetzlich verbundenen Rechte

zu, die sich auf die Erhaltung und Beförderung ihrer bürgerlichen Existenz beziehen a), sondern es ist auch eine jede durch politische Vorzüge bald mehr, bald weniger ausgezeichnet. Der Inbegriff dieser zweifachen Klasse von Befugnissen giebt den Begriff des Stadtrechts. Die Quellen desselben sind Verträge, Privilegien, Statuten, Reichs- und Landesgesetze, Gerichtsgebrauch, fremde Rechte, und die Natur ihrer gesellschaftlichen Verbindung. b) Zu Hülfsmitteln dienen: 1) Geschichte und Kenntniß der Verfassung einzelner teutscher Städte, und 2) Litteratur des teutschen Stadt- und Bürgerrechts. c)

a) Hesselii Comm. de juribus civitat. mediat. in German. §. 5.

b) E. L. Aug. Eisenhart Versuch einer Anleitung zum teutschen Stadt- und Bürgerrecht. Braunschweig. 1791. S. 17 - 27. - Hesselii l. c. §. 2. - Riccius zuverlässiger Entwurf von Stadtgesetzen. S. 127. folg. - Jo. Wilh. Waldschmidt de differentiis municipior. rom. et urbium german. mediat. Marburg. 1749.

c) Gablen Grundriß eines Stadt- und Bürgerrechts, §. 7.

§. 108.

III. Gegewärtige Verfassung der mittelbaren Städte

A. Regierungs - Verfassung;

a) überhaupt;

Mittelbare Städte sind I. von dem Landesherrn gebilligte Gemeinheiten; ihr Stadtrecht im

engern Sinne ist ein Ausfluß der Landeshoheit. II. Rechte, welche mit der Landeshoheit verknüpft sind, sie mögen ihren Grund entweder in der allgemeinen Beschaffenheit der Landeshoheit in Teutschland haben, oder nur nach der besondern Verfassung des Landes, wozu sie gehören, einem Landesherrn zustehen, können mittelbare Städte in der Regel nicht ansprechen, ausgenommen a) wenn sie in einem Lande die Landstandschaft besitzen, und zufolge dieser bei Ausübung gewisser Rechte der Landeshoheit mit den übrigen Landständen zu concurriren befugt sind, oder b) wenn sie sonst auf eine gesetzmäßige Weise zum Besitz einzelner Regalien gelangt sind. a) Außer diesen vorzüglichen Rechten, welche nicht allen Städten eigen sind, haben sie III. als Gemeinheiten (§. 107.) alle Rechte einer legalisirten landesunterthänigen Gemeinheit, welche sie IV. durch eigene Repräsentanten, Sindicen, d. h. durch den Magistrat ausüben. V. Die Concurrenz der Bürgerschaft beruht auf Verträgen, Privilegien, Herkommen, und der Natur des zu verhandelnden Geschäftes. VI. Zur Beglaubigung der in ihrem Namen ausgefertigten Urkunden bedienen sie sich eines gemeinen, oder Stadtfigilles. VII. Größere Städte haben sich gar oft des Archivrechts zu erfreuen. b)

a) Schnaubert Anfangsgründe des Staatsrechts der gesamten Reichslande. §. 46. f. §. 120. f.

b) Eisenhart Anleit. zum teutschen Stadt- und Bürgerrecht. §. 24 - 32. S. 31. - 40.

§. 109.

b) ihr Verhältniß zur Landeshoheit:

Die landesherrlichen Rechte nach der heutigen Beschaffenheit der Landstädte beziehen sich I. auf ihre Verfassung; diese hängt von der landesherrlichen Bekräftigung ab, der Landesherr stellt erkannte Misbräuche und Mängel in ihrer Verfassung ab, hebt Personalgebühren, übt bei streitigen Magistratswahlen das Entscheidungsrecht aus, und setzt über den Magistrat landesherrliche Commissarien. II. Auf ihre Regierung wirkt der Landesherr durch das Oberaufsichtsrecht, und greift bei fruchtlosen Erinnerungen mit seiner landesherrlichen Gewalt durch. Zur Aufrechthaltung dieses nothwendigen Rechts befinden sich in den meisten Landstädten landesherrliche Beamte, oder der Landesherr erklärt sie in ihren Verfügungen von den obern Landescollegien abhängig. III. In Ansehung ihrer Verwaltung ordnet der Landesherr den zerrütteten Zustand ihrer Finanzen, das Steuersystem, Veräußerungen entbehrlicher Besitzungen u. s. w. Dieses Verhältniß ist theils durch die Natur der Sache, theils durch individuelle Landes- und Stadtverfassungen gegründet. a)

a) Man sehe die oben §. 108. angeführten Schriften

§. 110.

c) deren Eintheilung in Rückficht auf ihre Verfassung;

Landstädte, als moralische Unterthanen, stehen unter der Gerichtsbarkeit des Landesherrn, welcher sie entweder durch die Justizkollegien, oder Justizbeamte ausüben läßt, oder ihre Ausübung auf ein Gut dergestalt verliehen hat, daß sie auf jeden Besitzer desselben, als ein eigenes Recht, übergehen soll. In dieser Rückficht sind die Landstädte entweder schrift- oder amtsfäßig, oder Patrimonial- oder Gerichtsherrenstädte. Es hängt von der besondern Verfassung einer jeden Stadt ab, zu welcher von diesen Arten sie gehört. Unter ihnen behaupten die schriftfäßigen Städte den entschiedenen Vorzug, indem sie mit dem vollen Stadtrechte meistens auch die Landtagsfähigkeit verbinden. a)

a) Danz Handbuch. B. IV. §. 431. S. 314. -- Eisehart Anleitung zum teutschen Stadt- und Bürgerrecht. §. 36.

§. 111.

d) Stadtrath;

aa) überhaupt;

Ein wesentliches Merkmal der Städte, so verschieden auch ihr Verhältniß zu den Landesherrn und ihren Beamten seyn mag, ist doch allezeit I. die Regierung durch einen eigenen Ma-

gistrat (§. 106.); II. an, und für sich steht das Recht, die Magistratspersonen zu ernennen, der Stadtgemeinheit zu, welche jedoch III. in den meisten Orten vermöge der oberauffehenden Gewalt des Landesherrn bald in der Wahl der Individuen, bald durch die bei den höhern Landeskollgien nothwendig nachzufuchende Bestätigung der gewählten Individuen eingeschränkt ist. a) IV. Der Geschäftskreis eines Magistrats begreift in der Regel die Rechtspflege, die Beforgung der niedern Policei, die Verwaltung des gemeinen Stadtguts, und der Stadteinkünfte, und überhaupt die Aufrechthaltung aller Stadtrechte. b)

a) Struben Nebenstund. Th. I. Abh. V. S. 453. folg.

b) Dan. Nettelblatt Sammlung jurist. Abhandl. N. VII. S. 154 - 204. - Struben Nebenst. Th. V. Abh. 41. S. 441. folg.

§. 112.

bb) *Innerer und äußerer Stadtrath.*

Der gesamte Stadtrath theilt sich gewöhnlich in den innern und äuffern. A. Der innere Stadtrath, welchem zunächst die Verwaltung der städtischen Gerechtsame anvertrauet ist, besteht aus Haupt- und Nebenpersonen. I. Unter die Hauptpersonen a) gehören: 1) die Bürgermeister, welche die Verwaltung der vor den Stadtrath gehörigen Angelegenheiten zu leiten haben a), 2) die Rathsherren, oder Beisitzer des Stadtraths b), und 3) die Sindicen,

oder Rathskonfulenten. Diese sind eigentlich nur Bevollmächtigte, manchmal jedoch wirkliche Mitglieder des Rathes. b) Die Rathsfähigkeit beruht gewöhnlich auf dem Bürgerrechte in der Stadt, und den zu dem Amt erforderlichen Kenntnissen; in neuern Zeiten ist sie auch häufig auf ein bestimmtes Religions - Bekenntniß bedingt c), so wie bei gewissen Rathsstellen die Mitgliedschaft in einer Zunft nothwendig ist. Diese Rathspersonen c) genießen gewisse Vortheile zur Vergütung ihrer Arbeit und Mühe, welche mit ihrem Amte verknüpft ist; ihr Zeugniß in Amtssachen erhält vollen Glauben, und neben der gemeinen Bürgerehre kommt ihnen noch eine besondere Amtsehre, und ein Vorrang vor den übrigen Bürgern zu. d) II. Die Nebenpersonen des Stadtraths genießen entweder in der Art, wie die Hauptpersonen, eine besondere Ehre, oder nicht, und wohl nicht einmal das eigentliche Bürgerrecht. Zu jenen gehören die Secretarien, Aktuarien, Registratoren, Stadtkämmerer u. s. w.; zu diesen die Rathsunterbediente, als Schreiber, Rathsdienner, Marktmeister, Polizeidiener: mit diesen darf man III. nicht verwechseln die Stadtbediente, welche zur Verrichtung gewisser Geschäfte und Dienste zum Besten der Stadt angestellt sind, z. B. Schullehrer, Phisici, Förster, Brunnenmeister, u. dgl. B. Dem innern Stadtrathe steht in den meisten Städten ein äußerer Rath (großer Bürgerrath, Bürgerdeputirte, Bürgerausschuß) zur Seite, dessen

Antheil an der Regierung wegen der zu grofsen Verschiedenheit der städtischen Verfassung keiner allgemeinen Bestimmung fähig ist. e)

a) Eifenhart Anl. zum teutsch. Stadt- und Bürgerrecht. §. 47.

b) Eifenhart a. a. O. §. 48. Not. 1 - 7.

c) Vergl. I. P. O. Art. V. §. 2. -- Moser Staatsrecht. Th. 42. S. 222. 234. 249. 372.

d) Eifenhart a. a. O. §. 45. Not. 1 - 3.

e) Runde Grundsätze des gem. teutsch. Privatr. §. 434. -- Danz Handbuch. B. IV. §. 434. S. 325.

§. 113.

cc) Insbesondere Patriciat.

In einigen Städten haben eigene Familien ein ausschliessliches Recht auf gewisse, oder alle Rathsstellen. Solche Familien heissen Patricier, oder Geschlechter. a) Sie sind bald adelich, bald unadelich; manche haben ein angeerbtes Patriciat, andere erhielten es erst durch die Aufnahme in ein Patricien - Kollegium. Nach dieser Verschiedenheit ist der Umfang ihrer Rechte weiter, oder enger. b) In der Regel geniessen sie wenigstens die gemeinen Vorrechte des Adels; indessen streitet doch gegen sie die Vermuthung des wirklichen Adelstandes. c)

a) Wilh. von Günderode, genannt von Kellner, Erläuterung zur Geschichte des teutschen Stadtadels; im ersten Bande seiner von Poffelt herausgegebenen Werke. S. 461. folg. -- Paul von Stetten Geschichte der

adelichen Geschlechter in der freien Reichsstadt Augsburg. 1762. -- Dessen Beschreibung der Reichsstadt Augsburg. 1788. -- Jo. Gottl. Gonne vom gemeinen Irrthume vom Ursprunge der Patricier. in Schott's jurist. Wochenblatt. Th. II. S. 63. folg. -- Scheidt vom Adel. S. 190.

b) Riccius vom landfässigen Adel. S. 296.

c) Eifenhart Anl. zum teutsch. Stadt- und Bürgerrecht. §. 58. -- Riccius a. a. O. S. 327. -- Dessen Spicileg. S. 303.

§. 114.

B. Regierungsrechte.

Mittelbare Städte haben der Regel nach I. kein Recht, Statuten im engern Sinne zu machen, sondern, wenn sie dergleichen errichten, ist ihnen ohne vorhergehende landesherrliche Bestätigung keine gesetzliche Kraft beizulegen a), und auf den Fall, daß eine Stadt mit dem eigentlichen Statutenrechte mittels eines Privilegs begabt wäre, bleibt selbes dem landesherrlichen Oberaufsichtsrechte in jedem Betrachte unterworfen. Die Art der Ausübung desselben erhält theils durch die Landesgesetze, theils durch Verträge mit der Bürgerschaft, theils durch Herkommen ihre Bestimmung. b) Gehörig errichtete Stadtrechte erstrecken sich auf alle in dem städtischen Weichbilde befindliche Personen und Sachen c), wovon man aber nicht seltene Ausnahmen antrifft. d) II. Gerichtsbarkeit kömmt den mittelbaren Städten 1) nur aus landesherlicher Verleihung

zu, und muß daher nach den nämlichen Grundsätzen beurtheilet werden, welche überhaupt von den an Landfassen oder andere Unterthanen verliehenen Hoheitsrechten gelten e); sie erstreckt sich 2) bald nur auf die Mauern der Stadt, bald auf die ganze Feldmark f), begreift aber meistens nur die niedere Gerichtsbarkeit in sich. 3) Sie wird im Namen der Stadt von dem Stadtrathe verwaltet g), die Art der Verwaltung selbst aber ist nach den individuellen Verfassungen sehr abweichend: hier und da theilt sich der Stadtrath in ein Ober- und Untergericht, so wie in manchen Städten sich zur Verhandlung besonderer rechtlichen Geschäfte noch eigene Gerichte vorfinden. h) III. Die Polizeigewalt der mittelbaren Städte zweckt dahin ab, daß die allgemeinen Polizeigesetze des Landes auch in dem städtischen Bezirke in Vollzug gesetzt werden: sie wird in der Regel von dem Stadtrathe verwaltet, welcher hierin nicht nur den Landesoberpolizei-Collegien untergeordnet bleibt, sondern auch nach Verschiedenheit der einzelnen Verfassungen bald Bürgerrepräsentanten zuziehen, bald den beständigen Einfluß eines landesherrlichen Beamten auf seine Verfügungen anerkennen muß. Das Recht, Polizeigesetze und Ordnungen zu machen, gehört zur landesherrlichen Gesetzgebung. i) (N. I.)

a) Vergl. Danz Handbuch, B. I. §. 49. S. 158. folg.

b) Eifenhart Anl. zum teutsch. Stadt- und Bürgerrecht, S. 74.

- c) Siebenkees Beiträge zu den teutsch. Recht. Th. III. S. 113. folg. -- Eifenhart a. a. O. §. 75.
- d) Pufendorf Obs. Tom. I. Obs. 82.
- e) Schnaubert Anfangsgründe des Staatsrechts der gesamten Reichslande. §. 120. und die hier angeführten Schriften.
- f) Bannmeile. f. Wiefand jurist. Handbuch unter dem Worte „Feldmark“
- g) Eifenhart a. a. O. §. 81.
- h) von Stoixner Gastrecht der Haupt- und Residenz-Stadt München. 1784.
- i) Goenner teutsch. Staatsrecht. §. 330. S. 553. -- Nettelbladt erste Gründe von dem Policeirechte der mittelbaren Städte in Teutschland: in den hallischen Anzeigen, Jahrg. 1761. -- Struben rechtl. Bed. Th. III. Bed. 40. S. 155. -- von Selchow Anfangsgründe des Braunschweig - Lüneburg. Privatrechts. §. 612. -- Carl Frid. Walch Beiträge zu den teutsch. Recht. Th. VI. Jen. 1777. S. 244.

C. Stadtvermögen.

a) Ueberhaupt.

Das Vermögen einer Stadt besteht entweder in solchen Gütern, deren Gebrauch jedem wirklichen Mitgliede der Stadtgemeinde zukommt (Stadtgüter im engern Sinne), oder es wird zum Besten derselben von eigenen darüber aufgestellten Verwaltern überhaupt verwendet (Kämmerei - Vermögen). Zur letzten Art gehören 1) die Einkünfte von den beweglichen und unbeweglichen Sachen, deren Eigenthum der Stadt als Gemeinheit zusteht, 2) die Einkünfte von gewissen Regalien, welche einer Stadt von ihrem Landesherrn, oder ehemals von den Kaisern ver-

liehen worden (§. 116.); 3) die Abgaben, welche die Bürger zu bestimmten Zeiten in die Stadtkasse entrichten müssen. a) In Ansehung des Vermögens haben mittelbare Städte I. manche Vorrechte; als 1) die Rechtswohlthat der Wiedereinsetzung in den vorigen Zustand b), 2) ein stillschweigendes Pfandrecht an dem Vermögen ihrer Verwalter c), 3) daß gegen sie nur die vierzigjährige Verjährung statt findet d), 4) daß ein ihnen verliehener Nießbrauch hundert Jahre dauere e), 5) daß ihnen in Ansehung ihrer Forderungen aus den mit andern geschlossenen Verträgen ein persönliches Vorzugsrecht an dem Vermögen ihrer Schuldner zustehe f), 6) die Rechtswohlthat der Competenz g), und 7) genießen ihre gemeinnützige Anstalten auch das Vorrecht der Heiligkeit. h) II. Die Verwaltung des Stadtvermögens gebührt dem Stadtrathe i), welcher sie entweder unmittelbar, oder durch Stadtkämmerer, ohne, oder mit Zuziehung eines landesherrlichen Commissärs, oder einiger Bürgerdeputirten führt k), allezeit aber der landesherrlichen Oberaufsicht untergeordnet ist.

a) Heffellii Comm. de juribus civitatum mediat. in Germania. S. 20.

b) L. 4. C. quibus ex causis maiores.

c) Arg. L. 20. C. de administrat. tutor. l. ult. C. quo quisque ordine conveniatur. -- Heffellii Comm. l. c. S. 26.

d) Nov. III.

e) L. 56. D. de usufructu, et quemadmodum.

f) L. 38. D. §. 1. de rebus auctor. jur. possidend.

g) Crell de Senatoribus, et quatenus ex eorum factis civitas teneatur. Wittemberg. 1736. §. 14. in Fascicul. IV. Differt. crellian. S. 641. -- Eisenhart Anl. zum teutsch. Stadt- und Bürgerrechte. §. 100 - 103. S. 141 - 145.

h) Walch Beiträage zum teutsch. Recht. Th. I. S. 330. folg. Th. III. S. 303. folg. -- Crell de jure manuum. Lips. 1724. in Fascicul. II. Differt. crellian. §. 48. S. 224.

i) Estor bürgerl. Rechtsgelahrtheit. Th. III. §. 314.

k) Walch a. a. O. Th. I. S. 232. -- Joh. Christ. Conr. Schroeter vermischte Abh. zur Erlaeuter. des teutsch. Rechts. B. I. S. 269 - 279. und die hier angeführten Schriften, -- Eisenhart a. a. O. §. 104. S. 147.

§. 116.

b) Einkünfte einer Stadt aus an sie verliehenen Regalien.

Ordentlicher Weise können Unterthanen auf Regalien keinen Anspruch machen; ausgenommen sie wären durch ausdrückliche Genehmigung des Landesherrn, oder durch unfürdenkliche Verjährung dazu berechtigt. Dieses gilt auch von landesunterthänigen Städten. Viele befinden sich auf die bemerkte Art im Besize des Fiscusrechts, des Zollrechts, des Nachsteuerrechts u. dgl. a) Die Ausübung solcher Rechte ist nach den (§. 116.) angegebenen Grundfäzen zu beurtheilen.

a) Riccius zuverlässiger Entwurf von Stadtgesetzen. S. 123. Eisenhart Anl. zum teutsch. Stadt- und Bürgerrecht. §. 109 - 114. S. 156 - 164.

H. TITEL.

Stadtbürgerrecht.

§. 117.

Begrif und Eintheilung des Stadtbürgerrechts.

Die Mitglieder einer Stadt genießen vor Fremden gewisse besondere Rechte, deren Inbegrif das Stadtbürgerrecht genannt wird. Nach seiner größern, oder geringern Ausdehnung ist es entweder ein volles, oder nicht-volles.

§. 118.

I. Vollkommenes Stadtbürgerrecht.

a) Dessen Erwerbung.

Das Stadtbürgerrecht wird I. eigentlich nur durch die Aufnahme in die Bürgermatricul erworben. Durch die Eingebornheit wird man demselben zwar genähert a), aber der wirkliche Genuß desselben beruht auf der Bewilligung des Stadtraths und der bereits erfolgten Einbürgerung b); II. ohne hinreichende Ursache darf die Bürgeraufnahme niemanden, als Geächteten, Landesverwiesenen und Leibeigenen verlagst werden. c) III. Muß der Aufzunehmende sich zu einer der reichsgesetzlichen Religionen bekennen d), wenn die Fähigkeit zum Stadtbürgerrecht nicht gar auf ein bestimmtes Religions-Bekenntniß bedingt ist. IV. Bevor der neue Bürger in das Bürgerbuch eingetragen wird, muß er den Bürger- und

Huldigungseid ablegen, und das Bürgergeld und andere verschiedene Abgaben entrichten e), wobei jedoch Eingeborne gewöhnlich leichter, als Fremde behandelt zu werden pflegen. V. Von dem Tage der Einschreibung in die Bürgermatricul ist der Aufgenommene sowohl für sich, als für seine Familie, aller Rechte theilhaftig, welche in dem Bürgerrechte begriffen sind, sofern nicht besondere Ortsstatuten oder die eigene Art der Aufnahme eine Ausnahme mit sich bringen. f)

a) Vergl. Mevius P. VII. Decis. 188. -- Pufendorf Obf. Tom. I. Obf. 88. 180. -- Schott Sammlung zum teutsch. Land- und Stadtrecht. Th. I. S. 210. -- Walch Beiträge zum teutsch. Recht. Th. I. S. 159.

b) Hesselii Comm. de jur. civit. med. in German. S. 22.

c) Landfrieden. v. 1521. Tit. II. -- Pfaelz. Landsordn. Tit. VI. §. 1. S. 50. -- Würtemberg, gem. L. O. Tit. II. §. 1. S. 4. -- f. Walch D. de homine proprio civitatis experte, §. 8. in dessen opuscul. Tom. II. S. 95.

d) I. P. O. Art. V. §. 34.

e) Walch a. a. O. Th. I. S. 157. -- Schott a. a. O. Th. II. S. 74. -- Eisenhart Anl. zum teutsch. Stadt- und Bürgerrecht. §. 130. S. 183.

f) Eisenhart a. a. O. §. 135. S. 193. -- Roesslin Abh. von besondern weiblichen Rechten. B. I. S. 30. folg.

§. 119.

b) Einzelne darunter begriffene Rechte.

Zu den gemeinen Stadtbürgerrechten gehören: 1) das Recht, zu Magistrats- und Stadtämtern gelangen zu können, 2) die Stadtgüter im engeren Sinne (§. 115.) benutzen zu dürfen, 3) das

Recht auf Städteschutz und Rechtspflege, wenn die Stadt, wie es gewöhnlich der Fall ist, mit Gerichtsbarkeit begabt ist, 4) das Recht zu Betreibung der bürgerlichen Nahrungen, welche hauptsächlich in der Handlung, den Handwerken und der Bierbrauerei bestehen, und 5) das Recht, unbewegliche Güter in der Staedtefeldmark zu erwerben, und zu besizen. a) Außer diesen haben sich die Bürger vieler einzelnen Städte noch anderer besondern Gerechtsame zu erfreuen, welche theils durch Ortsstatuten, theils durch Privilegien begründet sind. b)

a) Vergl. Hanneken de jure civit. §. 17. S. 20. -- Walch Naeherrecht. B. II. Hauptst. II. Abth. II. S. 288. -- Hefselii Comm. de jür. civit. med. in German. §. 3. S. 10.

b) Riccius von Stadtgesetzen. S. 258. folg. -- Meister D. de jure civitatis, ejusque juribus. §. 17. -- Schott Sammlung zu den teutsch. Land- und Stadtrecht. Th. II. S. 31, u. 155.

§. 120.

c) Verbindlichkeiten der Stadtbürger.

Die Bürger, als Mitglieder einer Stadtgemeinschaft, sind I. persönlich verpflichtet, zur Beförderung des gemeinen Zweckes, so viel möglich ist, beizutragen, und alles dasjenige sorgfältig zu unterlassen, was demselben zuwiderläuft, folglich den Stadtgesetzen und der Stadtobrigkeit Gehorsam zu leisten a), und die Dienste zu verrichten, welche ihnen der Bürgereid, oder die besondern Stadt-

Stadtgefeze, oder die Natur der bürgerlichen Verbindung auflegen. b) II. Die dinglichen Beschwerden, welche den Bürgern obliegen, werden entweder zu einem bestimmten Zweck, wovon sie ihre Benennung erhalten, oder zu Bestreitung der öffentlichen Bedürfnisse der Stadtgemeinde überhaupt von den Bürgern an die Kämmeri-Kasse jährlich entrichtet. Unter diese gehören der Personal-Erb- und Gewerbschoss. c) Ihre Größe ist nach den besondern Verfassungen einzelner Städte zu bestimmen. Wer davon befreiet sein will, muß den Titel der Befreiung beweisen. d) Der Saumsal in Leistung dieser Abgaben wird bald strenger, bald gelinder bestraft.

a) Walch vermischte Abh. aus dem teutsch. Recht. Th. I. S. 153 - 222. Th. III. S. 48.

b) Walch a. a. O. Th. V. S. 28. -- Vergl. Siebenkees Beiträge zum teutsch. Recht. Th. I. S. 173. -- Eisehart Anl. zum teutsch. Stadt- und Bürgerrecht. §. 144 - 147. S. 205 - 210.

c) Walch a. a. O. Th. V. S. 32. u. 78.

d) Walch a. a. O. Th. II. S. 85. -- Struben Nebenstund, Th. I. Abh. V. §. 21. S. 478.

§. 121.

d) Verlust des Bürgerrechts.

Der Bürger kann sein Bürgerrecht entweder freiwillig ausdrücklich, oder stillschweigend aufgeben, oder ohne seinen Willen durch den Tod,

oder eine unerlaubte Handlung verlieren, welche den Verlust desselben als Strafe nach sich zieht. a)

a) Eifenhart Anl. zum teutsch. Stadt - und Bürgerrecht, §. 153. S. 218.

§. 122.

II. Unvollkommenes Stadtbürgerrecht.

a) Ueberhaupt.

Zu den Personen, welche ein unvollkommenes Stadtbürgerrecht haben, gehören: I. die Ausbürger a), welche man mit den durch Reichsgefeze verbotenen Pfalbürgern nicht verwechseln darf b); II. die Ehrenbürger, welche heut zu Tage seltener vorkommen k); III. die Glevenbürger, welche jedoch in der Zeit zur Antiquität geworden sind d); IV. die Beifaffen, deren es verschiedene Arten giebt, je nachdem ihnen mehr oder weniger bedeutende Rechte beigelegt, und sie schwerern oder leichtern Abgaben und Lasten unterworfen sind. Die unvollkommenen Stadtbürger genießen in der Regel 1) den Städteschutz, und müssen dafür jährlich eine gewisse Abgabe entrichten, sind 2) den Statuten der Stadt unterworfen, erhalten aber dagegen die Incolatsrechte, 3) stehen unter der städtischen Gerichtsbarkeit, und dürfen 4) ein Gewerbe treiben, sind aber in der Regel von den eigentlichen bürgerlichen Nahrungszweigen ausgeschlossen, so wie sie auch 5) zu bürgerlichen Ehrenstellen und zum

Genuss der Stadtgüter im engeren Sinne unfähig sind. e)

- a) Siebenkees Beiträge zum teutsch. Recht, Th. I. S. 1. folg. -- Hellfeld Repertor. jur. real. pract. unter dem Worte „Ausmaenner“
- b) A. B. Tit. 16. -- R. A. v. 1431, 1529. §. 10. 1544. §. 83. 1555. §. 83. (f. neue Sammlung der R. A. Th. I. S. 146.) -- Gerstlacher Handbuch der teutsch. Reichsges. Th. X. S. 1842 - 1849. - Wiefand jurist. Handbuch unter dem Worte „Pfalzbürger“ -- Danz Handbuch. B. IV. §. 449. S. 381.
- c) Benj. Haefelche spec. jur. germ. de nobilibus urbium Germaniae civibus pactitiis. Jen. 1755.
- d) Siebenkees a. a. O. S. 25. §. 13.
- e) Riccius von Stadtgesetzen. S. 455. f. -- Walch vermischte Abh. zum teutsch. Recht, Th. II. S. 16. Th. III. S. 108. Th. VI. S. 205. folg.

§. 123.

b) Vorstädter.

Das Rechtsverhältniß der Vorstädte sowohl an sich, als in Beziehung auf die Hauptstädter, hängt eigentlich davon ab, ob die Vorstadt der Hauptstadt einverleibt ist, oder nicht. Im ersten Falle stehen die Vorstädter der Regel nach in einem gleichen Rechts- und Pflichtverhältnisse mit den Hauptstädtern. a) Im zweiten Falle ist zwar 1) zu vermuthen, daß, wenn die Vorstadt inner der Feldmark der Hauptstadt entlegen ist, die Vorstädter den Statuten der letztern unterworfen sind, hingegen 2) auf den Betrieb der

bürgerlichen Nahrungen haben sie entweder keinen Anspruch, oder doch nur unter der Bedingung, daß sie bei der Hauptgilde in der Hauptstadt eingezünftet sind; imgleichen werden ihnen 3) die besondern Privilegien und Freiheiten der Hauptstädter nicht zu Theil. 4) Inwiefern die Vorstädter, welche in die Hauptstadt, oder die Hauptstädter, welche in die Vorstadt ziehen, von den gewöhnlichen Abgaben frei sind, läßt sich im Allgemeinen aus dem angeführten Unterschiede, im Besondern aber nur aus den localen Verfassungen der Städte beurtheilen. b)

a) Siebenkees Beitrage zum teutsch. Recht. Th. III. Abh. III. S. 81. und die dort angeführten Schriften.

b) P. W. Schmid D. de statutis civitatum, quatenus incolae suburbiorum, praecipue circa successionem ab intestato obligant. Jen. 1755.

§. 124.

c) Einwohner der Städte.

Nicht alle städtische Einwohner sind zugleich Mitglieder der Stadtgemeinheit, sondern viele stehen in keiner andern Verbindung, als daß sie mit den wirklichen Bürgern in einem und demselben Orte zusammenwohnen. Sie können individuelle oder moralische Personen, z. B. Universitäten u. s. w. seyn. I. In persönlicher Rücksicht kommen ihnen weder die bürgerlichen Rechte zu, noch liegen ihnen die eigentlichen Verbindlichkeiten der Bürger ob. Besitzen sie aber

II. ein unbewegliches Vermögen in der Stadt, oder inner den städtischen Weichbild, so sind sie wenigstens in dieser Beziehung den Statuten der Stadt, der Stadt-Obrigkeit und den gewöhnlichen real - Abgaben unterworfen. a) Hingegen III. nehmen sie an den gemeinen Polizei-Einrichtungen und Anstalten sowohl activen als passiven Antheil. b)

a) Riccius von Stadtgesetzen. B. II. Hauptst. 16 u. 17. S. 560. folg. -- Eifenhart Anl. zum teutsch. Stadt- und Bürgerrecht. §. 181 - 191. S. 256 - 272.

b) Walch vermischte Abh. zu den teutsch. Recht. Th. III. S. 94. folg.

III. TITEL.

Bürgerliche Nahrung.

§. 125.

Vorbemerkung.

Die bürgerliche Nahrung begreift drei Hauptzweige in sich, nämlich den Handel aller Art, die Handwerke und das Bierbrauwesen, wohin auch der Bier - Weinschank, und die öffentliche Wirthshaus - und Gastnahrung zu rechnen sind. Die Wichtigkeit dieser einzelnen Nahrungszweige führt von selbst zu einem abgesonderten Vortrag derselben.

A.

Handlung.

§. 126.

I. Handlung.

a) Handelsrecht.

Handlung ist ein bürgerliches Gewerbe, wo jemand einen Vorrath von Waaren an sich kauft, oder eintauscht, um sie in unverändertem Zustande mit Vortheile wieder zu veräußern. Derjenige, welcher dieses Gewerbe kunstmässig erlernt hat, und es öffentlich zu betreiben auctorisirt ist, wird Kaufmann genannt. Die auf den Handel und die ihn angehenden Rechtsstreitigkeiten sich beziehenden rechtlichen Bestimmungen machen das Handelsrecht aus. Dessen Quellen bestehen in Gesetzen, sowohl Reichsgesetzen a), als Landesgesetzen, in Handelsgerichtsordnungen, in Gewohnheiten und Handelsgebräuchen, in der Natur und dem Wesen des Handels, und den daraus richtig abgeleiteten Grundfäzen. b)

a) Pol. Ordn. v. 1530. Tit. 28, 29, 30. v. 1548. Tit. 20, 21, 22. v. 1577. Tit. 21, 22, 23. -- Gerstlacher Handbuch der teutsch. Reichsgesetze. B. 10. S. 2079.

b) Jo. G. Büsch kleine Schriften, von der Handlung. Leipzig. 1772. Handlungs-Bibliothek, herausgegeben von Büsch und Ebeling. vom J. 1784. an -- J. D. H. Mufaeus Grundfäze des Handlungsrechts. Hamburg und Kiel. 1785. -- A. G. Lobethan Grundfäze des Hand-

lungsrechts mit besonderer Rücksicht auf das Verlagsrecht. Leipzig. 1795. J. Ch. Schedel Handbuch der kaufmännischen Jurisprudenz. I. B. 1793. II. 1795. -- C. G. Roessig Darstellung des leipziger Handelsrechts, Leipzig. 1796.

§. 127.

b) Verschiedene Arten des Handels und der Handelsleute.

Die Kaufleute I. verkaufen entweder wieder an Kaufleute, oder an Consummenten. Jene nennt man Groshändler, diese Kleinhändler. Letztere heißen Krämer, wenn sie mit Produkten des Auslandes oder der Kunst handeln, und Höcker, wenn sie die täglichen Bedürfnisse an Consumtibilien, die das Land hervorbringt, vom Landmanne zum Wiederverkauf an Consummenten aufkaufen. Ihr ganz eigentlicher Begriff muß zunächst aus Herkommen, und besondern Gesetzen bestimmt werden. II. Nach den verschiedenen Gattungen von Waaren ist der Handel 1) ein Tausch - oder Kaufhandel, 2) ein Waaren-Geld - Wechsel - oder Aktienhandel. III. Nach der Art des Handelsbetriebes zerfällt der Handel in öffentlichen oder privaten, und letzterer wieder in gewöhnlichen oder ungewöhnlichen; ferner in eigenen oder Commissionshandel. Endlich IV. sind zwei Arten der handlungsfähigen Personen zu unterscheiden, nämlich Haupt- und Nebenpersonen. Unter diese gehören die Faktoren, Buchhalter, Handlungs-

und Ladendiener, Mäcker oder Senfaleu, und Markhelfer.

§. 128.

c) Handelsgesellschaften.

In Rückficht auf größern und beßern Betrieb der Handlung find die Mascopei, die Handlungen Commandité, die octroisten Handelsgesellschaften a) und die Kaufmannsgilden merkwürdig. Letztere, wenn fie auf gehörige Art errichtet find b), behaupten einen ordentlichen Zunftzwang, zufolge deffen fie andere Perfonen, welche die Handlung, den Innungsgefezen gemäß, weder erlernt, noch das Innungsrecht gewonnen haben, von der Betreibung einer Handlung auszuschließen berechtigt find. c) Daraus folgt, daß, wo einmal die Handelschaft zunftmäßig ift, 1) nicht ein jeder Stadtbürger an und für fich Handlung zu treiben befugt fey d), und 2) derjenige, welcher das Innungsrecht in einer Kaufmannsgilde erworben hat, darum noch keineswegs die Gefchäfte anderer Handelsinnungen betreiben dürfe. e) Uebrigens hüte man fich, diefem Zunftzwange zu große Ausdehnung zu geben. f)

a) Musaeus Grundfäze des Handelsrechts. §. 16 - 21.

b) Reichsfchl. v. 1731. Art. 1. u. 6.

c) G. A. Ayres D. Princeps politiam circa commercia, et studia civium fuorum rite adornans. Goetting. 1746. S. II. §. 12. S. 52.

d) R. Pol. Ordn. v. 1530. Tit. 11.

e) v. Cramer Wezlar. Nebenfund. Th. 23. S. 1. folg.

f) Danz Handbuch. B. IV. §. 457. S. 450.

§. 129.

d) Besondere Rechte der Kaufleute.

Kaufleute, vorzüglich in größern Handelsstädten, sind I. vor den übrigen Bürgern ausgezeichnet a), und werden gewöhnlich zu Ehrenstellen im Magistrate vorgezogen. II. Ihre Haupthandlungsbücher, nicht aber die Kladden, oder Journale machen für den Herrn der Handlung, und wer sich sonst darauf gründet, einen halben, und mittels Abschwörung des Ergänzungseides einen vollen Beweis gegen den Schuldner. b) Nur müssen sie kaufmännisch geführt, und die Note nicht nur die Quantität der Schuld, sondern auch ihren Grund enthalten. Da aber dieses Privileg sowohl dem Kaufmanne, als dem Handel gegeben ist, so ist es auf Fabrikanten, Manufakturisten und Banquiers, welche über ihre merkantile Geschäfte ein kaufmännisches Buch führen, mit gutem Grunde anzuwenden. c) Auch den jüdischen Kaufleuten (§. 56.) muß man dieses Privilegium gegen Christen gestatten, in so fern es überhaupt an einem Orte eingeführt ist. d) Uebrigens leidet es nach manchen Stadtgesetzen besondere Einschränkungen. e) III. Außer diesen Rechten sind dem Handelsstande nach Verschiedenheit der Land- und Stadtrechte hier und da noch andere besondere Rechte eingeräumt,

welche aber nicht zum gemeinen Recht gehören.

a) RPol. Ord. v. 1530. Tit. 11 u. 12.

b) Jo. Ludw. Carl Meister de fide librorum mercatorum. Goetting. 1789. -- Heinr. Godofr. Bauer de probatione ex libro mercatoris. Lips. 1784.

c) Struben rechtl. Bed. Th. III. Bed. 92. S. 329. Th. IV. Bed. 44. S. 102. Th. V. Bed. 104. S. 215. -- Wilh. Blanchard de probatione per libros mercator. Colon. 1756.

d) J. A. L. Menken de Judaeo jurisjurandi suppletorii haud incapace. Wittemberg. 1782. §. 5. -- Blanchard l. c. Cap. IV. §. 33.

e) Mecklenburg. Verord. v. 29. Dec. 1772. in Spaldings repertor. juris mecklenburg. S. 427. -- Hannoverische Verordn. v. 21. Mart. 1720. bei Willich im Auszuge der calenberg. Landesordn. Th. II. S. 26. -- Churf. Proc. Ordn. Tit. 30. §. 4. Gothaifch. Proc. Ordn. v. 1776. Cap. 16. §. 5. -- Allg. Landrecht für die preuss. Staaten. Th. II. Tit. 8. §. 562 - 613. im B. III. S. 460. folg.

§. 130.

II. *Besondere einer Stadt in Rücksicht auf den Handel zukommende Rechte.*

Unter die besondern theils auf kaiserlichen, theils landesherrlichen Privilegien beruhenden Rechte einer Stadt, in Beziehung auf den Handel, gehören: I. das Recht, Messen und Jahrmärkte zu halten. a) Beide Anstalten gründen sich heut zu Tage auf landesherrlicher Verleihung; die Anordnung der Wochenmärkte steht

dem Stadtmagistrate zu, so wie überhaupt, wenn eine Stadt im Besitze des Polizeirechts sich befindet, jener die Marktpolizei zu halten befugt ist. b) II. Die Zollgerechtigkeit und Freiheit c); III. das Stapelrecht d), vermöge dessen durch die Stadt, oder bei ihr vorüber keine Waaren geführt werden dürfen, ohne darin feil gebothen zu werden, damit die Stadtbürger ein Vorkaufsrecht daran ausüben können. Dieses Recht nimmt nach der Art ihrer Verleihung verschiedene Modificationen an. An einigen Orten dauert es jährlich nur eine gewisse Zeit, an andern für immer. Auch die Zahl der Tage des Feilhaltens (Liegetage) ist verschieden. IV. Das Niederlagsrecht (*jus emporii*), zufolge dessen die aufgestapelten Kaufmannsgüter nur an die Einwohner des Orts, nicht an Fremde verkauft, auch nicht eher, als nachdem sie von den ersten an die letzten wieder verkauft sind, weiter geführt werden dürfen. e) V. Das Kranrecht (*jus geranii*), welches in dem Rechte besteht, zollpflichtige Waaren, welche zu Schiffe, oder auf der Axe an einen Ort kommen, ab- oder ausladen und wägen zu lassen. Es setzt die Zollgerechtigkeit voraus, und kann daher nur von Städten, welche mit dieser versehen sind, ausgeübt werden; damit verwechsle man nicht VI. die Stadtwage, welche in der Markt- und Marktpolizei ihren Grund hat. f) Uebrigens muß eine jede Stadt, welche diese Rechte anspricht, sie mit dem bestimmten Umfange, den sie für sich vor-

giebt, streng beweisen, und es giebt hier kein gemeines Recht, für welches die Vermuthung stritt.

- a) Goenner teutsches Staatsrecht. §. 380. S. 631.
- b) Heint. Berg Handbuch des teutschen Polizeirechts. Th. III. S. 489.
- c) Gönner a. a. O. §. 384. S. 637.
- d) Gönner a. a. O. §. 387. S. 640.
- e) Gerstlacher Handbuch der teutschen Reichsgesetze, Th. X. S. 2290 - 2294.
- f) Eisenhart Anl. zum teutschen Stadt- und Bürgerrecht. §. 199 - 209. S. 283 - 295. -- Musaeus Grundsaetze des Handelsrechts. §. 21 - 26.

B.

H a n d w e r k e.

§. 131.

I. *Handwerk und Zunft überhaupt.*

Handwerk heisst diejenige bürgerliche Nahrung, wo man rohe, oder auch schon verbesserte Naturalien mechanisch für Lohn, oder auf den Kauf verarbeitet. Wer damit bürgerlich lebt, ist ein Handwerker in der weitern Bedeutung. Dem Handwerker im engern Sinne wird der Künstler entgegengesetzt. Eine öffentlich bestätigte Verbindung von Handwerksgenossen, die mit einer Ordnung und Lade versehen, und mit Ausschliessung anderer ein gewisses Hand-

werk zu treiben berechtigt sind, wird eine Zunft, Gilde, Innung, oder Handwerk genennt. a)

- a) Eine kritisch - historische Darstellung des Zunftwesens findet man in der musterhaften Schrift: das Interesse des Menschen und Bürgers bei den bestehenden Zunftverfassungen. Königsberg. 1803. — Ueber die Litteratur des Handwerksrechts s. Joh. Andr. Ortloff Recht der Handwerker. Erlangen. 1803. §. 8. S. 28. folg.

§. 132.

II. Eintheilung der Zünfte.

Die Handwerker sind a) nach ihrer Verfassung freie und zünftige, geschlossene und ungeschlossene, gesperrte und ungesperrte, einfache und zusammengesetzte, geschenkte und ungeschenkte; b) nach ihrem Wohnort Stadt - oder Landhandwerker; c) nach ihrer Grösse grosse, mittelmässige und kleine; und d) nach der Art ihrer Gewerbsbetreibung Haupt- und Nebenhandwerker, Handeltreibende, Tagwerkende, und Handwerker, die zugleich Handel treiben, und um Lohn arbeiten. a)

- a) Jo. Andr. Ortloff Recht der Handwerker. §. 3.

§. 133.

III. Handwerksrecht.

Das Handwerksrecht ist der Innbegrif der rechtlichen Bestimmungen, welche die Handwer-

ke, als solche, angehen. Dessen Quellen sind
 a) allgemeine, nämlich verschiedene Reichsge-
 seze a), und allgemeine Handwerksgewohnheiten;
 b) besondere, als Kreischlüsse, Landesgeze,
 allgemeine Handwerksordnungen samt den ein-
 zelnen Handwerken von dem Landesherrn er-
 theilten Privilegien, und die Verträge, welche
 die Handwerker unter sich mit landesherrlicher
 Genehmigung errichtet haben. b) Wer übrigens
 von dem sämtlichen Zunft- und Handwerkswe-
 sen mit Sicherheit urtheilen will, muß mit der
 juristischen Erkenntniß der Innungen, als Ge-
 sellschaften, noch hinreichende technologische
 Kenntnisse von den einzelnen Handwerken und
 ihren Fabricationen verbinden, und überhaupt
 die allgemeinen staats- und polizeiwissenschaft-
 lichen Rücksichten nie aus dem Auge verlie-
 ren.

a) Unter vielen sind vorzüglich zu bemerken: RPol.
 Ordn. v. 1530. Tit. 39. §. 1. 2. v. 1548. Tit. 36. 37.
 R. A. v. 1551. §. 83. 84. -- R. A. v. 1559. §. 75 - 80.
 R. A. v. 1566. §. 178. -- RPol. Ordn. v. 1577. Tit.
 15. §. 1 - 4. und Tit. 37 u. 38. §. 1 - 7. -- R. A. von
 1594. §. 123 - 125. -- R. A. v. 1654. §. 106. -- Osnab-
 brück. Fried. Art. V. §. 35. -- RSchl. v. 1731.
 Reichsgutacht. v. 1771 u. 1772. -- Gerstlacher Hand-
 buch der teutsch. Reichsgeze. Th. IX. S. 1734. Th.
 X. S. 2008. folg. -- Danz Handbuch. B. V. S. 4.

b) Ortloff Recht der Handwerker. §. 7. S. 17.

IV. Collegialische Verfassung der Handwerke.

a) Ueberhaupt.

Die eigentliche Verfassung der einzelnen Zünfte muß zunächst aus ihren Innungsartikeln bestimmt werden. In der Hauptsache kommen jedoch alle darin überein: I. daß sie entweder selbstgewählte, (Obermeister, Altmeister, Gildemeister, Geschworne, Kerzenmeister,) oder vom Landesherrn beigeordnete Zunftvorgesetzte, (Handwerksbeisitzer, Obmaenner, Obherren) haben. Jene ordnen die Zunftversammlungen an, und haben in denselben den Vorsitz vor andern Meistern, vertreten die Zünfte in allen Angelegenheiten, verwalten das Zunftvermögen, haben die Schlüssel zur Lade, und halten Lehrbriefe und Kundschaften in Verwahrung. Diese hingegen leiten die Zunftverwaltung überhaupt, und wachen über die Handhabung der Polizeigesetze und landesherrlichen Gerechtsame. a) II. In größern Zünften sind den Obermeistern auch noch Ladenmeister oder Beisitzermeister zugeordnet. Diese haben für das Wohl des Handwerks, und besonders für die ökonomischen Verhältnisse Sorge zu tragen. III. Die übrigen Handwerksmeister heißen Mitmeister, und haben durchaus gleiche Rechte; nur der jüngste von ihnen ist gewöhnlich der Diener des Handwerks. b) IV. Die Handwerker dürfen sowohl ordentliche, als außerordentliche

Zusammenkünfte (Morgensprachen), jedoch nur unter Zuziehung ihres Obmanns, und mit Erlaubniß der Ortsobrigkeit halten. c) Die Gegenstände der darin zu pflegenden Berathschlungen beziehen sich theils auf die Verwaltung der Lade, theils auf die Aufrechthaltung der Zunftgerechtsame. d) Bei diesen Versammlungen wird V. die Handwerkslade geöffnet, und dieses, als ein Zeichen der gegenwärtigen Zunft-handhabung angesehen. Die Lade wird gewöhnlich unter zwei Schlösser gebracht. Haupt- und Nebenladen sind zwar verbothen e), aber noch nicht gänzlich abgestellt. VI. Die eigentliche Lade erhält ihre Zuflüsse: 1) aus dem bestimmten jährlichen Legegelde, welches jeder Meister in Rücksicht der Betreibung des Handwerks erlegen muß, 2) aus den Zinsgeldern für die der Zunft angehörigen Immobilien, oder von ihr ausgelehnten Kapitalien, 3) aus dem Meistergelde, 4) aus dem Ein- und Ausschreibgelde bei dem Aufdingen und Lossprechen der Lehrlingen, 5) aus der Bezahlung der Wanderjahre, und 6) den innungsmässigen Strafgeldern. f) Mit diesen Einkünften werden VII. die Zinse von den aufhabenden Kapitalien, die Befoldungen für den obrigkeitlichen Beisitzer, und den Obermeister, die Prozeßkosten, Almosen u. s. w. bestritten. g) Endlich führen auch VIII. viele Zünfte ein ihnen vom Landesherrn ertheiltes Gesamtsiegel, dessen sie sich bei Lehr- und Meisterbriefen,

briefen, Kundschaften, Vollmachten u. dgl. bedienen. h)

- a) Reichschl. v. 1731. §. 1. -- Ortloff Recht der Handwerker. S. 62 - 68. -- Joh. Fridr. Weiffer Recht der Handwerker nach allgemeinen Grundsätzen. Stuttgart. 1779. S. 26.
- b) Weiffer a. a. O. S. 33. -- Ortloff a. a. O. S. 76. RSchluss. v. 1731. Art. 9. in fine.
- c) RSchluss v. 1731. Art. 1 u. 18. -- Ortloff a. a. O. S. 70.
- d) RSchl. v. 1731. Art. 13. §. 13. -- Ortloff a. a. O. S. 72 - 76.
- e) RSchl. v. 1731. Art. 6. -- Ortloff a. a. O. S. 79. Weiffer a. a. O. S. 37. -- Siebenkees Beiträge zum teutsch. Recht. Th. V. S. 224.
- f) Ortloff a. a. O. S. 86.
- g) Ortloff a. a. O. S. 88. -- Weiffer a. a. O. S. 51.
- h) RSchl. v. 1731. §. 2.

§. 135.

b) Lehrjungen.

Wer ein Handwerk bei einem Handwerksmeister ordentlich erlernen will, muß I. männlichen Geschlechts, ehelich erzeugt (§. 52.), von ehrlichem Stande, wenigstens vierzehn Jahre alt seyn, und sich zu einer reichsgesetzlich aufgenommenen Religion bekennen. a) Vor allem hat der Junge II. eine Probezeit gewöhnlich von vierzehn Tagen zu bestehen, nach welcher er III. bei derjenigen Lade, wozu der Lehrmeister gehört,

mit seinem, und seines Vaters, oder Vormunds Vor- und Zunamen, nebst der Anzeige der Lehrzeit und des Lehrgeldes in das Jungenregister eingeschrieben wird. IV. Das Entlaufen der Lehrbursche kann nach Verschiedenheit der Veranlassung bald für den Lehrmeister, bald für den Jungen nachtheilige Folgen hervorbringen. b) Nach Verfluß der Lehrzeit wird V. der Junge von seinem Meister freigesprochen; dieses pflegt auf eine und dieselbe Art, wie das Einschreiben, zu geschehen. Zu seiner Legitimation wird ein ordentlicher Lehrbrief verfertiget, dessen Original bei der Lade bis zum Meisterwerden zurückbehalten wird. c) Dabei sind aller unnöthige Aufwand, so wie andere läppische Gebräuche, streng verboten. d)

a) I. P. O. Art. V. §. 35. -- RSchl. v. 1731. Art. 2, 4 u. 11. -- RGutacht. v. 1772. §. 2 u. 5. -- Allg. Landrecht für die preuss. Staat. Th. II. Tit. VIII. §. 274 u. 315. -- Ortloff Recht der Handwerker. S. 154.

b) Ortloff a. a. O. S. 177. -- Weisser Recht der Handwerker. S. 117.

c) RSchl. V. 1731. Art. 2.

d) RSchl. v. 1731. Art. 7 u. 9.

§. 136.

c) Gefellen.

Handwerksgefallen, welche ein Handwerk zunftordnungsmässig erlernt haben, müssen I. überall für redlich gehalten werden a); auch ihnen

sind II. jedoch mit Vorwissen der Ortsobrigkeit, und unter dem Vorfize des vom Handwerke verordneten Beisizers, Gefellenzusammenkünfte erlaubt, wobei jeder Mißbrauch sorglich vermieden werden soll b); III. mögen sie wohl eine eigene Gefellenlade unterhalten, aber ein gemeinschaftliches Bruderschafts - Siegel zu führen ist ihnen nicht erlaubt. c) IV. Ein Gesell, welcher zu seiner Zeit Meister werden will, muß wandern, wozu ihm eine von der Gilde vidimirte Abschrift seines Lehr- und Geburtsbriefes, nebst einer Kundschaft mitgegeben wird. d) Ohne letztere darf kein Meister dem Wanderer Arbeit geben. e) V. Kommt der Gesell an einen Ort, und sucht Arbeit, so muß der Jungmeister für ihn nach Arbeit umschauen. f) Tritt der Gesell in die aufgefundenene Werkstätte, so wird sein Lehr- und Geburtsbrief samt der Kundschaft in der Lade hinterlegt, und jener ihm erst bei weiter angetretener Wanderschaft mit einer neuen Kundschaft zurückgegeben. g) VI. Die gegenseitige Arbeitsaufkündigung zwischen Meister und Gefellen ist gemeiniglich auf acht Tage bestimmt. VII. Kann dem Handwerksgefallen, welcher sich redlich ernähren kann, die Ehelichung nach allgemeinen Handwerksgefezen nicht gehindert werden. h)

a) RSchl. v. 1731. Art. 3.

b) Ebendasselbst. Art. 6 u. 10.

c) Dasselbst Art. 6.

d) a. a. O. Art. 2.

e) Ang. R S chl. -- Ortloff Recht der Handwerker.
S. 206. folg.

f) R. A. v. 1548. Tit. 37. §. 2.

g) R S chl. v. 1731. Art. 2.

h) R S chl. v. 1731. Art. 13. -- R Gutacht. v. 1772.

Art. 4. -- Allg. Landrecht für die preuss. Staaten.

Th. II. Tit. VIII. §. 248.

§. 137.

d) Meister.

Ein Handwerksgefell, welcher an einem Orte Meister werden will, muß I. das Handwerk ordentlich erlernt, sich darüber mittels Vorzeigung seines Lehrbriefes legitimirt, die in den Innungsartikeln vorgeschriebene Wanderzeit vollendet a), und das Meister- oder Probestück auf befriedigende Weise verfertiget haben. b) Außerdem wird in verschiedenen Orten noch erfordert 1) daß der Gefell der Landesreligion zugethan sei, wo nicht eine mildere Gesetzgebung, wie in Baiern, allgemeine Toleranz verkündiget, 2) ein gewisses Vermögen besitze, 3) ein Gewerbe treibe, das noch nicht hinlänglich besetzt ist, und 4) wenigstens großjährig sei, auch seine Muth- oder Sitzjahre vollendet habe. e) II. Die Art des Meisterstückes wird nach den Innungsartikeln, oder nach Gutgedünken von dem Handwerke bestimmt d), sodann öffentlich besichtigt und beurtheilet. Kleinere Mängel werden zur Lade gebüfset, größere hingegen können die Verlagung des Meister-

rechts zur Folge haben. III. Ist das Meisterstück tauglich gefunden worden, und hat der Meistergefell das in den Handwerksartickeln bestimmte Geld, sowohl für die Aufnahme überhaupt, als auch zur Handwerkskasse erlegt, so wird er von dem Obermeister, in Gegenwart der Zunftgenossen, für einen Meister erklärt, und in das Meisterbuch eingetragen. e) Zum Zeugniß des erlangten Meisterrechts wird dem neuen Meister auf sein Verlangen ein Meisterbrief zugestellt. f) IV. Ein solcher zünftiger Meister hat besondere Vorrechte a) für sich; er darf nämlich sein Handwerk in dem Umfange betreiben, wie es die allgemeinen und besondern Zunftprivilegien ihm erlauben, Lehrbursche und Gefellen halten g), und überhaupt an allen Gerechtsamen der Zunft Antheil nehmen. b) Für seine Witwe. Diese darf das Gewerbe ihres verstorbenen Mannes fortführen, und, wenn sie bei dessen Tod mit keinem Gefellen versehen ist, aus den Werkstätten anderer Meister einen Gefellen nach Willkür ausheben, oder vor allen Meistern den ersten ankommenden Gefellen in Arbeit nehmen. h) c) Für seine Söhne. Diese dürfen gewöhnlich eine kürzere Zeit in der Lehre bleiben, weniger bei der Aufnahme bezahlen, nicht so lange wandern u. s. w. i). V. Das Meisterrecht geht durch freiwillige und erzwungene Aufgebung verloren. k)

a) Nachahmungswürdig ist die fuldische Verordnung vom 3. Aug. 1784. zufolge welcher die Wanderjahre

nach dem Zeugniß der Kundschaften nur von den Jahren der wirklichen Arbeit gerechnet werden.

b) Weisser Recht der Handwerker. S. 146. -- Fricke Grundsätze des Rechts der Handwerker. S. 63. -- Ortloff Recht der Handwerker. S. 238.

c) I. P. O. Art. V. §. 1 u. 35. -- RSchl. v. 1731. Art. 3 u. 13. -- Ortloff a. a. O. S. 243.

d) RSchl. v. 1731. Art. 12. -- Allg. Landrecht für die preuss. Staaten. Th. II. Tit. VIII. §. 252.

e) Weisser a. a. O. S. 167.

f) RSchl. v. 1731. Art. 10 u. 12.

g) RGutacht. v. 1772. Art. 4.

h) RSchl. v. 1731. -- Weisser a. a. O. S. 182. -- Ortloff a. a. O. S. 291.

i) RSchl. v. 1731. Art. 12, 13. -- Fricke a. a. O. S. 73.

k) RSchl. v. 1731. Art. 4 u. 5. -- RGutacht. v. 1772. Art. 5. -- Ortloff a. a. O. S. 299. folg. -- Weisser a. a. O. S. 187. folg.

§. 138.

e) Unzünftige Meister.

In die Klasse der unzünftigen Meister gehören: I. Hofhandwerker, welche den Hoffschütz genießen, aber mit den nach Hof arbeitenden zünftigen Handwerkern nicht zu verwechseln sind. a) II. Freimeister, welche aus besonderer landesherrlicher oder obrigkeitlicher Vergünstigung von den Zunftartikeln und der Zunftgerichtsbarkeit befreiet sind b), wie z. B. die Universitätshandwerker, Soldaten u. f. w. Von diesen unterscheiden sich die Gnadenmeister; III. die auf Bür-

gerrecht arbeitenden Handwerker c), und IV. die an sich unzünftigen, aber bei andern ähnlichen Handwerkern eingezünfteten Meister. d)

a) Weisser Recht der Handwerker. S. 194.

b) Heinr. Musaeus Beiträge zum teutsch. Recht. Frankfurt. 1801. S. 163. III. Abh. von dem Rechte, Freimeister zu ernennen. Ein Commentar über den §. 13. des RSchl. v. 1731.

c) Fricke Grundrätze des Rechts der Handwerker. S. 60. Weisser a. a. O. S. 201.

d) Ortloff Recht der Handwerker. S. 315.

§. 139.

f) Zunftgerichtsbarkeit.

Die Zunftgerichtsbarkeit ist das Recht einer Zunft, ihre Handwerksgelese und Gewohnheiten unter sich aufrecht zu erhalten, die Vergehen der Zunftglieder gegen jene summarisch zu untersuchen, darüber zu erkennen, sie durch geringe Geldstrafen vor offener Lade in Gegenwart eines obrigkeitlichen Beisizers zu bestrafen, und für die Zukunft zu verhüten. a) Sie wird I. von den sämtlichen Zunftgenossen, unter der Aufsicht des obrigkeitlichen Beisizers, ausgeübt, und II. äußert sich nicht nur in Aufrechthaltung der Zunftordnung, sondern auch durch Handwerksstrafen gegen zunftordnungswidrige Handlungen. b) III. Der dadurch sich beschwert Glaubende kann auf den ordentlichen Richter provociren; c) IV. die eingelaufenen Strafgeelder werden in der Zunftlade

verrechnet, an einigen Orten aber unter die Zunftgenossen getheilet; d) V. das sogenannte Schelten und Auftreiben gehört unter die verbotenen Handwerksmißbräuche. e)

a) R. Pol. Ordn. v. 1530. Tit. 39. v. 1548. Tit. 37. §. 2. und v. 1577. Tit. 38. §. 4. -- RSchl. v. 1731. Art. II. §. damit. -- Weiffer Recht der Handwerker. S. 85. Ortloff Recht der Handwerker. S. 141.

b) RSchl. v. 1731. Art. II. -- Weiffer a. a. O. S. 88. Fricke Grundsaetze des Handwerksrechts. S. 42.

c) RSchl. v. 1731. Art. VI. -- Fricke a. a. O. S. 44. u. 45.

d) Weiffer a. a. O. S. 96.

e) RSchl. v. 1731. Art. V. -- Fricke a. a. O. S. 50.

§. 140.

g) Zunftzwang.

Der Zunftzwang wird I. sowohl gegen Meister in der Innung, wenn sie ihr Handwerk nicht den Zunftartikeln gemäß treiben, als auch gegen andere in der Innung nicht stehende Personen ausgeübt, so oft diese, ohne erhaltene besondere Vergünstigung, Arbeiten oder einen Handel unternehmen, wozu die Zunft ausschließlich berechtigt ist. Wenn solche Personen unberechtigt in ihrer Wohnung Arbeiten für andere verfertigen, so werden sie unter dem Namen Pfußcher, Störer, Stümpler oder Pönhafen aufgesucht; tragen sie aber Handwerksarbeiten von Hause zu Haus käuflich herum, so wird ihnen unter dem Namen der Haufirer das Ge-

schäft niedergelegt. a) In einem wie in dem andern Falle darf II. dieser Zunftzwang nur in Beisein einer von Magistrats - oder Gerichtswegen dazu beauftragten Person ausgeübt werden. b) III. Bei Grenzirrungen mehrerer Zünfte entscheiden der Besiz und Verjährung, die Verträge mehrerer Zünfte unter sich, die vom Landesherrn bestätigten Zunftartikeln, und die Natur und Eigenschaft eines jeden Handwerks. c)

a) Weisser Recht der Handwerker. S. 206. -- Ortloff Recht der Handwerker. S. 328.

b) Fricke Grundsaetze des Rechts der Handwerker. S. 97. G. Heinr. Ayrer Progr. de via facti colleg. opif. ad persequendos opificior. turbator. nec permissa, nec permittenda. Goetting. 1752.

c) Fricke a. a. O. S. 114. folg.

§. 141.

h) Recht der Untergerichte und Stadtobrigkeiten über die Zünfte.

Als ein Theil des Justiz - und Policeiwesens ist den Untergerichten und Stadtobrigkeiten auch die nächste Aufsicht über die Zünfte und Ausgleichung ihrer Streitigkeiten übertragen. Sie bestellen die Schaumeister, bestimmen den Preis der auf den Kauf bereiteten Handwerkswaaren a), urtheilen über Handwerksstreitigkeiten gerichtlich, jedoch entweder unter Zuziehung des Zunftbeizers, oder Erholung eines Gutachtens von Sachverständigen, und wachen über Abstellung der

Handwerksmisbräuche. b) Weit erhabner sind die Rechte, welche dem Landesherrscher in Handwerksfachen nothwendig zukommen, welche aber als ein entschiedener Theil des Staatsrechts hier keinen Plaz finden sollen. c)

a) RSchl. v. 1731. Art. 13 und 15. allg. Landr. für die preuß. Staaten. Th. II. Tit. VIII. §. 199 - 200. Vergl. Ad. Smith über die Natur und Ursachen des Nationalreichthums. Th. I. S. 98. -- Chr. Dan. Voss Handbuch der allg. Staatswissenschaft. Leipzig. 1798. Th. III. S. 54. Th. IV. S. 215. -- Frid. Bened. Weber systemat. Handbuch der Staatswirthschaft. I. B. I. Abth. Berlin. 1804. §. 112. S. 397.

b) RSchl. v. 1731. Art. 4, 5, 9, 11, 12, 13. -- Reichsgutacht. v. 15. Jul. 1771. -- K. Commiss. Decret v. 21. April. 1772. Art. 5. Ortloff Recht der Handwerk. S. 117. -- Weisser Recht der Handwerk. S. 65 - 84. Vergl. kurze Darstellung einiger Handwerksmisbräuche und Vorschlaege, wie solche zu verbessern seyn könnten, Halle. 1800. 8.

c) Goenner teutsch. Staatsrecht. §. 376. S. 623.

C.

B i e r b r a u e r e i.

§. 142.

a) Bierbrauerei.

Der dritte Zweig der bürgerlichen Nahrung besteht in der Bierbrauerei. Auch sie wird I. gewöhnlich Innungsmässig getrieben, woraus II. nicht nur der städtische Bierbann gegen die

Dörfer überhaupt, sondern auch der eigentliche Meilenzwang hervorgeht, so, daß nur Privilegien, oder Verträge, oder rechtsbeständige Verjährung in einem Dorfe dieses Recht begründen können. III. Dieser Bierbann verträgt schon seiner Natur nach keine ausdehnende Erklärung, und kann deshalb das Einführen zum Tischtrunk, und in Dörfern das Brauen des Tischtrunkes nicht verwehrt werden, wenn die städtische Brauerinnung nicht einen eigentlichen und bestimmten Bierzwang in einem gewissen Bezirke auszuüben befugt ist. IV. Um die Bierbraugerechtigkeit in Städten auszuüben, muß man Bürger seyn. Sie selbst V. haftet entweder auf jedem Bürgerhause, oder sie wird Innungsmässig nur auf gewissen Brauhäusern getrieben. In diesem Falle muß man Mitglied der Brauerzunft und Eigenthümer eines Brauhauses seyn. a) Das nähere darüber bestimmen die Brauordnungen der Städte, oder die Gesetze der einzelnen Länder. VI. Der Stadtobrigkeit stehen über das Brauwesen die nämlichen Rechte zu, welche ihr über Handwerker, deren Gewerbe und Innung überhaupt gebühren. b)

a) Walch vermischte Abh. zum teutsch. Recht. Th. V. S. 96. -- Siebenkees Beiträge zum teutsch. Recht. Th. I. S. 177.

b) Fischer Lehrbegriff sämmtlicher Cameral- und Polizeirechte. B. III. §. 559. S. 288. folg. -- Struben Nebenstud. Th. III. Abh. 19. S. 287. folg.

§. 143.

b) Brantweinbrennerei, Schenkgerechtigkeit
und Weinhandel.

Die städtische Bierbrauerei begreift I. in der Regel keine Schenkgerechtigkeit in sich; diese II. gehört vielmehr, sie mag in bloßer Schenk- oder Gastwirthsgerechtigkeit bestehen, gar nicht zur bürgerlichen Nahrung, sondern beruht sowohl in Städten, als auf dem flachen Lande, auf besondern Concessionen, welche häufig an bestimmte Häuser verliehen werden. a) III. Der Weinhandel ist von dieser Wirthschaftsgerechtigkeit und dem Weinschanke ohnehin verschieden b), und IV. die Brantweinbrennerei gehört entweder zu den ganz freien Gewerben, oder ist regalifirt, oder wird in Städten durch eine eigene Zunft getrieben. c)

a) E i s e n h a r t Anl. zum teutsch. Stadt- und Bürgerrecht, §. 231. S. 329. -- W a l c h vermischte Beiträe zum teutsch. Recht. Th. V. S. 36.

b) W e s t p h a l teutsch. u. reichsstaend. Privatrecht, Th. I. Abh. 16. S. 155.

c) W e s t p h a l a. a. O. S. 200. -- F. A. Hommel de jure vini adusti. Lips. 1753. -- E i s e n h a r t a. a. O. §. 229. S. 325.

III. ABSCHNITT.

Vom Bauernstande.

I. TITEL.

Bauernrecht überhaupt.

§. 144.

Bauer. Dorf. Bauern- und Dorfrecht.

Bauer im rechtlichen Sinne ist derjenige, welcher ein Bauerngut, d. h. ein zur Landwirthschaft, oder zum Ackerbau und zur Viehzucht bestimmtes, den gemeinen Steuern und bäuerlichen Lasten unterworfenen Gut in eigenem Namen besitzt. Eine ganze Gemeinheit von Bauern wird ein Dorf genannt. Das Bauern- und Dorfrecht begreift alle auf die Bauern, in persönlicher und dinglicher Rücksicht sich beziehenden Rechte und Verbindlichkeiten in sich, sie mögen einzeln, oder als Gemeinheit betrachtet werden. Dessen Quellen sind die allgemeinen Landesgesetze für die Dörfer, die Dorf- und Ackerordnungen, die Verträge der Gemeinden, oder ihrer einzelnen Mitglieder mit den Guts- und Gerichtsherren, die darauf sich gründenden Erbregifter, auch Saal- Lager- Flur- Bücher, die Mark- und Zinsbücher, Dienst- und Heberegifter, Dienstordnungen, die Leih- oder Lehenbriefe, die Dorfstatuten, Bauerköhen, die häufigen Gewohnheitsrechte und Herkommen, und die

rechtliche Natur der Bauergüter, und des Verhältnisses ihrer Besitzer zu ihren Gutsherren. In Rücksicht der leibeigenen Bauern sind noch besonders die Eigenthumsordnungen, die Hofrechte und Hoffsprachen zu bemerken. a)

a) Unter die brauchbarsten Schriften über das Bauernrecht gehören: Gottfr. Chr. Leyfer Jus georgicum. Lips. 1698, 1713 und 1741. -- Joh. Denekens neu verbessertes Dorf- und Landrecht. Leipzig. 1704. vermehrt von Chr. Laur. Bilderbeck. Frankf. u. Leipzig. 1739. Jul. Bernh. v. Rohr Haushaltungsrecht. Leipzig. 1716. D. G. Struben de jure villicorum, vulgo vom Meierrecht. Hannover. 1748. -- J. C. von Buri ausführliche Abhandlung von Bauergütern, mit Anmerkungen von D. Runde. Gießen. 1783. -- Joh. Gottl. Klingners Sammlungen zum Dorf- und Bauernrecht. Th. I - V. Leipzig. 1749. -- Ludwig. Frid. Gabken Grundsaetze des Dorf- und Bauernrechts, Halle. 1780.

§. 145.

Bauern,

a) in Gemeinheiten;

Bauern, in Gemeinheiten betrachtet, bilden I. landesunterthänige Korporationen, einen eigenen Stand, und sprechen daher die gemeinen Rechte sowohl der Staatsbürger überhaupt, als auch anderer im Staate vorhandener und erlaubter Gesellschaften an. II. Die Verfassung der Dörfer ist zunächst nach den einzelnen Dorfordnungen zu beurtheilen; sie wird durch Vorsteher geleitet, unter welchen im allgemeinen bemerkt zu wer-

den verdienen: 1) der Dorfschultheiße, dessen Bestellung, und Geschäftskreis sehr verschieden ist a), 2) der Heimbürge, welcher die ganze Dorfgemeinheit vorstellt, alles, was im Namen der Gemeinde beschlossen werden soll, durch seinen Willen bekräftiget, die Sorge über die Gemeingüter führt, mit dem Schultheißen die Steuern eintreibt, und über die Dorfspolice die nächste Aufsicht hat; und 3) die Schöppen und Viermänner, Zwölfer, Dorfälteste. b) Es sind zwar III. alle Dörfer in Rücksicht auf den Staat, worin sie sich befinden, landfälsig; aber bei der näheren Bestimmung ihres Verhältnisses hat man darauf zu sehen, ob sie Amts- oder Gerichtsherren-Dörfer sind.

a) Westphal teutsch. u. reichsstaend. Privatrecht. Th. I. Abh. 27. S. 243. -- Struben rechtl. Bed. Th. V. Bed. 23. S. 47. -- Zepernick Miscellaneen des Lehenrechts. Th. IV. N. I. -- L. Fr. Gabken Grundsaetze des Dorf- und Bauernrechts. Halle. 1780. §. 9. S. 14.

b) Gabken a. a. O. S. 26.

§. 146.

b) einzeln;

deren verschiedene Arten.

Nach der Beschaffenheit der Gutspflichtigkeit sind die Bauern entweder Freibauern, wenn ihr Gut ihnen zum vollen Eigenthume dergestalt angehört, daß sie niemanden eine Privatfolge davon zu leisten verbunden sind, oder hin-

terfällsige, welchen ihres Guts wegen eine Privatfolge, oder Privatprästationen obliegen. Diese kann man wieder aus verschiedenen Rücksichten abtheilen, nämlich: I. in Rücksicht auf den Herrn, welchem sie gutspflichtig sind, theilt man sie in amts- oder gerichtsherrliche Patrimonialbauern ein. Jene haben dem Landesherrn, nicht nur als Landesunterthanen, die gemeinen Staatsbürger- und insbesondere die gemeinen Bauerstandspflichten zu erfüllen, sondern auch als Domanialbesitzer, die besondern bäuerlichen Lasten zu entrichten, diese hingegen leisten die letztern ihrem Gutsherrn. Je nachdem dieser ein bloßer Gutsbesitzer, oder eine milde Stiftung, oder ein Pfarrherr, oder eine Kirche ist, welche einen besondern Schutzpatron hat, erhält diese Klasse von Bauern verschiedene Namen. Daher giebt es adeliche und gerichtsherrliche Bauern, Stiftsbauern, Klosterleute, Pfarrdotalen, Gotteshausleute, Martinsmänner, Peterlinge u. s. w. a) II. Nach der Art ihrer Besitzungen sind die Bauern Groß- und Kleinbauern. Zu den Ersten gehören alle diejenigen, welche wegen ihren Besitzungen Pferde zu halten, und Dienste mit Pferden zu leisten verbunden sind (Hüfner, Anspanner, Pferdner). Unter ihnen sind in manchen Ländern noch Unterschiede nach der Anzahl der Pferde. Die Lezten unterscheiden sich wieder in Halbe-Viertels-Achtel-Bauern, und bloße

bloſſe Häusler, Koffaten, oder Gärtner. b)
 III. Nach der Verſchiedenheit ihres per-
 ſönlichen Verhältniſſes ſind die Bauern ent-
 weder Freibauern, Freifaffen, Frei-
 zinsleute, oder leibeigene und unter-
 thänige.

a) Danz Handbuch B. V. §. 487. S. 180.

b) Weſtphal teutſch. u. reichsſtaend. Privatrecht. Th. I.
 Abh. 27. Anm. 5. S. 256.

II. T I T E L.

B a u e r n g ü t e r.

§. 147.

A) Erbrecht überhaupt.

Nicht alle Bauern haben auf ihren Beſizun-
 gen ein Erbrecht. Bei eintretenden Zweifeln
 darüber I. entſcheiden Verträge, Recesse, Erbre-
 giſter, Kauf- und Leihbriefe, die Landesgeſetze
 und das Herkommen. Iſt die Frage II. aus die-
 ſen Quellen nicht auszumitteln, ſo hat man dar-
 auf zu ſehen, ob die Bauern das Gut auf beſtimm-
 te oder unbeſtimmte Zeit erhalten; ob bei Ab-
 tretung des Guts ein Auszug oder Austrag ſtatt
 gefunden; ob der Gutsherr die Gebäude im bau-
 lichen Stande gehalten; ob die Zinsentrichtung
 die Natur eines bloſſen Pachtgeldes, oder eines
 Bekenngeldes habe, und ob der Zins veränder-
 lich ſey, oder nicht. Es ſind jedoch nur Gründe

der Wahrscheinlichkeit, welche den Gegenbeweis nicht ausschließen. a) III. Wo das Erbrecht der Bauern einmal gewiss ist, tritt das Gesetz der Untheilbarkeit ein, und muß der das Gut Uebernehmende seine Geschwister, oder, wer sonst eine Abfindung zu fordern hat, abfinden. Außerdem IV. geht die Erbfolge nach den Landrechten, wenn das Erbfolgegut kein eigentliches Bauerlehen ist. b) V. Aus dem Erbrechte der Bauern an ihren Besitzungen folgt sowohl das Recht des Auszuges, oder Austrages, wovon unten die Rede seyn wird, als die sogenannte Interimswirthschaft auf gewisse Colonnats- oder Mahljahre c), deren rechtliche Beschaffenheit hauptsächlich da hinausgeht, daß der Interimswirth solange, bis der eigentliche Anerb die zur Gutsannahme erforderlichen Jahre erreicht hat, die Nuzniessung des Bauernguts gegen die Verbindlichkeit erhält, nicht nur den Wohlstand desselben auf alle Weise zu befördern, sondern auch sein eigenes dahin verwendetes Vermögen in demselben bei seinem Abzuge zurückzulassen, dagegen aber für sich das Recht zu einer künftigen Leibzucht, und für seine Kinder auf sich ergebende Fälle die Erbfähigkeit und das Recht zu einer Brautgabe und Abfindung erwirbt.

a) Danz Handbuch B. V. §. 518. S. 292. u. §. 519. S. 294.
Runde Grundsätze des gem. teutsch. Privatrechts.
§. 518. u. 519. und die da angeführten Schriften.

b) Danz a. a. O. §. 520. S. 297.

c) Chr. Ludw. Runde Abh. der Rechtslehre von der Interimswirtheft auf teutfchen Bauergütern. Goetting. 1796. -- Vergl. J. Aeg. Kloentrup vorläufige Bemerkungen zu einer künftigen Theorie von dem Auerbenrechte. Osnabrück, 1802.

§. 148.

B. Bauerngüter mit Eigenthume.

Die Bauerngüter, worauf die Bauern ein wahres Eigenthum haben, find von zweifacher Art. Bald kommt ihnen darauf a) ein ganz vollkommenes Erbrecht, und freies Eigenthum in der Maafse zu, daß fie, außer den gemeinen Unterthanspflichten, keinen von einer Grund- oder Gutsherrfchaft ableitbaren bäuerlichen Frohnen und Zinfen unterworfen find, oder, wenn fich auch ein Zins vorfindet, derfelbe vielmehr ein bloßes Anerkennungsgeld ift (freie Bauerngüter). Bald hingegen haben fie b) zwar ein vollkommenes, aber unfreies, belastetes, oder befchränktes, oder gar nur ein unvollkommenes, oder fogenanntes Nuzeigenthum, wovon fie bäuerliche Frohnen und Zinfte leiften müffen. In diefe Klasse gehören 1) die Zinsgüter, 2) die eigentlichen Bauerlehen, oder Zinslehen, 3) die Erbzinfgüter, und die fremdartigen Emphiteufen, welche aus dem römifchen und kanonifchen Rechte in die teutfche Verfaßung gekommen find, und 4) die Meierdingsgüter. Die be-

sondere Abhandlung dieser Gutsarten, und der dadurch gegründeten Rechtsverhältnisse kommt an ihrem eigentlichen Orte, in der Lehre von Sachenrechten, vor.

§. 149.

C. Bauerngüter mit Pacht- oder Grundrechte ohne Eigenthum.

Die Gattung von Bauerngütern, worauf die Bauern kein Eigenthum haben, zerfällt in zwei Klassen: I. auf einigen haben sie bloße Pachtrechte. Dahin gehören die Meiergüter a), die Landfiedeleyen b), die Lafs- und Precareygüter. c) Um ihre Rechte, und, ob sie in diese Klasse wirklich gehören, zu beurtheilen, hat man zunächst auf die Leih- Pacht- und Meierbriefe, und auf die oben (§. 147.) angegebenen Zeichen der Erblichkeit und deren Dasein, oder Ermangelung zu sehen, aber man hüte sich, auf die Benennung des Guts, oder ihres Inhabers einen sichern Schluß bauen zu wollen. d) II. Auf andern kommt den Bauern ein dingliches Recht, oder, was man im allgemeinen Colonatsrecht, Grundrecht, erbliches Grundrecht, zu nennen pflegt, ohne Eigenthum zu. Wenn dieses schon ein wirkliches Realrecht ist, so darf doch der Besitzer, ohne des Grundherrn Willen, nicht eigenmächtig über das Gut verfügen. Der Besitzer ist für seine Person frei, aber er steht in einer dinglichen Abhängigkeit, und

trägt gewisse auf seine Besizung gelegte Reallasten. e) Es giebt deren verschiedene Arten. Einige führen ihren Namen 1) von dem über sie geschlossenen Vertrage; dahin gehören die Erblich- oder Erbbestandsgüter, die Erbmei ergüter f), die Erbschillingsgüter. g) 2) Andere von der besondern Art der Erbfolge; dahin gehören die Fall- und Schupflehen, Fallgüter, Leibgedingsgüter, Gnadengüter h), die Behändigungsgüter (praedia amanuata), und die Stamm- und Stockgüter i); 3) andere endlich von einem besondern Zinsgerichte, welches sich auf dem alten Hausherrnrechte gründet, von den aus sich erwählten Dienstgenossen gehalten wird, und wovon in der Regel keine Adpellation statt findet. k) Dahin gehören die Probstingsgüter, die Dinghöfe im Maynzischen, und mehrern Rheingegenden l), die Zeidelgüter im Nürnbergischen m), die Hägergüter, und mehrere unter besondern Ladengerichten stehende Laßgüter. n) Alle diese bisher genannten Güter erhalten ihre rechtliche Bestimmung unmittelbar aus den darüber errichteten Verträgen, und den individuellen Meierordnungen, und können aus diesem Grunde hier fast nur namentlich aufgeführt werden.

a) Gabken Grundsätze des Dorf- und Bauernrechts. §. 193. S. 106.

b) Gabken a. a. O. §. 223. S. 119. -- Danz Handbuch. B. V. §. 524. S. 244.

- c) *Danz a. a. O. S. 350.*
- d) J. G. Estor kleine Schriften. St. II. n. 3. -- Ab. Kästner de erronea DD. opinione per locationem ad longum tempus utile transferri dominium. Lips. 1743. -- J. H. Eberhard Abh. zur Erläuterung der Rechte. Frankfurt und Leipzig. 1775. S. 173.
- e) *Danz a. a. O. §. 527. S. 359.*
- f) *Gabken a. a. O. §. 193. S. 106. -- Danz a. a. O. S. 372.*
- g) *Gabken a. a. O. §. 229. S. 122.*
- h) *Danz a. a. O. §. 528. S. 375.*
- i) Jülich - und Berg. Rechtsordn. Cap. 80.
- k) von Selchow neue Rechtsfälle. Frankfurt. 1787. B. I. S. 135 - 314.
- l) von Buri Abh. von Bauerngütern. 1783. S. 297. -- *Danz a. a. O. §. 529. S. 378.*
- m) J. C. Oelrichs Büthnerrecht. 1792.
- n) Th. Hagemann über die Haegergüter in dem Archiv für die Rechtsgelahrtheit. Th. III. S. 1 - 29.

III. TITEL.

Rechte und Pflichten der Bauern.

§. 150.

A. Rechte;

a) gemeine,

Der Bauerstand, als eine Klasse von Staatsbürgern, genießt mit diesen in der Hauptlache ganz gleiche Rechte. Hingegen, als Bauerstand im wörtlichen Sinne genommen, leidet sein bür-

gerliches Verhältniß manche eigene Bestimmungen, die theils gemeine, theils besondere sind, je nachdem sie allen, oder doch ganzen Klassen von Bauern nach gemeinrechtlichen Normen zustehen, oder auf einzelnen Privilegien beruhen. In der Darstellung der gemeinen Bauernrechte hat man hauptsächlich darauf zu sehen, ob der Bauer persönlich, und dinglich frei, oder hinterfällig sei. a) I. Der Freibauer, wenn er schon einen auferlegten Zins, oder einen Zins zur Anerkennung der Gerichtsbarkeit zu bezahlen hat, kann frei über sein Bauerngut verfügen, sowohl unter Lebendigen, als von Todeswegen; die Intestaterbfolge auf seine Besitzungen ist mit der gemeinrechtlichen auf Allodien ganz identisch. Nur die bäuerliche Landfolge, welche dem Bauernstande zum Unterschied des Bürgerstandes obliegt, macht seine sonst freie Besitzung zum Bauerngut. In einem ganz andern Verhältnisse II. stehen die Hinterlassen, welche einem Guts- oder Grundherrn pflichtig sind. Diese unterliegen nach der Beschaffenheit ihrer Besitzungen, und der darüber abgeschlossenen Verträge, nach Gesetzen und Herkommen, manchen Beschränkungen, welche der Freibauer nicht kennt: so haben 1) Bauern, welche nur unvollkommene, oder sogenannte Nuz-eigenthümer sind, keine freie Proprietät, vindiciren jedoch von jedem, sind aber den durch Verträge, Gesetze und Herkommen bestimmten Leistungen unterworfen. 2) Bauern, welche nur

mit einem Pacht- oder Grundrechte versehen sind, haben gar keine Proprietät, sie dürfen über die Substanz ihrer Besitzungen nichts verfügen, eine von ihnen verliehene Dienstbarkeit hat an, und für sich keine Gültigkeit. In Ansehung Dritter aber werden sie, wie Eigenthümer angesehen, welchen nach Art eines römischen Nutznießers, *utilis rei vindicatio* zusteht. Die Abmeyerung solcher Bauern hängt bald von der Natur und dem Inhalte des Gutsvertrages ab; bald beruht sie auf der Willkür des Gutsherrn; bald muß dieser eine gegründete Ursache beweisen, und die Entsezung erfolgt nur im Wege Rechtens. b) Das Erbrecht der Bauern auf diesen Gütern ist nach den einzelnen provincialen Statuten und Gewohnheiten so sehr verschieden, daß im allgemeinen nichts vollkommen Zuverlässiges darüber gesagt werden kann.

a) von den Leibeigenen wurde bereits oben gehandelt.

b) Died. Engelken D. de causis expellendi colonos. Goetting. 1798. -- Danz Handbuch. B. V. §. 534 u. 535. S. 439 - 451. -- Struben de jure villicorum. Cap. 8. §. 12. -- Dessen rechtl. Bed. Th. III. Bed. 114. S. 386.

§. 151.

b) besondere.

Der Bauernstand, obwohl die unterste Volksklasse, hat auf den Wohlstand des Staats einen eben so entschiedenen, als vorzüglichen Einfluß.

Daher versprachen ihm frühere und neuere Gesetzgebungen nicht nur einen besondern Schutz in Rücksicht auf seine Produktion, sondern begünstigten ihn auch noch mit einzelnen Vorrechten, welche andern Bürgerklassen nicht zukommen. Da ein großer Theil der Bauernprivilegien schon in den römischen Rechten gegründet ist, andere aber auf individuellen Landes- und Ortsstatuten beruhen, so kann derselben hier keine sonderheitliche Erwähnung geschehen. a)

a) Gabken Grundsätze des Dorf- und Bauernrechts. §. 432 - 470. S. 238 - 261. und die dort angeführten Gesetze und Schriften.

§. 152.

B. *Verbindlichkeiten der Bauern.*

AA. *Oeffentliche.*

Die öffentlichen Verbindlichkeiten der Bauern, welche sie als Bauern - Unterthanen dem Landesherrn zu leisten schuldig sind, bestehen in Diensten und Geld. I. Unter die Dienste rechnet man 1) die Militärfrohn, Burg- und Festungsdienste. a) 2) Die Landespolizeidienste, als die Amts- Gerichts- und Jagdfolge b), die Ausbesserung der Wege, und der Brückenbau c), ferner das Bewachen öffentlicher und anderer Plätze, wo es die Noth des Landes erfordert d), und 3) die Hoffolge. Bei allen diesen Diensten ist nicht zu vergessen, daß der Bauer, als Landesunterthan diene,

woraus sich eine zweckmäßige Umlegungs- und Vertheilungsart von selbst ergibt. e) II. Die in Geldleistungen bestehenden Unpflichten der Bauern sind theils ordentliche, theils außerordentliche. Jene begreifen die gewöhnlichen Landessteuern und Abgaben unter sich; diese können im allgemeinen nicht bestimmt werden.

a) RAbfch. v. 1654. §. 180. -- Denecken Dorf- und Landrecht. Th. I. Cap. VII. §. 36. -- Struben rechtl. Bed. Th. III. Bed. 143. -- Dessen Nebenst. Th. IV. Abh. 30. S. 458. -- J. Chr. Conr. Schroeter Abh. zur Erläuterung des teutschen Rechts. Th. I. S. 341. folg.

b) v. Moser Forst- und Jagdarchiv. B. II. S. 186 u. 432. Beck von der Forstgerechtigkeit, und dem Wildbann. Cap. 17. §. 4. -- v. Cramer Wezlar. Nebenst. Th. 99. N. 4. S. 87.

c) Const. Augst. v. 1643. renov. 1645. -- v. Rohs Haushaltungsrecht. P. I. Lib. V. Cap. II. S. 773.

d) Klingner Sammlung zum Dorf- und Bauernrecht. Tom. II. Cap. 16. §. 155. -- Gabken Grundsätze des Dorf- und Bauernrechts. §. 305 - 308.

e) Bodmann Erörterung der Grundsätze, wornach die Kriegschäden jeder Art festzustellen, zu erstatten und zu peraequiren sind. Frankfurt. 1798. -- Chr. Aug. Wichmann über die natürlichsten Mittel, die Frohdienste bei Kammer- und Rittergütern ohne Nachtheil der Grundherren aufzuheben. Leipzig. 1795. -- J. Aug. Schlettwein die wichtigste Angelegenheit für das Publikum, oder die natürliche Ordnung in der Politik. Carlsruhe. 1773. -- Strölin Einl. in die Lehre von Auflagen. Nördlingen. 1778.

§. 153.

BB. Privatfolge, oder Unpflichten, welche die Bauern ihren Gutsherren leisten müssen.

1) *Dienste, oder Frohnen.*

1) Begriff und Arten.

Die Frohnen, (Schaarwerke, Robot) bestehen in mechanischen Arbeiten zur ländlichen Oeconomie, so daß künstliche und handwerksmäßige Arbeiten ganz davon ausgeschlossen sind. Sie theilen sich I. nach ihren Grund in a) Realfrohnen, welche auf gewissen Gütern haften, und durch deren Besitz in der Art begründet sind, daß die Person des Inhabers durchaus in keine Betrachtung kommt, und b) Personalfrohnen, die, ohne Rücksicht auf einen Gutsbesitz, einzig und allein von der Person des Dienstpflichtigen entweder als Folge wirklicher, oder als Ueberbleibsel ehemaliger Leibeigenschaft gefodert werden. Ihre Bestimmung richtet sich, wenn kein besonderer Vertrag vorhanden ist, nach der natürlichen Fähigkeit des Dienstpflichtigen. II. Nach den öconomischen Verhältnissen der Frohnpflichtigen in Hand- und Spanndienste. Jene sind ferner männliche, oder weibliche, je nachdem die Bauern zufolge des Landes- oder Ortsgebrauches eine Manns- oder Weibsperson zur Arbeit schicken müssen. Eben so muß das Spannwerk den Landes- und

Ortsgebräuchen entsprechen, und zur schuldigen Arbeit tüchtig seyn; endlich III. nach der Art der Leistung in ordentliche und außerordentliche, und erstere wieder in gemessene und ungemessene. In die Klasse der außerordentlichen gutsherrlichen Frohnen gehören insbesondere die Burgfesten - oder Baufrohn, und die Jagdfolge. a)

a) Danz Handbuch. B. V. §. 496. 497. S. 218. folg.

§. 154.

2) Grundlage der Frohnpflicht.

Der ursprüngliche Grund der bäuerlichen Frohnpflicht liegt I. bei den persönlichfreien Bauern in den Dienstverabredungen a), oder Verträgen, welche vormals zwischen den Gutsherren und ihnen bei Ueberlassung des Nuz eigenthums, oder des Pacht - oder Grundrechts mündlich, oder schriftlich errichtet, und zur Befriedigung der Wirthschaftsbedürfnisse, wegen Mangel an Menschenhänden, und an Geld zum Aequivalente der Arbeiten nothwendig geworden sind. b) II. Bei Leibeigenen in der persönlichen Abhängigkeit, in welcher diese zu ihren Leibherren stehen. Die Rechtsquellen, wonach Frohnstreitigkeiten entschieden werden sollen, sind Dienstverträge und Erbreghister, Dienstordnungen, locales Herkommen, wobei jedoch alle Vorsicht zu empfehlen ist, und endlich allgemeine Landesgesetze.

- a) Runde Grundsätze des gem. teutsch. Privatr. §. 494.
- b) Vergl. Karl Salam, Zachariae Geist der teutsch. Territorialverfassung. Leipzig. 1800. S. 237. -- Beitrag zur Geschichte und Frohne, oder Scharwerke in Baiern. Frankfurt. 1798. -- Karl Heller von Hellersperg über die Verhältnisse der Gerichtsbarkeit und Scharwerke in Baiern. Nürnberg. 1798. -- Natürliches Mittel, die Scharwerke und Frohnen in Baiern aufzuheben. 1802. -- Heinr. Adolph Lehzen Comm. de vero, et originario fundamento obligationis rusticorum ad operas, et censum praestandum. Götting. 1793.

§. 155.

3) Personen, welche frohn- oder dienstpflichtig sind.

Dienstpflichtig sind I. alle diejenigen, welche ein mit Frohnpflicht behaftetes Gut besitzen, ohne daß eine Rücksicht auf die Eigenschaft des Besitzers genommen wird. a) In der Regel liegt die Vermuthung auf allen und jeden Bauerngütern so lange, bis nicht eine besondere Befreiung bewiesen ist b); diese dingliche Dienstpflicht geht auch auf die Erben über, nach Art und Grölse der Besizung, wie sie einem jeden zu Theil wird. II. Alle Leibeigene, deren Dienstpflicht auf ihrer Person selbst haftet.

- a) Leyser jus georg. L. III. Cap. 27. N. 23. -- Denecken Dorf- und Landrecht. P. II. Cap. V. §. 32. folg.
- b) Gabken Grundsätze des Dorf- und Bauernrechts. §. 359. S. 191.

§. 156.

4) Art, die Frohnen zu leisten.

In Ansehung der Art, wie die Frohnen zu leisten sind, hat man I. vor allen die darüber bestimmenden Verträge und Dienstordnungen nachzusehen. Enthalten diese nichts besonders, so sind sie in der Regel II. nur an Werktagen, vom Sonnenaufgange, bis zu Sonnenuntergang auf Kosten des Frohnpflichtigen, in wie fern keine gewisse Vergeltung bedungen ist, jedoch nur auf vorhergehendes Ansuchen, zu leisten. Ob die wirkliche Leistung als Manns- oder als Weiberdienst betrachtet werden müsse, hängt in Fällen, wo der Dienstkontrakt darüber nichts entscheidet, sowohl von der Natur der zu verrichtenden Arbeit, worunter jedoch nur mechanische Arbeit zur ländlichen Oekonomie verstanden werden darf, als auch davon ab, ob die Dienstpflicht dinglich, oder persönlich ist. III. Die bisher so bestrittene Frage, ob im Zweifel gemessene, oder ungemessene Frohnen vermuthet, und geleistet werden müssen, löset sich von selbst auf, wenn man von der Vorfrage ausgeht, ob von ordentlichen, oder außerordentlichen Diensten die Rede ist. a) Auf keinen Fall aber IV. darf man unter ungemessenen sich solche denken, deren Maas und Art nach unbedingter Willkür von dem Dienstherrn bestimmt werden dürfte. Vielmehr soll kein Frohnherr seine Foderung über sein eigenes Bedürfnis b), und so weit aus-

dehnen, daß seinen Gutsunterthanen die Möglichkeit ihrer bürgerlichen Existenz ganz entzissen wird. Der über Bedrückung von Gutsunterthanen aufgeforderte Richter dürfte und müßte, auch bei ungemessener Dienstpflicht, wenigstens auf ein natürliches Maas derselben, sowohl ihrer Quantität, als der Art ihrer Leistung nach, erkennen. c) Daher kann V. die Vermehrung der Bedürfnisse durch Gutserweiterung den Frohnherren eben so wenig zur größern Dienstfoderung berechtigen, als den Frohnpflichtigen seine verbesserte Gutslage zu härtern Leistungen verbinden mag. d) VI. Da die Frohnpflicht in der Regel aus dem Dienstkontrakte hervorgeht, so greift keine einseitige Abänderung Platz e), sondern die Umwandlung der Naturaldienste, oder die Befreiung von denselben, kann durch einen gültigen Vertrag, oder durch die Verjährung geschehen. f)

a) Danz Handbuch. B. V. §. 499. S. 220. -- Cramer wezlar. Nebenst. Th. V. N. 4. S. 66. Th. XII. N. 10. S. 130.

b) Pufendorf Obl. Tom. I. Obl. 121. §. 5. 6.

c) Joh. Leon. Haufchild Abh. von Bauern und Frohndiensten. Dresden und Leipzig. 1771. S. 69. -- Gabken Grundsätze des Dorf- und Bauernrechts. §. 336. S. 180.

d) Pufendorf l. c. §. 7. 8.

e) J. Pet. Wagner vom Surrogate der Hand- und Spanndienste, nebst einer Vorrede von Just. Fridr. Runde. Cassel. 1775.

f) Pufendorf Tom. I. Obs. 224. — Struben rechtl. Bed. Th. IV. Bed. 17. — Danz Handbuch. Th. V. §. 501 und 502. S. 226. folg.

§. 157.

5) Insbesondere Gemeindefrohn.

Außer den bisher gesagten Frohndiensten liegen den Bauern, als Mitgliedern einer Dorfgemeinheit, noch besondere Dienste zur Erhaltung und Beförderung der öffentlichen Ortsanstalten ob, welche man mit dem Namen Communfrohnen, obwohl sehr uneigentlich, bezeichnet. Sie beruhen auf dem unter den Mitgliedern bestehenden gesellschaftlichen Verbande. Ihre rechtliche Beschaffenheit muß zunächst aus der individuellen Verfassung einer jeden einzelnen Gemeinheit erholet werden; im allgemeinen jedoch läßt sich folgende Regel aufstellen: wer an den Vortheilen, die zunächst aus der Gemeindevereinigung entspringen, Antheil zu nehmen berechtigt ist, ist auch verpflichtet, zu dem Aufwand, der durch den Zweck der Gesellschaft veranlaßt wird, zu concurriren.

§. 158.

II) Abgaben.

a) Zinsen;

aa) überhaupt.

Der allgemeine Ausdruck „Zins“ hat verschiedene Bedeutungen. Man versteht darunter eine gewisse Abgabe in baarem Gelde, oder Naturalien, welche ein Bauer entweder 1) für die Ueberlassung eines erblichen Grundeigenthumes an dessen Verleiher, oder für ein auf seinem schon besessenen Eigenthume aufgelegtes Capital an dessen Gläubiger (Grund - oder Bodenzins), oder 2) zur Vergeltung der Früchte aus einem ihm erblich oder zeitlich verliehenen Grundstücke als Pächter, oder Nuzniesser an den Eigenthümer (Pachtzins), oder 3) zur Anerkennung der Grundherrlichkeit, als Erbzinsmann, sogenannter Nuzeigenthümer, oder Emphiteut, an seinen Gutsheerrn (Canon, Erbeigenzins), oder 4) zur Bekenntniß und Vergeltung einer erhaltenen Befreiung, der Heerbannsfolge, der peinlichen, bürgerlichen, oder geistlichen Gerichtsbarkeit, der Vogtei - oder Schirmherrschaft (Bekenngeld), oder 5) zur Bekenntniß der Leibeigenschaft, oder Hofhoerigkeit (Leibzins, personal Zins), entrichten muß. a) Aus dieser Beschreibung ergibt sich, daß man sich aus den bloßen Worten, Zins, Zinsgut, Erbzinsgut, Zinsleute,

Zinsmänner, Zins - und Güldherrn keine durchaus gleiche Folgerungen erlauben, noch auch die Zinsenfoderung, oder Leistung, als unbedingten Maasstab der Bestimmung von bäuerlichen und gutsherrlichen Rechten zum Grunde legen dürfe.

- a) K. H. Lang historische Entwicklung der teutschen Steuerverfassung, Berlin und Stettin. 1793. S. 125 - 140.
 Just. Hen. Boehmer D. de vario censuum significatu et jure. Halae. 1722.

§. 159.

bb) Grundzins.

1) Begriff, und Arten.

Der Grund - oder Bodenzins, welcher als eine dingliche Last auf einem Bauerngute dergestalt liegt, daß er von jedem Besitzer desselben geleistet werden muß, begründet I. das eigentliche Zinsgut (*bonum censiticum*), wovon der Besitzer ein vollkommener und nur mit der Zinspflicht (*Census*) belasteter Eigenthümer ist. Der eigentliche Zinsmann ist demnach von dem Erbzinsmanne, oder Emphiteut, welcher ein mit einem Erbeigenzinse (*Canon*) belastetes, unvollkommenes, oder Nuzeigenthum hat, sehr merklich unterschieden. II. Nach allgemeinen Grundfäzen wird jenes vor diesem vermuthet. a) III. Der Grund - oder Bodenzins theilet sich a) nach der Art seines Entstehens in vorbehaltenen (*Census reservativus*), welchen der

Eigenthümer bei der vollen Uebertragung seines Rechts an einen andern sich vorbehält, und aufgelegten (Census constitutivus), welcher vom Eigenthümer selbst auf sein Eigenthum, entweder auf vergeltliche, oder unvergeltliche Weise einem andern errichtet wird. b) Nach seiner wirklichen, oder möglichen Dauer in ablöslichen und unablöslichen, je nachdem der Eigenthümer durch die Wiedergabe des Capitalles sich von ihm befreien darf, oder nicht. c) Nach der Art der Leistung in Geld- und Naturalzins. b)

a) Leyser Spec. 102. M. 2. — Struben rechtl. Bed. Th. III. Bed. 146. S. 514.

b) Danz Handbuch. B. V. §. 507. S. 251.

§. 160.

2) Natur des eigentlichen Grund- oder Bodenzinses.

Jeder Grund- oder Bodenzins ist I. seiner Natur nach eine dingliche Last, er mag aus der Verleihung eines Grundstückes, oder aus einem verschleierten Darlehen herrühren a), jedoch II. mit dem Unterschiede, daß bei vorbehaltenen Zinsen das Grundstück selbst, als das unvergeltet Verliehene (gleichsam als Capital), hingegen bei aufgelegten Zinsen das Grundstück nur als eine Hypothek für den schuldigen Hauptstock haftet. b) III. Da die Entstehung der Grundzinse

ursprünglich auf einer mündlichen Verabredung oder einem schriftlichen Vertrage beruht, so muß man, um ihre rechtliche Natur auszuforschen, zunächst die Zinsverträge, Zinsregister, Zehendrecesse, das Herkommen des Orts, oder der Gegend, und die deshalb vorhandenen Landesgesetze einsehen, und darnach die Verhältnisse des Zinsherrn, und der Zinsleute bestimmen. Im allgemeinen IV. ist der aufgelegte Zins, wenn er auch unablöslich ist, an und für sich allein kein Merkmal eines wahren Bauerngutes. Auch kann der Zinsmann neben seinem Zinsherrn noch einen andern Grund- oder Gutsherrn haben, obschon derselbe in der Regel vollkommener Eigenthümer von dem Zinsgute ist. Hingegen V. ist der vorbehaltene Zins ein wirkliches Zeichen eines wahren Bauernguts; er selbst aber ist bei allen und jeden Zinsgütern nicht immer von durchaus gleicher Beschaffenheit. Manchmal drückt er nur die Erinnerung der ehemaligen Verleihung des Eigenthums aus, und besteht sodann in einer sehr geringen Abgabe: manchmal ist er das Surrogat der Zinsen von einem dem Gutswerthe gleichkommenden Hauptstocke, weil das Grundstück ursprünglich unentgeltlich verliehen worden ist. Aus diesem wird es VI. begreiflich, warum ein zeitlicher, auch außerordentlicher Miswachs keine nothwendige Verringerung dieses Grundzinses mit sich bringe. Imgleichen VII. schließt die Art der Entstehung dieses Grundzinses jede einseitige Abänderung aus. c) VIII. Durch

Saumfeligkeit setzt sich der Zinsmann auf Andringen des Zinsherrn dem Gerichtszwange aus, welcher jedoch nur unter den Bedingungen bis zur Abmeierung getrieben werden kann, unter welchen ein anderer gemeiner Schuldner den Folgen der strengen Execution unterworfen werden darf. In einigen Orten ist der sogenannte Rutschierzins herkömmlich. d)

a) Jo. Jac. Sorber Comm. de censu constitutivo, seu mutuo palliato. Jen. 1746.

b) von Buri Abh. von Bauerngütern. S. 108.

c) v. Buri a. a. O. S. 472. — Struben rechtl. Bed. Th. III. Bed. 114 S. 386.

d) Runde Grundfaeze des gem. teutsch. Privatr. §. 513, Danz Handb. B. V. §. 513 und 514. S. 282. folg.

§. 161.

cc) *Zinsen bei Erbzins - Pacht - und Meiergütern.*

Eine von den in §. 160. abgehandelten Grundzinsen verschiedene Art von Zinsen (in der allgemeinen Bedeutung des Worts. §. 158.) ist diejenige, welche Bauern, als unvollkommene Gutseigenthümer (Nuzeigenthümer, Erbzinsmänner, Emphiteuten), oder als Erbpächter, oder als bloße Pächter an ihre Grund-Guts - oder Pachtherren entrichten müssen. Sie sind I. ihrem Entstehen nach vorbehaltene Zinse a), und II. nach der Beschaffenheit, und den Bedingungen, unter welchen ein Grundstück

an Bauern gewöhnlich überlassen wird, von dreifacher Art, nämlich ein Erbenzins, ein Erbpachtzins, und ein bloßer Pachtzins. Die erste Art findet sehr häufig nach der Idee eines römischen Canons, als ein bloßes Bekenngeld statt, und alsdann kann sie weder einseitig erhöht, noch ein Nachlaß daran wegen sich ereignenden Unglücksfällen gefodert werden. Die letztern zwei Arten haben die Natur einer Vergeltung für die gewonnenen Früchte, und lassen, wenn nicht ein besonderer Vertrag entgegen steht, nach Umständen einen Nachlaß zu. b) III. Ein wiederholter Saumsal in dessen Entrichtung berechtigt nicht nur zur Klage, und nach manchen Landesordnungen wohl gar zur Selbsthülfe, sondern kann auch die Abmeierung des Schuldners nach sich ziehen. IV. Bei einem ausgebrochenen Concurse steht dem Erbzins - Erbpachts - oder bloßen Pachtherrn in Ansehung des Gutes selbst das Absonderungsrecht zu; in Rücksicht der rückständigen Zinse hat man, wo nicht besondere Landesgesetze eine eigene Ordnung bestimmen, nach der Analogie des gemeinen Rechts zu urtheilen. c)

a) Jo. Andr. Joachim de censu constitutivo, et reservativo. Lips. 1727. -- v. Buri Abh. von Bauerngütern. S. 109.

b) Danz Handbuch. B. V. §. 516. S. 287.

c) Chr. D a b e l o w Erläuterung der Lehre vom Concurse der Gläubiger. Th. I. §. 47. S. 132. Th. II, §. 266. S. 305.

dd) *Laudemium oder Lehenwaare.*

Das *Laudemium*, Anleit - Anfallgeld, Handlohn, Einfahrt, bezeichnet überhaupt alles dasjenige, was der neue Erwerber seinem Gutsherrn für die Einsezung in das verliehene Grundstück oder Bauerngut zu entrichten hat, und findet sowohl bei den eigentlichen Lehengütern, als auch bei Bauern - oder sogenannten gutsherrlichen Gütern statt. Von letzterm ist hier die Rede. I. Seine Bestimmung erhält es aus Verträgen, Zinsbüchern, Erbregistern, örtlichen Statuten und Herkommen, aus Landesgesetzen, aus der eigentlichen Natur der einzelnen Arten von Bauerngütern, endlich aus der Analogie des römischen Rechts. a) Außerdem führt II. die Natur des Handlohns auf folgende allgemeine Grundätze: 1) ein jeder, welcher einem andern ein Grundstück oder ein Nuzungsrecht einräumt, kann für die Aufnahme einen Handlohn sich ausbedingen, und 2) wer ein Grundstück unter Laudemialpflicht auf eine gesetzlich gültige Weise an sich gebracht hat, kann sich ihrer Erfüllung nicht entziehen. 3) Ob ein Grundstück wirklich Handlohnpflichtig sey, oder nicht, muß bei einzelnen Bauerngütern aus besondern Quellen bestimmt werden; imgleichen muß man 4) die Frage über die Quantität des Handlohns aus individuellen Verträgen, örtlichem Herkommen, localem Gesetze, dann aus den Landesordnungen, allgemeinen Gewohnhei-

ten, und endlich in Ermangelung aller dieser Quellen aus dem römischen Rechte entscheiden. 5) Ein eigentlicher Laudemialfall ist alsdann vorhanden, wenn das jemand an einem Gute bereits verliehene Nuzeigenthums - oder Grundrecht auf einen ganz neuen Erwerber in der Art übergeht, daß dieser, um es in eigenem Namen inne zu haben, der besondern Genehmigung des Gutsherrn bedürfte, woraus sich die Frage von selbst löset, ob die Intestaterben für die ererbten Grundstücke einen Handlohn zu entrichten schuldig sind, oder nicht. b) Hingegen 6) kann bei einer Veränderung in der Person des Grundherrn in der Regel kein Laudemium gefodert werden. c) III. Die Folgen des Saumfales in der Erfüllung der Laudemialpflicht sind durch Landesgesetze und locales Herkommen sehr verschieden bestimmt d); eben so IV. richtet sich die deshalb platzgreifende Klage nach den Grund der Laudemialpflicht. e) Uebrigens muß man V. von dem eigentlichen Handlohne den Schreibschilling, oder die Ab- und Zuschreibgebühre wohl unterscheiden. f)

a) Jo. Chr. Conr. Schroeter Abh. von der Lehenwaare. Berlin, 1789. -- Jo. Beck Abh. von der Nachsteuer und Handlohn, mit Langens Anmerkungen. Bayreuth. 1781.

b) Schroeter a. a. O. S. 642. folg. -- Gmelin und Elsäffer gemeinnützig juristische Beobachtungen und Rechtsfaelle. B. IV. N. 8.

c) Schroeter a. a. O. S. 437 - 606. -- Pufendorf Tom. III. Obf. 35, 36, 57. -- Danz Handbuch B. V S. 532. S. 415 - 424.

d) Schroeter a. a. O. S. 717. folg.

e) Schroeter a. a. O. S. 698 - 712. - Danz a. a. O. S. 427.

f) Danz a. a. O. §. 533. S. 434 - 439.

§. 163.

ee) Zehenten.

Unter die auf Bauerngütern haftenden Un-
pflichten gehören auch die Zehenten. Man ver-
steht darunter einen bestimmten, meistens den
zehnten Theil der Früchte, welchen der Bauer
von seinem Gute an den Zehentherrn zu entrich-
ten hat. Ausführlicher wird davon in der Lehre
von Sachenrechten unter dem Titel „Zehent-
recht“ gehandelt werden.

II. ABTHEILUNG.

Von den Sachenrechten.

§. 164.

Einleitung.

In Rücksicht auf den Gegenstand des Rechts
überhaupt unterscheidet man das Personen- und
Sachenrecht. Von jenem wurde bisher gehan-
delt. Das Sachenrecht bezieht sich zunächst auf
Sachen. Sache, im Gegensatze der Person, ist ent-
weder eine für sich bestehende Substanz, eine
Sache im eigentlichen Sinne, ein Ding,
oder die Handlung einer andern bestimmten

Person. Daher ist das Sachenrecht entweder ein dingliches oder persönliches. Jenes ist das Recht auf ein Ding, ohne Beziehung auf eine andere bestimmte Person, dieses ist das Recht auf die Handlung einer andern bestimmten Person. Darauf beruht die allgemeine Uebersicht der gegenwärtigen Abtheilung, der ich die Bemerkung beizufügen habe, daß einerseits die gemeinrechtlichen Grundsätze in dieser Lehre vorausgesetzt, andererseits nur die besondern Eigenheiten des teutschen Rechts berührt werden.

I. UNTERABTHEILUNG.

Von den dinglichen Sachenrechten.

I. ABSCHNITT.

Vom Eigenthume und den dasselbe theils beschränkenden, theils beschwerenden dinglichen Sachenrechten.

I. TITEL.

Vom Eigenthume überhaupt.

§. 165.

Begrif und Natur des Eigenthums.

Eigenthum im formalen Sinne ist das dingliche Recht, vermöge dessen Natur jemand ausschließlich befugt ist, über eine gewisse körperliche Sache zu selbstnützigen Zwecken nach Willkühr zu verfügen. Eigenthum im ma-

terialen Sinne ist die gewisse körperliche Sache selbst, worauf jemand das Eigenthumsrecht hat. Die Natur des Eigenthums zerfällt in drei Hauptrechte: 1) das Recht, über die Substanz der Sache, d. h. über die Sache selbst an sich betrachtet, zu verfügen, oder das Proprietätsrecht. Vermöge dessen darf der Eigenthümer seine Sache nach Willkühr verändern, und veräußern, in wie fern er nicht eine Aeufferung fremder Thätigkeit verlezet, und auf diese Art dem Gesetze entgegenhandelt. 2) Das Recht, über die Accidenzien der Sache, so weit sie als Mittel zu Zwecken dienen können, d. h. über den Nutzen der Sache zu schalten, oder das Nutzungs- oder Gebrauchsrecht (*jus utendi fruendi causale*). Vermöge dessen darf er alle Nuzungen aus der Sache entweder selbst beziehen, oder die Benutzung einem andern überlassen. 3) das Recht, über den Besitz der Sache nach Belieben zu verfügen, oder das Besitzrecht (*jus possidendi causale*). Vermöge dessen darf er die Sache selbst besitzen, oder den Besitz auch auf andere übertragen. Wer diese Rechte in seiner Person vereiniget, dem kommt das Prädicat Eigenthümer zu.

§. 166.

Eintheilung des Eigenthums.

Die Eintheilungen des Eigenthums beziehen sich theils a) auf die Theilnahme mehrerer Personen an den in der Natur des Eigenthums be-

griffenen Rechten (§. 165.), theils b) auf Einschränkungen in der Ausübung dieser Rechte. In der ersten Rücksicht hat man Allein- und Miteigenthum zu unterscheiden: nach der zweiten Rücksicht theilt sich das Eigenthum in eingeschränktes und uneingeschränktes.

§. 167.

A. Allein- und Miteigenthum.

Entweder steht das Eigenthum an einer Sache nach allen seinen Bestandtheilen nur einem Individuum, oder Mehrern zu. Dort heisst es *Alleineigenthum*, hier *Miteigenthum*. Bei diesem müssen nach den teutschen Rechten wieder zwei Fälle unterschieden werden: denn entweder erstreckt sich das Recht eines jeden Miteigenthümers auf die ganze Sache (*in solidum*) so, daß dabei nicht einmal unabgesonderte Theile, und die nach einem gewissen Verhältniß bestimmt sind, gedacht werden, oder das Recht eines jeden Miteigenthümers beschränkt sich auf einen von den übrigen unabgesonderten Theil des Ganzen in der Art, daß ein jeder Einzelne nach einem gewissen Verhältnisse einen Antheil an der gemeinschaftlichen Sache hat. Die erste Art nennt man *Gesamteigenthum* (*Condominium in solidum, et pro indiviso*), und ist den teutschen Rechten eigen. a) Die zweite Art trägt den Namen des *Miteigenthums* (*Condominium*), und gründet sich im

römischen Rechte. b) Von diesem unterscheide man die bloße Gemeinschaft, welche auch bei andern Rechten vorhanden seyn kann, und wovon Eigenthum kein wesentliches Merkmal ist.

a) H. C. Senkenberg primae lineae condominii pro iudiviso. Goetting. 1736.

b) L. 94. D. de solut. -- L. 2. C. pro socio. -- Chr. Gottl. Biener de natura, et indole dominii in territoriis Germaniae. Halae. 1780. L. I. C. 3. p. 50.

§. 168.

Insbesondere Allmenden.

Unter den miteigenthümlichen Gütern verdienen die sogenannten Allmenden oder Gemeindegüter, wohin die gemeinen Weideplätze zu zählen sind, eine besondere Aufmerksamkeit. Die Bestimmung ihrer rechtlichen Natur fordert scharfe Unterscheidung 1) der Proprietät, welche, solange die Gutsgemeinschaft, als solche, besteht, nur als ein Recht der Gesamtheit in der Art betrachtet werden kann, daß nur alle Theilhaber zusammen über sie rechtsgültig verfügen können, und 2) der Benutzung, in Ansehung deren sie, als Gemeingut, bald nach distributiver, bald collectiver Einheit erscheinen. a) Die Verwaltung der Gemeindegüter von der letzten Art hängt von dem steten Einflusse der obern Landespolizeigewalt ab. Vor allen wichtig ist die Theilung und Aufhebung der Allmenden, welche auf drei Fragen führt, nämlich:

1) was erfordert die Vertheilung derselben? 2) nach welchem Maasstab soll sie geschehen? und 3) wer ist zu einem Antheil berechtigt? Geht man von dem die rechtliche Natur der Allmenden oder Weideplätze zunächst bestimmenden Gesichtspunkte, dem Miteigenthume, aus, so ergiebt sich a) daß die Mehrheit der Stimmen, ja selbst der individuelle Wille für die Theilung eben so entscheidend seyn müsse, als die Einstimmigkeit aller Gemeinheitsglieder b), b) daß nur die Theilung nach Köpfen der rechtlichen Idee der Gemeinheit entspreche c), und c) die activen Gemeinheitsglieder es allein seyn können, welche zu Antheilen der abgetheilten Allmende berechtigt seyn.

a) Meine Prüfung einzelner Theile des bürgerlichen Rechts. II. B. I. Abh. -- Vergl. Just. Fridr. R u n d e Grundsätze des gem. teutsch. Privatrechts. §. 181. b. -- D e s s e n Beiträge zur Erläuterung rechtlicher Gegenstände. B. I. N. I. §. 11. G o e n n e r über Cultur und Vertheilung der Gemeindeweiden. Landshut. 1803.

*) Das rechtliche Verhältniß der Allmenden muß im teutschen Rechte lediglich aus der ihnen eigenthümlichen Natur abgeleitet werden, da nur einzelne Landesgesetze dasselbe bestimmen. Unter diesen verdienen bemerkt zu werden: die osnabrückische mit Genehmigung der Landstände erlassene Verordnung vom 4. Jun. 1785., die Churbraunschweig-Lüneburgische Verordnung vom 3. Aug. 1800. (s. Grundsätze der Gemeintheilungsordnung für das Fürstenthum Lüneburg; mit einer Vorrede von Hofrath Jacobi in Celle. Hannover. 1803.) und die Churpfalzbaierische Verordnung vom 25. Febr. 1804. Man sehe darüber nach: meine Prüf

fang einzelner Theile des bürgerlichen Rechts. IV. B.
IV. Abh. §. 19. S. 109.

b) Dieser aus der Natur der Sache hervorgehenden Behauptung entspricht auch das römische Recht. L. 8. D. Comm. divid. Anders dürfte die Behauptung von Gemeindegütern nach collectiver Einheit (teutsches Gesamteigenthum) lauten, wenn nicht der Staat aus politischen Gründen eine besondere Entscheidung ausspricht. Vergl. Jen. Litteratur - Zeitung. J. 1804. Monat. Octob. St. 141.

c) Ueber den Maasstab nach Frohnen, Viehstand und Besitzungen sehe man: Meine Prüfung. B. II. Abh. I. §. 31. S. 41. B. IV. Abh. IV. §. 27. S. 112. -- Goenner a. a. O. §. 22. S. 58. folg. -- Vergl. Mich. Ant. Sartorius de justa in distribuendis bonis communibus inter singulos servanda proportione. Wirceburg. 1791.

§. 169.

B. *Eingeschränktes und uneingeschränktes Eigenthum.*

Eingeschränkt ist das Eigenthum, wenn der Eigenthümer einer Sache, vermöge des einem andern zustehenden Rechts, die in der Natur des Eigenthums begriffenen Rechte nicht auf jede an sich erlaubte Art auszuüben befugt ist. Hingegen das uneingeschränkte Eigenthum äussert seine natürlichen Eigenschaften mit der unbedingten Freiheit, wie sie schon der reine Begriff des Eigenthums an, und für sich mit sich bringt. In der Regel ist alles Eigenthum frei, und muß es seiner Natur nach sein (§. 165.), so, daß die Freiheit des Eigenthums auf jeden Fall die Vermuthung für sich hat a), folglich jede Beschränkung derselben, als Ausnahme von der Regel,

nur aus eintretenden besondern Gründen bestehen kann. Solche Gründe sind Verträge, letztwillige Verordnungen, gerichtliche Aufträge, besondere Geseze, und gar oft der Einfluß, welchen die Staatspolizeigewalt auf das private Eigenthum der Bürger, des gemeinen Zwecks wegen, mit Kraft zu behaupten berechtigt, und verpflichtet ist. Darauf gründen sich insbesondere: 1) die Verbothe der Veräußerungen unbeweglicher Güter an kirchliche Gemeinheiten, oder *to d t e H ä n d e* b), 2) die mannfachen Vorschriften, welche bei Aufführung der Gebäude, bei Benutzung der im Privateigenthume stehenden Waldungen, bei Eingehung der Verträge, bei Veräußerungen unbeweglicher Güter, bei Bestellung dinglicher Rechte u. s. w. zu befolgen sind.

a) II. F. 26. §. 11.

b) J. G. Neuberger von den Einkünften der Kloeſter und dem Amortizationsgeſetze. München. 1768. — v. Moſſhamm über Amortizationsgeſetze. Regensburg. 1798.

II. T I T E L.

Vom freien Eigenthume.

§. 170.

Freies Eigenthum.

Freies Eigenthum (*allodium*) a), hat nicht immer eine und dieselbe Bedeutung. Bald wird es dem unbeschränkten Eigenthume (§. 169.) voll-

vollkommen gleichgestellt; bald wird darunter ein adelich - freies Land - oder Rittergut, bald ein von den gemeinen bäuerlichen Lasten ganz, oder zum Theil befreites Bauerngut, bald ein von keiner Guts - oder Grundherrschaft abhängendes Landeigenthum verstanden. Für eine jede dieser Arten treten eigene Rechtsverhältnisse ein, deren an keinem Orte schicklicher, als hier Erwähnung geschehen kann.

a) Ueber die Etimologie des Worts. s. von Ludewig *jus feudal.* C. III. Q. 2. p. 81. 1q.

§. 171.

A. Freie Rittergüter.

a) Begriff.

Ein adelich - freies, oder Rittergut a) ist, wenn man den Begriff historisch richtig auffasset, ein solches Landgut, das entweder niemals im Lehenverhältnisse gewesen ist, oder doch jetzt nicht mehr sich in demselben befindet, und welches in ältern Zeiten von Personen, die zur ritterlichen Kaste, oder zum Adel gehörten, besessen wurde, die es ihres Standes wegen in gemeiner von Steuern erhielten, welche, so wie einige andere adeliche Rechte, jetzt dem Gute selbst ankleben, und zu wirklichen Vorrechten desselben geworden sind. Das Hauptmerkmal liegt heut zu Tage in der dinglichen Befreiung von

den gemeinen und bäuerlichen Lasten, womit meistens noch der Genuss anderer adelichen Rechte und Befugnisse verbunden ist. b) Die heutige Rittergutsgerechtigkeit, oder die Qualität eines Ritterguts, stammt aus der alten Verfassung und dem ursprünglichen Zustande des Adels her c), wurde aber durch später ertheilte Privilegien, welchen nicht selten das Herkommen eine noch grössere Ausdehnung verschaffet hat, noch fester begründet.

a) Man vermische damit nicht den Begriff von einem adelichen Lehen. Poffe Abh. über Gegenstände des teutsch. Staats- und Privatrechts. Abh. II. S. 70.

b) Frid. Benedict. Weber Abh. über die Rittergüter, deren Eigenschaften, Rechte, Freiheiten und Befugnisse in Deutschland. Leipzig. 1802. §. 1. S. 9. -- Carl Heinr. Lang histor. Entwicklung der teutschen Steuer- verfassung. Berlin. 1773. -- Struben Nebenst. B. II. Abh. IX. S. 230. folg.

c) Poffe a. a. O. S. 3 - 70.

§. 172.

b) A r t e n.

Nicht auf allen Rittergütern haften durchaus gleiche Rechte, sondern der Umfang der ihnen anklebenden Rechte wächst und vermindert sich bald nach ihrer Grösse, bald nach der Art der sich auf sie beziehenden Privilegien, bald nach andern zufälligen Umständen. Man muss daher die besondern Arten derselben genau von einan-

der unterscheiden. Die adelich-freien Güter sind I. entweder große, oder kleine. Zu jenen gehören vorzüglich die adelichen Burgfize, welche zuerst zur öffentlichen Sicherheit in den Zeiten des Faustrechts angelegt, und mit vielen Hoheitsrechten, insbesondere mit dem sogenannten geschlossenen Gerichte, versehen worden a), und deren Besitzer noch jetzt beschlossene Edelleute, oder Schloßgefessene genannt werden. b) Zu diesen gehören die sogenannte Keminat, deren Besitzer den erstern als unbeschlossene, oder gemeine Edelleute entgegengesetzt werden. c) II. Sind sie entweder vollkommene, welche mit Grund und Boden, und allen Vorrechten der Rittergüter versehen sind, oder unvollkommene, wohin auch die Sattelhöfe, oder sattelfreie Güter nach ihrer Art gezählt werden können. Ferner unterscheidet man III. allodiale und lehenbare Rittergüter; endlich IV. Stamm-Familien- und Fideicommissgüter, und Er-rungenschaften, oder neuerworbene Gü-ter.

a) Struben von geschlossenen und ungeschlossenen Gerichten; in den Nebenstunden, B. V. Abh. 34, S. 123, folg.

b) Weber Abh. über Rittergüter. §. 2. S. 14.

c) Jenichen Thesaur. jur. feud. T. II. p. 337.

§. 173.

c) Freiheiten der Rittergüter;

1) überhaupt;

Die Vorrechte, welche nach den teutschen Rechten Rittergütern ankleben (§. 104.), sind theils gemeine, oder dingliche Rittergutsrechte, die dem Besitzer eines Ritterguts heut zu Tage, ohne Rücksicht auf seinen Stand, darum zukommen, weil sie auf dem Gute selbst haften; theils besondere oder adeliche, oder auch gemischte, welche, an sich betrachtet, einem adelichen Gute ankleben, zu deren Ausübung aber von dem Besitzer eine persönliche Qualität erfordert wird, die entweder in dem Adel überhaupt, oder in einer gewissen Gattung desselben, bestehen kann. a) Die gemeinen Rittergutsrechte sind ferner entweder ursprünglich solche und ordentliche, oder zufällige, je nachdem sie auf Rittergütern, als solchen, oder nur aus besondern rechtlichen Verhältnissen angetroffen werden. Daraus ergibt sich von selbst, in wie fern eine, oder die andere Art vermuthet werden darf, oder im Gegensatze bewiesen werden muß.

a) Vergl. P o l l e Abb. über Gegenstände des teutschen Staats- und Privatrechts, Abb. II, S. 62. folg.

§. 174.

a) insbesondere;

aa) *gemeine, dingliche Rittergutsrechte.*

Unter die gemeinen, und zwar I. ursprünglichen, oder ordentlichen Freiheiten der Rittergüter gehören: 1) die Steuerfreiheit a), welche jedoch nicht ganz unbedingt ist. 2) Die Freiheit von Einquartierung, welche ursprünglich eine Folge der Kriegsverfassung war, jetzt aber sich bald als herkömmliches Recht, bald als Privilegium verkündiget. b) 3) Die Bierbraugerechtigkeit, welcher manchmal die Wirthschaftsgerechtigkeit angehängt ist, die jedoch nie unbedingt gefolgert werden darf, indem Wirthshaus halten zu den Gewerben gehört, deren Betreibung zunächst auf staatspolizeilicher Genehmigung beruht. c) 4) Die Jagdgerechtigkeit. d) 5) Die Landfäffigkeit, womit der Schriftfaffiat gewöhnlich in Verbindung steht. e) 6) Die Landtagsfähigkeit, welche in der Regel für ein eigenthümliches, den Rittergütern anklebendes Realrecht so lange zu halten ist, bis besondere Provincionaleinrichtungen sie als ein gemischtes Vorrecht auszusprechen erheischen. f) Außer den Benannten kommen den Rittergütern noch manche andere Vorrechte zu, welche aber kein Gegenstand des gemeinen deutschen Privatrechts sind. g) II. Die gemeinen, aber zufälligen Vorrechte der Rittergüter sind wieder von zweifacher Art. Theils stehen sie

den Rittergutsbesitzern a) vermöge besonderer Verleihungen von den Landesherren, oder vermöge einer Belehnung, oder zufolge einer unfürdenklichen Verjährung im Verhältnisse gegen den Staat zu, und dahin gehören die Patrimonialgerichtsbarkeit h), nach deren Beschaffenheit die Rittergüter entweder geschlossene, oder ungeschlossene sind (§. 172.), das Patronatsrecht, das Zoll- und Geleitsrecht, die Fährgerechtigkeit, die Fischereigerechtigkeit, die Mühlgerechtigkeit, das Jagdrecht, wo die Jagd ein Regale ist, und noch mehr andere. i) Theils werden sie b) als Rechte der Dienstbarkeit entweder zufolge einer gültigen Verjährung, oder Gewohnheit, oder eines Vertrags gegen die Unterthanen ausgeübt. Diese sind die eigentlichen Herrschaftsrechte k), insbesondere das Frohn- Zins- Zehntrecht, die Weide- Hut- Trift- Brach- und Schäfereigerechtigkeit u. s. w. l)

a) Gönner teutsches Staatsrecht. §. 458. - Haeberlin Handbuch des teutschen Staatsrechts. Th. II. §. 258. Struben von der Adelssteuerfreiheit in den mittlern Zeiten: in seinen Nebenstunden. Th. II. Abh. 9. S. 230. Weber über Rittergüter. §. 18. S. 112. folg. -- Poffe Abh. über Gegenstände des teutschen Staats- u. Privatr. Abh. II. S. 72. folg.

b) A. Eifenhart Pr. de immunitate praediorum equestrum a metatis. Helmstadt. 1795. -- Moser von der Landeshoheit im Weltlichen, Th. III. S. 144.

c) Struben von des teutschen Adels Braugerechtigkeit: in

- seinen Nebenstunden. B. III. Abh. 19. S. 287. -- Moser von der Landeshoheit in Polizeifachen. S. 156. folg. -- Weber a. a. O. §. 21. S. 137. folg.
- d) Struben von des teutschen Adels Jagdgerechtigkeit: in seinen Nebenstunden. B. I. Abh. II. S. 104. B. II. Abh. 11. S. 487. -- Riccius Entwurf von der in Teutschland üblichen Jagdgerechtigkeit. Frankfurt. 1772. -- Weber a. a. O. §. 22. S. 146.
- e) Geisler Comm. de Landassiatu. Marburg. 1781. -- J. G. Bauer de foro Schriftassiatu realis in Opusc. T. I. p. 473. -- Weber a. a. O. §. 23. S. 166.
- f) Goenner teutsches Staatsrecht. §. 257 u. 258. -- J. F. Runde kurze Darstellung der Unrechtmäßigkeit der Ausschließung von den Landtügen durch die Ahnenprobe. Goetting. 1796. -- Weber a. a. O. §. 24. S. 184.
- g) Weber a. a. O. §. 25. S. 194. folg.
- h) J. G. Heineccius de origine et indole jurisdictionis patrimonialis. Halae. 1716. -- J. E. Seyfried de Comitiis in Boioaria. Ingolstadt. 1782. -- Geschichte der ständischen Gerichtsbarkeit in Baiern. 1791. -- Abh. von den Andreasgerichten: in C. Mereau Miscellaneen. Th. I. S. 133.
- i) Weber a. a. O. §. 30 - 36. S. 228 - 266.
- k) Anton über die Rechte der Herrschaften auf ihre Unterthanen und ihre Besitzungen. Leipzig. 1791. -- Ueber Gutsbesitzer und Unterthanen mit besonderer Hinsicht auf Schlesien. Berlin. 1800.
- l) Weber a. a. O. §. 37 - 39. S. 267 - 309.

§. 175.

bb) *besondere, oder adeliche Rittergutsrechte.*

Man nennt diese besondern, oder adelichen Rittergutsrechte auch gemischte, weil sie außer

den Besitz des Ritterguts, in dessen Hinsicht sie dinglich sind, auch noch den adelichen Stand des Besitzers voraussetzen, und in so fern persönlich sind (§. 173.). Einige erfordern sogar alten Adel, und eine gewisse Ahnenprobe; andere nur den Adel überhaupt ohne Ahnenprobe. Es kommt dabei alles auf die besondere Verfassung eines jeden einzelnen Landes an: aus ihr muß der Adel zunächst diese Vorrechte beweisen. a)

a) Weber über Rittergüter, §. 39. S. 310. folg.

§. 176.

B. Sattelfreie Güter.

Sattelhof, Sedelhof, sattelfreies Gut, ist ein solcher Hof, oder ein solches Gut, welches von den Beschwerden der Bauerngüter ganz, oder zum Theil befreiet, mit einer Wohnung für den Besitzer versehen ist, und wozu mehrere Grundstücke, als Pertinenzien, oder mit andern Verbindlichkeiten gehören. a) Es giebt deren: 1) adeliche (§. 172.), und unadeliche. 2) Lehenpflichtige, und allodiale, und 3) in Städten und auf dem Lande gelegene Sattelhöfe. b) Die ihnen zukommenden Rechte können nicht nach einen, und denselben Maasstab berechnet werden. Es sind die Rechte der adelichen von denen der unadelichen sehr verschieden; ebenso treten ganz eigene Gutsverhältnisse ein, je nachdem sie lehenpflichtig, oder allodial sind.

Ursprünglich adeliche Sattelhöfe werden den Rittergütern gleichgeachtet; hingegen ursprünglich unadeliche sind in der Regel zwar von den Bauernfrohn befreiet, aber allen übrigen gewöhnlichen Abgaben unterworfen. c)

a) Struben de praediis, quae dicuntur sattelfreie Güter: in f. Observat. jur. et histor. germ. Obs. X. p. 278. -- Denecken Dorf- und Landrecht. Lib. III. Cap. 5. p. 185 - 224. -- Fr. Jos. Püttmann Abb. über die Sattelhöfe, deren Rechte und Freiheiten, mit Urkunden. Leipzig. 1789. Abschn. I. S. 3. folg.

b) Püttmann a. a. O. Abschn. II. S. 13. folg.

c) Püttmann a. a. O. Abschn. II. S. 48. -- Cramer wezlar. Nebenst. Th. VI. N. 7. S. 143.

§. 177.

C. Freie Bauerngüter.

Es giebt viele Bauern, welche ein uneingeschränktes Erbrecht, und ein volles Eigenthum auf ihren Besitzungen haben, keinen eigentlichen Guts- oder Grundherrn über sich erkennen, und bloß solche Lasten tragen, welche auch andern freien, nicht privilegierten Unterthanen, und Gutsbesitzern zufolge der Landesunterthänigkeit obliegen. Solche Bauern nennt man die Freien, Freisassen, Freimänner, Freidingsleute, und ihre Güter Freigüter, oder Freidingsgüter. a) Man findet sie in allen einzelnen Reichslanden.

a) Fr. Nic. Zerenner Abb. von den Freigütern, ihren Rechten und Freiheiten, hauptsächlich in Beziehung

auf Churfachsen aus Urkunden erläutert. Dresden, 1797.
 D a n z Handbuch. B. V. §. 523. S. 333.

III. T I T E L.

Vom nicht-freien Eigenthume.

§. 178.

Allgemeine Uebersicht.

Unfrei wird das Eigenthum durch Andern darauf zukommende Rechte, welche es entweder in seiner natürlichen Aeusserung einschränken, oder sonst auf eine Weise beschweren. Ein Eigenthümer ist in der freien Ausübung der Proprietät, ein Anderer in dem Gebrauchsrechte eingeschränkt. Wieder Andere sind zwar volle Eigenthümer vom Grund und Boden; aber sie sind Zins - Zehent - oder Frohnpflichtig, und so treten unzählige Modificationen im praktischen Leben ein, welche theils durch private Anordnungen eingeführt sind, theils sogar auf höhern Polizeiverfügungen beruhen. Unter den vielen Arten des unfreien Eigenthums werden hier insbesondere die Zinsgüter, Erbzinsgüter, Meierdingsgüter, Lehengüter, Stamm - und Familien - Fideicommissgüter, als vorzügliche einheimische Institute berührt. Den aus den fremden Rechten zu Bestimmenden kann hier kein Plaz angewiesen werden.

I. Zinsgüter.

Zinsgüter (*bona censitica* s. *censuaria*) sind solche Güter, von welchen der an sich vollkommene Eigenthümer einen jährlichen Zins (*Censum*) zu entrichten hat. (§. 148. 159.) Der ursprüngliche Grund des auf ihnen haftenden Grund- oder Bodenzinses liegt theils in der ersten Gutsverleihung, theils darin, daß ein verzinslicher Hauptstock darauf angelegt worden ist; hingegen seine besondere Beschaffenheit muß zunächst aus Verträgen, oder einer gesetzmässigen Verjährung entwickelt werden. Indessen geht das eigentliche Gutsverhältniß in der Hauptsache dahin, daß der Zinsherr nur das Recht hat, seinen jährlichen Zins vom Gute zu fodern, wo hingegen dem Zinsmanne, abgesehen von der dinglichen Zinspflicht, das volle Eigenthum darauf zukommt, und er zufolge dessen wider Wissen und Willen des Zinsherrn sein Gut veräußern, und verändern darf, ohne daß dieser eines Näher- Abmeierungs- Caducitäts- oder Recadenzrechtes sich zu erfreuen hat. b) Ein Zinsgut ist demnach kein beschränktes, sondern belastetes Eigenthum. Uebrigens hüte man sich, von der den Zinsgütern häufig beigelegten Benennung „Zinslehen“ gleich auf eine wahre Lehenpflichtigkeit zu folgern. c)

a) Denecken Dorf- und Landrecht. Lib. III. Cap. 2. §. 9.

Gabken Dorf- und Bauernrecht. S. 98.

b) Denecken a. a. O. §. 18. -- Leyser jus georg. L. I. Cap. 18. n. 65. Gabken a. a. O. S. 102.

c) Jenichen thesaur. jur. feud. T. I. p. 561 -- de Selchow D. de differentiis praediorum rusticorum, et feudalium. Sect. I. §. 3. in Elect. jur. germ. p. 393.

§. 180.

II. Erbzinsgüter.

Von den Zinsgütern sind die Erbzins- oder Erbrechtsgüter (Emphiteuses) wesentlich verschieden. Man versteht darunter solche unbewegliche Güter, worauf jemand ein unvollkommenes oder Nuzeigenthum unter der Bedingung verliehen ist, daß er dagegen einen jährlichen Erbzins (Canon, Stift, Gült) (§. 161.) zum Zeichen der dem Verleiher zukommenden Guts- oder Grundherrlichkeit (Obereigenthum) letzterm entrichten soll. a) Die rechtliche Natur dieser Güter ist zunächst durch den Erbzinsvertrag oder durch eine gültige Verjährung begründet b), und durch die gemeinen Rechte dahin bestimmt, daß I. der Erbzinsmann, oder Emphiteut 1) über die Substanz des Guts verfügen, insbesondere sie vererben c), und sogar, jedoch mit Einwilligung des Erbzinsherrn, veräußern d), 2) den ihm verliehenen Grund und Boden, ohne ihn in der Hauptsache zu verschlimmern, ausschließlich gebrauchen, und über alle Nuzungen, ohne Ausnahme, frei schalten e), und 3) den rechtlichen Besitz behaupten f), imgleichen über ihn nach Belieben disponiren darf. Bringt man diese in den Gesetzen

vollkommen gegründeten Rechte in Einheit des Begriffes (§. 165.), so springt die Wahrheit von selbst in die Augen, daß der Erbzinsmann, Emphiteut, oder der sogenannte Nuzeigenthümer ein wahrer, aber eingeschränkter, und darum ein unvollkommener Eigenthümer vom Erbzinsgute sey. g) Im Gegensatze dieser Rechte hat II. der Erbzinsmann a) alle Unpflichten zu tragen, welche auf dem Gute haften h), und b) den jährlichen Erbzins (Canon) an den Erbzinsherrn zu entrichten. In der Regel wird dieser Erbzins (§. 161.) zum Zeichen der Guts- oder Grundherrlichkeit (Obereigenthum), als ein Bekenngeld, gar oft aber als Verzinsung des dem Erbzinsherrn auf dem verliehenen Grundstücke haftenden Hauptstockes, oder als Vergeltung der Früchte, dem letztern gereicht, woraus sich erklären läßt, warum er manchmal in einer sehr geringen, manchmal in einer reichen Gabe besteht, und weder einer Erhöhung, noch Verringerung fähig ist i); c) ist er verbunden, das Gut nicht nur nicht ohne Einwilligung des Erbzinsherrn zu veräußern, sondern vielmehr zu verbessern. Diese Beschränkung hat nach der Natur der Sache allerdings ihren guten Grund k), und eben so leicht läßt sich das Caducitäts- und Rückfallsrecht auf Seite des Erbzinsherrn erklären. l) d) Die strenge Abhängigkeit, in welcher der Erbzinsmann zum Erbzinsherrn steht, verpflichtet ihn auch zu den Laudemien (§. 162.). Uebrigens III. geht das Recht des Erbzinsmanns durch Con-

solidation, Verjährung, Verzicht, Untergang des Guts, und manchmal zur Strafe verlohren. m)

- a) Franc. Spengel de natura et indole emphiteuseos germanicae, vulgo der teutschen Erbleihe. Goetting. 1771. Jo. Chr. Claproth D. de praediis rusticorum, imprimis illis, quae Zins- et Erbzinsgüter nostratibus audiunt. §. 9. in der Sammlung seiner Abhandlungen. Goetting. 1742. S. 126. folg. -- Vergl. Meine Prüfung einzelner Theile des bürgerlichen Rechts. B. III. Abh. I. §. 32.
- b) Die Natur des Erbzinsvertrages ist vorzüglich mit dem Gebrauche des römischen Rechts in Teutschland bekannt, und diesem zufolge viele Bauerngüter ganz in römische Emphiteusen verwandelt, so wie auch die teutschen Zinsgüter sehr häufig aus übler Anwendung des römischen Rechts zum Nachtheile des Bauernstandes letztern gleichgestellt worden sind. Sim. Herm. de Post D. de origine et natura juris censitici haereditarii Germanorum, ejusque praecipuis ab emphiteusi romana differentiis. Goetting. 1789.
- c) Nov. 7. Cap. 3. und Nov. 120. Cap. 6.
- d) §. 3. I. de locat. -- L. 16. §. fin. l. 31. D. de pignor. -- L. 1. §. f. D. de superfic. -- L. 3. C. de jure emphit. -- L. 1. C. de fund. patr.
- e) §. 39. I. de rer. divis.
- f) L. 1. §. fin. D. si ager vectig.
- g) Meine Prüfung einzelner Theile des bürgerl. Rechts. B. III. Abh. I. §. 37. folg.
- h) L. 2. C. de jure emphit. -- Gabken Dorf- und Bauernrecht. S. 89.
- i) L. 1. C. de jure emphit. -- L. 3. D. de alluvion, -- Gabken a. a. O. S. 90.
- k) Meine Prüfung a. a. O. §. 39.

l) L. fin. C. de jure emphit.

m) Leyser jus georg. L. I. Cap. 15. n. 47. -- Gabken
a. a. O. S. 96.

§. 181.

III. Meierdingsgüter.

Eine eigene Art von Erbzinsgütern sind die Meierdingsgüter (§. 148.), deren Besitz den Nuzeigenthümer ebenfalls zu jährlichen Zinsen, und Frohnen verpflichtet, welche sich aber durch ihre besondere Gerichtsanhängigkeit (Meierding) von jenen unterscheiden. a) Das rechtliche Verhältniß dieser Güter ist dem der Erbzinsgüter (§. 180.) ganz analog; nur haben sie das besondere auf sich, daß a) dem Meierdingsherrn auch herrschaftliche Gewalt über die Personen der Meierdingsleute zustehe, b) daß die Erben des Meierdingmannes die Baulebung (mortuarium) zu geben schuldig sind, und c) die Meierdingsleute die Gerichtsbarkeit ihres Gutsherrn in meierdinglichen Sachen anerkennen müssen. b) Außer den Meierdingsgütern giebt es noch andere Arten von Bauerngütern, worauf dem Besitzer ein Colonat - oder Grundrecht zukommt, die aber ebenfalls von der Gerichtstenenz ihre eigene Benennung erhalten, als die Probstingsgüter c), Voigtdingsgüter d), Dinghöfe e), Hägergüter f), Zeidelgüter, u. s. w. (§. 149.)

a) Struben Tr. de jure villicorum, insbesondere de bonis meierdingicis. Edit. II. S. 551 - 696. -- Gabken Dorf- und Bauernrecht. S. 109.

- b) Meyer Deduct. jurisdictionis meierdingicae ecclesiae cathedralis hildesienfis praeposito, et capitulo competentis. Hildesheim. 1758. — J. H. Chr. von Selchow Rechtsfaelle. Lemgo. 1785. B. IV. S. 201 - 308. — Dessen neue Rechtsfaelle, Frankfurt. 1787. 4. B. I. S. 135-314.
- c) Dreyer Sammlung vermischter Abh. Th. III. S. 1493. f.
- d) Struben rechtl. Bed. Th. IV. Bed. 128. Th. V. Bed. 119.
- e) Schilter Tr. de curiis dominicalibus, vulgo von Dinghofen. Halae. 1738.
- f) Hagemann und Günther Archiv für die Rechtsgelehrtheit. Th. III. S. 1 - 29.

§. 182.

IV. Lehengüter.

Unter die Arten des unfreien, insbesondere des unvollkommenen Eigenthums gehören auch die Lehengüter. Nachdem aber die Lehre von den Rechtsverhältnissen der Lehengüter als eine eigene Disciplin behandelt zu werden pflegt, so wird sie, obgleich sie ein entschiedener Theil des teutschen Privatrechts ist, doch hier umgangen. a)

- a) Meine Grundsätze des gemeinen in Teutschland üblichen Lehenrechts. Ingolstadt. 1801.

§. 183.

V. Stamm - und Familienfideicommissgüter.

- a) Ihre Bestimmung.

Unter Stamm - und Familienfideicommissgütern (*bona stemmatica & avita*) versteht

steht man solche Güter, welche von dem Eigenthümer seinen Nachkommen dergestalt zurückgelassen sind, daß sie zur Erhaltung und Vermehrung des Familienansehens stets in den Händen eines Familiengliedes seyn, und bleiben, dem jedesmaligen Besitzer aber die freie Disposition über sie gehindert oder genohmen seyn soll. a) Ihre Errichtung geschieht entweder 1) durch eine ausdrückliche, bald doppelseitige, bald einseitige Verfügung, nämlich durch Verträge, Autonomie und leztwillige Verordnungen b), oder 2) stillschweigend durch concludente Thathandlungen c), und hat die Erhaltung und Vermehrung des Ansehens des Stamms, oder der Familie zum nächsten Zweck. Sie sind ein einheimisches teutsches Institut, dessen rechtliche Eigenschaften aus den verschiedenen Landesgesetzen, Familienstatuten, Verträgen, leztwilligen Verordnungen und Herkommen abgeleitet werden müssen. d)

a) B o d m a n n Erläuterung des Begriffs vom Stamm- und Fideicommissgut; nebst den davon abhaengenden Rechtsfolgen: in K o p p e n s jurist. Magazin. Th. III.

b) J. Chr. Majer Autonomie, vornehmlich des Fürsten- und übrigen unmittelbaren Adelstandes. Tübing. 1782. Dessen System der Staatsregierung im Grundrisse. Hof. 1803. S. 71. folg. — J. E. F. Danz über Familiengesetze des teutschen hohen Adels. Frankfurt a. M. 1792. S. 5.

c) A. G. Schmuck de alienatione rei haereditariae prohibita, quatenus tacitum fideicommissum inducat. Erlang.

1761. -- Ludwig Consil. Hallenf. Tom. I. p. 735. und
 Tom. II. p. 228. -- Leyser Specim. 362. Med. 2. Spec.
 400. Cor. 1.

d) Man hüte sich ja vor unbedingter Anwendung des römischen Rechts, oder von Gleichstellung der teutschen mit den römischen Fideicommissen, welche sowohl ihrem ursprünglichen Grunde nach, als auch vorzüglich in Ansehung der Erbfolgeart und Dauer von jenem wesentlich verschieden sind. Man sehe: Fr. von Lochner Untersuchung der Frage: kann eine mit Einwilligung aller Interessenten geschehene Veraeufferung eines Stammgutes von den nachher gebornen Kindern widerufen werden? Bamberg. 1795. §. 4. -- von Cramer Wezlar. Nebenstund. Th. 28. S. 2. -- J. J. Reinhardt jurist. histor. Ausführungen. B. II. S. 407. -- Joh. Frid. Junge de mutatione fideicommissorum familiae. Altdorf. 1798. -- Joh. Christ. Richter Tentamen theoriae de fideicommissis familiarum illustrium et nobilium germ. Mogunt. 1790. -- Joh. Ferd. Guil. Brandt de natura bonorum avitorum, vulgo Stammgüter. Marburg. 1791.

§. 184.

b) Ihre rechtliche Natur.

Die rechtliche Natur der teutschen Stamm- und Familienfideicommissgüter muß zunächst aus dem Grunde ihres Entstehens entwickelt, dabei aber immer auf ihren Zweck Rücksicht genommen werden. Jener ist vor allen die Willkür des Stammgutsstifters, oder Autonomie; dieser geht auf die Erhaltung des Familienansehens. Un- erachtet die Stammgüter sich in ihrem Zwecke schon durchaus gleich bleiben, so haben sie doch nicht immer ganz gleiche Eigenschaften. Indessen können

doch im Allgemeinen und nach der Natur dieses Instituts folgende Merkmale für regelmäßig angegeben werden: I. Die Stamm- und Geschlechtsguts-Eigenschaft dauert in der Regel so lange, als männliche Nachkommen des Stammvaters oder Stifters vorhanden sind, und verliert sich zuerst in der Person des letzten aus dem Stamme, oder des Stammhalters. a) II. Ein zeitlicher Besitzer des Stammgutes ist ein in Ausübung der Proprietät eingeschränkter Eigenthümer; er darf das Gut weder nach Willkür vererben, noch außer der Familie veräußern. b) Wohl aber kann III. die Stammgutseigenschaft durch Einwilligung aller zu einer Zeit lebenden Theilnehmer nach Gesetzen und Herkommen aufgehoben werden, wobei der Consens minderjähriger männlicher Descendenten von dem Landesherrn ergänzt werden muß. c) IV. Die mit der Stammgutseigenschaft in der Regel verknüpfte Untheilbarkeit bringt auch eine eigene unter den männlichen Descendenten zu befolgende Erbfolgeart mit sich, welche 1) sich von dem ersten Stifter herleitet, und singular ist d), 2) weder Enterbung, noch eine trebellianische Quarte zuläßt e), und 3) die ganze weibliche Nachkommenschaft bis zum Abgange des Mannstammes ausschließt f), wenn das Stammgut nicht Ausnahmsweise ein cognatisches ist. Aber auch 4) die Erbfolgeordnung der männlichen Nachkommen ist eigener Bestimmungen fähig g), wobei nächst den besondern Erbfolgeart-

ten der Primogenitur, des Majorats und Seniorats vor allen darauf zu sehen ist, ob der Stammgutsstifter ein gesamtes gemeinschaftliches Stammgut für das ganze Haus, oder nur ein Linienstammgut für seine Descendenten angeordnet hat. h)

- a) Pütter Erörterungen und Beiträge aus dem teutschen Staats- und Fürstenrechte. B. I. H. 4. S. 387. -- von Lochner Untersuchung der Frage: kann eine mit Einwilligung aller Interessenten geschehene Veräußerung eines Stammguts von den nachher gebohrnen Kindern widerrufen werden? §. 7. folg. -- Struben von Aufhebung der Fideicommissse durch Verträge: in f. rechtl. Bed. Th. I. Bed. 27. -- Vergl. Meine Prüfung einzelner Theile des bürgerl. Rechts. B. III. Abh. III.
- b) Lauterbach in Colleg. Pandect. Lib. 36. Tit. I. §. 6. von Selchow neue Rechtsfälle. B. III. S. 163.
- c) von Lochner a. a. O. §. 12. -- Gœnner Rechtsfälle. B. I. S. 372. folg. -- Vergl. Westphal Abh. von den Wirkungen eines Erbverzichtes in Absicht auf die Nachkommen. Halle. 1778. -- Dessen teutsches Privatrecht. Th. II. Abh. 57. S. 230.
- d) Chr. C. H. de Kamptz de fundamento et limitibus obligationis liberorum ad facta parentum praestanda. Goetting. 1790. -- G. Wiese de fundamento et limitibus obligationis liberorum ad facta parentum praestanda. Goetting. 1790.
- e) J. P. de Ludewig trebellianica et legitima exules in fideicommissis fructuariis: in opusc. Tom. I. p. 1042.
- f) Poffe Prüfung des Unterschieds zwischen Erbfolgerecht und Erbfolgeordnung. Rostock. 1796. S. 30.
- g) B. W. Pfeiffer vermischte Aufsätze über Gegenstände des teutschen und römischen Privatrechts. Marburg.

1803. S. 64. §. 16. -- Weber über Rittergüter. §. 6.
S. 53.

b) J. B. Chr. Eichmann rechtliche Bemerkungen und
Ausführungen. Bayreuth. 1803. N. V.

§. 185.

c) Beweis derselben.

Da die Natur der Stammgüter manche der Freiheit des Eigenthums widerstrebende Beschränkungen mit sich bringt, und sie selbst auf ganz besondern Anordnungen beruht, so streitet offenbar gegen sie die Vermuthung. Der Beweis derselben wird aus Verträgen, Testamenten und Familienobservanzen geführt. In so fern es zweifelhaft ist, ob eine Familieneinrichtung auf wahre teutsche Stammgutseigenschaft, oder auf ein gemeines, oder römisches Fideicommiss deute, hat man darauf Rücksicht zu nehmen, ob die Erbfolge blos auf die männliche Nachkommenschaft, soweit sie von dem ersten Stifter ehelich abstammt, eingeschränkt, oder auf die Verwandtschaft überhaupt gestellt ist. Nur in dem letzten Falle ist es als ein römisches Fideicommiss zu betrachten, und nach römischen Rechtssätzen zu beurtheilen. a) Uebrigens werden Stammgüter auch unter Personen des dritten Standes angetroffen; sie sind aber von denen des Adels in vielen Stücken verschieden, und erhalten ihre rechtliche Bestimmung aus den besondern Stadt- und Landrechten. b)

a) vergl. Ludwig Confil. Hallens. Tom. I. p. 735.

Tom. II. p. 228. ~ Leyser Specim. 362. Med. 2.

und Spec. 400. coroll. 1.

b) Runde Grundlaeze des gemeinen teutschen Privatrechts. § 697.

IV. TITEL.

**Von den das Eigenthum beschränkenden,
oder beschwerenden dinglichen Sa-
chenrechten.**

§. 186.

Vorbemerkung.

Die dinglichen Sachenrechte, welche der freien Ausübung des Eigenthums im Wege stehen (§. 178.), beschränken theils die Proprietät, theils das Gebrauchsrecht. Dahin gehören die Grund- und Lehenherrlichkeit, das Grundzinsrecht, die Colonatsrechte (§. 149.), das Zehntrecht, Frohnrecht, Pfandrecht, Rentenrecht, Grunddienstbarkeiten, Bann- oder Zwangrechte, das Ausdings- oder Austragsrecht, endlich die verschiedenen Arten des Näherrechts.

§. 187.

I. Grundherrlichkeit.

Die Grundherrlichkeit (*dominium directum*) besteht in demjenigen dinglichen Rechte, welches aus der Verleihung eines Grundstü-

ckes zum Erbzins- oder emphiteutischen Gut her-
 rührt, auf demselben unmittelbar haftet, und ge-
 gen Uebertragung einer beschränkten Proprietaet
 und des ganzen Gebrauchsrechts zu Zinsen und
 Diensten berechtigt. a) Ihr Bestimmungsgrund
 liegt zunächst im emphiteutischen Vertrage, in Ge-
 setzen und Herkommen. Zufolge dieser hat der Grund-
 oder Gutsherr das Recht, 1) dem Erbzinsmanne jede
 Veräußerung und andere seinem Grundzinsrechte
 schädliche, oder gefährliche Dispositionen zu ver-
 hindern, 2) eine jährliche Abgabe: Stift, Gült,
 und bei Gutsänderungen einen Handlohn zu fodern,
 3) sein Grundzinsrecht, als ein ihm eigenthüm-
 liches Recht, zu veräußern, und gegen jeden zu
 verfolgen. 4) Gegen bevorstehende, oder wirk-
 liche, erlaubte Veräußerungen das Vorkaufs-
 und Näherrecht auszuüben b), und 5) das
 Rückfallrecht, wenn der Emphiteut und alle
 dessen Nachkommen mit Tode abgehen, wo so-
 dann das Gut selbst in die Stelle des auf demsel-
 ben an den Grundherrn haftenden, und noch
 unbefriedigten Capitals eintritt, und so von dem
 Grundherrn eingezogen wird. c) Als ein außer-
 ordentliches Recht ist noch 6) das Abmeyer-
 ungsrecht zu bemerken, welches jedoch ein
 Gutsherr nur in so fern ausüben darf, als er zu-
 gleich Jurisdictionsherr ist. Gegen gesetzwidrige
 Willküre mag der abgetriebene Gutsunterthan den
 Recurs zur Justiz, und zu höhern Landeskollegien
 ergreifen. d) Die Regel fodert wichtige Ursa-
 chen, und deren gerichtliche Untersuchung und Ent-

scheidung. e) Der Grund- oder Gutsherrlichkeit ist die Lehenherrlichkeit sehr ähnlich, worüber sich aber auf das gemeine Lehenrecht bezogen wird. f)

a) Meine Prüfung einzelner Theile des bürgerlichen Rechts. B. III. Abh. I. §. 38. folg.

b) L. 3. C. de jure emphiteut. — Leyser jus georg. E. I. Cap. 15. N. 27. — Gabken Dorf- u. Bauernrecht S. 94.

c) Meine Prüfung a. a. O. §. 40.

d) Struben vom Abmeyerungsrechte. Hildesheim. 1730. — Died. Engelken D. de causis expellendi colonos. Götting. 1798.

e) Struben de jure Villic. Cap. 8. §. 21. folg. — Westphal teutsches Privatrecht. Th. I. Abh. 39. S. 428. — Cramer wezlar. Nebenst. Th. 81. N. 9. S. 145. — Danz Handbuch B. V. §. 535. S. 440.

f) Meine Grundsätze des gemeinen Lehenrechts. §. 44.

§. 188.

II. Grundzins- und Erbenzinsrecht.

Es ist zwar I. der Zinsmann (Censita) vollkommener Eigenthümer von dem Zinsgute (§. 179.), aber er ist durch das dem Zinsherrn darauf zustehende Grundzinsrecht merklich beschwert, indem er zufolge dessen gewisse jährliche Zinse (Census) oder Abgaben an Geld, oder Naturalien geben muß. a) Diese Zinse sind theils vorbehaltene, oder auferlegte (§. 160.), theils ablösliche, oder unablösli-

che. b) Das Grundzinsrecht ist ein wahres dingliches Recht, und gilt von ihm alles, was die gemeinen Rechte einem dinglichen Rechte in der Regel zuschreiben. c) Kommt der Zinsmann auf die Gant, so genießt der Zinsherr, in wie fern der Zins nicht ein bloßer Ausdruck der ehemaligen Eigenthumsverleihung, oder ein Bekenngeld ist, das Absonderungsrecht, so daß das Grundstück für das Zinsrecht, oder eigentlich für das demselben entsprechende Capital, surrogirt wird. In Ansehung der ausstehenden Zinse können ihm die Hypotheksvorrechte sowohl nach der Qualität der Forderung, als nach der Priorität der Zeit, zufolge der Analogie der gemeinen Rechte nicht abgesprochen werden. d) Gegen die Saumseligkeit des Zinsmannes gestattet das teutsche Recht nächst den gerichtlichen Wegen die sogenannten Rutscherzinse (§. 160.), welche jedoch heut zu Tage nur auf besondern, zu beweisenden Herkommen beruhen. e) II. Von dem Grundzinsrechte muß das Erbzinsrecht (§. 161.) unterschieden werden, welches ein Gutsherr gegen seine Emphiteuten aus dem Gutsvertrage dergestalt zu behaupten befugt ist, daß er sich deshalb ohne Rücksicht auf den Besitzer schlechthin an das verliehene Gut halten, bei einer etwa ausgebrochenen Gant das Absonderungsrecht ansprechen, und wegen ausstehender Erbzinse auf die Abmeyerung andringen darf. Diesen beiden Rechten nähert sich in gewissem Betrachte III. das Pacht- und Erbpachtzinsrecht, welches je-

doch nach den gemeinrechtlichen Grundsätzen von dem Pachtvertrage so lange beurtheilt werden muß, bis besondere Landes- oder Ortsgesetze eine Ausnahme gestatten.

a) K. H. Lang historische Entwicklung der teutschen Steuerverfassung. Berlin und Stettin. 1793.

b) Bekenngeld, Gült, Grund- oder Bodenzins.

c) Auch unterscheidet man dingliche und persönliche Zinse (Schutzgeld, Leibbede, Freyzins, Dinggeld). Allein nur von den erstern ist hier die Rede.

d) Chr. Gottl. Gmelin von der Ordnung der Gläubiger bei entstandenem Concurs. 1782. S. 288 u. 292.

e) Ayres de Censibus mora crescentibus. Götting. 1744.

§. 189.

III. Zehntrecht.

Das Zehntrecht ist ein auf fremdem Gute haftendes Recht, einen durch Vertrag, Gesetz oder Herkommen bestimmten Theil der Früchte, der gewöhnlich der Zehnte ist, von dem Eigenthümer derselben zu fodern. Es ist entweder ein absolutes oder respectives, und die Zehnten selbst theilen sich a) nach dem Grund der Verbindlichkeit in gewöhnliche und Novalzehnte; b) nach der Verschiedenheit der Gegenstände, wovon sie abgereicht werden, in große (Getraid) kleine und Blutzehnte, ferner in ordentliche und Sackzehnte. Die Natur des Zehntrechts einer, so wie der andern

Art beruht zwar unmittelbar auf Verträgen, particularen Gesezen und Herkommen a): indeß können doch folgende allgemeine Grundsätze aufgestellt werden: I. Entweder ist das Zehntrecht ein absolutes, oder respectives. Im ersten Falle haftet es unmittelbar auf den pflichtigen Grundstücken, und mittelbar auf den darauf gebauten Früchten. Daraus folgt, daß 1) jedes in der zehntbaren Markung liegende Grundstück, ohne Rücksicht auf die Eigenschaft des Besizers und der Frucht, für zehntbar zu halten sei b), 2) daß der Zehntherr fortzuzählen c), und das zehntpflichtige Grundstück so oft, als es zehntbare Früchte trägt, auszuhenten das Recht habe, 3) daß die Veränderung in der Benutzung des Bodens der Regel nach die Ausübung des Zehntrechts nicht hindere, 4) daß, wenn Proprietar und Nuzniesser zwei verschiedene Personen sind, letzterer dem Zehntherrn um die Zehntabgabe hafte, und 5) daß der Zehntherr auch den Rott- oder Novalzehnten zu erheben befugt sei. d) Im zweiten Falle geht das Zehntrecht unmittelbar auf die bestimmte Früchte, und mittelbar auf den zehntpflichtigen Grund. Daher kann es nie anders, als einschränkend ausgedeutet, am allerwenigsten auf einen Neubruch erstreckt werden, indem darauf, wo nicht ein absolutes Zehntrecht auf besuchtem, und unbesuchtem Lande hergebracht ist, weder Landesherr, noch Kirche mit Rechte einen Zehnten ansprechen kann.

II. Der Sackzehnte ist seiner Natur nach eine Art von Verpachtung, und nur, im Widerspruche durchgesetzt, kann das Surrogat statt des Naturalzehnten verjährt werden. e) Uebrigens III. steht dem Zehntherrn zwar die Wahl unter den zehntbaren Früchten zu, aber er muß sie auf seine Kosten einsammeln. Die nähere Bestimmung der Art, und des Maases der Zehnte muß aus den vorhandenen Zehntrecessen, und andern besondern Vorschriften erholet werden.

a) M. W u z Abh. die Zehnten, als Steuern betrachtet. Landshut. 1804. Abth. II. §. 9. folg.

b) Eifenhart Grundsätze des teutschen Rechts. S. 659. folg. -- Joh. Ludw. Schmidt hinterlassene Abhandlungen verschiedener Rechtsmaterien. Band. II. Leipzig. 1795. N. 114. -- Cramer wezlar. Nebenst. Th. 12. N. 3. S. 25. folg.

c) Wilh. Carl Frid. S a m e s rechtliches Bedenken über das Zehntrecht, und die dabei statt habende Verjährung. Giessen. 1782. -- Cramer wezlar. Nebenst. Th. 12. N. 2. S. 11. folg. -- J. J. Reinhard rechtliche Gedanken vom Zehntrecht. Neue Auflage. Frankfurt u. Leipzig. 1799. (auch in f. jurist. kleinen Ausführungen. Giessen. 1745. Tom. I. S. 355 - 440.)

d) G. Mich. Weber de decimis novalibus. Bamberg. 1793. -- D a n z Handbuch. B. V. §. 512. S. 280.

e) Reinhard a. a. O. -- von C r a m e r a. a. O. Th. V. N. 10. S. 158. -- Vergl. Wilh. Carl Frid. S a m e s rechtliches Bedenken über das Zehntrecht und die dabei statt habende Verjährung. Giessen. 1782.

§. 190.

IV. Frohnrecht.

Das Frohnrecht, welches jemand vermöge der Guts- oder Grundherrschaft hat, (§. 153. folg.) ist I. durch den Dienstkontrakt auf dingliche Art gegründet a), und daher II. die demselben entsprechende Dienstpflicht nach dem Gutsbesitz zu berechnen, in dessen Rücksicht bald Spannbald Handdienste gefördert werden müssen, ohne daß auf persönliche Dienstfähigkeit, oder Unfähigkeit, gesehen werden muß. III. Erworben wird es durch Verträge, Statuten, speciale Gesetze einer einzelnen Provinz, Gewohnheit, Nothwendigkeit b), und durch Verjährung. Diesen Erwerbsarten wollen viele auch die Erwerbung der Gerichtsbarkeit anreihen, was aber mit Sicherheit nicht behauptet werden kann. c) IV. Die Ausübung eines gültig erworbenen Frohnrechts richtet sich nach der Quelle seines Entstehens, nächstdem nach dem Grad des Bedürfnisses, und dem phisischen und moralischen Vermögen des Frohnpflichtigen. V. Darf zwar der Frohnherr mit seinem Rechte, Dienste zu fodern, als seinem eigenthümlichen Rechte, nach Willküre verfügen, aber durch dessen Abtretung die Leistungen des Frohnpflichtigen auf keine Weise erschweren. d) VI. Zur Verfolgung des Frohnrechts kann sich der Frohnherr aller sowohl gerichtlicher, als außergerichtlicher Mittel bedie-

nen. e) Letztere begreift man unter dem Namen des Dienstzwanges, welcher hin und wieder zwar bis zur Selbsthülfe ausgedehnt werden darf; für sich aber doch nicht die Natur einer wahren Gerichtsbarkeit hat, und folglich auch zu keinen Hülfsmitteln berechtigt, welche nur vermöge der letztern angewendet werden dürfen. Vielmehr muß der Dienstzwang in den Schranken bleiben, welche allenfalls mit dem Verhältnisse eines Hausvaters und seiner Hausgenossen bestehen. Wo dieses unzureichend ist, muß der Beistand des ordentlichen Richters gegen den Dienstpflichtigen gesucht werden. f) VII. Verlohren geht es theils durch ausdrückliche, theils stillschweigende Aufhebung, wenn nämlich die Bauern durch die in den Rechten vorgeschriebene Zeit die Dienstfreiheit verjähren. g)

a) Karl Sal. Zachariae Geist der teutschen Territorialverfassung. Leipzig. 1800. S. 237. -- Beitrag zur Geschichte der Frohne, oder Scharwerk in Baiern. Frankfurt. 1798. -- Karl Heller von Hellersperg über die Verhältnisse zwischen Gerichtsbarkeit und Scharwerke in Baiern. Nürnberg. 1798.

b) Gabken Grundsätze des Dorf- und Bauernrechts, §. 373. S. 199.

c) Heller von Hellersperg. a. a. O.

d) Pufendorf Obl. Tom. I. Obl. 121. §. 12.

e) Gabken a. a. O. §. 401. S. 216. folg.

f) Denecken Dorf- und Landrecht. P. II. Cap. 11. S. 178. -- Struben rechtl. Bed. Th. II. Bed. 50. Th. V. Bed. 135.

g) Danz Handbuch. B. V. §. 502. S. 229.

§. 191.

V. Rentenrecht.

Das Rentenrecht heist das auf einem fremden Gute, oder Grundstücke haftende dingliche Sachenrecht, vermöge dessen jemand, welcher entweder sein ganzes Vermögen, oder einen Theil desselben, auf ein fremdes Gut anlegte, oder übertrug, von dem Besitzer desselben darum gewisse jährliche Renten zu beziehen hat. Nach der Absicht der Contrahenten, nach der Dauer der Rechnisse, und der Art der Anlegung des Hauptstockes, oder der Ueberlassung eines Guts, ist es bald ein bloßes Renten - bald ein Leibrentenrecht. I. Das bloße Rentenrecht entsteht durch ein verschleierte Darlehen, verdankt seinen Ursprung dem allgemeinen Zinsenverbothe älterer Zeiten a), und hat durch die Reichsgesetze b) seine Bestimmung dahin erhalten, daß 1) die Verschreibung nur auf Wiederkauf geschehen, 2) mit hundert Gulden Hauptgeldes nicht mehr als fünf Gulden jährlicher Gülten gekauft werden sollen. c) Dieses versteht sich nicht nur von Renten im baaren Gelde, sondern auch von Fruchtgülden d); ja sogar die Juden wurden bei ihren Contracten an dieses Quantum angewiesen, und die alten kaiserlichen Privilegien, Kraft deren ihnen höhere Zinsen erlaubt waren, für immer abgeschafft. e) 3) Steht die Loskündigung der Gültenverschreibung auf Wiederkauf, wie Wiederkaufsrecht ist,

allein in der Willkür des Verkäufers, oder Schuldners. Das Gegentheil ist für einen unerlaubten Wucher erklärt. f) Indessen 4) ist der Vertrag gültig, worin der Schuldner verspricht, daß er, in wie fern er in der Bezahlung der jährlichen Gülden sich säumig erzeigen würde, dem Käufer, oder Gläubiger, sogleich die Kauf- oder Hauptsumme, nächst den Gülden, zurückgeben wolle. g) II. Das Leibrentenrecht nähert sich auf einer Seite einem verschleierte Darlehen, entfernt sich aber auf der andern Seite wieder von ihm dadurch, daß der Schuldner, oder Rentengeber gegen die Entrichtung der ausbedungenen Leibrenten unwiderruflicher, und ewiger Eigenthümer des angelegten Kapitals wird. Da das Leibrentenrecht auf die ungewisse Lebensdauer des Rentirers bedingt ist, so läßt sich auf selbes die Strenge des gesetzlichen Zinsfußes nicht anwenden. Von den eigentlichen Leibrenten muß man wohl unterscheiden a) solche Renten, welche in dem jährlichen Abtrage der Zinsen, und des Kapitals zugleich bestehen. Diesen liegt ein wahres Darlehen zum Grunde, das sich nur durch die besondere Art der Heimbezahlung von dem gemeinen unterscheidet, b) die sogenannten Tontinen und c) Witwenpensionen aus veranstalteten Witwenkassen. h)

a) Jac. Sorber de Censu constitutivo s. mutuo palliato.

Jen. 1746. — Danz Handbuch. B. II. §. 203. a.

b)

b) Augsburg. RAbsch. v. 1500. Tit. 32. RPol. Ordn. v. 1500. Tit. 26. §. 1 - 8. Regensburg. RAbsch. v. 1532. Tit. 8. RPol. Ordn. v. 1548. Tit. 17. §. 1 - 8. und v. 1577. Tit. 17. §. 1 - 9. -- Gerstlacher Handbuch der teutschen Reichsgesetze. Th. X. S. 2119. folg.

c) RPol. Ordn. v. 1530. Tit. 26. §. 8. v. 1548. Tit. 17. §. 8. und 1577. Tit. 17. §. 9.

d) RPol. Ordn. v. 1577. Tit. 19. §. 3. -- Gerstlacher a. a. O. S. 2148.

e) RPol. Ordn. v. 1548. Tit. 19. §. 6. -- Gerstlacher a. a. O. S. 1894 und 1915.

f) RPol. Ordn. v. 1530. Tit. 26. §. 8. 1548. Tit. 17. §. 8. 1577. Tit. 17. §. 9. und Tit. 19. §. 3. -- Gerstlacher a. a. O. S. 2115.

g) RDep. Absch. zu Speier, 1600. §. 35. K. K. G. O. Th. II. Tit. 25. §. 9.

h) Joh. Andr. Michelsen Anleitung zur juridischen, politischen und ökonomischen Rechenkunst. Halle, 1784. Joh. Gust. Karsten Theorie von Witwenkassen. Halle, 1784.

§. 192.

VI. Pfandrecht.

Die alte Einfachheit der teutschen Sitten, und die Beschränktheit des öffentlichen Verkehrs kannte weder die Möglichkeit, Schulden zu machen, noch Hypothecken und Pfänder dafür zu geben. Die ältesten Pfandschaften sind antichretische, welche aber fast in einen Kauf mit ausbedungenem Rückkaufe ausarteten. Schon mit dem Wachstume des Handels und des Kunstflei-

les änderte sich diese alte Gewohnheit, welche endlich durch die Aufnahme des römischen zum gemeinen Recht in Teutschland ganz verdrängt wurde. Nur verdienen als eine Eigenheit des teutschen Gerichtsgebrauches die Hypothekenbücher bemerkt zu werden. Man versteht darunter öffentliche Verzeichnisse von allen Grundstücken eines ganzen Bezirkes, mit der Bemerkung des Eigenthümers, des Besitztittels, und der auf dem Grunde haftenden beständigen dinglichen Lasten und Grundgerechtigkeiten. Ihr Gebrauch beweiset ein wachlames Aug der Sicherungsgewalt, und bringt die Nothwendigkeit einer gerichtlichen Anzeige der Veräußerung mit sich, um das Grundstück auf den Namen des neuen Besitzers umzuschreiben. Die Unterlassung derselben stärkt die Vermuthung für den im Hypothekenbuche bemerkten Besitzer. Indessen wirkt die Eintragung einer Veräußerung in das Hypothekenbuch für sich noch keine Gültigkeit der Handlung. a)

a) von Trütschler Anweisung zur Abfassung rechtlicher Aufsaetze. Th. I. S. 627. folg.

§. 193.

VII. Grunddienstbarkeiten.

Neben den aus den römischen Rechten bekannten Grunddienstbarkeiten sind nach teutschen Rechten besonders zu bemerken, das Jagdrecht, Beholzungsrecht a), die Eichellese und

Mastung b), die Hut- und Weidegerechtigkeit, welche persönlich oder dinglich, einseitig oder gemeinschaftlich, letztere wieder entweder Koppelweide oder gegenseitige Weideservitut seyn kann c), das Triftrecht d), die Schafereigerechtigkeit samt dem Pferchrechte, das Floss- Fähr- und Fischereirecht. Alle diese Rechte erhalten, wo nicht besondere Vorschriften vorhanden sind, ihre rechtliche Bestimmung aus dem römischen Rechte; nur sind einige darin gegründete Sätze durch den teutschen Gerichtsgebrauch abgewürdigt. e) Sogenannte teutschrechtliche Dienstbarkeiten, welche im Thun bestehen, wohin man die Bann- oder Zwangsrechte zählen will, führen eine offenbare *Contradictio in adjecto* herbei. f)

a) Vergl. von Cramer wezlar. Nebenstund. Th. 35. N. 2. S. 12.

b) Pietzsch Grundsätze des Forst- und Jagdrechts § 54. Jac. Kapf de eo, quod circa glandes justum est. Tübing. 1775.

c) C. E. Münter Weiderecht. Hannover. 1804.

d) Gabken Grundsätze des Dorf- und Bauernrechts. §. 471. S. 262 - 292.

e) Kluegel f. Gleditsch D. de differentiis juris romani, et germanici in materiis de rerum servitute. Wittemberg. 1794. §. 4.

f) Frid. Just. Thibaut Versuche über einzelne Theile der Theorie des Rechts. B. I Abh. II. S. 31. -- B. W. Pfeiffer vermischte Aufsätze über Gegenstände des teutschen und römischen Rechts. Marburg. 1803. S. 223.

VIII. *Bann - und Zwangsrechte.*

Unter Bann - und Zwangsrechten versteht man solche dingliche Rechte, Kraft deren die Einwohner eines gewissen Districtes verpflichtet werden dürfen, ihre Bedürfnisse einer gewissen Art bei einem gewissen Bannberechtigten befriedigen zu lassen. Ihre Erscheinung verdanken sie Privilegien, Verträgen, der Verjährung, oder dem Herkommen. Als Beschränkungen der bürgerlichen Freiheit haben sie nicht nur die Vermuthung gegen sich, sondern sie sind auch in ihrer Anwendung allezeit einschränkend zu erklären. Besondere Arten solcher Bann - und Zwangsrechte sind der Bierzwang, Bannwein a), Mühlen b) - Beckerzwang c), das Kelterrecht. Auf ähnliche Weise hat man auch mit Posten, Salzwerken, Spielleuten d), Köchen und andern Dingen ein Zwangsrecht verbunden. e) Eine vorzügliche Aufmerksamkeit verdienen die Monopole, oder der Alleinhandel, welche bald erlaubt, bald unerlaubt sind. f)

a) Bodmann vom Bannwein in J. C. Siebenkees Beiträgen zum teutsch. Recht. Th. II. S. 113.

b) von Cramer Obs. jur. univers. T. III. p. 963.

c) F. R. Luhn Bedenken, in wie weit das Recht eines Zwangbackofens auf die Weißbackgerechtigkeit zu feilen Verkauf zu ziehen sey? 1782.

d) R. A. v. 1500. Tit. 24. -- R. Pol. Ordn. v. 1530. Tit. 37, und 1577. Tit. 30.

e) Danz Handbuch, B. II. §. 277. S. 518.

*) Wohlthaetig sind die Churpfalzbaier. Verordnungen vom 20. Dec. 1799. vom 1. April. 1801. vom 22. Jun. 1801. (f. Churpfalzbaier. Regierungsblatt. 1800. St. 1. und 1801. St. 15. u. 28.) worin der Bier- Brod- und Wachszwang aufgehoben worden sind. Blätter für Polizei und Cultur. 1801. N. 10. S. 315.

f) R. Pol. Ordn. von 1577. Tit. 18. -- K. Wahlcap. Art. VII. §. 3. -- Gerstlacher Handbuch der teutsch. Reichsgesetze, Th. IX. S. 1422 - 1429.

§. 195.

IX. *Ausdings - oder Austragsrecht.*

Durch Alter entkräftete Landbebauer pflegen oft bei Lebzeiten ihr sämmtliches Eigenthum an ihren Anerben zu übergeben, und sich nach Art eines wahren Leibrentenvertrags auf den alten Theil zu setzen, mit dem Vorbehalte gewisser jährlicher und lebenslänglicher Renten. Das Vorbehaltene, worin es auch immer bestehen mag, nennt man das Ausding, oder den Austrag, und das auf dem übergebenen Gute haftende dingliche Recht zu selben das Ausdings - oder Austragsrecht. Da diesem Rechte ein Leibrenten- oder Alimentenvertrag zum Grunde liegt a), so folgt, daß 1) der Austräger, oder Leibzüchter das Ausding frei und ledig von allen öffentlichen Abgaben genieße b), 2) dieses, als eine dingliche Last auf dem übertragenen Landgute hafte, und mit ihm auf die Erben übergehe c), 3) der Leibzüchter, indem ihm nur ein dingliches Recht oh-

ne Eigenthum zusteht, keine Schuld auf das Ausding gültig contrahiren könne, hingegen 4) als Eigenthümer der Früchte, wenn ihm statt gewisser Renten der Selbstgenuss von einzelnen Gütern eingeräumt ist, die Gefahr derselben tragen müsse; umgekehrt aber die Unfruchtbarkeit des Jahrs von der Leistung der ausgesprochenen Renten nicht befreie d), wohl endlich 5) der Tod des Leibzüchters die Consolidation des Ausdings mit dem Hauptgute bewirke. e)

a) Joh. Andr. Hofmann Handbuch des teutsch. Eherechts. Jen. 1759. Hauptst. II. §. 16. -- Gabken Grundrätze des Dorf- und Bauernrechts. §. 106. -- Meine Prüfung einzelner Theile des bürgerl. Rechts. B. IV. Abb. II. S. 25.

b) Meine Prüfung. a. a. O. -- Reinh. Moeller de assignatione bonorum parentali uni liberorum facta, vulgo vom Anschlage der Güter, item de reservato, vom Auszuge der Eltern. Marburg. 1764.

c) Gabken a. a. O. -- J. H. Boehmer consultat. jur. Tom. III. P. III. Decis. 905. pag. 1028.

d) Danz Handbuch. B. V. §. 522. a. S. 316.

e) Struben rechtl. Bed. Th. V. Bed. 34.

§. 196.

X. Näherrecht.

a) Begriff.

Das Näherrecht (jus retractus, Abtrieb, Losung, Einstand, Anstand, Geltung, Einsprache) a) ist dasjenige dingliche

Recht, vermöge dessen jemand den Käufer einer Sache nach wirklich geschehenem Kauf zur Wiederherausgabe derselben gegen Erfüllung aller Kaufsbedingungen und Ersezung des Interesse zu zwingen berechtigt ist. b) Die Quellen, aus welchen es zunächst bestimmt werden muß, sind Geleze, Herkommen, Privilegien, Testamente, und Verträge c), und daher verhält es sich auch nicht überall ganz gleich. Indessen lassen sich davon im Allgemeinen doch folgende Grundzüge aufstellen: I. den Subjekten nach muß a) der Retrahent nicht nur retrahiren können, sondern auch wirklich wollen, und an vielen Orten sogar einheimisch seyn d), b) derjenige, gegen welchen Retrahent sein Recht geltend machen will, die zu retrahirende Sache wirklich besitzen. II. Dem Objekte nach ist erforderlich, daß die zu retrahirende Sache 1) eine entweder wirklich, oder eine, den Rechten nach, unbewegliche Sache sey, wobey es dann einerley ist, ob sie in einer mit einer unbeweglichen Sache verbundenen beweglichen Sache besteht, oder eine auf ein liegendes Gut zustehende Befugniß ist e), und 2) an einen andern ohne persönliche Absichten verkauft, und der Kauf mittels der Uebergabe vollzogen worden sey. f) III. Der Form nach muß der Retrahent 1) nicht nur die Erfüllung aller und jeder Bedingungen, unter welchen die Sache von dem Käufer erkaufte worden ist, sondern auch den Ersaz des auf die Sache selbst gemachten nöthigen Aufwands auf sich nehmen, dage-

gen aber 2) der dermalige Besitzer die Sache auf eine gehörige Art dem Retrahenten abtreten. g) IV. Des Näherrechts wegen kann sowohl possessio-
risch, als petitorisch geklagt werden; eine, wie die andere Art der Retractsklage eignet sich vor den Gerichtsstand der gelegenen Sache. h) Endlich V. geht das Näherrecht verlohren durch Untergang der zu retrahirenden Sache, durch Entsagung, Einwilligung in den geschlossenen Kauf und Verkauf, vorausgesetzt jedoch, daß sie nicht selbst Bedingung der Gültigkeit der Kaufshandlung ist i), und durch Verjährung. k)

a) Man unterscheide davon das Vorkaufsrecht (*jus Protimiseos*. f. Sixt. Jac. Kapff *de jure protimiseos germanico*. Tübing. 1797.

b) Carl Fridr. Walch *Näherrecht systematisch entworfen*. III. Auflage. Jena. 1795. S. 15.

c) Walch a. a. O. S. 497. -- Wolfg. Ad. Schoepf *D. de retractu conventionali et testamentario*. Tübing. 1750.

d) Walch a. a. O. S. 116. folg.

e) Walch a. a. O. S. 127. folg.

f) Walch a. a. O. S. 143. folg. wo die meisten in diesem Punkte zusammenstimmenden Land- und Stadtrechte angeführt sind. -- Carl Georg. von Zangen *praktische Bemerkungen zu der Lehre vom Abtriebsrechte*, Giessen. 1800. N. VII. S. 18.

g) Walch a. a. O. S. 189. besonders S. 227. folg. wo mehrere Land- und Stadtrechte gegen einander verglichen werden.

h) Walch a. a. O. S. 231. -- Vergl. von Zangen a. a. O. N. XI. S. 40. -- Schmidt *Lehrbuch von gerichtli-*

chen Klagen und Einreden. Frankfurt und Leipzig. 1793.
§. 917.

i) II. F. 42. 55. -- *Meine Grundsaetze des gemeinen in Teutschland üblichen Lehenrechts.* §. 235.

k) Walch a. a. O. S. 247. folg. -- von Zangen a. a. O. N. V. S. 12.

§. 197.

b) besondere Arten des Näherrechts.

1) Erblosungsrecht.

Das Erblosungsrecht (*Erbfreundrecht, retractus ex jure consanguinitatis*) ist dasjenige Näherrecht, welches einem Verwandten des Verkäufers in Ansehung eines von ihren beiderseitigen Vorfahren erworbenen, und an einen Dritten veräußerten Guts zusteht. Dessen Ausübung erfordert: I. in Rücklicht auf die Personen, daß sie mit dem Verkäufer rechtmässig vom Erwerber abstammen a), wobei es aber einerlei ist, ob sie Kinder, Aeltern oder Seitenverwandte männlichen oder weiblichen Geschlechts sind; nur schließt unter mehreren Retrahenten der nähere den entferntern aus b); II. in Ansehung des Objekts ist ein Stamm- oder Familiengut vorauszusetzen, welches an einen Auswärtigen verkauft worden ist. Nach den meisten Landesordnungen verjährt sich die Erblosung binnen einem Jahre. c)

a) Vergl. II. F. 26. -- Joh. Gottfr. Boehmer de successione legitimatorum in feudis exule. -- Schroeter Different. jur. rom. et german. de fideicommiss. Cap. III. §. 13.

b) Walch Näherrecht. S. 309. folg. -- von Zangen Abtriebsrecht. N. II. S. 3. N. VI. S. 16.

c) Walch a. a. O. S. 286. folg. -- von Zangen a. a. O. N. V. S. 12.

§. 198.

2) Näherrecht aus der Mitbelehnenschaft.

Das Näherrecht aus der Mitbelehnenschaft ist dasjenige, welches den Mitbelehnten in Ansehung des Lehens, worauf sie die Mitbelehnenschaft haben, nachdem es an einen Dritten von dem Vasallen verkauft worden, zusteht. Es gründet sich auf die Mitbelehnung a), und kommt also nur eigentlichen Mitbelehnten zu, ohne Unterschied, ob sie dem Verkäufer verwandt sind, oder nicht. b.)

a) I. F. 14. folg. -- Sächsisches Lehenrecht. Cap. 5, 6, 8, 21, u. 32. in Senkenberg Corp. jur. feud. p. 180. -- Allemann. Lehenrecht. Cap. 43, 65, u. 70. bei Senkenberg l. c. p. 45.

b) Boehmer princip. jur. feud. §. 283. -- Meine Grundsätze des gem. Lehenr. §. 236. -- Walch Näherrecht, S. 381.

§. 199.

3) Ganerbenrecht.

Das Ganerbenrecht (Näherrecht aus ungetheiltem Gesamteigenthume, retractus ex condominio) ist dasjenige Näherrecht, welches einem Gemeiner in Ansehung des dem andern Gemeiner an der gemeinen Sache bisher

zugestanden, und von ihm an einen Dritten verkauften Anthells zusteht. Sein Grund ist ungetheiltes Gesamteigenthum. Es muß daher 1) der Retrahent wirklich an der Sache ein dingliches Recht, und sich mit dem Verkäufer in einer wirklichen ungetheilten Gemeinschaft befunden haben a), 2) die Sache, welche mittels dieses Näherrechts retrahirt werden soll, muß ein wirklicher Anthail von der von dem Retrahenten und dem Verkäufer bisher ungetheilt besessenen Sache, und an einen Auswärtigen verkauft worden seyn.

- a) V. F. 13. Walch Naeherecht. S. 67 und 292. wo die meisten damit zusammenstimmenden Landesordnungen angeführt sind.

§. 200.

4) Guts- und lehenherrliches Näherrecht.

Dieses Guts- und lehenherrliche Näherrecht begründet sich aus dem sogenannten Obereigenthume, und kommt den Lehen - a) und Guts- oder Grundherren b) auf die mit ihrer Einwilligung an Dritte verkaufte Lehen- und emphiteutische Güter zu. An der gemeinen Geltenheit einer wie der andern Art kann um so viel weniger ein Bedenken getragen werden, da für sie sowohl ein allgemeines Herkommen spricht, als auch alle Landesgesetze darin zusammenstimmen. c)

- a) II. F. 9. §. 1. - Meine Grundsätze des gem. Lehenr. §. 235.

- b) Walch Naeherecht. S. 402. - Vergl. von Buri Abh. von den Bauerngütern, S. 123. - G. Sam. Madihn de

jure Protimiseos, ejusque a jure retractus discrimine. §. 4. p. 12. -- von Conradi D. de jure retractus in bonis meierdingicis. Helmstadt. 1747.

c) Walch a. a. O. S. 405.

§. 201.

5) Näherrecht des landfässigen Adels.

Nach vielen Landesordnungen kommt den Landfässigen von Adel in Ansehung der im Lande gelegenen an einen Unadelichen verkauften Rittergüter ein Näherrecht zu, welches theils durch ausdrückliche Privilegien, theils dadurch begründet ist, daß die adelichen Landfassen, vorzüglich, wenn sie nach der Verfassung eines Landes zugleich Landstände sind, zusammen eine privilegierte Kaste, oder Gemeinschaft bilden. a) Indessen da es durchaus nur auf besondern Vergünstigungen, Herkommen und individuellen Verfassungen beruht, so giebt es darüber kein gemeines Recht.

a) Walch Naeherecht. S. 451.

§. 202.

6) Marklofung.

Die Marklofung (retractus ex jure incolatus) ist das einem Gemeinheitsgliede in Ansehung eines in der Markung der Gemeinheit liegenden und an einen Auswärtigen verkauften Grundstückes zustehende Näherrecht. Sie wird aus der Gemeinschaft abgeleitet, welche zwischen den Gemeinheitsgliedern in Ansehung der inner

der Feldmark gelegenen Grundstücke wenigstens in ältern Zeiten statt hatte, und durch ein fort-dauerndes Herkommen sich erhielt. Ihre Eigenschaften sind denen des gemeinen Näherrechts ganz analog, und sie ist in den meisten teutschen Landen üblich. a)

a) Walch Naeherecht. S. 457. wo mit vieler Genauigkeit die verschiedenen Landrechte gegeneinander verglichen sind.

§. 203.

7) Nachbarrecht.

Das Nachbarrecht (*retractus ex jure vicinitatis*) ist dasjenige Näherrecht, welches einem Besitzer eines Grundstückes in Ansehung des an dasselbe grenzenden und an einen Dritten verkauften Grundstückes zusteht. Viele wollen es aus einer stillschweigenden Gemeinschaft zwischen Nachbarn herleiten; allein mit mehr Sicherheit scheint mir es als ein bloß herkömmliches Recht ausgesprochen werden zu dürfen. a)

a) Walch Naeherecht. S. 471. -- von Zangen Abtriebsrecht. N. I. S. 1. N. X. S. 37.

§. 204.

8) Gespielderecht.

Das Gespielderecht (*retractus ex jure congrui*) oder Spaltungsrecht ist dasjenige Näherrecht, welches dem Besitzer des einen Theils einer getheilten Sache in Ansehung des in den

Händen eines andern Besitzers gewesen und von ihm an einen Dritten verkauften andern Theiles zukommt. Sein Grund liegt in einer wahren Gemeinschaft, und der Gebundenheit der Landgüter, welche die meisten Landesordnungen älterer und neuerer Zeiten anerkennen a); daher findet es nur bei wirklichen Zerschlagungen ganzer Landgüter oder Höfe statt.

a) Walch Naeherrecht. S. 483.

§. 205.

c) Collision der verschiedenen Arten des Retracts.

Wenn mehrere Personen auf ein und dasselbe Gut ein Näherrecht geltend machen wollen, so entscheidet a) über die Concurrenz gleicher Retractsarten der Vorzug der Zeit. b) Gründen sich die Concurrenten auf verschiedene Arten des Näherrechts, so nimmt die Erblofung den ersten Plaz ein. Ihr folgt zunächst der guts- oder lehenherrliche Retract. Außerdem hat man darauf zu sehen, ob nicht ein Retrahent mehrere Retractsgründe in sich vereinigt. Zuletzt mag wohl gar zum Loose geschritten werden. In diesen Regeln stimmen auch die meisten Landrechte zusammen. a)

a) Walch Naeherrecht. S. 505.

II. ABSCHNITT.

Vom Erbrechte.

§. 206.

Teutsches Erbrecht überhaupt.

Bevor die römischen Erbfolgegesetze in Teutschland angenommen wurden, machte die Lehre von dem Erbrechte einen der vorzüglichsten Theile des teutschen Privatrechts aus. Allein die Einführung des römischen Rechts ließ nur wenige Eigenheiten zurück, die nächst jenem noch heut zu Tage geltend sind. Nur von diesen kann hier die Rede seyn. Der Vortrag der altteutschen Grundsaetze von der Erbfolge findet allein in der teutschen Rechtsgeschichte seinen eigentlichen Plaz. a)

a) F. C. J. Fischer Versuch über die Geschichte der teutschen Erbfolge. Mannheim, 1778. — Dessen Erbfolgegeschichte der Seitenverwandten in Teutschland. Leipzig. 1782.

b) Vom Unterschiede der römischen und teutschen Grundsaetze der Erbfolge überhaupt s. Pütter in den Beiträgen zum Staats- und Fürstenrecht, Th. II. n. 37. S. 240.

A. Intestatserbfolge.

§. 207.

a) Intestatserbfolge überhaupt.

In der Regel geht die Intestatserbfolge sowohl bei dem Adel, als bei dem Bürger- und

Bauernstände nach den gemeinen römischen Rechten a), und Schwerdt- und Spielmagen werden auf gleiche Weise zur Erbfolge zugelassen, in wie fern nicht entweder eine besondere Eigenschaft der Güter und Erbgegenstände welche etwa ihrer Natur und Beschaffenheit nach aus ursprünglich teutschen Einrichtungen herkommen, wie z. B. der Stammgüter bei dem adelichen und Bürgerstände (§. 183.), oder der gebundenen Güter bei dem Bauernstände, oder besondere Land- und Stadtrechte, Familiengesetze, oder gesetzlich geltende Autonomie, eine von der römischen abweichende Erbfolgeordnung herbeiführen.

a) Nov. 118.

§. 208.

b) Besondere Eigenheiten (der teutschen Intestaterbfolge.

Aus einzelnen teutschen Landrechten und Localstatuten sind folgende Eigenheiten der teutschen Intestaterbfolge zu bemerken, als: 1) das Theilungs- oder Köhrrecht, zufolge dessen der Aeltere theilt, und der Jüngere wählt a), 2) daß nach dem Sprichwort „nach rechter Sippenschaft, je näher dem Sippe, je näher dem Erbe“ hin und wieder das selbst durch Reichsgesetze b) eingeführte Repräsentationsrecht der Geschwisterkinder aufgehoben ist c), 3) daß an
vielen

vielen Orten halbe Geburt einen Grad weiter treibt d), 4) daß das Rückfallrecht nach der Parömie „das Erbe -- das Kind fällt in der Mutter Schoos“ die Geschwister von der Erbschaft ausschließt, wenn Ascendenten vorhanden sind e), 5) daß, wo der Todte den Lebendigen erbt, die Erbschaft auf die Intestaterben durch ihren Anfall ohne Antretung übergehe f), 6) daß, wo die Regel gilt „was in den Erbschaftsgang gekommen, muß darin bleiben“ das Fall- oder Recadenzrecht (*jus revolutionis*) das väterliche Gut jedesmal der väterlichen Seite, das mütterliche der mütterlichen wieder giebt. g)

a) Saechs. L. O. P. III. C. 15. -- J. F. Eisenhart deutsches Recht. S. 307. -- Chr. Gottl. Buder amoenitat. jur. feudal. p. 145. -- Struben rechtl. Bed. Th. III. Bed. 97. S. 336.

b) R. A. v. 1498. §. 37. -- Nürnberg, Edict. v. 28. Nov. 1521.

c) Eisenhart a. a. O. S. 283.

d) Oberpfälz. Landr. tit. 9. S. 311. -- von Kreitmeier Anmerk. zu den baier. Landrecht. Th. III. Cap. 12. §. 4. S. 495. - Eisenhart a. a. O. S. 287.

e) Würzburg. Landger. Ordn. Th. III. tit. 84. §. 3. Eisenhart a. a. O. S. 277. folg.

f) Eisenhart a. a. O. S. 327. -- Vergl. Fischer erbchaftliches Versendungsrecht ohne Besitzergreifung. Regensburg. 1786.

g) Fischer Erbfolgegeschichte der Seitenverwandten in Teutschland. Leipzig. 1782. §. 1. folg.

§. 209.

c) Gerade.

Unter den ursprünglichen, noch jetzt geltenden Eigenheiten der teutschen Erbfolge verdienen die Gerade, und das Heergeräthe (§. 210.) besonders bemerkt zu werden. Unter der Gerade versteht man einen gewissen durch Gesetz a), oder Herkommen bestimmten und hauptsächlich in Puz, Kleidung und anderm weiblichen Hausgeräthe bestehenden Theil der Erbschaft, welcher den weiblichen Erben, mit Ausschließung der männlichen, bei der Erbvertheilung zum Voraus gegeben wird. Man theilt sie in die Witwen- oder volle-, und die Niftel- oder nichtvolle Gerade ein. Jene nimmt die Witwe als ihr Eigenthum ganz ohne einen Abzug; diese kommt allen Spielmagen, auch Töchtern und andern in ab- und aufsteigender, so, wie in der Seitenlinie, ohne Dazwischenkunft einer Mannsperson mit dem Verstorbenen verwandten Weibspersonen (*cognatae in specie*) zu. Diese müssen jedoch Etwas von den Geräthschaften an den Witwer zurücklassen, daher heist sie die nicht-volle, ist aber sonst mit der Witwengerade ganz einerlei. b)

a) Saechs. L. R. B. I. Art. 5. 24. 27.

b) J. Chr. Regner practisches Handbuch von der Gerade, den fraeulichen Gerechtigkeiten und dem Heergeräthe. Leipzig. 1781. — Carl Frid. Hommel Pertinenz- und Absonderungsregister. Leipzig. 1784. §. 54. S. 59.

G. St. Wiefand jurist. Handbuch: unter dem Worte „Gerade“ S. 477. folg.

- c) Ueber die Paroemie: „die naechste Niftel erbt die Gerade, Gerade hat viel ungerades, die Gerade geht nicht über die Brücke.“ f. Eifenhart teutſches Recht. S. 294. folg.

vergl. die Anhalt - Berenburg. Verordnung vom 25. Oct. 1782. wodurch das Heergeraethe, und die Gerade, als ein ſchaedliches, und für unfere Zeiten nicht mehr paſſendes Recht aufgehoben iſt; in Goeckings Journal. 1784. St. 10. S. 278.

§. 210.

d) Heergeräthe.

Auf eine ähnliche Weiſe, wie die Gerade den Spielmagen, fällt das Heergeräthe bei der Theilung eines männlichen Nachlaſſes den nächſten Schwerdmagen zu. Es hat ſeinen Grund in der ehemaligen Kriegsverfaſſung, indem das, was zur Waffenrüſtung und dem nöthigen Feldgeräthe gehört, dazu gerechnet wurde. Heut zu Tage gilt es noch in den Landen ſächſiſchen Rechts, und meiſtens da, wo die Gerade üblich iſt. a)

- a) Saechl. L. R. B. I. Art. 22. — Regner praktiſches Handbuch von der Gerade, und dem Heergeräthe. §. 45. S. 154. — Hommel Pertinenz- und Ablöſungsregister. §. 77. S. 80. folg. — G. St. Wiefand jurist. Handbuch. u. d. W. „Heergeräthe“ S. 550. folg.

e) Statutarische Portion.

Ehegatten haben nach ursprünglich teutschen Rechten kein gesetzliches Erbrecht auf ihren gegenseitigen Nachlaß, sondern es gebührt ihnen daran in der Regel nur so viel, als sie von Eigenthums - oder Miteigenthums wegen zu fordern haben. Indessen sprechen viele Land- und Stadtrechte a) dem überlebenden Ehegatten einen besondern Erbtheil unter dem Namen der statutarischen Portion zu, welche, da sie auf gesetzlichen Vorschriften beruht, die Natur eines wahren Pflichttheils hat. Daher kann kein Ehegatte dem andern sie durch einen letzten Willen, oder sonst auf irgend eine Art entziehen, oder schmälern b), wo nicht die Geseze eine besondere Ausnahme machen. Hingegen steht es auch einem jeden Ehegatten frei, der statutarischen Portion ausdrücklich, oder stillschweigend zu entsagen. Lezteres nimmt man an, wenn Ehegatten in einem Ehevertrage, oder simultaneischen Testamente, die Erbfolge unter sich, ohne ausdrücklichen Vorbehalt der statutarischen Portion, festsetzen, oder ein ihnen ausgesetztes Legat fordern. c) Die weitere Vererbung derselben richtet sich nach der gemeinen Lehre von Intestaterbfolge. Ueber ihre Quantität läßt sich wegen Verschiedenheit der einzelnen Geseze und Statuten keine allgemeine Regel aufstellen. d)

a) v. Selchow Element. jur. germ. privat. §. 360. (481.)

- b) G. J. F. Meister praktische Bemerkungen aus dem Criminal- und Civil-Rechte. B. I. N. 5. S. 41. -- F. W. Pestel Disquisitio jur. germ. de successione inter conjuges ab intestato. Rintel. 1745. -- Chr. Ludw. Crell portionem statutariam marito ab uxore bona mente adimi posse, ad Const. Elector. Saxon. P. III. Cap. VIII. Wittemberg. 1743. in dessen Dissert. atque Program. Fascicul. VII. Diff. 59. §. 5. -- A. Fr. Schott de legitima conjugum successione. Lips. 1778. §. 29.
- c) C. F. Walch de renunciatione tacita portionis statutariae. Jen. 1760. -- F. G. Zoller utrum vidua, quae legatum testamento relictum petit, portionem statutariam amittat. Lips. 1771.
- d) von Selchow l. c. not. 1. 2. 3. 4. und die da verglichenen Rechte.

§. 212.

f) Succession des Fiscus.

Wenn weder gesetzliche noch andere Erben vorhanden sind, so wird die Erbschaft eines Verstorbenen für erblos betrachtet, und nach teutschen sowohl, als römischen Rechten in der Regel von dem Landesfiscus eingezogen, was man jedoch uneigentlich die Succession des Fiscus zu nennen pflegt. a) Ausnahmsweise kommt dieses Recht auch oft mittelbaren Städten, Gerichts- und Gutsherren, vermöge besonderer Privilegien, oder einer unfürdenklichen Verjährung zu.

- a) G. H. Ayrer D. de jure occupandi bona vacantia. Goetting. 1740. -- C. F. Winkler de successione Fisci ex jure rom. germ. et lubecens. Kiel. 1756.

B. Testamentarische Erbfolge.

§. 213.

Ihre allgemeine Beschaffenheit

Testamente, im ursprünglichen teutschen Rechte unbekannt, sind zuerst nach Einführung des römischen und kanonischen Rechts aufgekommen, also auch nach diesen in Hinsicht der innern und äussern Form zu beurtheilen, wo nicht durch besondere Landesordnungen, oder Localgesetze, eigene Bestimmungen vorgeschrieben sind. Nur die Freiheit zu testiren ist in den teutschen Rechten oft sehr merklich eingeschränkt; so hat der hohe und niedere Adel in Ansehung der Stamm- und Geschlechtsgüter, oder zufolge vorhandener Familienstatuten, auch in Ansehung der neuerworbenen Güter; der Bürgerstand in Kraft einer errichteten ehelichen Gütergemeinschaft des hier und da üblichen Recadenzrechts u. s. w.; imgleichen der Bauernstand wegen der Abhängigkeit von seiner Gutsherrschaft, oder Untheilbarkeit seiner Besitzungen, nicht immer ungebundene Hände.

C. Vertragsmässige Erbfolge.

§. 214.

a) Erbvertrag.

Die teutschen Erbverträge werden zu verschiedenen Zwecken errichtet, theils um ein Erb-

recht zu begründen, oder zu erhalten, theils um die Ordnung eines bereits gegebenen Erbrechts näher zu bestimmen. Zuweilen erstrecken sie sich auch auf Dritte, sind aber alsdann nur in so fern gültig, als Autonomie gesetzmälsig auf sie wirken darf. Sie unterscheiden sich von den Erbvertheilungsverträgen oder Erbcessen, indem diese über eine schon angefallene Verlassenschaft eines Verstorbenen unter den Erbsbetheiligten eingegangen zu werden pflegen.

§. 215.

b) Arten der Erbverträge.

Die Erbverträge I. ihrem Objekte nach betrachtet, betreffen bald das eigene Vermögen eines, oder mehrerer Contrahenten, bald gehen sie auf die Erbschaft eines dritten nicht Mitschliessenden. Die ersten geben eigentlich kein Erbrecht, sondern bestimmen nur, wie es mit der Ausübung eines aus einem gesetzlichen Titel zustehenden, oder zu hoffenden Erbrechts gehalten werden soll. Sie können daher auch keinen Dritten verbinden, hingegen unter den Contrahenten äussern sie ihre volle Wirksamkeit. a) Durch die zweiten wird jemand entweder ein Erbrecht zugestanden (affirmative), oder auf ein Erbrecht verziehen (negative). Beide können einseitig, oder doppelseitig seyn. Die affirmativen begründen entweder ein ganz neues Erbrecht (acquisitive), oder sie versichern ein

schon vorhandenes (conservative), oder sie räumen einem Dritten ein Erbfolgerecht ein, oder bestimmen die Erbfolgeordnung (dispositive), oder sie gehen auf Ausantwortung einer Erbschaft durch einen der Mitcontrahenten (restitutive). Auch können mehrere der genannten Arten in einem, und dem nämlichen Erbvertragsinstrumente vereinigt werden. Die negativen sind entweder ganz unbedingt, oder bedingt, vielleicht mit einer besondern Rücksicht auf einen Dritten begleitet. II. Der Form nach theilen sich die Erbverträge in einfache und gemischte, je nachdem sie nach Art eines wahren Vertrags, oder einer letzten Willensverordnung abgeschlossen worden sind.

a) Danz Handbuch, B. VII. §. 660.

§. 216.

c) Natur und Beschaffenheit der teutschen Erbverträge,

aa) überhaupt;

Die Erbverträge müssen durchaus nach den ursprünglich teutschen Rechten beurtheilt werden, zufolge deren ihre Gültigkeit nicht dem geringsten Zweifel unterliegt. a) Sie haben I. ihre Natur mit andern gesetzmässigen Verträgen gemein, erreichen durch die Vereinigung der wechselseitigen Willen der Paciscenten ihre Vollkommenheit, und bedürfen in der Regel keiner besondern Feierlichkeit, jedoch mit Ausnahme der

gemischten, welche nur unter der bei letzten Willensverordnungen erforderlichen Form gelten. Gelezmäßig errichtete Erbverträge II. wirken alle jene Rechte und Verbindlichkeiten, welche aus einem Erblchaftsanfalle vermöge eines Testaments erwachsen: nur lassen sie keinen einseitigen Widerruf zu, das durch sie erworbene Recht geht auf die Erben über, und bei ihnen finden weder Zuwachsrecht, noch andere Schicksale letzter Willensverordnungen statt. b)

a) Runde Grundsätze des gem. teutsch. Privatr. §. 660.

Danz Handbuch. B. VII. §. 660. S. 378.

b) Hofacker principia jur. civ. rom. german. Tom. II. §. 1402.

§. 217.

bb) *insbesondere.*

A. Affirmative.

Erbverbrüderungen.

Unter den acquisitiven Erbverträgen verdienen im teutschen Rechte vor allen die Erbverbrüderungen (*pacta confraternitatis*) bemerkt zu werden, mittels deren zwei, oder mehrere Familien sich gegenseitig nach ihrem Aussterben die Succession in die Familiengüter zusagen, wozu sie ohne diese Verabredung nicht berechtigt gewesen wären. a) Als Verträge überhaupt betrachtet, stimmt ihre Theorie mit der gemeinen Theorie der Verträge ganz zusammen; nur ist ihr in Ansehung der Lehengüter noch das Erfoderniß des lehenherrlichen Con-

senfes beizufügen. Hingegen als Erbverträge geachtet, zeichnen sie sich durch folgende Eigenschaften aus: Sie setzen 1) zwei Paciscenten voraus, welchen gegenseitig bisher noch kein Erbfolgerecht auf ihre Stamm- und Familiengüter zufland, und unterscheiden sich demnach von Stammverträgen über wechselseitige Erbfolge. Durch sie wird 2) die sonst unbedingte Verfügungsgewalt der zeitlichen Gutsbesizer merklich eingeschränkt; denn 3) das wechselseitig auf den Fall der Erledigung zugesicherte Erbrecht gewährt ein kraftvolles Widerspruchsrecht gegen jede Vorkehrung, die jenes vereiteln dürfte. b) Aus dem gesagten geht der Unterschied der Erbverbrüderungen von Ganerbschaften c), Burgmannschaften, Anwartschaften, Erbeinigungen d), und andern Verträgen von selbst hervor, welche entweder gar keine Erbfolge zur Absicht haben, oder das schon vorhandene Erbrecht nur befestigen. Uebrigens sind Erbverbrüderungen keine dem Adel ausschliesslich zustehende Vertragsart, sondern sie können auch unter Personen des dritten Standes errichtet werden.

a) vergl. Goenner teutsch. Staatsrecht. §. 240. -- Moses Familienstaatsrecht. Th. I. Cap. 13. S. 969.

b) Petr. Haselberg prolusio tractatus de pactis confraternitatis. Goetting. 1789.

c) C. L. Boehmer Elect. jur. feudal. Tom. I. Ex. 24 S. 116. sq.

d) Jo. Dan. Kind D. de unionibus haereditariis in Germania per juris manuarii aevum usitatis. Lips. 1785. -- Danz Handbuch. B. VII. §. 662. S. 391.

§. 218.

B. Negative.

Die Erbverzichte (*pacta renunciativa*) können auf zweifache Weise eingegangen werden, nämlich mit -- oder ohne Vorbehalt des Erbrechts auf den ledigen Anfall. Die mit Vorbehalte begleiteten Verzichte werden entweder von den Töchtern zum Vorthail der männlichen Erben, oder von den Nachgebohrnen und Jüngern zum Vorthail der Erstgebohrnen, oder Aeltern ausgestellt. Daher entstehen Erbverzichte der Töchter, und Eröverträge über die Untheilbarkeit der Güter.

§. 219.

a) Erbverzichte der Töchter.

Die Erbverzichte der Töchter unter dem Adel verdanken ihre Entstehung der Einführung des römischen Rechts a), bezweken die Erhaltung und das Ansehen des Stamms, und verschaffen den männlichen Abkömmlingen den ausschließlichen Vorzug gegen die Töchter, welche jedoch auf den Fall der Erledigung, auch ohne besondern Vorbehalt, in der Regel den Regreß in der Art haben b), daß nach Abgang des Mannsstamms die Erbtochter des Letztverstorbenen in wirkliche Erbfolge eintritt. c) Es ist demnach der ledige Anfall von dem Rückfalle wohl zu unterscheiden.

a) Jac. Dietr. de Bostel de origine renunciatorum filia-

rum illustrium ex diplomatibus med. aevi eruta. Giefs. 1766. -- H. Chr. Senkenberg de renunciatione filiar. illustr. in f. Meditat. S. 406. -- Pütter jus privat. princ. p. 40. -- Siebenkees Beiträge zu den teutschen Rechten. Th. II. S. 1.

b) vergl. Siebenkees a. a. O.

c) Die Streitschriften über diese Frage, vorzüglich zwischen von Cramer und von Senkenberg, und die Geschichte des Streits findet man in den Hallischen Beiträgen zur juristischen gelehrten Historie. B. I. St. II. N. 3. S. 309. -- F. Chr. Schmidt Beiträge zu dem teutschen Territorial- und Privatfürstenrecht, besonders die weibliche Erbfolge betreffend. Nürnberg. 1790. -- Moser Familienstaatsrecht. Cap. IX. §. 52. S. 913.

§. 220.

b) Erbverträge über die Untheilbarkeit der Güter;

1) die dadurch eingeführten Erbfolgearten;

Eine andere Art von teutschen Erbverträgen, welche vorzüglich unter dem Adel üblich ist, hat die Untheilbarkeit der Familiengüter, und eine eigene auf Erhaltung und Vermehrung des Ansehens einer Familie berechnete Erbfolgeordnung zur Absicht. Insbesondere giebt es davon vier Arten, welche ihre Benennung nach der Verschiedenheit der darin bedungenen Successionsordnungen erhalten. Dahin gehören I. die Primogenitur. Sie ist durch den Vorzug des jedesmaligen Erstgebohrnen in der erstgebohrnen Linie, und durch den Vorzug der ältern vor der

jüngern Linie charakterisirt. Durch sie entsteht eine Linealfolge im strengsten Sinne, sowohl den Haupt- als Nebenlinien nach. a) II. Der Majorat, welcher sich nach der Nähe des Grads zu dem Erblasser, und bei gleichem Grad nach dem Alter des Erbfähigen richtet. b) III. Der Seniorat. Dieser giebt ohne Rücksicht auf Linie und Grad der Verwandtschaft dem Alter den Vorzug. c) IV. Der Minorat. Durch ihn wird der Jüngste, oder einer aus der jüngsten Linie begünstiget. d) Diese vier Arten kommen bald einfach, bald gemischt vor; auch muß bei ihnen Erbfolgerecht, und Erbfolgeordnung wohl von einander unterschieden werden. e) Uebrigens sind aus ihnen Primogenitur und Majorat am nächsten verwandt, und werden daher sehr häufig mit einerlei Namen bezeichnet. f) Indessen ist Primogenitur bei weitem üblicher, als Majorat g); seltener erscheint die Senioratsfolge; am ungewöhnlichsten ist Minorat. Nebstdem, daß diese Erbfolgearten durch Erbverträge eingeführt werden können, sind sie gar oft durch Geseze, Familienautonomie und Herkommen gegündet.

a) R u n d e Beiträge zur Erläuterung rechtlicher Gegenstände. Th. I. Abh. 11. S. 350. Abh. 12. S. 383.

b) Jo. Frid. Brandis de vera ordinis succedendi in majoratu notione ex pactis familiae illustrium repetenda, Goetting. 1784.

c) W. A. Rudlof de jure Senii in familiis illustribus. Büzow. 1769.

- d) J. U. de Cramer de minorat. in Opusc. Tom. 2. N. 9. S. 336. et Supplem. Opusc. N. 12. S. 614.
- e) Runde a. a. O. Abh. 13. S. 415. -- Pöffe Prüfung des Unterschieds zwischen Erbfolgerecht und Erbfolgeordnung. Rostock und Leipzig. 1796.
- f) C. Chr. Hofacker D. de origine, et fati successione ex jure primogeniturae in familiis illustr. germ. Götting. 1771.
- g) Runde D. de confirmatione juris primogeniturae in familiis illustr. germ. Goetting. 1770.

§. 221.

2) ihre Errichtung;

Diese Erbverträge erfordern in der Regel I. ihrer Form nach mehr nicht, als was die Gesetze überhaupt zur Gültigkeit der Verträge erheischen. a) Lehen- und landesherrliche Bestättigungen äußern zwar unverkennbaren Nutzen, sind aber von keiner Nothwendigkeit. II. In Rücksicht ihrer Materie aber sind es zwei Stücke, welche bei Errichtung dieser Erbverträge nicht umgangen werden dürfen: nämlich genaue Bestimmung der durch sie einzuführenden Erbfolgeordnung und Festsetzung der Abfindung, oder Verforgung der durch sie bald zeitlich, bald für immer von der wirklichen Erbfolge ausgeschlossenen Successionsfähigen (apanagium s. paragium). Das Apanagium wird verhältnismälsig nach den Gütern bestimmt, ist zeitlicher Abänderungen fähig, und darf mit dem Pflichttheile nicht für einerlei gehalten werden. b) Die ein-

seitig vermöge Autonomie eingeführten Erbfolgeordnungen müssen nach den Grundsätzen einer gesetzlich wirkamen Autonomie beurtheilet werden.

a) Runde D. de confirmatione jur. primog. Cap. II. §. 21.

b) dessen Grundsätze des gem. teutsch. Privatr. §. 671. und die da angeführten Schriften.

§. 222.

c) Erbverträge, welche vorzüglich unter Personen des dritten Standes eintreten.

Es giebt gewisse Erbverträge, welche vorzüglich unter dem Bürgerstand, zuweilen auch unter dem Adel, besonders dem niedern, und selbst unter den freien Bauern eintreten. Dahin gehören die Ehe Stiftungen, in wie fern darin zugleich über die ein- oder gegenseitige Erbfolge der Ehegatten verfügt wird, und die Einkindschaftsverträge.

§. 223.

Einkindschaft.

a) Begriff.

Einkindschaft (*unio prolium*) ist ein Vertrag, wodurch Kinder aus verschiedenen Ehen gegen die in eine Gütergemeinschaft zusammen-tretenden Aeltern, der künftigen Erbfolge wegen, in das Verhältniß aus einerlei Ehe erzeugter Kinder gesetzt werden. a) Ihre Rechtsbeständigkeit

erfordert 1) außer der Einwilligung der beiden eine Gütergemeinschaft unter sich errichtenden Ehegatten 2) die Beistimmung der zu vereinigen- den Kinder, oder ihrer legalen Stellvertreter, 3) die Zuziehung der nächsten Verwandten, 4) eine obrigkeitliche genaue Untersuchung des Verhältnisses, worin die Aeltern sowohl ihrer Person, als ihren Gütern nach stehen, worauf ihnen 5) wenn sich keine besondere Ungleichheit bezeigt, die öffentliche Bestätigung in einer förmlichen Urkunde ausgefertigt wird. b)

a) Eine historische Entwicklung der Einkindschaft findet man in W. G. Tafinger über die Lehre von der Einkindschaft. Nürnberg. 1785. Abschn. I. §. 1 - 30. -- Bened. Schmidt D. de unione prolium. Ingolstadt. 1765.

b) Fraenk. Landger. Ordn. P. III. T. 109. §. 1. -- Hohenlob. L. R. P. I. T. 6. §. 3. -- Pfaelz. L. O. P. I. T. 26. S. 250. -- Tafinger a. a. O. Abschn. II. §. 32.

§. 224.

b) Wirkung derselben.

Für die Bestimmung der rechtlichen Wirkungen der Einkindschaft entscheidet der Grundsatz, daß die unirten Kinder in Ansehung ihrer Aeltern für rechtmäßige Kinder aus *einer* Ehe anzusehen sind. Daher kommen 1) den Aeltern sowohl in persönlicher, als dinglicher Rücksicht, auf die Kinder alle jene Rechte zu,

zu, welche nach den gemeinen Rechten aus der älterlichen Gewalt folgen, nur mit gewissen Einschränkungen, welche in der dazwischen liegenden Gütergemeinschaft ihren Grund haben. a) Besonders merkwürdig ist 2) das durch die Einkindschaft gegründete Erbrecht, welches den Unterschied zwischen eigenen und angeheuratheten Kindern nicht kennt, aber sich weder über die Personen, unter welchen die Gemeinschaft errichtet ist, noch über die Güter, welche in Gemeinschaft begriffen sind, hinauserstreckt, b) noch die Einbändigkeit der gleichgemachten Kinder in ein Doppelband so verwandelt, daß sie ein wechselseitiges Erbrecht unter sich erhielten. c) Die Einkindschaft wird aufgehoben 1) durch Einwilligung der sie schließenden Theile, 2) wenn in der zweiten Ehe keine Kinder nachgebohren werden, und die Einkindschaft auf Nachkinder berechnet war, oder diese den Erbfall nicht erleben, 3) wegen einer Verletzung über die Hälfte für die Kinder eines Theiles, 4) wegen Verkürzung des Pflichttheiles, 5) wegen schlechter Hauswirthschaft der unirenden Aeltern, endlich 6) wegen einer zweiten Verehelichung. d)

a) Tafinger Lehre der Einkindschaft. Abschn. I. §. 23 und 24. -- Pufendorf Tom. I. Obf. 200. §. 3. sq.

b) Tafinger a. a. O. §. 37.

c) Tafinger a. a. O. §. 39. -- A. F. Schott an liberi Krüll's Privatrecht.

uniti mutua inter se successione haereditaria utantur.
Lipf. 1778.

d) Tafinger a. a. O. §. 41. -- C. H. Breuning
D. an unio prolium tanquam inofficiosa rescindenda,
Lipf. 1773. -- von Selchow Rechtsfälle. Th. III.
S. 129.

III. ABSCHNITT.

Von dinglichen Rechten, welche sich auf
Sachen beziehen, die nicht blos als Ge-
genstände des Privateigenthums ange-
sehen werden können.

I. TITEL.

Vom Forst- und Jagdrechte.

§. 225.

Privat - Forst - und Jagdrecht.

Die Rechte und Verbindlichkeiten, welche
in Rücksicht der Waldungen, Forste und Jagden
nach den teutschen Rechten gelten, betreffen ent-
weder die Verhältnisse der Privatpersonen über-
haupt, und gegen, und unter einander, oder die
Verhältnisse des Landesherrn zu den Privatforst-
besizern, und umgekehrt. Jene geben das Pri-
vat - Forst - und Jagdrecht, dessen Existenz
entschieden ist. a) Diese gehören in das Staats-
recht. Viele haben diesen Theil aus dem Staats-
rechte herausgerissen, und unter dem Namen des
Forst - und Jagdkameralrechts besonders be-

arbeitet. Die Quellen des gesamten Forst- und Jagdrechts sind die Forst- und Jagdordnungen, und andere darauf sich beziehende Geseze, das Herkommen und die Natur der Sache selbst. b)

a) D. Ludw. Boettger Beitræge zur Erlæuterung des Forstrechts. Giessen. 1802. Abh. IV. S. 127 - 137.

b) Fr. Ulr. Stiffer Forst- und Jagdhistorie der Teutschen: vermehrt, und mit einer Vorrede von H. G. Franken. Leipzig. 1754. - Fr. D. Müllenkampf Sammlungen der Forstordnungen verschiedener Laender. Th. I. 1791. fortgesetzt von Karl Freiherrn von Moll, Th. II, Salzburg. 1796.

§. 226.

a) Waldeigenthum.

Das Waldeigenthum ist sehr oft durch verschiedene Privaten darauf zustehende Rechte, allezeit aber, wo das Forstwesen regalifirt ist, durch die forstliche Herrlichkeit in der sonst freien Uebung eingeschränkt, oder doch näher bestimmt. Zu den Rechten, welche aus dem Waldeigenthume fließen, gehören: I. die freie Disposition und das Benutzungsrecht des Waldes durch Holzfällen, welches jedoch zufolge der meisten Forstordnungen nur so ausgeübt werden darf, daß die Wälder nicht willkührlich umgehauen werden dürfen, sondern nach Gehauen oder andern Vorschriften genutzt, und die jungen Gehæue, oder geschlagenen Plätze eine Zeitlang geschont werden müssen. a) Davon unterscheidet sich das auf fremden

Wäldern als Servitut haftende Beholzungsrecht (Holzhieb), welches aus Verträgen, Herkommen und Verjährung entsteht, und gewöhnlich auf das Bedürfnis eines bestimmten Guts eingeschränkt ist. b) II. Die Waldmast und Eichellese. Hierüber äußert sich die forstliche Herrlichkeit nicht überall auf gleiche Art; sie behält sich dieselbe entweder vorzugsweise vor, oder verstattet sie dem Eigenthümer gegen gewisse jährliche Reichnisse, oder überläßt sie als eine Servitut, oder sie wird lediglich als ein Zuwachs des Eigenthums genutzt. Weder in einem, noch in dem andern Falle darf sie zum Nachtheile der einem andern zukommenden Jagdgerechtigkeit ausgeübt werden, und ist, wenn sie unbestimmt ertheilt worden, in der Regel von der vollen, und nicht von der halben, Sprengmast zu verstehen. c) III. Das Recht auf Windbrüche, auf grüne Laubfütterung, dürres Moos und Streu zu rechnen zum Behuf der Düngung, das Harzscharren, Pecheln, Kohlenbrennen, Waldbienenstand, und andere dergleichen Nuzungen. d) IV. Das Jagdrecht e), welches aber seit dem sechzehnten Jahrhundert durch die Regalienfucht der Cameralisten ganz verschlungen, und dem Eigenthümer des Walds heut zu Tage nur mehr aus besonderer ausdrücklicher oder stillschweigender Genehmigung des Landesherrn zukommt.

a) von Moser Forstarchiv. B. 9. S. 128 - 144, von Cramer wezlar. Nebenstund. Th. V. N. 2. S. 37. Th.

34. N. 11. S. 144. -- Struben rechtl. Bed. Th. I. N. 106. S. 250.
- b) von Moser a. a. O. S. 135. -- v. Cramer a. a. O. Th. 35. N. 2. S. 12. -- Danz Handbuch. B. II. §. 145. S. 24.
- c) Jac. Kapf de eo, quod circa glandes iustum est. Tübing. 1775. -- J. G. Pietisch Grundsaetze des Forst- und Jagdrechts. Leipzig 1779. §. 53. -- F. U. Stiffer Einleitung zur Landwirthschaft. S. 89. §. 14. -- Struben rechtl. Bed. Th. I. Bed. 25. S. 67 - 69. -- J. Chr. Konr. Schroeter Abh. zur Erlaeuterung des teutsch Rechts. B. I. S. 408. folg.
- d) Pietisch a. a. O. §. 58 - 61, -- Danz a. a. O. §. 147. S. 31.
- e) Struben Nebenstund. Th. I. Abh. II. S. 148 - 240. Th. II. Abh. 11. S. 487 - 548.

§. 227.

b) Jagdgerechtigkeit.

Die Jagdgerechtigkeit, wenn sie auf eine gültige Art erworben worden ist, führt, obwohl sie jedesmal der forstlichen Herrlichkeit unterworfen ist, der Regel nach, allezeit, so wie ein jedes andere dingliche Recht, die Ausschliesslichkeit als Merkmal mit sich, und kommt also dem Landesherrn ohne besondern Vorbehalt weder Vornoch Durch - noch Mitjagd zu. a) Vielmehr darf der Jagdberechtigte in dem ihm angewiesenen Reviere jedem verwehren, Wild zu schießen, es zu beschädigen, oder aus dem Reviere zu scheuchen. b) Aber der Jagdberechtigte muß auch das Wild bis zur Unschädlichkeit wegschießen. Hegt er mehr, als das Revier ohne Nachtheil der be-

nachbarten Aeckerinhaber im Reviere nähren kann, so ist nicht nur jeder derselben befugt, das Wild durch zweckmäßige Anstalten von seinen Aeckern und Gärten zu verscheuchen, sondern er darf es selbst, ohne jedoch es sich zuzueignen, erlegen, so wie der Jagdherr zum Ersatz der durch übermäßigen Wildstand verursachten Schäden gezwungen werden kann. c) So wie die Jagdverleihung an sich eine willkürliche Sache ist, so ist es auch die Art derselben. Die Jagdgerechtigkeit wird bald bestimmt, oder unbestimmt, bald als Erb- oder Gnadenjagd, bald als hohe, oder niedere, bald einem allein, bald mehreren zugleich in der Eigenschaft einer Vor-Koppel- oder Mitjagd verliehen. d)

a) Fischer Cameral- und Polizeirecht. Th. II. §. 1319.
Leyser jus georg. L. III. C. 12. §. 63.

b) Man unterscheide Wilddiebstahl vom Jagdfrevel.
G. A. Kleinschrod Abh. von dem Wilddiebstahle, dessen Geschichte, Strafe und Gerichtsstand. Erlangen, 1790.

c) Arg. L. 30. §. 3. D. ad L. aquiliam. Vergl. J. M. Seuffert de damno per ferarum incursum in agris dato. Würzburg. 1788. -- Moser Forstarchiv. B. VIII. S. 247, B. X. S. 173. B. XI. S. 241. B. XII. S. 251. -- von Ickstadt vom Jagdrechte, Th. II. Cap. II. §. 42. 78.
Danz Handbuch. B. II. §. 160. S. 73.

d) Jagdfolge. Jagdfrohne.

II. TITEL.

Vom Bergrechte

§. 228.

I. Privatbergrecht.

Unter Voraussetzung der Regalität des Bergbaues a) sind zwei Arten von den sich auf den Bergbau beziehenden Rechten und Verbindlichkeiten von einander zu unterscheiden. Einige betreffen das öffentliche Verhältniß des Bergheerrn, oder der Berghoheit zu den Bergwerksverwandten, und den Betrieb des Bergbaues (Bergstaatsrecht). Andere beziehen sich auf das rechtliche Verhältniß der Bergwerksverwandten unter sich, und andere Personen, womit jene in Verbindung stehen (Bergprivatrecht). Nur von letztem kann hier die Rede seyn. Seine Quellen bestehen in der Kenntniß der gemeinen Rechte, der Geschichte der Bergwerke, und des Bergrechts, aller bei dem Bergbaue vorkommenden technologischen Ausdrücke, der Bergwerksurkunden, Berggesetze, Bergordnungen, Bergrescripte, Berggewohnheiten, endlich der Schriften über die Verfassungen und Rechte der Bergwerke. b)

a) Thom. von Wagner über den Beweis der Regalität des teutschen Bergbaues. 1794. -- Goenner teutsch. Staatsrecht. §. 452.

b) Fr. Ludw. von Cancrin Grundsätze des teutschen Berg- und Salzrechts, I. Abth. Frankfurt. 1790. §. 23. S. 15. folg.

II. *Erwerbung des Bergrechts.*

Kein Privater, als solcher, darf sich der Bergwerkschätze anmassen a); die Verleihung des Landesherrn kann ihn allein dazu berechtigen. Diese Verleihung aber geschieht entweder durch das Freierklären des Bergaues, oder durch andere besondere Vergünstigungen, welchen auch eine gesetzmäßige Verjährung gleichgehalten wird. Beruht die Betreibung eines Bergbaues auf einer besondern Concession des Landesherrn, so muß der Umfang der dadurch erhaltenen Rechte zunächst aus dem Verleihungsbrieфе erhoben werden. Entweder sind dem Privaten alle unter dem Bergregale begriffenen nutzbaren Rechte, die Grubenausbeute nächst dem Bergzehnten, Quatembergeld, und den Berggerichten so überlassen, daß dem Lands- und Lehenherrn nur die gesetzgebende und obersterichterliche Gewalt samt dem Vorkaufe der gewonnenen, vorzüglich edlen Metalle verbleibt b) (*plena Concessio*), oder es wird der Bergbau so verliehen, daß der Lehenherr entweder in unmittelbare Gemeinschaft mit dem Beliehenen tritt, oder ihm nur ein und das andere aus dem Bergregale fließende Recht überläßt (*minus plena Concessio*).

a) Goenner teutsch. Staatsrecht. §. 452.

b) von Cancrin Berg- und Salzrecht. S. 75. §. 83 -- Koehler Anleitung zu den Rechten und der Verfassung bei dem Bergbau. Freyberg. 1786. S. 63. §. 10.

III. Bedingungen des Betriebs eines Bergbaues.

Hat der Landesherr den Bergbau für frei erklärt, so darf zwar ein jeder Private daran Antheil nehmen; aber er muß I. um einem wirklich Beliehenen gleichgestellt zu werden, zuerst einen Schurfzettel lösen, und, wenn er nach dem Schürfen einen Gang eröffnen will, muthen. a) Unter mehreren Schürfern entscheidet das Alter im Felde b), jedoch nur unter der Bedingung, daß der erste Finder den wirklichen Bergbau binnen vierzehn Tagen durch Entblößung des Ganges anfangen, oder eine Fristenverlängerung erbitte. Findet der Muther nichts, was die Entblößung des Ganges belohnen dürfte, so muß er mit Er-laze des Schadens den Eigenthümern den Platz wieder so herstellen, wie er vorhin war. II. Auf die Muthung folgt die Belehnung, welche nach ausgefertigter Belehnungsurkunde in das Lehn-buch eingetragen wird. c) III. Pflegt man das gemuthete oder verliehene Feld unter verschiedenen Feierlichkeiten zu vermessen, und darüber ein eigenes Erbbereitungs - Vermess - Schieds - oder Vertragsbuch zu halten. Endlich IV. muß der Muther, so wie der Lehnträger diejenigen Leistungen entrichten, welche nach den individuellen Bergordnungen für den Bestättigungs- oder Belehnungsakt herkömmlich sind.

- a) Hertwig Bergbuch unter den Worten „Muther und Lehnträger.“ §. 6. u. 22.
- b) v. Cancrin Berg- und Salzrecht, S. 106. §. 112. folg. Fr. 10. Meyer bergrechtliche Beobachtungen bei ergangenen gerichtlichen Erkenntnissen und Informaten. Leipzig. 1803. Abh. I. S. 83.
- c) Hertwig a. a. O. unter dem Worte „bestättigen“ §. 2. auch unter dem Worte „Lehn“ §. 10.
- d) von Cancrin a. a. O. S. 136. §. 138 - 143. ~ Koehler Anleitung zu den Rechten und der Verfassung bei dem Bergbau, S. 110. §. 33 - 36.

§. 221.

IV. Rechtsverhältniß zwischen Bergherrn und dem Lehnträger.

I. Der Bergherr behauptet über den verliehenen Bergbau das Obereigenthum; zufolge dessen hat er die Obergewalt über den Grubenbau, erläßt Berggesetze, ertheilt Privilegien, bestellt Bergbeamte, übt die Berggerichtsbarkeit aus, fodert dem Belehnten verschiedene Abgaben ab, als das *Quatember-* oder *Recessgeld*, den *Zehnten*, das *Lade-* und *Waagegeld*, den *Schlägeschaz*, und spricht in Ansehung der gewonnenen Metalle, Mineralien, und Erze das *Vorkaufsrecht* an. a) Dagegen II. bezieht der Lehnträger vermöge des ihm verliehenen beschränkten Eigenthums die Nuzungen von den Berggebäuden, und nimmt mittel- und unmittelbaren Antheil an allen Bergwerksprivilegien b), welche bald den Einwohnern der Berg-

orte überhaupt, bald den Theilhabern an den Bergwerken, ohne Rücksicht, ob sie Bergortseinsohner sind, oder nicht, bald dem Bergpersonale zustehen. Er muß aber auch seinem Berg- oder Lehn Herrn diejenigen Abgaben entrichten, welche die Bergordnung, das Herkommen oder die besondern Verleihungen mit sich bringen.

a) J. F. C. Maehler über die Frage: ob den Bergwerksverwandten an ihren Bergwerken ein sogenanntes dominium utile, oder was sonst für ein Recht, und welche vorzügliche Befugnisse dem Landesherrn und obersten Berg Herrn, der Verleihung ungeachtet, zustehen. 1785. - von Cancrin Berg - und Salzrecht. S. 145. §. 146 - 169. Koehler Anleitung zu den Rechten, und der Verfassung bei dem Bergbau. S. 117. §. 12 - 43.

b) Koehler a. a. O. S. 132. §. 3. folg. -- von Cancrin a. a. O. S. 202. §. 239.

§. 232.

V. Gesellenbau und Gewerkschaft.

Ein durch Muthung und Belehnung auf gehörige Art erworbenes Bergwerk wird entweder von einer Person allein, oder von mehreren zugleich gebauet. Im ersten Falle trägt der Beliehene den Namen eines Eigenlehnners, und das ihm zustehende Feld heißt ein Eigenlehn. Im zweiten Falle besteht die errichtete Gesellschaft entweder aus zwei, bis höchstens acht, oder aus mehreren Mitgliedern. Jene machen einen Gesellenbau, dessen Theilhaber Gesel-

ten heißen, diese eine Gewerkschaft aus. Ihre einzelnen Glieder werden Gewerken genannt. Die Zubusse und Ausbeute wird bei jenen, so wie bei diesen, nach bestimmten Bergtheilen oder Kuxen, vertheilet. a) Darunter pflegen gewöhnlich einige Freikuxen zu seyn, welche Ausbeute ziehen, aber nicht Zubusse tragen, und dem Grundherrn, der Kirche, Knappschaft, oder den Armen gehören. Ihre Rechte und Verbindlichkeiten ergeben sich aus dem unter ihnen stattfindenden Gesellschaftsvertrage, den Bergordnungen, dem Herkommen, und der Natur der Sache. b) Der zum Grubenbau erhaltene Vorschufs haftet als eine dingliche Last auf dem Felde.

a) Fr. Jo. Meyer bergrechtliche Beobachtungen. Abh. IV. S. 147. folg.

b) von Cancrin Berg- und Salzrecht. II. Abth. Frankfurt. 1790. §. 264. S. 7. folg.

§. 233.

VI. Bergleute.

Die wirkliche kunstmäßige Betreibung des Bergbaues geschieht durch Bergleute, deren Verhältniß zu den Eigenlehnern und Gewerken nach den Grundsätzen vom Miethvertrage, nach den Bergordnungen, und dem Bergherkommen zu bestimmen sind. a) In Ansehung ihres rückständigen Berglohnes haben sie auf den Vorrath der Zeche ein stillschweigendes Unterpfand

mit dem Vorzugsrechte, so, daß sie bei einem ausgebrochenen Concurse in die erste Klasse kommen. b) Bei erlittenem Schaden an ihrer Gesundheit werden sie gemäß eines gemeinen Bergherkommens auf Kosten der Gesellschaft, oder der Eigenlehner geheilt, und bekommen im Falle einer gänzlichen Unbrauchbarkeit ein Gnadengeld. Uebrigens genießen die Bergleute nächst andern Privilegien auch das Vorrecht eines freien Gerichtsstandes, und eines abgekürzten Verfahrens in allen ihren Rechtsangelegenheiten. c)

a) von Cancrin Berg- und Salzrecht. Abth. II. §. 404. S. 99. folg.

b) Hertwig Bergbuch unter dem Worte „Lohn“ §. 6.

c) von Cancrin a. a. O. Abth. IV. §. 725. S. 7. folg.
Meyer bergrechtliche Beobachtungen, XXII. S. 45.

§. 234.

VII. *Verlust der aus der Belehnung erhaltenen Bergrechte.*

Die Rechte an den gehörig erworbenen Bergwerken gehen verlohren: 1) durch Verträge, 2) durch Absterben desjenigen, welchem die Verleihung persönlich ertheilt worden, 3) durch Verjährung, 4) durch Dereliction, und 5) durch Nachlässigkeit in Suchung der Muthung, oder der Bestättigung, oder der Entrichtung der dem Landesherrn gebührenden Abgaben. Auf einem solchen in das landesherrliche Freie gefallenen

Bergbaue finden neue Muthungen und Belehnungen statt. a)

- a) Koehler Anleitung zu den Rechten, und der Verfassung bei dem Bergbau. S. 149. folg. -- vergl. Meyer bergrechtliche Beobachtungen. V. 9. XII. 22. Abh. IV. Cap. 10. S. 207.

III. T I T E L.

V o m S a l z r e c h t e.

§. 235.

Salzrecht.

Die Salzquellen werden entweder von dem Regalieninhaber selbst betrieben, oder die Betreibung derselben an Private nach Art eines Lehns, oder einer Emphiteusis, oder einer Erb- oder Zeitpacht überlassen, oder sie werden, wo die Salzquellen nicht zu den Regalien gezählt werden, als ein Privateigenthum von den Grundeigenthümern genutzt. Darnach muß zunächst, jedoch mit Rücksicht auf die besondern Salzordnungen und Herkommen, das in Ansehung ihrer statt findende Rechtsverhältniß beurtheilt werden. Wo das Salzwesen regalirt ist, wird gar oft eine ganze Gesellschaft bald vollständig, bald unvollständig, damit belehnt, und Gewerk- oder Pfännerfschaft genannt, dessen Mitglieder (Salzpfänner) die ihnen verliehenen Salzquellen nach einer willkürlich bestimmten Anzahl von Theilen (Koten) eintheilen. Ihre Rechte unter

sich müssen theils nach den gemeinrechtlichen Grundfäzen vom Gesellschaftsvertrage, theils nach den einzelnen Salzordnungen und Herkommen ausgemittelt werden. a) Uebrigens geniefsen die Sälzer, oder Salinenarbeiter mit den Bergknappen in der Regel durchaus gleiche Privilegien.

a) von Cancrin Berg- und Salzrecht. Abth. V. §. 865. folg, und die daselbst angeführten Schriften.

IV. T I T E L.

Vom Privatrechte der Wege, des Post-
Fracht- und Fuhrwesens.

§. 236.

I. *Privatrecht der Wege.*

Die Wege sind entweder private, oder öffentliche; letztere theilen sich wieder in Gemeindewege, und Land- oder Heerstraßen. Auch giebt es noch besondere Straßen, welche zu eigenen Bestimmungen angelegt sind; dahin gehören Post- Commercial- Salz- Feld- und Holzstraßen, Bei- und Nebenwege. I. Die Gemeindewege werden von einer Gemeinde angelegt und unterhalten, und zwar entweder so, daß jedes Gemeindeglied, in wie fern der Weg oder die Straße dessen Eigenthum berührt, oder vorbeigeht, sie unterhält (Theilungsfuß), oder so, daß sie von der Ortsobrigkeit auf gemeinschaftliche Kosten hergestellt,

letztere sodann entweder nach einem vertragsweise bestimmten Verhältniß zusammengeschlossen, oder durch eine eigene Auflage, wozu jedoch allezeit landesherrliche Genehmigung erforderlich ist, erhoben werden (Communionfuß). II. Die Privatwege, in wie fern sie bloß inner dem Privateigenthum zur individuellen Bequemlichkeit dienen sollen, legt jeder nach Willkür an. Jedoch muß bei ihnen, so wie bei den Gemeindegewegen, darauf gesehen werden, daß für öffentliche Anstalten daraus kein Nachtheil entstehe. III. Land- und Heerstraßen sollen nach den Reichsgesetzen a) auf des Landes gemeine Kosten erbauet und unterhalten werden. Zu diesem Behuf dient vor allem die Landfolge; auch ist das Privateigenthum zum Besten des Landstraßenbaues dem eminenten Staatseigenthume unterworfen. b) Wenn der Staat bei Umlegung einer Heerstraße diese über einen Privatweg anlegt, so scheint es gerecht, daß der Privatmann so viel, als bisher zu dem Privatwege, nun zur jetzigen Heerstraße, das übrige aber der Staat beitrage. c)

a) RSchl. v. 1670. (neueste Sammlung der RAbfch. IV. S. 75.) RSchl. v. 1768. -- Gerstlacher Handbuch der teutschen Reichsgesetze. B. IX. S. 1381.

b) Goenner teutsches Staatsrecht. §. 383. und die da angeführten Schriften.

c) Pufendorf Tom, III. Obf. 113.

§. 237.

II. *Strassengerichtsbarkeit.*

Die Privat- und Gemeindewege sind ohne allen Zweifel der ordentlichen Gerichtsbarkeit in einer jeden Gegend, es sei diese eine landesherrliche, oder patrimoniale, unterworfen. Es gehört daher die Strassengerichtsbarkeit in dem letzten Betrachte unter die Privatrechte. Hingegen die Gerichtsbarkeit über die Heerstraßen (Strassengerichtsbarkeit im höhern Sinne) bleibt auch durch solche Distrikte, in denen die Gerichtsbarkeit patrimonial ist, ein landesherrliches Gerechtsame. Wenn aber der Landesherr die Sorge für öffentliche Sicherheit der Straßen vernachlässigt, so berechtigen Reichsgefeze a) den Verletzten, den Ersatz von jenem zu fordern.

a) RSchl. v. 1670. (neueste Sammlung der RAbsch. IV. S. 75. — vergl. G o e n n e r teutsches Staatsrecht. §. 385.

§. 238.

III. *Post- und Bothenwesen.*

Da nach den teutschen Rechten das Postwesen regalisirt ist a), so darf I. ein Privater weder Haupt- noch Nebenposten anlegen, so wenig als II. das Postregale die bürgerliche Freiheit in Dingen einschränken kann, welche nicht zur wirklichen Vervollkommnung des Postwesens gehören.

III. Postanstalten, als eine entschiedene Wohlthat für das gemeine Wesen, geniefsen einen ganz besondern Schutz des Staats. Darauf beruhen die Privilegien der Posthäuser, und die Freiheiten der Postbedienten, welche jedoch IV. nie so weit ausgedehnt werden dürfen, daß sie sowohl von der Landesgerichtsbarkeit, als auch von allen bürgerlichen dinglichen Lasten durchaus befreiet wären. b) V. Die Erstattung der Sachen, welche auf den Posten geraubt, gestohlen, oder sonst beschädiget worden sind, ist nach der Analogie der römischen Rechtsgrundsätze *de receptis* zu beurtheilen. Deshalb sind VI. von den Postämtern ordentliche Postrollen zu halten, und über Geld und Kostbarkeiten Empfangsscheine auszustellen, wofür sodann VII. die Postgelder mehr nach dem Werth, als dem Gewicht zu bestimmen sind. VIII. Für die außerordentlichen Posten findet nicht alles statt, was von den ordentlichen gilt, wenn nicht Landesgesetze oder Herkommen es ausdrücklich vorschreiben. Indessen geniefsen sie gewöhnlich die Vortheile, welche die Beschleunigung befördern. Sonst beruht das ganze Geschäft auf den gemeinen Grundsätzen vom Miethvertrage, wornach sich auch die Lehre vom Botenwesen richtet. c)

a) G o e n n e r teutsches Staatsrecht. §. 401. folg.

b) Verhandlung des Wahlkonvents. v. 1790. -- Wahlcap. Art. 29. §. 1. -- Pütter vom Reichspostwesen; in den Erörterungen und Beispielen des teutschen Staats- und Fürstenrechts. I. Heft. Goetting. 1790, S. 76. --

Haeberlin Repertorium des teutschen Staats- und Lehenrechts. Art. Postwesen, §. 18 - 22. -- G. St. Wieseland jurist. Handbuch u. d. W. „Postrecht“ S. 840. folg.

c) Haeberlin a. a. O. Art. „Bothenwesen“ -- Danz Handbuch B. I. §. 135 - 138.

§. 239.

IV. Fuhr- und Frachtrecht.

Die wenigen Bestimmungen, welche die Reichsgelese a) in Ansehung des Fuhr- und Frachtwesens an die Hand geben, bezwecken mehr die Polizei, als das, was Rechtens ist, so daß die Feststellung des rechtlichen Verhältnisses zwischen Frachtfuhrleute und Frachtgeber zunächst aus dem römischen Rechte, und der Natur des Geschäfts zu erholen ist. Nur für Gegenstände, welche Handelsfracht betreffen, entscheiden in Handelsstädten das Handelsrecht, und die Handelsgerichtsordnungen. b)

a) RPol. Ordn. v. 1530. tit. 25. -- Halsger. Ordn. v. 1532. Art. 221. -- RPol. Ordn. v. 1548. tit. 16. u. v. 1577. tit. 16.

b) Jo. Chr. Conr. Schroeter Abh. zur Erläuterung des teutschen Rechts. B. I. S. 297. folg. -- Karl Gottl. Roefflig Darstellung des leipziger Handelsrechts. Leipzig. 1796. -- D. C. E. Münter Frachtfahrrecht. II. Th. Hannover. 1798 - 1803. -- von Zangen Erörterung der Frage: was für eine Klage wider einen Fuhrmann statt finde. Gießen. 1798. -- J. Conr. Beyerbach vom Beweise der Frachtgüter. Frankfurt. 1801.

V. T I T E L.

V o m W a s s e r r e c h t e.

§. 240.

I. *Wasserrecht überhaupt.*

Da nach den teutschen Rechten eigentliche Flüsse und Ströme zu den Regalien gehören, so können Privatpersonen an der unmittelbaren Benutzung derselben nur in so fern Antheil nehmen, als dadurch der Regalität kein Eintrag geschieht, oder die unter ihr begriffenen nuzbaren Rechte von den Landesherren ihnen besonders verliehen worden sind. Auch hat man stets das eigentliche Regale von den regalischen Nuzrechten, so wie schiffreiche Ströme und groſse Wässer von den kleinen stehenden Wässern und Bächen zu unterscheiden. Stehende Wässer gehören in der Regel demjenigen, dessen Länderei sie einschließt; auf gleiche Art werden Bäche nach ihrer ganzen Länge als Eigenthum desjenigen angesehen, durch dessen Grund sie fließen, es müſste nur nach besondern Landesordnungen die Wasserregalität auch auf sie erstreckt worden seyn. a)

a) F. L. von Cancrin Abh. vom Wasserrechte sowohl dem natürlichen, als positiven, vornehmlich aber dem teutschen. II. Th. 1789 u. 1790. 4. -- Runde Grundsätze des gem. teutschen Privatr. §. 162. not. b.

§. 241.

II. *Darunter begriffene Rechte.*a) *Fischerei.*

Die Fischerei, in wie fern sie der Landeshoheit in einem Lande nicht besonders vorbehalten ist, folgt dem Eigenthume des Wassers, ist nach der Analogie des Jagdrechts zu beurtheilen, jederzeit aber in der Ausübung an die landesherrlichen Fischordnungen gebunden. a) Gleiche Grundsätze gelten von Bernstein, Goldwäschen und Perlenfischerei, denn auch sie sind Nuzungen aus Wässern.

- a) von C a n c r i n Wasserrecht. B. III. Abh. 12. S. 55. folg. -- Struben rechtliche Bedenken. Th. II. Bed. 87. S. 328. Th. V. Bed. 17. S. 37. -- Leyser jus georg. Lib. III. Cap. 14.

§. 242.

b) *Mühlenrecht.*

Das Recht, Mühlen anzulegen, gehört als ein öconomischer Nahrungszweig in das Privatrecht, außer wenn das Mühlenwesen nach individuellen Verfahrenen regalisirt, oder unter besondere Polizeiaufsicht gezogen ist. Auf jeden Fall können bei öffentlichen Strömen ohne Bewilligung des Landesherrn, welche gewöhnlich gegen einen jährlichen Mühlenzins ertheilt zu werden pflegt, keine Mühlen angelegt werden. Hingegen bei Privatwässern und Bächen bringt

das Privateigenthum ein ganz natürliches, freies Mühlenrecht (nicht aber ein Mühlengewerb) mit sich. a) Nur ist darauf Rücksicht zu nehmen, daß bei Legung des Fachbaumes für Abwendung einer Ueberschwemmung der benachbarten Felder gesorgt werde, und der Mühleherr den möglichen Unterschleif der Mühler nicht begünstige. b) Eben so frei ist auch das Recht, Windmühlen anzulegen, in wie fern nicht besondere Landesgesetze eine Beschränkung mit sich bringen, oder das Mühlenrecht als ein bürgerliches Gewerbe betrieben werden will. c)

a) von Rohr Haushaltungsrecht. B. IV. Cap. 11. -- Westphal teutsches Privatrecht. Th. II. S. 158. -- von Quistorp rechtliche Bemerkungen aus allen Theilen der Rechtsgelehrtheit. N. V. S. 39.

b) Westphal a. a. O. S. 171. -- Fr. Ludw. von Cancrin Abh. vom Recht des Eich- und Sicherpfahls. Gießen. 1788. in seinen kleinen technologischen Werken. B. II. N. 5. -- von Rohr a. a. O. B. IV. Cap. 12. Schroeter vermischte Abh. zur Erläuterung des teutschen Rechts. B. II. S. 108.

c) Eisenhart teutsches Recht. S. 186.

§. 243

c) Brückenrecht.

Ueber private Wässer darf jeder Eigenthümer nach Willkür eine Brücke anlegen, dessen Unterhaltung aber auch ihm allein obliegt. Sollte ein Gemeindeweg darüber geführt werden, so sind die Grundsätze von den Gemeindewegen

(§. 236.) auf sie anzuwenden. Das Recht, über öffentliche Flüsse Brücken zu schlagen, gebührt, so wie die Befugnis, zu ihrer Unterhaltung ein Brückengeld zu fodern, der Landeshoheit, welche es aber auch an Private unter beliebigen Bedingungen verleihen kann. a) Alles dieses gilt auch von Fahren und dem Fährgelde.

a) von Rohr Haushaltungsrecht. B. VIII. Cap. 7 u. 8. -- de Schellwiz D. de exactione pecuniae pro viis publicis, pontibusque solvendae, Jen. 1776. -- Goenner teutsches Staatsrecht, §. 383.

§. 244.

d) Schiff- und Floßrecht.

Die Schiffart gehört zur Benutzung der öffentlichen Flüsse und Ströme; daher können Privatpersonen nach teutschen Rechten sie nur mit Bewilligung des Landesherrn treiben, und diesem gebührt es, zu bestimmen, ob sie frei, oder gegen Wasserzoll geübt werden dürfe. Ganz anders verhält es sich bei Privatbächen einzelner sich vereinigenden Eigenthümer. Da das Floßrecht eine Art von Schiffart ist, so ist es nach denselben Grundsätzen zu beurtheilen. a) Mit der Schiffart steht das Recht des Lein- oder Leitpfades in Verbindung, wobei jedoch die möglichste Schonung des Privateigenthums beobachtet, auch wohl zuweilen eine Entschädigung dafür geleistet werden muß. b)

a) von Rohr Haushaltungsrecht, B. VIII. Cap. 4. -- Fr.

Ant. Dürr D. de jure gratiae, vom Flossrechte. Mogunt. 1762. -- Cramer Observat. jur. univers. Tom. I. Obs. 192. S. 470. -- Moser von der Landeshoheit in weltlichen. Th. IX. S. 233.

b) Chr. Gottl. Bienen D. de semita nautarum in ripis fluminum navigerorum, Leinpfad s. Troedel vulgo appellata. Lips. 1787.

§. 245.

e) Inseln, Werder, Anlagen.

Die in grossen Strömen entstandenen Inseln, Werder, Alluvionen, oder Anlagen, oder ein verlassenes Flußbeth folgen dem Eigenthume des Gewässers. Unter dieser Voraussetzung machen die nach dem römischen Recht geltenden Grundsätze solange die Regel aus, bis die besondere Verfassung eines Landes hierüber andere Bestimmungen mit sich bringt. a)

a) Moser von der Landeshoheit in weltlichen. Th. IX. S. 219. f. -- von Cramer wezlar. Nebenstund. Th. 9. N. 7. S. 119.

§. 246.

f) Strand- und Grundrührrecht.

Das Strand- und Grundrührrecht älterer Zeiten, zufolge dessen zu Wasser verunglückte Menschen und Güter ein Raub des Finders wurden, ist schon lange durch Reichsgeetze verboten, a). Wer heut zu Tage gestrandete Sachen sich schlechthin zueignet, wird als ein Dieb bestraft. Vielmehr sind in Seegegenden zur Ret-

tung der Schiffe und der gestrandeten Waaren eigene Strandbediente angestellt, und alle geborgenen Sachen müssen in öffentliche Deposita (Bergehäufer) abgeliefert werden. Die Obrigkeit sorgt für deren Aufbewahrung, oder den Umständen nach für vortheilhafte Verkaufung, und stellt entweder sie selbst, oder den Kaufpreis nach Abzug der Kosten, und eines billigen Bergegeldes dem Eigenthümer zu. Meldet sich dieser nicht binnen Jahr und Tag, so fällt das Gut dem Strandherrschaft heim. Indessen pflegt man dem sich später meldenden Eigenthümer gegen Anführung wichtiger Hindernisse die Wiedereinsetzung in den vorigen Zustand nicht gerne zu verlagern. b)

a) Halsger. Ord. art. 218. -- R. A. v. 1559. §. 38. Gerstlacher Handbuch der teutschen Reichsgesetze. Th. X. S. 2294. folg.

b) Fr. E. Carl Mereau Miscellaneen zum teutsch. Staats- und Privatrecht. Th. I. Gotha. 1791. N. 18. S. 424. J. Schuback de jure littoris. vom Strandrechte. Goetting. 1790. 4. -- Danz Handbuch. B. I. §. 112. S. 423.

VI. TITEL.

Vom Deich- und Siehlrechte.

§. 247.

I. Deich- und Siehlrecht überhaupt.

Von ganz besonderer Wichtigkeit ist das in vielen Provinzen Teutschlands geltende Deich- und Siehlrecht, welches die auf Deiche und

Siehe sich beziehenden rechtlichen Bestimmungen enthaelt. Seine Quellen sind die einzelnen Statuten der an Flüssen gelegenen Städte, die Deich- und Dammordnungen, andere in Ansehung der Dämme ergangene Landesgesetze, besondere Herkommen und Rechtsgewohnheiten, Hülfsweise auch das römische Recht, und die Natur der Sache. a)

- a) Dreyer Miscellan. des teutsch. Rechts. Lübeck. 1784. S. 1 - 37. -- Joh. Beckmann Sammlung auserlesener Landesgesetze. Th. IV. S. 1. folg. -- C. Abr. Heinecken tentamina juris aggeralis reipubl. bremenf. Goetting. 1774. Joh. Dietr. Mellmann Einleitung in das gemeine und Schleswig - Hollnstein. Dam - Deich - Siehl - und Schleusenrecht. Th. I. Absch. I. Altona und Leipzig. 1795. §. 14. -- Fr. Ludw. von Cancrin Abh. vom Wasserrecht. Halle. 1789. Abh. II. S. 91. folg. Einige Beiträge zum Deichrecht finden sich in von Bülow's und Hagemann's praktischen Eroerterungen. B. II. N. 1,

§. 248.

II. *Anlegung der Deiche.*

Aus dem Begriffe des Eigenthums von den an Waessern gelegenen Grundstücken geht das Recht, Deiche anzulegen, ganz natürlich hervor. Die Wichtigkeit einer solchen Anstalt, die eben sobald unwiederbringlichen Schaden verursachen, als dagegen schützen kann, machte dieses Recht bald unmittelbar, bald mittelbar von der obrigkeitlichen Mitwirkung abhängig. Es ist daher in vielen Orten die fortdauernde Aufsicht über das

Deichwesen eigenen Deichgrafen, Deichrichtern, Deichgeschwornen u. s. w. anvertraut. a) Um das Deichwesen in Gang zu bringen, und im guten Stande zu erhalten, treten sehr oft die Bewohner eines ganzen Bezirkes in eine eigene Gesellschaft (Deichband, Deichacht) zusammen, welche sodann eine gemeinschaftliche Deichkasse, und ein ordentliches Deichbuch hält, und mit vereinigten Kräften den Deichbau unternimmt. Auf sie selbst sind in der Hauptsache die gemeinrechtlichen Grundsätze von dem Gesellschaftsvertrage anzuwenden. b)

a) Heineken tentamina juris aggeralis. §. 15 - 26. -- von Rohr Haushaltungsrecht. Th. I. B. VIII. Cap. 2. §. 29. folg. -- Wiefand jurist. Handbuch u. d. W. Teichordnung. S. 1059.

b) Danz Handbuch. B. I. §. 114. S. 430.

§. 249.

III. *Unterhaltung der Deiche.*

a) Ordentliche Deichlast.

Die Verbindlichkeit, die Deiche zu unterhalten, oder zu ihrer Unterhaltung beizutragen, ruht I. auf dem Besitze der gesicherten Grundstücke, ist dinglich, und geht mit diesen, ohne weitere Rücksicht, auf jeden Besitzer über. Nur sind die Besitzer hoher Geestländer und ungebauter Moorländer, imgleichen der bloße Miethmann, der an Grund und Boden kein dingliches Recht hat, davon befreiet. a) Nach dieser Voraussetzung kann

II. die Deichlast weder durch Verträge und Veräußerungen, noch durch Verjährung, noch durch Execution davon getrennt werden. III. Grobe Nachlässigkeit oder Unvermögenheit in Erfüllung der Deichpflicht zieht nach dem Sprüchwort „wer nicht kann deichen, der muß weichen“ die Folgen des sogenannten Spaden rechts nach sich. b) IV. Die wirkliche Unterhaltung der Deiche, oder die Bestreitung der ordentlichen Deichlast geschieht entweder so, daß die ganzen Deiche ausgemessen, und einem jeden Genossen nach der Größe seines deichpflichtigen Landes ein Deichantheil zum Bauen und Unterhalt angewiesen wird (Theilungs- oder Partialfuß), oder so, daß die ganze Deichgenossenschaft den Deichbau als eine gemeinschaftliche Sache betreibt, und der Kostenaufwand unter die sämtlichen Deichpflichtige vertheilet wird (Communfuß). Verhältnismäßige Gleichheit soll hier die Regel seyn. e) Ein und dasselbe gilt auch vom Siehlenbaue und andern mit dem Deichbaue verbundenen Nebenlasten. Gar oft muß V. wegen des eindringenden Stromes der Deichbau landeinwärts geführt werden: alsdann müssen die Eigenthümer derjenigen Grundstücke, worauf der neue Deich angelegt wird, von dem Deichbände entschädiget werden. Die ausgedeichten Landbesitzer werden für ausgetreten gehalten, und sind für die Zukunft von der Deichlast frei. d) Aus diesem Grunde muß ein ganz neuer Vertheilungsmaasstab ausgemittelt werden.

- a) von Rohr Haushaltungsrecht, Th. I. B. III. Cap. 3. §. 9. -- von Bülow und Hagemann pract. Erörterungen. B. II. N. 1. §. 2.
- b) von Bülow und Hagemann a. a. O. S. 18. folg. Danz Handbuch. B. I. §. 118. S. 439.
- c) Dreyer Miscellan. S. 32. -- J. Beckmann Beiträge zur Oeconom. und Technolog. Th. III. S. 319. -- von Bülow und Hagemann a. a. O. S. 29. folg.
- d) Arg. L. 38. §. 1. L. 52. §. 4, 10, 15. L. 67. §. 2. D. pro socio. -- Heinecken tentamina jur. aggeralis. §. 8. p. 21. -- Vergl. Dreyer Miscellan. S. 21. -- Ant. von Halem de jure eliminatorem, eorumque indemnificatione aequitati et juri consentanea. Hal. 1770.

§. 250.

b) auſſerordentliche Deichlaſt.

Nächſt der ordentlichen Deichlaſt tritt zuweilen die bei auſſerordentlichen Vorfällen gewöhnliche Nothhülfe ein, wozu nicht nur jeder Deichbandgenoſſe, ſondern auch alle Einwohner der in Gefahr ſtehenden Gegend, welche arbeiten können, verpflichtet ſind. Indeffen verſteht ſich dieſe Nothhülfe nur von Handarbeit, und nur ſolange, bis die Gefahr verſchwunden iſt. Die Herbeiſchaffung der Materialien aber, und die Vollendung des Baues, gehört für die Deichgenoſſen. a) Uebrigens iſt ein ſolcher auſſerordentlicher Schaden allezeit eine gemeine Deichlaſt des Deichbandes. b)

a) Heinecken tentamina jur. aggeralis. §. 38, 39.

b) Pufendorf Tom. II. Obf. 204. T. III. Obf. 135.

IV. *Besondere Rechte des Deichwesens.*

Vermöge eines allgemeinen durch die bekannten Deichordnungen bestätigten Herkommens geht alles dasjenige, was zur Anlage, zum Bau und Unterhalt der Deiche im baaren Gelde, Materialien und Arbeitslohne geliehen worden, bei einem über das Vermögen der Deichpflichtigen entstandenen Concurs allen andern Forderungen ohne Ausnahme vor. Unter den Gläubigern selbst entscheidet die Zeitfolge, wenn nicht das jüngere Anlehen zur Erhaltung des alten diene. a) Ferner werden die Deiche zu den befriedeten Sachen gerechnet. b) Endlich haben die Streitigkeiten in Deichangelegenheiten fast durchaus einen privilegierten Gerichtsstand, ihre Verhandlung ist allezeit summarisch c), und in eiligen Fällen, wo kein Verzug statt findet, fällt auch die suspensiv Wirkung der gegen ertheilte Bescheide nachgesuchten Rechtsmittel hinweg. d)

a) Arg. L. 5. D. qui potior. in pign. — Dreyer Miscellan. S. 36.

b) Pufendorf. Tom. II. Obs. 190.

c) Mellmann Einleit. in das gemeine Damm- und Deichrecht. §. 27. folg.

d) Struben rechtl. Bed. Th. V. Bed. 13.

II. UNTERABTHEILUNG.

Von den persönlichen Sachenrechten.

§. 252.

Einleitung.

Ein Vertrag ist eine von zwei oder mehreren, welche gegenseitig zwei vorstellen, wechselseitig geäußerte Einstimmung in eine Veränderung ihrer Rechtsverhältnisse. Versprechen und Annahme sind die ihn constituirende Akte der Willkür, es mag der Gegenstand des Versprechens in einem Geben oder Handeln ohne Gewährung einer Sache, oder in einem Unterlassen oder Leiden bestehen. Traktaten wirken noch keine Verbindlichkeit, wohl aber Punctationen, wenn durch sie die Hauptpunkte eines Vertrags festgesetzt, und nur noch die Nebentheile einer weitem Erledigung überlassen sind.

I. ABSCHNITT.

*Von den Eigenheiten des teutschen Rechts bei Verträgen,
die ihre gesetzliche Bestimmung aus dem römischen
Rechte erhalten.*

§. 253.

I. Hauptverträge.

Die natürliche und im römischen Rechte bestätigte Freiheit, Verträge einzugehen, macht auch

nach den teutschen Rechten die Regel aus, welche jedoch zufolge der letzten mannichfaltige Modificationen erleidet. Oft ist sie auf besondere Bedingungen gestellt, oft ist sie den Privaten ganz entzogen. Bald dürfen gewisse Personen gegen die Regel weder versprechen, noch annehmen; bald sind gewisse Sachen ausser allem bürgerlichen Verkehr gesetzt; bald ist die Freiheit zu contrahiren auf eine eigene Form bedingt.

§. 254.

Eigenheiten des teutschen Rechts.

a) In Ansehung der Form der Verträge überhaupt.

Um die das Wesen eines Vertrags bestimmende Einheit der Willen äusserlich vollkommen an Tag zu legen, bediente man sich vor Alters, so wie es heut zu Tage noch üblich ist, mancher Förmlichkeiten. Dahin gehören der Handschlag, die Daran - oder Daraufgabe (Handgeld, Toppschilling, Toppgeld), die schriftliche oder gerichtliche Abfassung der Verträge, die sinnliche Darstellung, oder die symbolische Uebergabe der Vertragsache. I. Das Handgeld wird nach den teutschen Rechten als ein Zeichen gegeben, daß zwei Personen in wirklichen Vertragsverhältnissen zu einander stehen. Es versichert demnach die Vollendung eines Vertrags, und hindert regelmässig jeden einseitigen Zurücktritt. a) Reuvertag und Reu-

busse

busse sind als Ausnahme zu betrachten. II. Schriftliche oder gerichtliche Abfassung gehört nicht zur wesentlichen Form der Verträge, wenn nicht besondere Verabredungen, particuläre Gesetze oder Herkommen sie als Bedingung ihrer Gültigkeit erheischen, wie es bei dem Wechsel, bei den Verträgen der gutspflichtigen Bauern, bei Ehestiftungen, Einkindschaften u. s. w. gewöhnlich der Fall ist. b) Außerdem verdient sie, so wie die obrigkeitliche Bestätigung, wenigstens als Vorzicht eine besondere Empfehlung. Auf jeden Fall, es mag die schriftliche Abfassung der Verträge auf der Willkür der Contrahenten beruhen, oder gesetzlich nothwendige Form seyn, fordert das teutsche Recht c) bei Strafe der Unverbindlichkeit derselben und des Schadenersatzes von Seite des ausfertigenden Notars, daß der Aufsat den Contrahenten vorgelesen, erklärt, und dieses am Schlusse angemerkt werde, welches wegen Gleichheit des Grundes mit Recht auch auf die gerichtlichen Vertragsprotokolle und Briefe angewendet werden kann. d) Zur äußern Form der Vollendung der Verträge kann man IV. die symbolischen Akte rechnen, deren man sich bei contractmäßigen Uebergaben des Besitzers der Grundstücke sehr häufig bedient. e) Uebrigens kennt das teutsche Recht weder den römischen Unterschied zwischen Pacta, und Contractus, noch zwischen Contractus stricti juris und bonae fidei. f)

- a) Schroeter vermischte Abhandl. zur Erläuterung des teutsch. Rechts. Halle. 1785. B. I. S. 510.
- b) Schroeter a. a. O. S. 454. -- Selchow Elementa jur. privat. german. §. 551. p. 507. not. 9.
- c) Notariatsordnung v. 1512. §. 1, 12.
- d) Ueber gerichtliche Auflaffung, Kauf- Fest- und Wehrbriefe f. Danz Handbuch B. II. §. 259. S. 485. -- Ueber Hypothekenbücher f. Carl Frid. Walch Pr. de juribus creditorum inscriptorum megapolitanis. Particula prior. Jen. 1791. -- Schroeter a. a. O. S. 437.
- e) von Selchow l. c. §. 551.
- f) Eisenhart teutsch. Recht. S. 338.

§. 255.

b) In Ansehung einzelner Verträge.

1) Kauf.

Die Lehre vom Kaufvertrage beruht durchaus auf dem römischen Rechte, einige Nebendinge abgerechnet, welche aus den teutschen Rechten herrühren. Dahin gehören: 1) das Halfter-Schlüssel- oder Strickgeld, und Wein-kaufsgeld. a) Es ist zwar fast überall üblich, aber ohne besondere Verabredung keine Schuldigkeit. 2) Das Verboth, unbewegliche Güter an todte Hände b), Gifte ohne Vorwissen öffentlich aufgestellter Aerzte, schädliche Bücher, Früchte auf dem Halm c) zu verkaufen, 3) das Verboth der Abtretung, oder des Verkaufes der Forderungen eines Juden an einen Christen d), 4) das den Landesbeamten gegebene Verboth,

Grundstücke in ihren Amtsbezirken an sich zu kaufen; 5) das durch Geſez, Privileg, oder Herkommen gegründete Vorkaufs- oder Näherrecht, vorzüglich der Grund- oder Guts- und Lehenherren (§. 196.); 6) der Alleinhandel mit gewissen Fabrikaten und Produkten. Nach einigen Landesordnungen ſetzt auch 7) die Erwerbung unbeweglicher Güter ein beſtimmtes Religionsbekenntniß, oder andere beſondere bürgerliche Eigenschaften voraus, z. B. daß man zu einem gewissen Stand gehöre.

a) Leu- oder Litkauf. ſ. Dreyer Miscellan. oder kleine Schriften. S. 48. -- Ph. Frid. Ulrich D. de jure mercipatus in contractibus, vulgo vom Weinkaufe. Marburg. 1769. -- C. F. Hommel Pertinenz- und Abſonderungsregister. S. 340.

b) C. G. Cramer de alienatione bonorum imprimis equeſtrium ad manus mortuas per ſtatutum prohibita. Alt. 1726.

c) R. Pol. Ordn. v. 1548. tit. 19. und 1577. tit. 19. Danz Handbuch. B. II. §. 191. S. 171. -- Badendurlach, Landesordn. Th. V. tit. 1. §. 8. -- Würtemberg, L. O. S. 332.

d) R. A. v. 1551. §. 78 - 80. -- R. Pol. Ordn. v. 1577. tit. 20. §. 4. -- Danz a. a. O. B. VII. S. 258. folg. Vergl. Struben rechtl. Bed. Th. III. Bed. 66. S. 241.

§. 256.

2) Hinterlegung und Leihvertrag.

Der größte Theil von dem, was die teutſchen Rechte über die Hinterlegung und den Leihvertrag enthalten, iſt bloße Wiederholung rö-

mischer Grundfäze. Nur einzelne Stadtrechte sanctioniren noch den altteutschen Rechtsfaz: „Hand wahre Hand, wo man seinen Glauben verloren hat, da muß man ihn wieder suchen.“ a)

- a) Hamburg. Stadtrecht. B. II. tit. 2. art. 7. -- Lübisches Recht. B. III. tit. 3. art. 2. -- Stein Abh. vom lübisch. Recht. Th. III. S. 103. -- Eifenhart teutsch. Recht. S. 346. -- Danz Handbuch B. II. §. 198. u. 199.

§. 257.

3) Pachtvertrag.

Auch die Pacht, oder die Mieth, erhält ihre Bestimmung zunächst aus dem römischen Rechte. Nur haben I) einige Land- und Stadtrechte den entgegengesetzten Grundfaz „Kauf bricht die Mieth nicht“ aufgestellt. a) II. Der Miethkontrakt mit dem Gefinde, welcher zwar mit der römischen Locatio operarum in der Hauptsache zusammenstimmt, muß, da er jenes auf gewisse, ob schon vertragsmäßige Weise der Privatherrschaft des Conductors unterwirft, mehr nach den besondern Gefinde- und Dienstordnungen der einzelnen Länder und Städte beurtheilt werden. b) Vor allem merkwürdig ist der absolute Vorzug, dessen sich die Dienstboten wegen ihres ausstehenden Lohns in dem Concurse über das Vermögen ihrer Dienstherrn zu erfreuen haben. c) Nach den teutschen Rechten giebt es III. noch eine eigene Art von Pacht,

nämlich die Erbleihe, oder Erbpacht, (Colonatrecht, *jus coloniae perpetuae*) (§. 149.). Ungeachtet der verschiedenen Benennungen, unter welchen diese Erbpachte erscheinen, und der verschiedenen Quellen, woraus ihre wirkliche Beschaffenheit entwickelt werden muß, kommen sie doch darin überein, daß alle Erbpächter ihre Güter mit dinglichem Rechte, ohne Eigenthümer zu seyn, besitzen, persönlich frei sind, und nur des Guts wegen gewisse Lasten zu tragen haben. d) Nächstdem zeichnet sich IV. die Holländereipacht (*Contraktus socidae*) aus, wo jemand Vieh zur uneingeschränkten Nutzung mit dem Weiderechte unter der Bedingung verpachtet wird, es nach verflüssener Pachtzeit in derselben Quanti- und Qualität zurückzuliefern. Da eifern Vieh nicht stirbt, so muß der Pächter für allen auch zufälligen Schaden haften, darf aber während der Pachtzeit nach unbedingter Willkür über das Vieh disponiren.

a) Hamburg, Stadtrecht, B. II. tit. 9. Art. 13. -- Frankfurt, Reform. Th. II. tit. 14. §. 11. -- Braunschweig, Verordn. v. 27. Oct. 1760. -- vergl. Meine Prüfung einzelner Theile des bürgerl. Rechts. B. IV. Abh. I. S. 1. folg. -- Nettelblatt Beiträge zur jurist. gelehrt. Historie. B. II. S. VII. N. 4. S. 525.

b) Joh. Lor. Dorn Abh. des Gesinderechts. Erlang. 1794. Struben rechtl. Bed. Th. III. Bed. 69. Tb. V. Bed. 99.

c) Chr. Chr. Dabelow Versuch einer ausführlichen Erläuterung der Lehre vom Concurse der Gläubiger. Th.

II. Halle. 1792. §. 216. S. 203. -- Struben rechtl. Bed. Th. III. Bed. 107.

d) von Selchow Elem. jur. priv. germ. §. 365. 395.

§. 258.

4) Darleihen.

Das Darleihen muß in der Regel durchaus nach dem römischen Recht beurtheilt werden. Indessen enthalten die teutschen Rechte manche den Römern unbekannte Eigenheiten über diesen Vertrag. Sie betreffen: I. den reichsgesetzlichen Zinsfuß zu fünf vom Hunderte a), und den Verboth des Wuchers. Jedoch findet eine Ausnahme in Ansehung des sechsten Zinsthalers statt, welcher nicht nur den Strafen des Wuchers nicht unterworfen, sondern vielmehr nach manchen Landesgesetzen klagbar ist. b) In welche Klasse die Zinsenfoderung im Concurse gehöre, beruht zunächst auf den individuellen Landesordnungen. II. Die Zurückbezahlung einer Darlehenssumme bei verändertem Münzfuß. c) Wo nicht besondere Landesgesetze d) eine Bestimmung enthalten, hat man die Entscheidung aus der Natur der Sache herzuleiten. Aus einem ganz andern Gesichtspunkte muß der kaufmännische Geldkurs angesehen werden, wo die Geldsorte als Waare gewerthet wird. III. Die Behandlung böser Schuldner. Streng sind die Strafen gegen muthwillige Banqueroutirer; Zuchthausstrafe und Anrückigkeit

sind die gewöhnlichsten. e) IV. Die verschleyerten Darlehen f), wohin insbesondere der Rentenkauf gehört.

a) RPol. Ordn. v. 1530. tit. 26. §. 8. v. 1548. tit. 17. §. 8. v. 1577. tit. 17. §. 9. -- Dep. Absch. v. 1600. §. 139. -- I. R. A. v. 1654. §. 174. -- Gerstlacher Handbuch der teutschen Reichsgesetze. B. X. S. 2119. f. Gottl. Hufeland Beiträge zur Berichtigung und Erweiterung der positiven Rechtswissenschaften. St. I. Abh. II. S. 21.

b) J. G. von Meyern Gedanken von der Rechtmäßigkeit des sechsten Zinsthalers in Teutschland. Hannover. 1732. -- Hufeland a. a. O.

c) J. G. Dieze Versuch einer Beantwortung der Frage: wie eine Geldschuld abzutragen. Frankfurt. 1791.

d) Hollnstein. L. G. O. P. IV. tit. 5. §. 12. -- Nassau, L. O. P. I. C. 9. p. 39. -- Würtemberg, Landr. P. II. tit. 1. §. 7. -- Pfälz. L. R. P. II. tit. 2. p. 208. -- Baier. Landrecht. P. IV. Cap. 14. §. 7. -- Danz Handbuch. B. II. §. 204. S. 296.

e) RPol. Ordn. v. 1548. tit. 22. u. 1577. tit. 23. §. 2. RSchl. v. 1670. -- J. Chr. Quistorp Beiträge zur Erläuterung verschiedener Rechtsmaterien. Leipzig. 1787. Abh. 13. S. 177.

f) von Meiern a. a. O. S. 69 - 109.

§. 259.

5) Societäts - Contrakt, oder Mascopey.

Von dem Gesellschaftsvertrage, oder der Mascopey, ist nächst dem, was die römischen Gesetze darüber verordnen, zu bemerken, daß größere Handlungsgesellschaften auf Actien oder

Stocks errichtet zu werden pflegen. Man versteht darunter Quoten einer zusammenzulegenden Summe, deren einzelne Theilnehmer eine ihnen beliebige Anzahl auf sich nehmen, und darnach in der Folge Gewinn beziehen, oder Zubusse beitragen. Der Werth der einzelnen Actien steigt in demselben Verhältnisse, wie der Gewinn, oder die Ausbeute, im Ganzen zunimmt. a)

a) Engau D. de Societate mercat. vulgo von der Masco-
poy - oder Compagnie - Handlung. Jen. 1747.

§. 260.

6) Spiel und Lotterie.

Seit der Einführung des römischen Rechts sind I. die darauf gegründeten Begriffe von erlaubten und unerlaubten Spielen nicht nur für sich allgemein geltend geworden, sondern sie haben auch noch durch viele Landes- und Stadtgelese, selbst durch Reichsgelese, ausdrückliche Bestätigung erhalten. a) Von den Spielen ist das Auspielen verschieden, welchem ein zweifaches Geschäft zum Grunde liegt. b) II. Lotterien und Lotto's sind ihrer Natur nach bloße Glücksspiele, und mit diesen von gleichem Unwerthe. Privilegirte Lotterien hingegen sind als vollkommen verbindliche Hofnungs- oder Glückskäufe zu betrachten. Die zur Ueberbringung der Loose von der Lotteriedirection öffentlich angestellten Collecteurs sind Geschäftsträger derselben; woraus sich von selbst ergibt,

in wie fern die Direction für deren Handlungen einzustehen schuldig ist. c)

a) Speier. R. A. v. 1570. Art. 21.

b) Carl Gröلمان Entwicklung der rechtlichen Natur des Auspielgeschäfts. Giessen. 1797.

c) Runde Grundsätze des gem. teutschen Privatr. §. 212. Joh. Lud. Eckart Lottorecht. Coburg. 1771. -- Pütter rechtl. Abh. über die Rechtmäßigkeit der Lotterien, insonderheit der Zahlenlotterie; in den Erörterungen u. Beispielen. B. I. Heft. 4. S. 470, folg. -- Struben rechtl. Bed. Th. IV. Bed. 160. S. 406, Bed. 173. S. 448. B. V. Bed. 38. S. 68.

§. 261.

II. Nebenverträge.

Nachdem die ältern Versicherungen bei Strafe des Banns, des Schelmenfcheltens, eines Schandgemähldes, bei Selbstpfändung, Knechtschaft, bei adelichen, gräflichen, fürstlichen Worten und Ehren, imgleichen das Einlager (obstadium) u. s. w. theils in der Zeit erloschen, theils durch Reichsgeetze verbothen sind a), so ist außer der Verbürgung unter Wechselarrest, der Ingrossirung der Hypotheken in die Hypothekenbücher, und der Auspfändung, wirklich nichts besonders zu bemerken, was nicht schon durch die römischen Geetze seine vollkommene Bestimmung erhielt. Wenn schon die Reichsgeetze im allgemeinen jede Art von Selbsthülfe unter schweren Strafen verbiethen b), so

erlauben sie doch die Auspfändung, oder Pfändung, welche die Sicherheit des Eigenthums und Besitzstandes gegen eigenmächtige Störungen zum Grunde, und den Schuz der Landwirthschaft gegen Beschädigungen aller Art zur Absicht hat c), und gewähren dem beschädigten Pfänder das Recht, die gepfändete Sache so lange in Verwahrung zu behalten, bis ihm Genugthuung geleistet ist. Nur muß 1) der Pfänder in dem wirklichen Besize der Sache, oder des Rechts seyn, weswegen die Pfändung vorgenommen wird d), 2) den Beschädiger auf frischer That, und an demselben Orte, wo die Beeinträchtigung geschah, pfänden, dabei aber 3) jede unzweckmäßige Verletzung des gepfändeten Viehes, oder des sonst abgenommenen Pfandes, so wie jede Beleidigung des Gepfändeten sorglich vermeiden, 4) nach geschehener Pfändung dem ordentlichen Richter ungesäumte Anzeige machen, das Pfand selbst, wo sich ein gerichtlicher Pfandstall befindet, in denselben führen, und gerichtliche Hülfe gewärtigen. Gegenpfändung ist nie erlaubt. e)

a) R. A. v. 1521. tit. 2. §. 15. -- RPol. Ordn. v. 1577. tit. 17. §. 10. u. tit. 35. §. 7. (nur mit Ausnahme der Hollnsteinischen Lande. I. P. O. Art. VIII. §. 5. R. d. N. §. 71. Hollnstein. L. G. O. P. IV. tit. 14 u. 16. in Corp. constit. Hoffat. T. I. p. 133.).

b) R. A. v. 1235. Cap. 19. (neueste Sammlung der R. A. Th. I. S. 24.) -- Gerstlacher Handbuch der deutschen Reichsger. Th. X. S. 2370.

- c) R. A. v. 1442. §. 2 - 5. (neue Sammlung der R. A. Th. I. S. 171.) -- Gerstlacher a. a. O. S. 2371.
- d) Gerstlacher a. a. O. S. 2379. -- v. Kreitmayer Anmerk. ad Cod. civ. bav. Th. II. Cap. 6. §. 2. -- Leyser Spec. 595. Med. 17. 18.
- e) K. G. O. Th. II. tit. 2. §. un. Concept. der K. G. O. Th. II. tit. 23. §. 3. f. -- R. A. v. 1566. §. 122. u. v. 1594. §. 71. f. -- Gerstlacher a. a. O. S. 2405.

II. ABSCHNITT.

*Von den Verträgen, welche den teutschen Rechten
eigen sind.*

I. Wechselvertrag.

§. 262.

Wechsel.

Das Wort „Wechsel“ bedeutet bald den Wechselvertrag, bald den Wechselbrief, bald das vermöge der übernommenen Wechselverbindlichkeit zu bezahlende Geld, bald eine Schuldverschreibung, worin der Schuldner unter der Clausul „nach Wechselrecht“ sich zur Zahlung verbindlich gemacht hat (§. 261.). Als Vertrag geachtet, ist der Wechsel derjenige Vertrag, worin jemand mittels einer ausgestellten das Wort Wechsel enthaltenden Urkunde eine unmittelbare empfangene in jener benannte Summe Geldes einem andern zur Verfallzeit bei Vermeidung der schleunigsten Execution selbst zu bezahlen, oder bezahlen zu lassen verspricht. Die

darüber ausgefertigte Urkunde heisst der Wechselbrief.

§. 263.

Wechselrecht.

Das Wechselrecht ist die systematische Darstellung derjenigen gesetzlichen Vorschriften, welche sowohl das Wechselgeschäft überhaupt, und die darauf sich beziehenden Rechte und Verbindlichkeiten, als auch insbesondere das gerichtliche Verfahren bei den über selbe entstandenen Rechtsstreiten, betreffen. Allein da der Wechselproceß als ein Zweig der gerichtlichen Verfahrensart nur im Vortrage des gemeinen bürgerlichen Processes seinen eigentlichen Platz findet a), so kann hier von dem Wechselrechte in erster Beziehung allein die Rede seyn. Die Quellen des Wechselrechts sind Wechselbriefe und Verträge, Landeswechselordnungen b), Wechselgewohnheiten, fremde Wechselgesetze, Reichsgesetze c), die Natur dieses Rechtsinstituts, allgemeiner Wechselgebrauch, endlich das römische Recht, welches aber bei diesem den Römern ganz unbekannten Geschäfte nur mit äußerster Vorsicht anzuwenden ist. d)

a) Carl Grolman Theorie des gerichtlichen Verfahrens. Giessen. 1803. §. 244. -- Ph. Carl Scherer Wechselproceß. Erlangen. 1802.

b) Joh. Gottl. Siegel Corp. jur. cambial. 11. Th. Leipzig. 1742. -- Joh. Ludw. Uhl Fortsetzungen des Sie-

gelfchen Corp. Jur. camb. I. Leipzig. 1757. 1772. II. 1764. 1786. III. 1771. IV. 1786.

c) R. A. v. 1654. §. 107. -- R. Gutacht. v. 31. Jun. 1668. K. Commis. Decret. v. 8. Oct. 1668. -- R. Gutacht. v. 22. Jun. 1669. -- R. Schl. 1671. -- Neue Sammlung der R. A. Th. IV. S. 76. -- Gerstlacher Handbuch der teutschen Reichsgesetze. Th. X. S. 2149-2160.

d) Eine ausführliche Litteratur über das Wechselrecht findet man in von M o s h a m m Wechselrecht. II. Ausgabe. Regensburg. 1803. S. 22 - 30. Zu den angeführten gehört noch: J. C. Sinapius Lehre von Wechselbriefen. Sorau und Leipzig. 1801. -- Ueber die Frage: ob es ein gemeines teutsches Wechselrecht gebe? f. D a n z Handbuch. B. II. §. 226. S. 382.

§. 264.

Eintheilung der Wechsel.

Es giebt verschiedene Arten von Wechseln, als: I. entweder verspricht der Aussteller des Wechselbriefes die Zahlung der empfangenen und bestimmten Summe Geldes durch einen Dritten an einem gewissen Orte zu bewirken, oder selbst zu leisten. Jenes nennt man einen *trassirten*, oder *gezogenen* (Tratte), dieses einen *eigenen*, oder *auf sich selbst ausgestellten* Wechsel (Depositowechsel). Die *trassirten* Wechsel sind eine zusammengesetzte Geschäftsart, und lassen sich dabei vier besondere Personen unterscheiden: nämlich 1) der *Remittent* (Ausgeber des Geldes), 2) der *Trassant* (Aussteller des Wechsels), 3) der *Präsentant* (der Briefsinnha-

ber), und 4) der Trassat (der Bezogene). Indessen sind diese vier Hauptpersonen nicht immer auch vier verschiedene Menschen. II. Werden die Wechsel entweder in Messen oder Märkten ausgestellt, oder wenigstens auf sie so gerichtet, daß sie in denselben bezahlt werden müssen, oder nicht. Jene sind Messwechsel, diese Nichtmesswechsel. III. Giebt es indossirte, oder girirte, und nichtindossirte; ferner IV. Wechsel nach Sicht, nach Dato und Ufo. V. Haupt- und Interimswechsel; endlich VI. Sola - Prima - Secunda - und Tertia - Wechsel. Nächst diesen giebt es noch andere Eintheilungen von Wechseln, deren Nutzen mehr merkantilisch, als juridisch ist.

§. 265.

Form der Wechsel.

Da Wechselbriefe die Kraft quarentigiirter Urkunden erhalten sollen, so muß bei ihrer Ausfertigung sowohl was ihren Inhalt, als auch ihre Form betrifft, die strengste Genauigkeit beobachtet werden. Die Bestandtheile I. der traffirten Wechsel sind zum Theile wesentliche, zum Theile außerwesentliche. Zu den wesentlichen gehören: 1) ein schriftlicher Auffaz. Nach manchen Wechselordnungen hat man sich sogar eines Stempelpapiers zu bedienen. 2) Das Wort „Wechsel“ wobei anzumerken ist, ob es ein Sola - oder Prima - oder Secunda - Wechsel sey. a)

3) Die Bestimmung der Zahlungszeit, die Ertheilung des Auftrags an den Trassaten, der Name dessen, welchem die Zahlung geleistet werden soll, und die Angabe der auszahlenden Summe in Worten. 4) Die Unterschrift des Trassanten, Benennung des Trassaten, und die Zusage, künftig Zahlung leisten zu wollen. Zu den **a u f f e r w e s e n t l i c h e n** gehören: 1) die **U e b e r s c h r i f t**, welche heut zu Tage gewöhnlich in der Anzeige des Orts, und der Zeit der Ausstellung, der Summe in Ziffern, und der Münzforte besteht; 2) die **B e k e n n t n i s s** der **V a l u t a**; 3) die **C l a u s u l**: oder an dessen Ordre, und 4) der Vorschlag der Wiederbezahlung. b) Im gleichen hat man II. bey eigenen Wechselfen **w e s e n t l i c h e** und **a u f f e r w e s e n t l i c h e** Bestandtheile zu unterscheiden. Zu den **w e s e n t l i c h e n** werden gezählt: 1) ein schriftlicher **A u f f a z**. Einzelne Wechselordnungen schreiben den Gebrauch des Stempelpapiers vor; 2) das Wort „**W e c h s e l**“; 3) bestimmte Angabe des Schuldners und Gläubigers, der Zahlungszeit und der bezahlenden Summe in Worten; 4) die Unterschrift des Schuldners, und das Versprechen der zu leistenden Zahlung. **A u f f e r w e s e n t l i c h e** Bestandtheile sind 1) die **U e b e r s c h r i f t**, 2) die **B e k e n n t n i s s** der **V a l u t a**, 3) die **C l a u s u l** „**o d e r a n d e s s e n O r d r e**“, 4) die Zeit der Ausstellung des Wechsels, wo es die Wechselordnung nicht wesentlich erfordert, 5) Erwähnung vertragsmäßiger Zinsen, und 6) Begebung aller Einreden. c)

a) Vergl. E. F. Knorre Entscheidung der Frage: ob das Wort Wechsel als ein wesentliches Stück eines Wechselbriefes anzusehen sey. in Schotts jurist. Wochenblatt. Th. IV. S. 114. -- J. U. de Cramer Obs. jur. univers. P. I. n. 196. -- Ph. Carl Scherer Handbuch des Wechselrechts. Th. III. Frankfurt. 1802. unter dem Worte Wechselbrief. S. 245. -- Joh. Mich. Leuchs System des Handels. I. B. Nürnberg. 1804. S. 497. S. 414. folg.

b) Formular eines traffirten Wechsels.

Landshut, den 4. December.

1804.

600 fl. Cour.

Nächstkünftige Frankfurter Jubilatemesse belieben Ew. -- gegen diesen meinen Sola-Wechsel an Herrn Sempronius, oder dessen Ordre, zu bezahlen sechshundert Gulden Courrant. Den Werth habe ich empfangen. Belieben Ew. -- es auf Rechnung zu stellen, laut Bericht.

Cajus.

an

Herrn Titius.

Sola. in Frankfurt.

c) Formular eines eigenen Wechsels.

Landshut, den 4. December.

1804.

100 Rthl. in Louisd'or zu 5. Rthl.

Gegen diesen meinen Sola-Wechsel bezahle ich an Herrn Titius, oder dessen Ordre a dato in sechs Monaten einhundert Reichsthaler in Louisd'or, das Stück zu fünf Reichsthaler

thaler gerechnet, nebst Zinsen zu fünf vom Hunderte. Den Werth habe ich baar erhalten, und leiste zur Verfallzeit gute Zahlung.

Sempronius.

Auf mich selbst.

Sola.

§. 266.

Wechselfähigkeit.

Die Frage: wer ist wechselfähig? beruht vor allem darauf: ob Wechselstrenge in einem Lande gilt, oder nicht. Im letzten Falle ist die Regel: wer fähig ist, Verträge zu schliessen, und sich dadurch gegen andere verbindlich zu machen, kann auch ein Wechselgeschäft schliessen. Im ersten Falle ist erforderlich, daß jemand über sein Vermögen und seine Person so frei verfügen dürfe, daß er sich der Zahlung wegen auch zum Gefängnisse verbindlich machen kann. Es weichen nun freilich die einzelnen Wechselordnungen sehr von einander ab; indessen stimmen die meisten darin zusammen, daß Geistliche, Soldaten, Minderjährige, Personen, die noch unter väterlicher Gewalt stehen, Weiber, mit Ausnahme der Kauffrauen, Bürger, und Bauern keine Wechselverbindlichkeit auf sich nehmen dürfen. a) Religionsverschiedenheit hindert in der Regel die Wechselfähigkeit nicht. b)

a) Jo. Büchner D. de illis, qui cambialiter se obligare possunt. Giefs. 1778. -- Püttmann Grundsatze des Wechselrechts. §. 30. -- Vergl. Siegel Einleitung zum Wechselrecht. Cap. II.

b) Jo. Ludw. Uhl de jure cambiali Judaeorum. Francof. 1754. -- Scherer Handbuch des Wechselrechts. Th. III. unter dem Worte „wechsselfähig“ S. 414. folg.

§. 267.

Indossation.

Durch die Indossation wird das Recht, den Wechsel beizutreiben, von dessen Inhaber auf einen andern übertragen (cedirt) a). Mittels ihrer Wiederholung kann ein Wechsel nach und nach in mehrere Hände, und zuletzt an den Aussteller selbst wieder, gelangen, alsdann heisst er eingirirter Wechsel. b) Die wesentlichen Bestandtheile eines Indossaments sind: 1) die Namensanzeige des Indossanten und Indossators, und 2) nach Vorschrift vieler Wechselordnungen die Angabe des Orts und der Zeit, wo, und wann das Indossament vollzogen worden ist. c) Diese Indossationen können entweder mittels eines Mandates, oder einer eigentlichen Cession geschehen. Darauf hat man vor allem zu sehen, um die rechtlichen Erfolge dieser Handlung gehörig bestimmen zu können. d) Wenn der Indossant den Namen des Indossators nicht selbst ausschreibt, oder nur seinen eigenen Namen, oder seine Firma, ohne die Absicht anzugeben, auf den Rücken des Wechsels setzt, so wird diese Schrift ein Indos-

famentin Bianco genannt. Sie ist aber in vielen Wechselordnungen verbothen. e)

a) Scherer Handbuch des Wechselrechts. Th. II. Frankfurt. 1800. unter dem Worte „Indoffament“ S. 5. folg.

b) Scherer Handbuch des Wechselrechts. Th. I. Frankfurt. 1800. unter dem Worte „Giro“ S. 699. folg.

c) Die gewöhnliche Formel ist:

Für mich zahle der Herr an Titius. Valuta von demselben. Landshut, d. 5. December.

1804.

Sempronius.

d) Danz Handbuch. B. II. §. 235. S. 413. -- Scherer a. a. O. Th. II. S. 13.

e) Danz a. a. O. §. 236. S. 421.

§. 268.

Verstärkungsarten der Wechselverbindlichkeit.

Die Wechselverbindlichkeit kann durch **Unterpfand**, **Güterverschreibung** und **Bürgschaft** verstärkt werden. Die ersten beiden Arten sind durchaus nach den gemeinen Rechten zu beurtheilen. Die Bürgschaft wird entweder dem Wechsel selbst einverleibt, oder besonders gefertigt, und ausgestellt. In diesem Falle sind auf sie die gemeinrechtlichen Grundsätze anzuwenden; in jenem wird sie mit dem eigenen Namen „**Avallum**“ bezeichnet, und kann ein solcher Bürge, wie ein wahrer Wechfelschuldner nach Wechselrecht behandelt werden a), ohne daß er

sich mit den einem andern Bürgen regelmässig zustehenden Einreden schützen kann. b)

a) Püttmann Comm. de Avallo. Lips. 1781. -- Scherer Handbuch des Wechselrechts. Th. I. unter dem Worte „Aval“ S. 299. folg.

b) J. G. Büchner Beweis, dass das einem Schuldner ertheilte Moratorium dem Bürgen nichts nütze. Götting. 1780. -- Püttmann Grundsätze des Wechselrechts. §. 21.

§. 269.

Wechselverbindlichkeit.

Die Wechselverbindlichkeit beginnt I. bei **eigenen** Wechseln 1) sogleich von der Zeit der Ausstellung derselben, ohne dass eine Präsentation oder Acceptation nothwendig ist. Nur die Einlegung des Protests ist erforderlich, wenn der Regress gegen den Indossanten offen bleiben soll. a) Sie geht 2) auf ungefäumte Zahlung der Hauptsumme samt Zinsen zur Verfallzeit ohne vorhergehende Erinnerung bei Vermeidung strenger Execution; hingegen 3) genießen die Erben des Wechschuldners, obwohl gegen sie executivisch auf Zahlung, jedoch ohne personal Arrest, geklagt werden kann, die gemeinrechtlichen Wohlthaten anderer Erben. b) Auf gleiche Weise ist II. bei **trassirten** Wechseln 1) der Trassant von der Zeit an, wo er den Wechsel aus der Hand giebt, und den Werth empfängt, oder für empfangen annimmt, nach Wechselrecht verbunden. Seine Wechselverbindlichkeit 2) erstreckt sich nicht nur

auf die beschriebene Summe, sondern auch auf alle Schäden und Kosten, die davon herrühren, daß sein Wechsel die versprochene Zahlung nicht bewirkt. Dem Trassanten kommen der Indossant, Wechselbürge und Trassat in diesem Betrahte vollkommen gleich.

- a) Püttmann Grundsaetze des Wechselrechts. §. 26. Westphal teutsch. Privatrecht. Th. II. Abh. 65. S. 355.
- b) Püttmann a. a. O. §. 62. -- Vergl. Besecke Theaur. jur. cambial. P. I. Cap. VI. n. 45. S. 922.

§. 270.

Valuta.

Valuta heißt alles dasjenige, was der Wechselaussteller oder Indossant für den Wechsel empfangen hat, oder empfangen zu haben bekennt. Die Bekenntniß der empfangenen oder berechneten *Valuta* ist zwar kein wesentlicher Theil des Wechsels (§. 265.), aber ihre Anzeige gewährt entschiedenen Nutzen. a)

- a) Püttmann Grundsaetze des Wechselrechts. §. 13. Scherer Handbuch des Wechselrechts. Th. III. Frankfurt. 1802. unter dem Worte „*Valuta*“

§. 271.

Wechselcours. Courtage.

Außer der *Valuta* wird bei trassirten Wechseln noch ein besonderer *Wechselcours* oder *Agio* erlegt, welches entweder für eine be-

stimmte Zeit, oder die Melszeit öffentlich festgesetzt ist, oder sich nach der Verabredung der Wechselcontrahenten, oder nach Umständen regulirt. Zu diesem Ende bedient man sich auf grossen Handelsplätzen der öffentlich aufgestellten Mäcker (Senfales), welchen man für ihre Bemühung eine besondere Belohnung (Senfarie oder Courtagé) giebt. a)

a) Be secke Thesaur. jur. cambial. P. I. Cap. VI. n. 65.

Scherer Handbuch des Wechselrechts. Th. I. unter dem Worte „Cours“ S. 505. Th. II. u. d. W. Mäcker. S. 166. folg.

§. 272.

Wechselbericht.

Sobald der Trassant den Wechselbrief ausstellt hat, so giebt er dem Trassaten davon Nachricht. In diesem Wechselbericht, oder Avisobriefe soll 1) angezeigt werden, wann, welche Summe, an wen, für wessen Rechnung, auf was für Zeit, oder Sicht, in wie vielen Briefen trassirt, imgleichen ob Sola - Prima - Secunda - oder Tertia - Wechsel ausgestellt worden sey. Zugleich 2) werden darin die Mittel der Wiederbezahlung dem Trassat vorgeschlagen, 3) nächst dem Anerbieten ähnlicher Dienstleistung, und der gewöhnlichen Datumsformel. a) Diese Wechselberichte sind für den Trassat von vielfachem Nutzen. Ausnahmsweise übernimmt manchmal der Remittent die Beforgung des Avisobriefes.

a) Püttmann Grundsaetze des Wechselrechts. §. 94.
 Scherer Handbuch des Wechselrechts. Th. I. u. d. W.
 „Advis“ S. 185. folg.

§. 273.

Präsentation der Wechsel.

Die Präsentation der Wechsel besteht in der Vorzeigung derselben an dem bestimmten Orte, um sich die darin benannte Geldsumme auszahlen zu lassen. a) Der Präsentant ist entweder der Eigenthümer des Wechsels selbst, oder sein Mandatar. Dessen Hauptpflicht ist, den empfangenen Wechsel dem Trassaten zur Acceptation ordentlich vorzuzeigen, von ihm die bestimmte Antwort, ob, und wie er den Wechsel acceptiren, und bezahlen wolle, sonach aber die Zahlung selbst abzufodern. Was die Zeit betrifft, so sind a) in Ansehung der Meßwechsel auf allen Handelsplätzen bestimmte Termine sowohl zur Acceptation, als zur Zahlung festgesetzt. Hier muß die Präsentation vor Ablauf derselben geschehen. Hingegen b) bei Außermesswechseln kommt es auf die Art ihrer Abfassung an. So müssen Wechsel auf Sicht gleich nach ihrer Ankunft an Ort und Stelle, Wechsel a Ufo noch vor Abgang der Post, oder des Bothen an dem Ort, woher der Wechsel gekommen ist, und Wechsel a dato wenigstens vierzehn Tage vor der Verfallzeit, praelentirt werden. Jeder Saumsal trifft den Remittenten; dieser, oder sein Mandatar hat dem Trassanten mit der ersten Post die

geschehene Acceptation, oder Protestation des vorgezeigten Wechsels zu benachrichtigen.

a) Scherer Handbuch des Wechselrechts. Th. II. u. d. W. „Praesentation“ S. 392. folg.

§. 274.

Acceptation der Wechsel.

Der Zweck der Präsentation (§. 273.) geht auf die Bewirkung der Acceptation von Seite des Trassaten. Sie ist eine auf den Wechsel gesetzte kurze schriftliche Erklärung, wodurch sich der Trassat zur Zahlung nach Wechselrecht verbindlich macht. a) Sie muß schriftlich mit Bemerkung der Zeit, und des Namens des Acceptanten, und ohne alle Bedingung und Vorbehalt geschehen, und ist von dem Trassat in der Regel sogleich auf die geschehene Präsentation zu äussern. Die erfolgte Acceptation wirkt unmittelbar die Verbindlichkeit zur Zahlung. Meßwechsel haben ihre bestimmte Zahlungszeit: bei Außermeßwechseln hingegen ist der Zahlungstermin nach der verschiedenen Verfassungsart zu bestimmen: 1) Die auf Sicht gestellten Wechsel müssen längst binnen vier und zwanzig Stunden bezahlt werden, 2) bei den Wechseln a U f o hat man sich nach dem Gebrauch des Orts zu richten b); und 3) bei Wechseln a Dato wird der Wechselmonat allezeit auf dreißig Tage gerechnet und der letzte davon ist der Zahltag. c)

- a) Scherer Handbuch des Wechselrechts. Th. I. u. d. W. Acceptation. S. 44. folg.
- b) Siegel Einleitung zum Wechselrecht. S. 223.
- c) Püttmann Grundsätze des Wechselrechts. §. 131-136. Scherer a. a. O. Th. III. u. d. W. Zahlungszeit. S. 528. folg.

§. 275.

Discretions - oder Respittage.

Nach der Verfallzeit werden, wenn die Zahlung nicht erfolgt, an vielen Orten einige Respitt - oder Ehrentage verstattet a), welche gleich nach der Verfallzeit eines Wechsels anfangen, und binnen welchen dessen Inhaber dem Schuldner ohne Gefahr noch nachsehen kann, oder nachsehen muß, je nachdem sie zum Vortheil des Wechselinhabers, oder des Schuldners eingeführt sind. Im ersten Falle kann der Inhaber den Wechsel auch während den Respittagen, im zweiten hingegen erst nach deren Verlauf protestiren lassen. Die Zahl dieser Tage und ihre Berechnungsart ist nicht durchaus gleich, so wie sie auch nicht nach allen Wechselordnungen verstattet sind. Ganz hinweg fallen sie bei Meßwechsel, bei eigenen und Wechsel auf Sicht. b)

- a) Scherer Handbuch des Wechselrechts. Th. II. u. d. W. Respecttage. S. 570. folg. -- Siegel Einleitung zum Wechselrecht. S. 184.
- b) Püttmann Grundsätze des Wechselrechts. §. 50-54.

§. 276.

Zahlung zur Verfallzeit.

Zur Verfallzeit ist der Wechfelschuldner den gehörig angenommenen Wechsel, und zwar in der Regel, baar zu bezahlen verbunden. Bezahlte er, so fodert er von dem Präsentanten die Auslieferung des Originals. Ist der Inhaber des Wechsels in Annehmung des Geldes säumig, so befreit sich Acceptant durch gerichtliche Hinterlegung von seiner Wechselverbindlichkeit. a) Eine Prolongation über die Verfallzeit erfordert Einwilligung der beiden Theile, des Gläubigers und Schuldners, sie muß aber noch vor Ablauf der Verfallzeit, und schriftlich erfolgen. Dadurch wird das Wechselrecht fortdauernd gemacht, und die Wechselverjährung aufgeschoben. b) Diese nimmt erst mit der Verfallzeit, oder dem Ablaufe der letzten Prolongation ihren Anfang. c)

a) Scherer Handbuch des Wechselrechts. Th. III. u. d. W. Zahlung. S. 494. folg.

b) Püttmann Grundsätze des Wechselrechts. §. 149. Sixt. Jac. Kapff D. de prolongatione Cambii, ejusque effectibus. Tübing. 1777.

c) Püttmann a. a. O. §. 148 - 163. -- Siegel Einleitung zum Wechselrecht. Th. I. Cap. 4. Th. II. Cap. 6. §. 4. Westphal teutsch. Privatrecht. Th. II. Abh. 68. S. 373.

Wechselprotestation.

Wird der Wechsel nach gehörig geschehener Präsentation nicht acceptirt, oder dessen Zahlung verweigert, so sucht der Wechselinhaber durch Einlegung der Protestation seine Rechte beizubehalten, und einen bevorstehenden Schaden von sich abzuwenden. a) Diese Protestation geschieht entweder durch das örtliche Gericht, oder durch einen Notar, welcher mit Zuziehung von zwei Zeugen über die Handlung eine förmliche Urkunde (Protest) entweder in des Trassanten Hause, oder da, wo dieser die Zahlung hätte leisten sollen, zu errichten hat, und kann theils wegen noch zur Zeit nicht erfolgter Acceptation, wo sodann der Wechsel an dem Orte der Zahlung zurückbehalten wird, theils wegen verweigerter Zahlung, eingelegt werden, worauf der Wechsel nebst dem Proteste zurückgeschickt wird. Der Protest der ersten Art hat Caution, der der zweiten Art wirkliche Leistung des Interesse auf Seite des Trassanten zur Folge. b) Auf den eingelegten Protest erklärt oft ein Dritter, daß er zur Ehre eines Giranten, Indossanten oder Trassanten, den Wechsel annehmen wolle; man nennt es die Acceptation aus Freundschaft (Acceptation per honor). c) Ein solcher Acceptant tritt dann in alle Verbindlichkeiten eines ordentlichen Acceptanten, aber auch zugleich in alle Rechte eines Wechselinhabers ein. Nur muß

diese Acceptation ausdrücklich, und schriftlich geschehen. Endlich muß man das Wechselprotestiren und Wechselnotiren wohl von einander unterscheiden. d)

a) Scherer Handbuch des Wechselrechts. Th. II. u. d. W. Protestation. S. 447. folg.

b) Scherer a. a. O. S. 483 - 507. -- vergl. Püttmann Grundsätze des Wechselrechts. §. 77 - 89. -- Gottl. Hufeland primae lineae doctrinae de protestatione cambiarii. Jen. 1799.

c) Scherer a. a. O. Th. I. u. d. W. Acceptation per honor. S. 106. folg.

d) von Moshamm Wechselrecht. §. 246. S. 211.

§. 278.

Aufhebung der Wechselverbindlichkeit.

Die Wechselverbindlichkeit wird durch Zahlung a), Assignation b), Delegation c), Cession d), Gebung an Zahlungsstatt, Expromission und Verjährung e) aufgehoben. Die Wirkungen ergeben sich aus der Natur der einzelnen Aufhebungsarten von selbst.

a) Scherer Handbuch des Wechselrechts. Th. III. u. d. W. Zahlung. S. 494. folg.

b) Scherer a. a. O. Th. I. S. 262. f.

c) Scherer a. a. O. S. 537.

d) Scherer a. a. O. S. 389.

e) Scherer a. a. O. Th. III. S. 110. folg. -- von Moshamm Wechselrecht. §. 261. S. 223. folg.

§. 279.

Wechsel im Concurse der Gläubiger.

Im Concurse gilt der Wechsel als bloße Handschrift, wenn er nicht durch besondere Verstärkungsmittel (§. 268.) eine andere Natur angenommen hat, oder einzelne Landesordnungen ihn nach Art der hypothecarischen Forderungen begünstigen. a)

- a) Scherer Handbuch des Wechselrechts. Th. I. S. 400. folg. -- von Selchow Grundsätze des Wechselrechts. §. 93. -- Püttmann Grundsätze des Wechselrechts. §. 190. -- Chr. Dabelow systematische Entwicklung der Lehre vom Concurse der Gläubiger. §. 167. S. 112,

§. 280.

II. Rentenvertrag.

Der Rentenvertrag ist derjenige Vertrag, worin jemand sein ganzes Vermögen, oder einen Theil desselben, einem andern mit der Bedingung eigenthümlich zu überlassen, oder auf eines andern Eigenthum anzulegen verspricht, ihm Zeit- lebens, oder sonst auf eine bestimmte Art jährliche Renten dagegen zu entrichten. Es giebt also einen Leibrenten- und einen gemeinen Rentenvertrag (§. 191.). In Kraft des ersten geht das Eigenthum der überlassenen Güter auf den Rentengeber über a), dieser trägt die Gefahr des Hauptstamms, und leistet alle darauf haf-

tende dingliche Lasten b), nebst den bedungenen Leibrenten. Der zweite ist ein verschleierter Darlehensvertrag, und darum nach der Analogie des gemeinen Rechts zu beurtheilen.

(a) Struben rechtliche Bedenk. Th. IV. Bed. 32. S. 69.

b) Meine Prüfung einzelner Theile des bürgerlichen Rechts. B. IV. Abh. 11. Landshut, 1804.

§. 281.

III. Ausdingsvertrag.

Mit dem Leibrentenvertrage steht der Ausdings- oder Austragscontract in naher Verwandtschaft. Zufolge dessen verspricht ein Altvater seinem Sohne, oder Anerben, oder auch einem andern sein sämmtliches Vermögen eigenthümlich, jedoch mit dem Vorbehalte gewisser selbst zu benützenden Theile, oder sonst zu beziehenden Reichnisse auf Zeitlebens zu überlassen (§. 195.). Lobenswerth ist der teutsche Gerichtsgebrauch, welcher diesen Vertrag von dem Obergerichtsrechte der Ortsobrigkeit abhängig erklärt, damit der Bauer in der Wahl des Anerben die Grenzen seiner Gewalt nicht überschreite, noch aus dem Altentheile wider die wahre Absicht der Sache ein Faultheil werde. a) Aus ähnlichen Gründen ist auch die Einwilligung des Guts- oder Grundherrn erforderlich.

a) Danz Handbuch, B. V. §. 522. a. S. 313.

IV. Verlagsvertrag.

Der Verlagscontract ist derjenige Vertrag, mittels dessen jemand (der Verleger) dem Schriftsteller, dessen Geistesprodukt entweder umsonst, oder gegen ein Honorar zu vervielfältigen, und den Verlag (Exemplarien) an das Publikum abzusetzen sich verbindlich macht. Er bedarf zu seiner Vollkommenheit mehr nicht, als der Einwilligung der beiden Theile, so wie er seine Bestimmung zunächst aus der Natur der Sache selbst erhält. Demnach ist I. der Verleger befugt 1) die ihm zum Verlag gegebene Schrift durch den Druck in einer ihm selbst beliebigen Anzahl, in wie fern ihn der Schriftsteller nicht ausdrücklich einschränkte, zu vervielfältigen, 2) eine zweite Auflage, wenn die erste vergriffen ist, auch ohne Wissen und Willen des Authors zu veranstalten, ausgenommen dieser hätte in dem Verlagscontracte die Quantität des Verlags bestimmt. Eben so ist 3) die Art der Typen, das Format und die übrige Beschaffenheit des Abdrucks, wenn nichts besonders darüber bedungen ist, ein Objekt seiner freien Willkür, ohne jedoch an der Materie, oder dem Geistesprodukte das geringste abändern zu dürfen. Indessen hat er 4) an die Proprietät, welche dem Verfasser an seinem Geistesprodukte unwiderruflich zukommt, doch soweit ein Recht, daß dieser

nichts damit vornehmen darf, was der Absicht des Verlagscontractes, und dem einmal erworbenen Verlagsrechte hinderlich seyn könnte. a) Hingegen hat II. der Schriftsteller ein vollkommenes Recht auf die Production des dem Verleger aufgetragenen Verlags, und das ausdrücklich bedungene Honorar, ohne Unterschied, ob der Debit des Verlags der Erwartung entspricht, oder nicht. a) Büchernachdruck trägt nicht nur nach allgemeinen Grundsätzen die Widerrechtlichkeit an sich c), sondern ist bereits sowohl durch Reichs- d), als auch durch verschiedene Landesgesetze gemißbilliget. e)

a) C. G. Roeffig Handbuch des Buchhandelsrechts. Leipzig. 1804. S. 170 - 194.

b) vergl. Roeffig a. a. O. S. 140 - 154.

c) Imm. Kant von der Unrechtmäßigkeit des Büchernachdrucks: in C. Mereau Miscellaneen. Th. II. S. 233. I. G. Fichte Beweis der Unrechtmäßigkeit des Büchernachdrucks. Berliner Monatschrift. Monat May 1793.

d) Wahlcap. K. Leopolds II. Art. VII. §. 1. - K. Patent v. 10. Febr. 1746. §. 3. - Gerstlacher Handbuch der teutsch. Reichsgesetze. B. IX. S. 1207. -- Goenner teutsch. Staatsrecht. §. 379. S. 629.

e) Churpfalzbaier. Verordn. vom 29. Oct. 1803. (churbaier. Reg. Blatt. München. 1803. St. 44. S. 886.) Chursächs. Mand. v. 18. Dec. 1773. -- Neues Landrecht für Preuss. Staaten. Th. II. tit. 10. §. 1294. -- Roeffig a. a. O. S. 194 - 232.

V. Affecuranz, oder Versicherung.

Affecuranz überhaupt ist derjenige Vertrag, worin jemand für eine gewisse Vergeltung (Prämie, Verfeckerlohn) den bestimmten Werth einer Sache zu ersetzen sich verbindlich macht, wenn sie in einer Gefahr verlohren gehen, oder Schaden leiden würde. a) Vorzüglich wird dieser Vertrag im Seehandel entweder auf Casco d. h. auf das Schiff mit aller, und jeder Zugehore, oder auf die Waaren geschlossen; es giebt aber auch Brand-Vieh-Erndte- und Herbst-affecuranzen. Zur wesentlichen Form der Affecuranzverträge gehört, daß der Versicherer gegen die sogleich zu zahlende Prämie die Polizza ausstelle, welche die Namen der Contrahenten, die affecurirten Sachen, und die Versicherungssumme enthalten muß, sonach aber den Executivproceß begründet. Dem Versicherer muß die Lage der Umstände redlich bei Verlust der Prämie, und Ungültigkeit der Versicherung angezeigt werden. Dagegen übernimmt er alle gewöhnlichen Gefahren durch äussere Zufälle, nicht aber die Schäden, welche aus natürlichen Mängeln der Sache herrühren. Seine Gefahr dauert bei Cascoaffecuranzen vom Anfange der Ladung, bis zur geendigten Losung, bei Güteraffecuranzen von der Ankunft des Guts am Bord bis zur

Ausladung, wenn nichts besonders darüber verabredet worden ist. b)

a) G. H. von Berg Staatswissenschaftliche Versuche. Th. I, Leipzig. 1795. N. 11. S. 61. folg. -- Runde Beiträge zur Erläuterung rechtlicher Gegenstände. B. I. Abh. 20. S. 497.

b) Das Recht der Affecuranzen und Bodmereien, systematisch behandelt, und mit einer Sammlung der neuesten zu diesen Materien, und den Häfereien gehörigen Verordnungen. Königsberg. 1771. -- J. Weskett Theorie und Praxis der Affecuranz, Lübeck. 1782 - 87. III. B. 4. -- J. A. Engelbrecht Corp. jur. nautici, oder Sammlung aller Seerechte der handelnden Nationen alter und neuer Zeiten; nebst den Affecuranz, Haverey und andern zu den Seerechten gehörenden Ordnungen. B. I. Lübeck. 1790. -- Joh. G. Büsch allg. Ueberlicht des Affecuranzwesens. Hamburg. 1795. J. M. Leuchs Sitem des Handels. §. 607. S. 507.

§. 284.

VI. Bodmery.

Bodmery, oder Grosavantour - Contract heist derjenige Vertrag, wo jemand eine gewisse Summe Geldes zur Unternehmung, oder Fortsetzung einer Seereise einem andern unter der Bedingung zu leihen verspricht, sie mit bestimmten Zinsen alsdann zurückzubezahlen, wenn der Kiel des Schiffs an den beabsichtigten Ort gelangt. Wegen der Uebernahme einer ausserordentlichen Gefahr ist zwar dieser Vertrag auf den gemeinrechtlichen Zinsfuß nicht eingeschränkt, aber,

in wie fern aus dem Bodmereybriefe, den der Bodmerist ausstellt, nach vollendeter Reise geklagt wird, zur eben so schnellen und strengen Execution geeignet, als der Wechselvertrag. a) Sind mehrere Bodmereibriefe auf ein Schiff gegeben, so geht im Concurse der jüngere dem ältern vor. b) Auch sind die aus den Bodmereiverträgen zu zahlenden Gelder keiner Haverey unterworfen. c) Von dem Bodmereybriefe ist der Beyl- oder Byl-brief zu unterscheiden, gegen welchen jemand zum Schiffbau Geld geliehen hat. Dieser begründet auf einer Seite das Recht, vor der Bezahlung das Schiff nicht vom Stapel laufen zu lassen, auf der andern den Vorzug vor dem Bodmeristen. d)

- a) Das Recht der Affecuranzen und Bodmereyen systematisch abgehandelt. Koenigsberg. 1771.
- b) Eisenhart teutsch. Recht. S. 412.
- c) Eisenhart a. a. O. S. 411.
- d) Danz Hanbuch. B. II. §. 214. u. 215. S. 321. folg. J. M. Leuchs System des Handels. §. 612. S. 517.

§. 285.

VII. Bergevertrag.

Der Bergecontract ist vorzüglich in See-gegenden üblich, und zum Besten verunglückter Seereisenden eingeführt. (§. 246.) Zufolge dessen werden die an Bord gebrachten Waaren bei einem Kaufmann, oder in einem sogenannten Bergehaufe niedergelegt, mit der Verpflichtung, ge-

gen ein gewisses Bergegeld sie sorgfältig zu empfangen, und zu verwahren. a)

a) Joh. Beckmann Sammlung auserlesener Gesetze, welche das Policei- und Cameralwesen zum Gegenstand haben. Th. IV. S. 225.

§. 286.

VIII. Lehenvertrag.

Der Lehenvertrag behauptet unter den heimischen teutschen Verträgen seinen entschiedenen Plaz, so wie das Lehenrecht überhaupt, die Reichslehen, und die übrigen Verhältnisse des Lehenwesens zum Staate, als Gegenstände des Staatsrechts ausgenommen, nur ein Zweig des Privatrechts ist. Da aber die Lehne in Ansehung der Befugnisse und Verbindlichkeiten, welche sich darauf beziehen, nach ganz eigenen Grundfäzen beurtheilt werden, so werden sie in einem besondern Vortrage, unter dem Namen des Lehenrechts, abgehandelt. a)

a) Meine Grundfäze des gemeinen in Teutschland üblichen Lehenrechts. Ingolstadt. 1801.

§. 287.

IX. Haus - Familien - und Stammverträge.

Autonomie (Recht der Selbstgesetzgebung) (§. 99.) zeichnet nicht nur den unmittelbaren ho-

hen und niedern a), sondern auch den mittelbaren Adel aus, nur daß sie in Ansehung des letzten seit der vollkommenen Ausbildung der Landeshoheit eine auf das Gutbefinden des Landesherrn bedingte Befugniß ist. b) Von ihr stammen die Haus - Familien - und Stammverträge ab. Sie beschäftigen sich mit den wichtigsten Familienangelegenheiten, und mit allem, was die Erhaltung der Ehre eines Hauses bezweckt, mit Bestimmung der künftigen Erbfolge, mit den Ehe-rechten, Abfindung der Nachgebohrnen, Ausstattung und Verforgung der Töchter, standesmäßiger Unterhaltung der Wittwen, Vormundschaft, und andern ähnlichen Gegenständen, bald mit allen, bald nur mit einzelnen; daher sie in allgemeine und besondere Familienverträge, oder Statuten eingetheilt werden. Sie erfordern I. außer der Willenszusammenstimmung aller Interessenten, weder gerichtliche, noch landesherrliche Bestättigung c), in wie fern sie nicht die Aufhebung des landesunterthänigen Verbands bezielen, oder besondere Landesgesetze ihre Gültigkeit darauf bedingen, oder in die Rechte Dritter, z. B. Gläubiger, eingreifen. d) II. Schon gebohrne Kinder, wohin auch die Nichtgebohrnen, aber schon im Mutterleibe lebenden, gehören, müssen zur Errichtung neuer Familienstatuten durch Stellvertreter zugezogen werden. e) III. Weiblichen Familiengliedern bleibt ihr Widerspruchsrecht, wenn entweder ein bestandenes Recht derselben aufgehoben, oder überhaupt in

ihrem Zustande etwas geändert werden soll. f)
 IV. Für die Nachgeborenen sind sie so lange verbindlich, bis sie durch den zusammenstimmenden Willen derjenigen, welche in einem gegebenen Zeitpunkte die Familie ausmachen, abgeändert worden sind. g) (§. 184.) V. Familienverträge, oder Statuten verlieren ihre Kraft durch Abgang der Familie, die sie betreffen, durch Einwilligung aller zu einer Zeit lebenden Interessenten, durch Ablauf der Zeit, auf welche sie geschlossen worden, und wegen Mißbrauch, so wie überhaupt die Frage keinem Zweifel unterworfen ist, daß der Landesherr die Familienfideicommissse von Landeshoheitswegen aufzuheben befugt sey. h)

a) Goenner teutsches Staatsrecht. §. 73. u. §. 288.

b) I. R. A. §. 196.

c) J. H. Boehmer D. de fundamento pactorum familiarum ad fideicommissa inclinantium. Cap. II. §. 10. n. 11. Pütter Rechtsfaelle. B. III. Th. I. Fall. 252. N. 67. S. 157. Fall. 258. N. 133. S. 224.

d) Baier. Landrecht, P. III. Cap. 10. §. 3. -- allg. Gesetzbuch für preuss. Staaten. B. III. Th. II. tit. 4. §. 29. -- Gothaische Banqueroutordn. v. 1740. -- Hessische L. O. P. III. tit. 25. -- v. Selchow Elem. jur. priv. germ. §. 45. n. 4.

e) Goenner Rechtsfaelle. B. I. S. 359.

f) Pütter a. a. O. Fall. 252. N. 65. u. 69. -- Danz Handbuch. B. I. §. 61. S. 224.

g) von Lohner Untersuchung der Frage: Kann ein mit Einwilligung aller Interessenten veräußertes Familienfidei-

commiss von den nachgebohrnen Kindern widerrufen werden. Bamberg. 1795. -- Goenner Rechtsfaelle. h. a. O.

h) Goenner Rechtsfaelle a. a. O. -- Meine Prüfung einzelner Theile des bürgerl. Rechts. B. III. Abh. 3. S. 109.

worden sind. g) (S. 184.) V. Familienverträge oder Statuten verlieren ihre Kraft durch Abgang der Familie, die sie betreffen, durch Einwilligung aller zu einer Zeit lebenden Familienmitglieder. durch Ablauf der Zeit, auf welche sie geschlossen worden, und wegen Mißbrauch, so wie überhaupt die Frage keinem Zweifel unterworfen ist, daß der Landesherz die Familienordnungen von Landeshoheitswegen aufheben dürfte. h)

a) Goenner rechtliche Entscheidung. S. 15. n. 2. 288.

b) I. R. A. S. 196.

c) J. H. Boehmer O. de. familiae et personarum familiarium ad adfessionem. Institutionum. Cap. II. §. 10. n. 11. Pütter Rechtsfaelle. B. III. S. 10. n. 6. S. 127. Fall. 228. IV. 228. S. 127.

d) Baiser Landrecht. B. III. Cap. 1. §. 1. alle Gesetzbuch für bairische Staaten. B. III. Tit. 1. §. 1. 29. -- Goethe'sche Handrechtslehre. 2. 29. -- Hel-liche I. O. P. III. n. 22. -- v. Zedler'sch. Kunst- u. Gelehrten Lexikon. 2. 45. n. 4.

e) Goenner Rechtsfaelle. B. I. S. 155.

f) Pütter a. a. O. Fall. 221. IV. 65. n. 69. -- Danks Hand- buch. B. I. §. 61. S. 214.

g) von Lohner Untersuchung der Frage: Kann ein mit Einwilligung aller lebenden Familienmitglieder

Verbesserungen.

- S. 30. §. 31. Z. 9. l. unter gleichen st. und gleichen
S. 32. Z. 2. l. werden st. wird
S. 33. not. d. Z. 2. l. Abzugs- und Nachsteuer-
rechts st. Abzugs-Nachsteuerrecht
S. 33. §. 33. Z. 9. l. exportirt st. exportit
S. 64. §. 63. l. Heurathgut, und Aussteuer,
st. Heurathgut, und Nachsteuer
S. 105. §. 99. Z. 9. l. Adels sind st. Adels
S. 136. §. 128. Z. 4. l. octroyirten st. octroisten
S. 165. §. 149. Z. 5. l. Erbleih st. Erblich
S. 193. §. 171. Z. 8. l. in Freiheit st. in gemeiner
S. 206. not. b. Z. 4. l. verwandelt worden
S. 260. Z. 16. l. vollen, oder st. vollen
S. 277. §. 242. Z. 4. l. Verfassungen st. Verfahrungen

Andere kleine Druckfehler beliebe der Le-
ser selbst gefällig zu verbessern.

Dietl, G. A., die schönen Künste und Wissenschaften bilden zur Humanität, eine Antrittsrede. 8. 801. 4 gr. 18 kr.

Drexel, A., über Erklärung alter Schriftsteller durch Vergleichung mit neuerer Zeit. 8. 803. 4 gr. 18 kr.

Fabeln für unsere Zeiten und Sitten. 2 Bändchen. 8. Straßburg und Mainz. 801. 16 gr. 1 fl.

Felsmaiers, J. G., Geschichte von Baiern. gr. 8. 804. 3 Rthlr. 5 fl. 24 kr.

— — Grundriß des bairn'schen Staatsrechts. gr. 8. Ingolstadt. 801. 1 Rthlr. 1 fl. 30 fr.

Fröhlig, Th., Bemerkungen über verschiedene Mißbräuche in bürgerlichen Verhältnissen in Baiern. gr. 8. Mainz. 802. 18 gr. 1 fl. 12 fr.

Geschichte des Straubinger Aufruhrs und seiner Quellen. 8. 803. 6 gr. 24 fr.

Gespräch zweier Landedelleute über den izigen Gang der Regierung in Baiern von R * * z. 8. 802. 5 gr. 20 fr.

Gollowitz, D., Anleitung zur Pastoraltheologie im weitesten Umfange. 2 Bde. gr. 8. 803. 2 Rthlr. 8 gr. 3 fl. 30 fr.

Gönners, N. T., auserlesene Rechtsfälle und Ausarbeitungen; 4 Bände. gr. 8. 801 - 3. 7 Rthlr. 8 gr. 11 fl.

— — über Veränderungen der Religionsübung gegen den Zustand des Normaljahrs, ein Commentar über §§. 30 und 31. Art. V. des Osnabrücker Friedensinstruments. 2te verm. Aufl. gr. 8. 802. 15 gr. 54 fr.

— — Gedanken über die Berichtigung des Lüneviller Friedens durch die hohe Reichsdeputation. 8. 802. 4 gr. 18 fr.

— — über das rechtliche Princip der teutschen Territorialverfassung. gr. 8. 804. 9 gr. 40 kr.

— — teutsches Staatsrecht. gr. 8. 804. 3 Rthlr. 5 fl. 24 kr.

Himmelftoss, L., Versuch einer Entwicklung des Begriffes und der rechtlichen Verhältnisse der Regalität in Teutschland. gr. 8. 804. 9 gr. 40 kr.

Grasers, J. B., Beobachtungen über Erziehung und Schulen. 2r Theil. 8. 805. 1 Rthlr. 8 gr. 2 fl.

— — Prüfung des kathol. Religionsunterrichts. 2 Th. 2te ganz umgearbeitete Aufl. gr. 8. 805.

Der Hypokritenritter, ein Beitrag zur bairn'schen Litteratur. 8. 802. 6 gr. 24 kr.

Hörle, X., Versuch einer Abhandlung über den Rechtsgrund der kaiserlichen Reservatrechte und über die Frage; ob das Recht, Messen anzulegen, ein kaiserliches Reservatrecht sei? gr. 8. 802. 6 gr. 24 kr.

Kants, J., Logik, ein Handbuch zu Vorlesungen. gr. 8. Königsberg. 800. 12 gr. 45 fr.

Knidtlmeyer, P. L., die Nachtigall, eine Ode von Matthison, in Musik gesetzt. Querfolio. 803. 10 gr. 36 fr.

Krülls, F. X., Prüfung einzelner Theile des bürgerlichen Rechts. 4 Bändch. gr. 8. 802 - 3. 1 Rthlr. 22 gr. 2 fl. 51 kr.

— — Grundzüge des heutigen in Teutschland üblichen gemeinen Lehenrechtes. gr. 8. Ingolstadt. 801. 20 gr. 1 fl. 15 kr.

— — theoretisch - praktische Einleitung in die bairn'sche Civilgerichtsordnung. gr. 8. ebend. 797. 2 Rthlr. 4 gr. 3 fl. 12 fr.

— — über die Nothwendigkeit des Studiums des teutschen Privatrechtes. 8. ebend. 799. 3 gr. 12 fr.

Der Lebensgenuß des Weisen. 8. 796. 4 gr. 15 fr.

Mederer, J. N., Annales academiae Ingolstadiensis. 4 Tomi, c. fig. 4. Ingolstadii. 782 - 84. 6 Rthlr. 9 fl.

— — Leges Baiuvariorum, oder ältestes Gesetzbuch der Baiuvarier. gr. 8. ebend. 793. 20 gr. 1 fl. 12 fr.

— — Beiträge zur Geschichte von Baiern. 53 St. gr. 8. ebend. 793. 20 gr. 1 fl. 12 fr.

Milbillers, J., Ideal einer Geschichte der deutschen Nation in philosophischer Hinsicht. 8. Ingolstadt. 800. 4 gr. 15 fr.

Montes-

Montesquieu's persische Briefe, a. d. Franz. übersetzt
und mit Erläuterungen versehen von C. A. Michaelis.
16 Bändch. 8. 803. 1 Rthlr. 4 gr. 1 fl. 45 fr.

Nibler, J. B., der Staat aus dem Organismus des
Universums entwickelt. gr. 8. 805. 16 gr. 1 fl. 12 fr.

Nothwendigkeit der individuellen Säkularisation,
oder der zu ertheilenden Erlaubniß, daß die in
höhern Weihen stehenden Geistliche in den Laien-
stand übertreten dürfen. gr. 8. 802. 4 gr. 15 kr.

Paragraphen, zehen, über das Klosterwesen in Baiern.
gr. 8. 803. 6 gr. 24 fr.

Präliminarien eines neuen Landtages in Baiern. gr. 8.
800 - 802.

Princip, von dem, und den rechtlichen Folgen der Land-
standschaft in Baiern. gr. 8. 802. 4 gr. 18 fr.

Schads, J. B., System der Natur - und Transcen-
dentalphilosophie in Verbindung. 2 Th. gr. 8. 804.
2 Rthlr. 16 gr. 4 fl. 51 kr.

Schellings, F. W. J., Ideen zu einer Philosophie
der Natur, als Einleitung in das Studium dieser
Wissenschaft. 1r Theil. 2te durchaus verbesserte
und mit berichtigenden Grundfäzen vermehrte
Auflage. gr. 8. 803. 2 Rthlr. 3 fl. 36 kr.

Schmidtmüllers, I. A., Handbuch der Staatsarznei-
kunde zu Vorlesungen, und zum Gebrauche für
Bezirksärzte, Polizei - und Justizbeamte. gr. 8.
804. 1 Rthlr. 6 gr. 2 fl. 15 kr.

— — Was ist die Wärme dem Organismus? 8. 804.
4 gr. 18 kr.

Schranks, F. v. P., Fauna boica -- durchgedachte
Geschichte der in Baiern einheimischen und zah-
men Thiere. 2 u. 3r Band. gr. 8. Ingolstadt. 801 -
3. 4 Rthlr. 10 gr. 7 fl. 18 kr.

— — Anfangsgründe der Bergwerkskunde. gr. 8. In-
golstadt. 793. 20 gr. 1 fl. 15 fr.

Schrank,

Schrank, F. v. P., vom Pflanzenschlase und von verwandten Erscheinungen bei Pflanzen. gr. 8. ebend. 792. 4 gr. 15 fr.

Seemiller, S., Bibliothecae academicae Ingolstadiensis incunabula typographica. 4. Fasc. 4. maj. ib. 1787 - 91. 3 Rthlr. 8 gr. 5 fl.

Sendschreiben, M. Fr. v. Herkommans, an seinen treuen Diener Magister Th. Neumann; mit Anmerkungen. gr. 8. Salzburg, 801. 8 gr. 30 fr.

Seyfrieds, J. E. v., statistische Nachrichten über die ehemaligen geistlichen Stifte Augsburg, Bamberg, Costanz, Eichstätt, Freising, Passau, Regensburg, Salzburg und Würzburg, nebst einer historisch-politischen Uebersicht der gesamten säcularisirten teutschen Kirchenstaaten, herausgegeben und mit einer kurzen Nachricht über die Lebensumstände des Verfassers begleitet von J. C. Fr. v. Aretin. gr. 8. 804. 1 Rthlr. 16 gr. 2 fl. 30 kr.

Socher, zur Beurtheilung neuer Systeme in der Philosophie; eine Antrittsrede. 8. Ingolstadt. 800. 3 gr. 12 kr.

Steins, G. J., Unterricht für Dorfschuldheissen, worin die ihnen obliegende Pflichten gezeigt, und die nöthige Anweisungen zu schriftlichen Aufträgen durch Formularien mitgetheilet werden. 8. 801. 20 gr. 1 fl. 15 fr.

Stürzer, J., über den Zustand des Criminalwesens in Teutschland am Anfange des 19ten Jahrhunderts. 8. 803. 12 gr. 54 kr.

— — über die Rücksichten, die der Gesetzgeber bei Verfassung eines neuen Strafkodex zu nehmen hat; ein politisch - juridischer Versuch. 8. 801. 14 gr. 54 kr.

Ueber die gesetzliche Beschränkung der weissen Bierwirth in Baiern. 8. 803. 2 gr. 8 fr.

Ueber Familiensidekommissen, nebst 2 gelegenheitlichen Beilagen. gr. 8. 802. 5 gr. 18 fr.

Ueber

Ueber Freiheit und Eigenthum der alten baiern'schen Na-
tion. gr. 8. Frankf. u. Leipz. 801. 6 gr. 24 fr.

Volkslied zur Namensfeier Max. Joseph IV. von
Baiern. gr. 8. 803. 1 gr. 6 kr.

Was ich überhaupt in den Klöstern geändert wünschte!
gr. 8. 802. 10 gr. 40 fr.

Was sind die baiern'schen Landstände für Bauern und
Bürger? ein Gespräch auf dem Postwagen, heraus-
gegeben vom Condukteur. 8. 802. 3 gr. 12 fr.

Wezler, J. E., über das Fehlerhafte der zeitherigen
Methode, Scheintodte zu behandeln. gr. 8. 801.
3 gr. 12 kr.

Zurechtweisung, pflichtmäßige, des Verfassers der Piece:
über die Verwendung einiger Klöstergüter zu Bildungs-
und Wohlthätigkeitsanstalten. gr. 8. 802. 12 gr. 48 fr.

Zurechtweisung, 2c. erste Fortsetzung derselben. gr. 8.
802. 3 gr. 12 fr.

Zustand, neuester altemäßiger, der sämtlichen unter
landesfürstl. und landschaftl. Verwaltung stehenden
Staatseinkünfte und Staatsausgaben in Baiern,
Neuburg, Sulzbach und der Oberpfalz. in 2 Hls. 18
Stück. gr. 8. 801. 10 gr. 36 fr.

BAYERISCHE
BIBLIOTHEK
MÜNCHEN

1840

1841

1842

1843

1844

1845

1846

1847

1848

1849

1850

1851

1852

1853

1854

1855

1856

Handwritten signature or name, possibly "H. M. H. H."





Krüll, Franz Xaver <<von>>,

Teutsches Privatrecht

Landshut 1805

J.germ. 107

urn:nbn:de:bvb:12-bsb10551797-9